

120 JAHRE
 **JUSOS** **ÜBERZEUGUNG
IST KEIN TREND**

Bundeskongress 2024

BESCHLUSSBUCH

Anträge

Inhaltsverzeichnis

0 - Beschluss

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A1	Jugendwahlprogramm für die Bundestagswahl 2025 Juso-Bundesvorstand <i>angenommen</i>	4
B8	Mehr als nur ein Obstkorb - New Work JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz <i>angenommen</i>	21
B10	Tarifbindung stärken: Verbot von OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden! Jusos Th <i>angenommen</i>	29
C1	Wissenschaftler:innen nicht hängen lassen! Für faire Anstellungs- und Arbeitsbedingungen und eine Stärkung des Mittelbaus im wissenschaftlichen Betrieb AG Jusos Baden-Württemberg <i>angenommen</i>	31
E7-Neu	Westbalkan for (E)U Jusos Hessen-Süd <i>angenommen</i>	37
F01	Jungsozialistische Perspektiven zum Nahostkonflikt Juso-Bundesvorstand <i>angenommen</i>	42
F04 – neu	„The Massalit will not come“ – die EU und der Krieg im Sudan Jusos Nordrhein-Westfalen, Jusos Schleswig-Holstein <i>angenommen</i>	49
F05	15 Jahre Völkermord auf Sri-Lanka - Anerkennung und Gerechtigkeit jetzt Jusos Hessen-Nord <i>angenommen</i>	53
G04	Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen! Jusos Saar <i>angenommen</i>	57
I13	Sicherheitshalber Links – Für eine jungsozialistische Innen- und Sicherheitspolitik Jusos Nordrhein-Westfalen <i>angenommen</i>	61
I17	Reden ist Silber, Schweigen ist Gold – Warum Sozialarbeitende endlich schweigen dürfen sollten Jusos Bezirk Braunschweig <i>angenommen</i>	75
Ini01	Awarenesskonzept Juso-Bundesvorstand <i>angenommen</i>	77

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
K05	Wir geben den Osten nicht auf - trotz alledem! Jusos Berlin, Jusos Brandenburg, Jusos Sachsen, Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Thüringen, Jusos Sachsen-Anhalt <i>angenommen</i>	85
M01	Kein Mensch ist illegal – Für eine jungsozialistische Asylpolitik Juso-Bundesvorstand <i>angenommen</i>	94
M02	Die Bezahlkarte konsequent bekämpfen - Für eine Asylpolitik ohne Stigmatisierung und Ausgrenzung Jusos Nord-Niedersachsen <i>angenommen</i>	103
M09	Doppelt unsichtbare Diskriminierungen sichtbar machen und bekämpfen! - Kurd*innen & religiöse Minderheiten schützen Jusos Berlin <i>angenommen</i>	106
M12	Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter:innen endlich gerecht entlohnen! Jusos Sachsen <i>angenommen</i>	111
O06	Notstandsfonds „Wohnraum“ Jusos Brandenburg <i>angenommen</i>	115
P06	Die Welt gehört in Kinderhände! Bundesweite Standards für Qualität und Zuverlässigkeit in Kindertagesstätten. Jusos Bezirk Hannover <i>angenommen</i>	116
P09	Mentale Gesundheit ist kein Luxus - Psychotherapie im Late Stage Kapitalismus auf den neuesten Stand bringen Jusos Hessen-Nord <i>angenommen</i>	123
U06	Fischerei im Gleichgewicht: Nachhaltiger Kurs für Nord- und Ostsee Jusos Mecklenburg-Vorpommern <i>angenommen</i>	126
U07	Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert! Jusos Hamburg <i>angenommen</i>	131
U08	SackgASSE Atommüll - Altlasten der schmutzigen Atomenergie-Ära fair und generationengerecht verteilen Jusos Bezirk Braunschweig <i>angenommen</i>	135
U11	Für eine Landwirtschaft mit Zukunft – ökologisch, gerecht und klimaneutral! Jusos Weser-Ems <i>angenommen</i>	140
W06	Den richtigen Verteilungskampf führen! Jusos Bayern <i>angenommen</i>	145
X04	Vernetzungen und Bildungsarbeit auf Veranstaltungen der Bundesjusos verpflichtend machen Jusos Brandenburg <i>angenommen</i>	158

Antrag A1: Jugendwahlprogramm für die Bundestagswahl 2025

1 I. Unsere Kampagne für unsere Generation

2 Das Scheitern der Ampel ist das Scheitern neoliberaler Sparpolitik. Das krampfhaft
3 Festhalten der FDP an dem völlig überkommenen Instrument der Schuldenbremse steht im
4 Widerspruch zu der dringend erforderlichen Handlungsfähigkeit von Staat und Politik.
5 Mit dem Scheitern der Ampel ist für alle offensichtlich geworden: Es ist höchste
6 Zeit, die fiskalische Fessel der Schuldenbremse endlich und für allemal
7 abzuschütteln. Der künstliche Sparzwang führt zu einem gegenseitigen Auspielen
8 gesellschaftlicher Gruppe. Es wird versucht, die Notwendigkeit staatlicher
9 Investitionen mit inakzeptablen Einschnitten im sozialen Bereich zu erkaufen. Aus
10 dieser „Entweder- oder“-Debatte gilt es auszubrechen. Es braucht ein „sowohl als
11 auch“. Der soziale Frieden muss ebenso gesichert werden wie kraftvolle Investitionen
12 in unsere öffentliche und soziale Infrastruktur.

13 Statt Abgrenzungsdebatten nach unten zu führen, gilt es endlich wieder mutig die
14 Verteilungsfrage zu stellen. Wir wollen die 95 Prozent endlich besserstellen und
15 dafür den übermäßigen Reichtum des reichsten Prozents endlich gerecht in
16 Verantwortung nehmen. Dabei legen wir Wert auf eine intersektionale Perspektive. Denn
17 Verteilungsungerechtigkeit reproduziert gesellschaftliche Machtverhältnisse. FINTA
18 ebenso wie BIPOC werden in unserer Gesellschaft insbesondere ausgebeutet und leiden
19 unter einer ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung.

20 Die neoliberale Sparpolitik und die deswegen verschwindenden Räume für junge Menschen
21 und fehlende Investitionen in die soziale Infrastruktur, sowie politische und
22 antifaschistische Bildung zeigen wie die junge Generation in vielen
23 gesellschaftlichen Krisen politisch vernachlässigt wurde. Diese Versäumnisse sind
24 reale Ursache für den Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates,
25 einzelner Parteien und letztlich der liberalen Demokratie selbst. Diese scheint nicht
26 mehr in der Lage zu sein, die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Dazu
27 haben 16 Jahre Merkel-Kanzlerinnenschaft und auch die SPD-geführte Bundesregierung
28 beigetragen. Das versprochene sozialdemokratische Jahrzehnt ist bei uns nicht
29 angekommen.

30 Das kann es noch nicht gewesen sein. Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus.

31 Die Lebenschancen gerade für junge Menschen sind in Deutschland extrem ungleich
32 verteilt. Die soziale Mobilität ist auf einem extremen Tief. Das widerspricht dem
33 sozialdemokratischen Versprechen einer Gesellschaft, in der durch Bildung und Arbeit
34 Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe für alle verwirklicht werden kann.

35 Die 19. Shell Jugendstudie zeigt, dass sich Jugendliche politisch deutlicher als
36 bisher positionieren. Einerseits verstehen sich mehr Jugendliche rechts, was
37 besorgniserregend ist, andererseits sind absolut immer noch deutlich mehr junge
38 Menschen im linken Lager verortet. Das trägt zur Fragmentierung der Parlamente
39 bei. Viele junge Menschen mit eher progressiven Positionen wählen zunehmend
40 fortschrittlich orientierte Kleinstparteien.

41 Zu den materiellen Fragen, die nicht beantwortet wurden, kommen rassistische,
42 sexistische, queerfeindliche und weitere Diskriminierungen, die ebenfalls zunehmen.
43 Diese Diskriminierungen können sich überschneiden. Menschen, die wenig Kapital

44 besitzen, sind oftmals von mindestens einer dieser Diskriminierung betroffen. Der
45 Rechtsruck stellt für diese marginalisierten Gruppen eine lebensgefährliche Situation
46 dar.

47 Recht Populist*innen mache sich die allgemein vorherrschende Unzufriedenheit zu
48 Nutzen. Besonders bei den drei vergangenen Wahlen in Ostdeutschland haben sich diese
49 besorgniserregenden Entwicklungen in enorm starken Wahlergebnissen für die
50 rechtsextreme AfD entladen. Dabei ist auffällig, dass rechtsextreme Positionen vor
51 allem bei jungen Männern im ländlichen Raum zunimmt, während gerade junge Frauen in
52 die entgegengesetzte Richtung tendieren und eher linke Parteien unterstützen. Viele
53 auch junge Menschen werden durch die etablierten Parteien nicht mehr erreicht und
54 wenden sich immer weiter ab von demokratisch geführten Auseinandersetzungen.

55 Diese Entwicklung geht einher mit einer nie dagewesenen Diskursverschiebung auch
56 durch das demokratische Lager, die rechten Narrativen folgt. Wer Narrative der
57 politischen Gegner übernimmt, stärkt diese. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es,
58 diese Spirale zu durchbrechen und sich schützend insbesondere vor marginalisierte
59 Gruppen zu stellen, die die Verschiebung besonders betrifft. Rechten Parteien ist es
60 in den letzten Jahren gelungen, politische Debatten von der Suche nach Lösungen auf
61 die Suche nach Feindbildern zu verlagern. Das Gefühl der Dauerkrisen, Zukunftsängste
62 und sozialer Unfrieden bestärken Menschen in ihrem Vertrauensverlust in Politik und
63 Institutionen und dem Zuwenden zu rechten Kräften.

64 Diese Diskursverschiebung verstärkt bereits vorher dagewesene Diskriminierungen.
65 Menschen, die wenig Materielles besitzen, sind oftmals von mindestens einer oftmals
66 von mehreren Formen dieser Diskriminierung betroffen. Der Rechtsruck stellt für diese
67 marginalisierten Gruppen eine lebensgefährliche Situation dar.

68 Wir stellen uns dem Weg des Populismus und der Diskursverschiebung entgegen. Das
69 heißt auch, dass wir für eine Sozialdemokratie kämpfen, die in der
70 Regierungsverantwortung nicht rechte Narrative und Themen bedient. Das ist
71 entscheidend für die Unterstützung durch unseren Verband.

72 **II. Unsere Kampagnenziele**

73 1. Wir wollen jungen Menschen mit unserer Kampagne das Gefühl vermitteln, dass sie
74 den Krisen dieser Welt nicht hilflos ausgeliefert sind. Dass die Ursachen von
75 Armut, Ausbeutung und Zukunftsängsten politisch und gesellschaftlich geschaffen
76 sind und sie somit auch selbst in der Hand haben, durch eigenes Engagement und
77 gemeinschaftliche Organisation eben diese Ursachen zu verändern.

78 2. Wir wollen junge Menschen ansprechen. Dabei legen wir einen Fokus auf
79 Nichtwähler*innen – die sich selbst als unpolitisch bezeichnen – und
80 Erstwähler*innen. Wir wollen ihnen einerseits zeigen, dass ihre Stimme für
81 eine Sozialdemokratie, die für sie kämpft, richtig ist und sie links
82 politisieren.

83 3. Es ist entscheidend, endlich wieder linke und progressiv Diskursräume in der
84 Gesellschaft zu öffnen, was mit einer klaren linken Kampagne gelingen kann.

85 4. Indem wir linke und progressive Kandidat*innen unterstützen, wollen wir in der
86 SPD-Fraktion linke Mehrheiten schaffen. Deswegen unterstützen wir junge
87 Abgeordnete mit einem sozialistischen Blick auf die Welt und alle
88 Sozialdemokratischen Kandidat*innen, die sich mit unseren Werten und Grundsätzen

89 identifizieren.

90 5. Mit einer positiven Erzählung machen wir Lust auf ein gutes Morgen, das wir
91 gemeinsam erkämpfen werden. Wir glauben an Solidarität und Gemeinschaft und
92 haben den Anspruch, unsere Zukunft solidarisch und miteinander zu organisieren.
93 Wir wollen, dass junge Menschen wieder Zuversicht haben. Die bessere Welt ist
94 möglich.

95 **III . Unsere zentralen Wahlkampforderungen**

96 Wir wollen ein **Ein-Billion-Euro-Investitionsprogramm** zur umfassenden Erneuerung und
97 Modernisierung unserer öffentlichen und sozialen Infrastruktur, für Klimaschutz,
98 Bildung und klimaneutrale Industrie. Dafür wollen wir die Schuldenbremse abschaffen.
99 Das muss Bedingung der SPD für den etwaigen Eintritt in eine Regierungskoalition
100 sein.

101 Wir wollen eine **WG-Garantie** für alle Studierenden und Auszubildenden. Junge Menschen
102 müssen ein **Zimmer unter 400€ Miete** erhalten.

103 Wir müssen endlich **Erbschaften und Vermögen** gerecht besteuern, um die krasse
104 Vermögensungleichheit sowie Kinderarmut beenden. Übermäßiger Reichtum und
105 unerträgliche Armut sind zwei Seiten der gleichen Medaille in einer viel zu
106 ungleichen Gesellschaft.

107 **My body, my choice!** Wir wollen **§ 218** endlich aus dem Strafgesetzbuch streichen.

108 Alle jungen Menschen haben das Recht auf einen Ausbildungsplatz. Wir werden die
109 **Ausbildungsgarantie** zu einer echten Garantie machen.

110 Das Sterben auf der Flucht muss enden. Wir wollen **sichere Fluchtrouten schaffen und**
111 **Resettlementprogramme** ausweiten.

112 **IV. Programmatische Cluster**

113 Im Folgenden werden verschiedene Themencluster als inhaltliche Schwerpunktsetzung für
114 den Bundestagswahlkampf 2025 vorgestellt. Nach einer kurzen Einbettung in das
115 politische Cluster werden konkrete politische Maßnahmen bzw. Forderungen für die
116 Kampagne benannt:

117 1. Damit Du dir ein gutes und gesundes Leben leisten kannst

118 2. Damit Du wohnen kannst - wie und wo Du willst!

119 3. Damit alle die gleiche Chance haben!

120 4. Damit wir alle die gleiche Chance haben!

121 5. Damit Du selbstbestimmt und sicher leben kannst!

122 6. Damit Du in Wohlstand leben und das Klima schützen kannst!

123 **1. „Damit Du Dir ein gutes Leben leisten kannst“**

124 Ein Arbeitsplatz mit sicherem Einkommen, eine bezahlbare Wohnung, eine
125 funktionierende staatliche Infrastruktur und einen Therapieplatz, wenn man einen
126 braucht, sind elementare Voraussetzungen für ein gutes Leben in unserer Gesellschaft.
127 Gerade viele junge Menschen verzweifeln am Wohnungsmarkt, sind mit dem Arbeitsmarkt
128 und der 40-Stunden-Woche unzufrieden und merken, dass der Putz unserer Infrastruktur
129 gewaltig bröckelt. Wir wollen, dass jeder junge Mensch sich ein gutes Leben leisten
130 kann und der Staat unterstützt, wenn mal nicht alles so läuft wie geplant.

131 **a.Gesund sein ist die halbe Miete**

- 132 • Es gibt keine Menschen zweiter Klasse: Wir werden die **Zwei-Klassen-Medizin**
133 **abschaffen** und eine Bürger*innenversicherung entwickeln, in die alle einzahlen.
134 Die Beiträge müssen konstant bleiben und nicht weiter steigen. Außerdem gehört
135 die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft.
136 Wie gut die medizinische Grundversorgung ist, hängt immer noch essentiell vom
137 Geldbeutel ab. Das muss enden. Wir wollen weg von einem profitorientierten
138 Gesundheitssystem.
- 139 • Weiter braucht es überall **anonyme Krankenscheine**, damit auch wohnungslose
140 Menschen, Menschen, die in Deutschland keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben
141 oder Menschen, die aus anderen Gründen keine Krankenkasse haben, gesundheitlich
142 versorgt werden können. Anonyme Krankenscheine ermöglichen Menschen ohne
143 Krankenkassenkarten medizinische Versorgung, sowie Ärzt*innen die Abrechnung der
144 Leistungen.
- 145 • Wir wollen sicherstellen, dass Geflüchtete direkten und vollständigen **Zugang zum**
146 **Gesundheitssystem** haben. Asylsuchende haben in ihren ersten Monaten ihres
147 Aufenthalts laut Asylbewerberleistungsgesetz nur einen eingeschränkten Zugang
148 zur Gesundheitsversorgung. Wir fordern deswegen die Abschaffung des
149 Asylbewerberleistungsgesetzes. Asylsuchende dürfen nicht in einem
150 Sondersozialleistungssystem stecken, wo sie unter dem Existenzminimum leben
151 müssen und keinen vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.
152 Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und dies gilt für jeden Menschen.
153 Asylsuchende sollen deswegen wie auch schon ukrainische Geflüchtete ins reguläre
154 Sozialleistungssystem.
- 155 • Wir wollen die **Zuzahlung bei verschreibungspflichtigen Medikamenten** und anderer,
156 wie beispielsweise zahnmedizinischen Leistungen, für alle **abschaffen**.
157 Gleichzeitig braucht es keine Kassenleistungen bei Homöopathie.
- 158 • Wir wollen eine **flächendeckende Gesundheitsversorgung**, die in öffentlicher Hand
159 ist und die sicherstellt, dass Du egal, wo Du wohnst, die beste gesundheitliche
160 Versorgung in Anspruch nehmen kannst.
- 161 • **Wir brauchen dringend mehr Psychotherapeut*innen**. Wir müssen mehr Kassensitze
162 schaffen durch Absenkung der Verhältniszahlen, eine Erleichterung des
163 Kostenerstattungsverfahrens, damit auch Therapeut*innen ohne Sitz Psychotherapie
164 für gesetzlich Versicherte anbieten können sowie mehr Anlaufstellen mit
165 ausgebildeten Psychotherapeutinnen für Schüler*innen, Studierende und
166 Auszubildende, insbesondere wollen wir kostenlose Ausbildung für angehende
167 Psychotherapeut*innen. Zusätzlich sollen auch kurzfristig Psychotherapien in
168 Privatpraxen von den gesetzlichen Versicherungen übernommen werden. Daneben muss
169 auch die **stationäre Versorgung** weiter ausgebaut werden, vor allem auch im
170 ländlichen Raum. Psychische Erkrankungen müssen entstigmatisiert werden und
171 weniger als individuelle, sondern als strukturell gesellschaftliche Probleme
172 intersektional betrachtet werden.
- 173 • Wir wollen in der Forschung von einer rein männlich-zentrierten Betrachtung von
174 Körpern weg. Es braucht eine geschlechterspezifische medizinische Versorgung und
175 mehr Gelder für Forschung zur Behandlung und vollständige Übernahme der

176 Behandlungen durch die gesetzlichen Kassen von Krankheiten, die vor allem
177 Menschen mit Uterus betreffen, wie Endometriose oder PCOS. Generell müssen
178 dringend gender und race bias in der Medizin abgebaut werden, denn sie führen zu
179 falschen oder nicht stattfindenden Behandlungen und gefährden Menschenleben.
180 Auch queere Menschen, besonders trans* Menschen brauchen eine
181 diskriminierungssensible Gesundheitsversorgung.

- 182 • Zusätzlich sollen **HPV-Impfungen** für alle Geschlechter und Altersgruppen
183 übernommen werden sowie **Verhütungsmittel für alle Geschlechter im öffentlichen**
184 **Raum** umsonst bereitgestellt werden.
- 185 • Wir wollen ein **digitalisiertes Gesundheitssystem**, das es ermöglicht, schnell,
186 einfach und digital, Termine bei Ärzt*innen zu bekommen, deine Gesundheitsdaten
187 verfügbar zu haben und Medikamente abzuholen. Dabei muss selbstverständlich der
188 Datenschutz gesundheitssensibler Daten gewährleistet werden.

189

190 **b. Wir geben Dir was und nehmen Dir nichts**

- 191 • **Grunderbe** mit einer bedingungslosen Auszahlung von **60.000 Euro** an jede Person,
192 die das 18. Lebensjahr vollendet hat. Dafür werden wir die Erbschaftssteuer
193 reformieren: Wir **erhöhen den Grundfreibetrag** und **starten mit einem**
194 **Einstiegssteuersatz von 10 Prozent** auf die erste Million bis 90 Prozent auf die
195 neunte sowie folgende vererbte Millionen. **Keiner wird Dir dein Haus wegnehmen:**
196 Als Ausnahmetatbestand bleibt die steuerfreie Vererbbarkeit einer vom
197 Erben/Beschenkten selbst bewohnten Immobilie.
- 198 • **Wiedereinführung der Vermögenssteuer.** Wir wollen, dass große Vermögen einen
199 fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten und gleichzeitig
200 mit Freibeträgen und Ausnahmen für inhaber*innengeführten Unternehmen und für
201 selbst bewohnte Immobilien ausschließen, dass es zu übermäßigen Belastungen für
202 Einzelne kommt.
- 203 • **Wir zahlen zu viel Einkommenssteuer:** Wir wollen, dass alle mehr von ihrem
204 erarbeiteten Lohn haben. Wir wollen, dass der Grenzsteuersatz für das
205 Durchschnittseinkommen nicht bei über 25 Prozent liegt. Das heißt, wir wollen
206 kleine und mittlere Einkommen massiv entlasten.. Einkommenmillionär*innen wollen
207 wir hingegen über einen höheren Spitzensteuersatz stärker in Verantwortung
208 nehmen. Erträge aus Kapitaleinkommen wollen wir genauso besteuern wie
209 Arbeitseinkommen.
- 210 • Die Belastungen der ökologischen Transformation für Unternehmen und Industrie
211 werden oftmals indirekt auf die Verbraucher*innen umgelegt. Damit diese
212 entlastet werden, fordern wir die längst überfällige **Einführung eines**
213 **Klimageldes.** Wir unterstützen ein Klimageld, das degressiv abschmilzt, je höher
214 das Einkommen ist. Damit Menschen mit geringem Einkommen stärker entlastet
215 werden.
- 216 • Wir fordern die **Abschaffung der Umsatzsteuer (ugs. Mehrwertsteuer) auf**
217 **Lebensmittel** und wollen die Voraussetzungen schaffen, die Mehrwertsteuer
218 insgesamt abzuschaffen.
- 219 • Wir werden die **Beitragslast** der Arbeitnehmer*innen **in den Sozialversicherungen**

220 **verringern** und Kapitalerträge über eine Wertschöpfungsabgabe an der Finanzierung
221 unseres Sozialsystems beteiligen.

222 • Wer sein Leben lang arbeitet, darf im Alter nicht verarmen. Wir wollen die
223 gesetzliche Rente stabil und zukunftsfest machen. Wir wollen das **Rentenniveau**
224 **perspektivisch auf 53 Prozent** stabilisieren und eine **Mindestrente** einführen, die
225 Altersarmut verhindert. Wir wollen eine zukunftssichere Rente schaffen, in der
226 alle Erwerbstätigen einzahlen und stärker innerhalb der Rentenversicherung
227 umverteilen, um eine übermäßige Belastung von Arbeitnehmer*innen zu verhindern.

228

229

230 **c. Gute Ausbildung und gut verdienen**

231 • Wir fordern eine sofortige Anhebung des **Mindestlohns auf 15 Euro** und setzen uns
232 an der Seite der DGB-Gewerkschaften für eine sukzessive Erhöhung des Lohnniveaus
233 ein. Weiterhin soll der Mindestlohn einem Inflationsanpassungsmechanismus
234 unterliegen. Letztlich soll der Mindestlohn aber nur eine Lohnuntergrenze sein
235 und das Ziel ist es, dass möglichst alle Arbeitnehmer*innen in die Tarifbindung
236 zu bringen.

237 • Es braucht eine **Verkürzung der Arbeitszeit** aufgrund der immer weiter steigenden
238 Produktivität und Wertschöpfung der Arbeitskraft. Die Mehrheit der
239 Vollzeitbeschäftigten wünscht sich, die Wochenarbeitszeit zu reduzieren, um
240 besser Arbeit, Familie, Engagement und Freizeit miteinander vereinbaren zu
241 können. Insbesondere der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel
242 vorangehen. Gleichzeitig sind insbesondere viele Frauen unfreiwillig
243 unterbeschäftigt und stecken in der Teilzeitfalle. Für sie müssen wir die
244 Voraussetzungen schaffen, ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Unter anderem muss
245 Kinderbetreuung ausgebaut, Carearbeit fair verteilt und das "Recht auf Teilzeit"
246 muss um ein "Recht auf Vollzeit" ergänzt werden. Es braucht die
247 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, damit Care-Arbeit
248 zwischen den Geschlechtern paritätisch aufgeteilt werden kann. Außerdem müssen
249 dazu falsche Anreize wie das Ehegattensplitting abgeschafft, durch die
250 paritätische Aufteilung der Elternzeit (7+7 Modell) ersetzt werden und ganztags
251 Betreuungsangebote flächendeckend ausgebaut werden.

252 • Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss enden.
253 Um den Gender-Pay-Gap zu beseitigen, fordern wir einen **Rechtsanspruch auf**
254 **gleichen Lohn bei gleicher Arbeit**. Außerdem müssen Berufe, in denen traditionell
255 mehr Frauen arbeiten, aufgewertet werden. Dies gilt besonders für Berufe im
256 Bereich Care-Arbeit

257 • Die Tarifbindung in vielen Branchen ist weiterhin zu niedrig. Es muss gezielt
258 und verstärkt von der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
259 Gebrauch gemacht werden, wir brauchen ein **Bundestariftreuegesetz**, öffentliche
260 Aufträge und Subventionen dürfen nur an Unternehmen mit Tarifverträgen vergeben
261 werden. **OT-Mitgliedschaften (OT = Ohne Tarifbindung) in Arbeitgeberverbänden**
262 **müssen verboten werden**. Damit es faire Löhne und bessere Arbeit gibt und der
263 Gender-Pay-Gap geschlossen werden kann.

264 • Für die gute Arbeit und das gute Leben braucht es **Demokratisierung der**

265 **Unternehmen.** Deswegen wollen wir betriebliche Mitbestimmung stärken. Dafür
266 braucht es u.a. effektive Sanktionen, wenn Unternehmensmitbestimmung ignoriert
267 wird. Auch das Streikrecht ist ein hohes Gut und darf nicht durch Konservative
268 und Liberale angegriffen werden.

269 • Für die gute Arbeit und das gute Leben braucht es **Demokratisierung der**
270 **Unternehmen.** Deswegen wollen wir betriebliche Mitbestimmung stärken. Dafür
271 braucht es u.a. effektive Sanktionen, wenn Unternehmensmitbestimmung ignoriert
272 wird. Auch das Streikrecht ist ein hohes Gut und darf nicht angegriffen werden.

273 • Die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen
274 Dienstes auf alle Beschäftigten in Lehre und Forschung bei gleichzeitiger
275 Aufhebung der Tarifsperrung sowie **einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte**

276 • **Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf Niveau des Mindestlohns** sowie
277 Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe. Dies geht einher mit der Einführung von
278 flächendeckenden Jugendberufsagenturen.

279 • Wir fordern alle Unternehmen und staatliche Einrichtungen, die **vergünstigte**
280 **Angebote** für Studierende anbieten, auf, diese **auch auf Azubis auszuweiten.**

281 • Unser Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort werden nur mit mehr und nicht weniger
282 Migration erfolgreich sein. Wir wollen eine **schnelle Anerkennung von Abschlüssen**
283 **bei ausländischen Fach- und Arbeitskräften**, sowie die stärkere Berücksichtigung
284 gesammelter Berufserfahrung. Es braucht ein **flächendeckendes Sprachkursangebot**
285 mit paralleler Kinderbetreuung, verbunden mit wirksamer Migrationsberatung sowie
286 eine **Stärkung des Spurwechsels im Asylrecht.** Unnötige bürokratische Hürden
287 müssen hier gesenkt werden. Mehr Flexibilität bei Sprachvoraussetzungen, wenn
288 diese nicht zwingend notwendig sind.

289 • Die Erwerbstätigkeit muss allen Geflüchteten unabhängig von ihrem Herkunftsland
290 bereits während des Asylverfahrens erlaubt werden, besonders, wenn die Zusage
291 eines Ausbildungsplatzes vorliegt.

292 • Es braucht eine **massive Ausweitung berufsbegleitender Integrations- und**
293 **Sprachkurse**, um Geflüchteten und Menschen mit Duldung die schnellere Integration
294 in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu ermöglichen.

295 • Es braucht eine **massive Ausweitung berufsbegleitender Integrations- und**
296 **Sprachkurse**, um Geflüchteten und Menschen mit Duldung die schnellere Integration
297 in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt, sowie gesellschaftlicher Teilhabe, zu
298 ermöglichen.

299 • Menschen mit Behinderung brauchen **faire Arbeitsbedingungen** und dürfen keine
300 Entlohnung erhalten, die unterhalb des Mindestlohnlevels liegt.

301 **2. „Damit Du wohnen kannst - wie und wo Du willst!“**

302 In den deutschen Großstädten fehlen rund 1,9 Millionen günstige Wohnungen. Diese
303 soziale Problemlage besteht nicht erst seit kurzem und hat sich die Lage aufgrund
304 steigender Zinsen und Baukosten sogar noch verschlechtert. Von den jährlichen
305 400.000, die die Ampelregierung versprochen hat, wurden 2023 nur knapp 180.000
306 gebaut, viel zu wenig, um wirklich Entlastung zu schaffen. Fast 13 Prozent der
307 Mieterhaushalte in deutschen Großstädten haben nach Abzug der Miete weniger als das
308 Existenzminimum zur Verfügung. Gerade junge Menschen finden kaum ein WG-Zimmer oder

309 eine Wohnung unter 500 Euro. Wohngeld, sozialer Wohnungsbau und die Mietpreisbremse
310 sind die drei wichtigsten Instrumente, mit denen Wohnen bezahlbar gehalten werden
311 soll. Um der Wohnungsnot zu begegnen, muss man alle drei Säulen massiv stärken.
312 Insbesondere Familien haben es extrem schwer, ausreichend große und bezahlbare
313 Wohnungen zu finden, was dazu führt, dass Kinder vielfach in extrem beengten
314 Wohnverhältnissen aufwachsen. Wir wollen die Herausforderungen des ländlichen Raums
315 in den Blick nehmen und bürokratische Hürden in der Förderung von Wohnraum
316 herabsetzen, sodass auch kleine Kommunen davon profitieren können. Wir wollen, dass
317 niemand im Regelfall mehr als 25% seines Einkommens für die Miete aufwenden muss und
318 es für alle bedarfsgerechte Wohnungen gibt.

- 319 • Wir fordern eine **Mietpreisgarantie (WG-Garantie) für Auszubildende und**
320 **Studierende**: Wir wollen, dass jede*r Studierende für höchstens 400€ eine
321 Unterkunft bereitgestellt bekommt. Hierfür wollen wir die Bafög-
322 Wohnungspauschale ausweiten und bei allen nicht-Bafög-berechtigten Studierenden
323 und Auszubildenden bei Bedarf die anfallenden Wohnkosten über 400 Euro
324 übernehmen.
- 325 • **Bundesweiter Stopp für Mieterhöhungen**, das heißt sofortiger Mietendeckel für
326 alle angespannten Mietmärkte. Dies gilt auch für Gewerbemieten, um gerade dem
327 Aussterben von Einzelhandel und Gastronomie zu begegnen.
- 328 • Wir wollen **große Wohnungskonzerne** ab 3.000 Wohneinheiten vergesellschaften, um
329 einen Grundstock bezahlbarer Wohnungen zu garantieren.
- 330 • Bund und Länder müssen **1 Millionen Sozialwohnungen in der nächsten**
331 **Legislaturperiode** garantieren. Dazu gehören eine strategische Bodenpolitik sowie
332 der Rückkauf privatisierter Flächen. **Das heißt, staatliche**
333 **Wohnungsbaugesellschaften müssen massiv Grundstücke erwerben und dort sozialen**
334 **Wohnraum ermöglichen. Landes- bzw. kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen**
335 **mit dem notwendigen Kapital ausgestattet werden.**
- 336 • Mit einer **massiven Ausbauoffensive für Studierende und Auszubildende** soll junger
337 Wohnraum durch Studierenden- und Azubiwerke bzw. Kommunen geschaffen werden.
- 338 • Öffentlich geförderte Wohnungen müssen **dauerhaft sozialgebunden** bleiben.
- 339 • Es müssen alle **rechtlichen Instrumente ausgeschöpft werden**, um die Umwandlung
340 von Miet- in Eigentumswohnungen und Luxussanierungen zu verhindern. Zusätzlich
341 muss das **kommunale Vorkaufsrecht** rechtlich gestärkt werden und effektiv sein.
342 Dabei wollen wir sowohl den Milieuschutz als auch die besonderen
343 Herausforderungen des ländlichen Raums berücksichtigen.
- 344 • Viele Mieter*innen sind von sukzessiv ansteigenden Indexmieten betroffen. Wir
345 fordern daher ein **Indexmietenverbot**.
- 346 • Die **Zweckentfremdung muss gestoppt werden**: In Kommunen mit angespannten
347 Wohnungsmärkten sollen Mietwohnungen nicht kommerziell als Ferienwohnungen
348 angeboten werden dürfen.
- 349 • Wir wollen, dass Möglichkeiten zur **Kündigung** aufgrund von **Eigenbedarf** stark
350 eingeschränkt werden. Dies kann insbesondere durch eine Verlängerung der
351 Fristen, die Verschärfung des Nachweises des Eigenbedarfs, Stärkung der
352 Härtefallregelungen und die Beschränkung auf enge Familienangehörige erfolgen.

- 353 • Dort, wo Industrie entwickelt oder neu angesiedelt wird, fordern wir die
354 Verpflichtung zum Bau von Werkwohnungen, insbesondere auch für Auszubildende.
- 355 • Finanzierung des **Housing-First-Konzept** durch den Bund und ein separates
356 Bundesprogramm zur Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit.
- 357 • Wir wollen **institutionelle Diskriminierung** auf dem Wohnungsmarkt bekämpfen, die,
358 vor allem Menschen mit Migrationsgeschichte betrifft.
- 359
- 360 • Wir werden die kommunale Altschuldenproblematik lösen, indem der Bund den
361 Kommunen die Altschulden erlässt. Das gilt explizit auch für die ostdeutschen
362 kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, die noch immer unter den DDR-Altschulden
363 leiden.
- 364 In kaum einem europäischen Land ist der Bildungserfolg so stark abhängig vom
365 Geldbeutel der Eltern wie in Deutschland. Das bedeutet, dass der berufliche Erfolg
366 immens an den Status der Eltern geknüpft ist. Daneben geben wir in unserem durch den
367 Föderalismus geprägten Bildungssystem im OECD-Vergleich wenig für Schule und Bildung
368 aus. Die Jusos und die Sozialdemokratie müssen gleiche Chancen durch Bildung für alle
369 ermöglichen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Versprechen des Aufstiegs durch Arbeit
370 und Bildung möglich ist. Dem kapitalistischen Konkurrenzdenken, dass den Aufstieg des
371 einen nur auf Kosten des anderen ermöglicht, wollen wir ein Solidaritätsversprechen
372 entgegensetzen, in dem soziale Sicherheit und Aufstieg für alle gemeinsam möglich
373 sind.
- 374 • Wir investieren **100 Milliarden Euro in unser Bildungssystem**: Dies wird
375 gebraucht, um Kitas auszubauen, Schulen zu sanieren, flächendeckende
376 Ganztagsbetreuung und bessere Inklusion zu ermöglichen und deutlich mehr
377 Personal einzustellen.
- 378 • Wir fordern das **Ende des Kooperationsverbots für Bildung im Grundgesetz**. Wir
379 wollen eine in Grundzügen einheitliche Schulpolitik in den Ländern. Es kann
380 nicht sein, dass Schulwechsel zwischen Bundesländern kompliziert sind und zum
381 Teil Versetzungen in die höhere Klassenstufe gefährden.
- 382 • Wir stehen für die **Gebührenfreiheit** im öffentlichen Bildungssystem. Wir wollen
383 gebührenfreie Kitas (Elternbeitragsfreiheit) und kämpfen für die Abschaffung
384 jeglicher Gebühren für Schulmaterial, Ausbildung und Studium. Auch Kurse der
385 Grundbildung oder zum nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses müssen
386 gebührenfrei zugänglich sein.
- 387 • Wir wollen **kostenlose Mahlzeiten**, bei welchen verschiedene Ernährungsweisen
388 berücksichtigt werden an allen Schulen ermöglichen, durch die Länder und den
389 Bund finanziert.
- 390 • Wir wollen eine Schule für alle mit **Ganztagskonzept und das Ende des**
391 **dreigliedrigen Schulsystems**. Im ersten Schritt soll der Übergang von Grund in
392 die weiterführende Schule nach Vollendung des sechsten Schuljahres beginnen.
393 Ziel ist der **Aufbau von kommunalen Bildungszentren** mit Grundschule,
394 Weiterführenden Schule sowie Berufsschule an einem Ort. Im Rahmen des Ganztags
395 sollen Vereine aller Art in den Schullalltag integriert werden.
- 396 • Schulen sollen mehr zum Ort der freien Entfaltung und Interessenentwicklung

- 397 werden. Wir wollen **fächerübergreifenden Unterricht statt mehr Unterrichtsfächer**.
398 Neben einem zu erwerbenden Grundwissen sollen in verschiedenen Abstufungen
399 Schwerpunkte bereits in der Schule gebildet werden können.
- 400 • Aufbau einer **kostenlosen, verlässlichen und arbeitsnahen Kinderbetreuung**,
401 **insbesondere** auch für Wochenenden, Randzeiten und Nächte.
 - 402 • Wir brauchen einen **Digitalpakt 2.0. für die Schulen** sowie die Ausstattung aller
403 Schüler*innen in den weiterführenden Schulen Arbeitsendgeräten. Wir wollen alle
404 Schulen mit Glasfaser, WLAN und moderner Präsentationstechnik ausstatten sowie
405 die Digitalisierung der Unterrichtsmaterialien vorantreiben. Deshalb wollen wir
406 das Lehramtsstudium zu einem praxisintegrierenden dualen Studium reformieren,
407 damit angehende Lehrkräfte bereits ab Studienbeginn Lehrerfahrung sammeln. Der
408 Standort darf nicht ausschlaggebend dafür sein wie gut Schulen materiell und mit
409 Ressourcen ausgestattet sind.
 - 410 • Wir fordern eine **echte Kindergrundsicherung**, die sich spürbar im Geldbeutel der
411 Eltern und Kinder bemerkbar macht. Ansatzpunkt ist hier ein Grundbetrag sowie
412 ein Zusatzbetrag für ärmere Familien. Der Basisbetrag soll eine Höhe von 300
413 Euro haben.
 - 414 • Wir fordern **Bildungseinrichtungen**, die **diversitätssensibel** arbeiten und dabei
415 die unterschiedlichen Lebensrealitäten von marginalisierten Gruppen
416 berücksichtigen. Schulen und Kindertagesstätten müssen ein Ort für alle Kinder
417 sein. Das Personal ist entsprechend zu schulen und muss die internalisierten
418 Ismen wieder verlernen. Es braucht unabhängige Anlaufstellen für Gewalt- und
419 Diskriminierungserfahrungen. Auch das Lehrmaterial ist durch einen
420 heteronormativen, männlichen und weißen Blick erstellt, was zu ändern gilt.
 - 421 • Wir fordern **Bildungseinrichtungen**, die **diversitätssensibel** arbeiten und dabei
422 die unterschiedlichen Lebensrealitäten von marginalisierten Gruppen
423 berücksichtigen. Schulen und Kindertagesstätten müssen ein Ort für alle Kinder
424 sein. Das Personal ist entsprechend zu schulen und muss die internalisierten
425 Ismen sowie Misogynie wieder verlernen. Es braucht unabhängige Anlaufstellen für
426 Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen. Auch das Lehrmaterial ist durch einen
427 heteronormativen, männlichen und weißen Blick erstellt, was zu ändern gilt.
 - 428 • Es braucht eine Ausfinanzierung der Hochschulen. Studierende müssen in
429 angenehmer Atmosphäre lernen können und Hochschulen unabhängig vom ökonomischen
430 Wettbewerb um Forschungsgelder, Drittmittel und Exzellenzförderung werden. Der
431 Bologna-Prozess muss „richtig“ durchgesetzt werden, ohne mit einer
432 Ökonomisierung der Bildung einherzugehen.
 - 433 • Es braucht eine **grundlegende Reform des BAföG**: Anhebung der Bedarfssätze und
434 langfristig eine Inflationskopplung dieser, sowie ein BAföG als Vollzuschuss.
435 Besonders wichtig ist eine Anhebung der Wohnkostenpauschale auf mindestens 500
436 Euro. Weiterhin eine Ausweitung der Förderhöchstdauer, die Abschaffung der
437 Altersbegrenzung, elternunabhängiger Bezug sowie Flexibilität beim
438 Studienfachwechsel.
 - 439 • Ein individueller und bundesweit flächendeckenden Rechtsanspruch auf einen
440 Ausbildungsplatz, der jeder jungen Person tatsächlich hilft, einen
441 Ausbildungsplatz zu erhalten. Wir wollen die **Ausbildungsgarantie zu einer**

442 **richtigen Garantie machen**, das heißt mit einem Rechtsanspruch versehen. Außerdem
443 wollen wir Unternehmen über branchenspezifische Fonds in die Verantwortung für
444 die Finanzierung nehmen, sodass insbesondere Unternehmen, die nicht oder zu
445 wenig ausbilden ihren solidarischen Beitrag leisten

446 • Wir wollen **Ausbildungsbedingungen verbessern**, indem wir Berufsschulen
447 renovieren, Azubi-Wohnheime bauen, **Azubiwerke einrichten** und gute und günstige
448 Mobilität für Auszubildende sicherstellen.

449 • Wir wollen die Situation **Dual-Studierender** verbessern, indem wir sie in das BBiG
450 aufnehmen, damit es einheitliche Regelungen für Standards, Vergütung und
451 Bedingungen des Dualen-Studiums gibt.

452

453 **4. „Damit Du schnelles Netz und pünktliche Bahnen hast!“**

454 Jeder kennt es, man sitzt in der Bahn und hat kaum oder keine gute Internetverbindung
455 und dann hat die Bahn gottlos Verspätung. Wir wollen einen starken Staat mit einer
456 starken Infrastruktur, der das Leben der Menschen erleichtert und nicht erschwert.
457 Aber auch in der Digital- und Netzpolitik läuft vieles schief und dauert einfach zu
458 lange: Kartenzahlungen sind oftmals nicht möglich, an vielen Orten ist das Netz weg
459 und Behördenleistungen digital zu beantragen und zugeschickt zu bekommen ist oftmals
460 ein dysfunktionaler Albtraum. Wir wollen digitalen Fortschritt überall ermöglichen
461 und mitdenken und Datenschutz garantieren. Um diese Modernisierung unserer
462 Gesellschaft zu ermöglichen, ist es unerlässlich, die Schuldenbremse abzuschaffen.
463 Als Investitionsbremse steht sie der Erneuerung unseres Staats- und unserer
464 Gesellschaft entgegen, als Machtinstrument der Konservativen und Neoliberalen
465 beschränkt sie die Handlungsfähigkeit des Staates zugunsten der privaten Märkte,
466 diese Ideologie ist in den letzten Jahrzehnten gescheitert, hat uns kaputte Schulen
467 und Brücken beschert und uns an den Rande der Klimakatastrophe gebracht. Deshalb gilt
468 es, die jahrzehntelange Investitionsschwäche zu beenden und dafür die Schuldenbremse
469 endlich loszuwerden.

470 • Wir wollen die **Schuldenbremse** abschaffen und massiv in die Erneuerung unserer
471 Gesellschaft und Infrastruktur investieren.

472 • Wir wollen das **Deutschlandticket auf 9 Euro** pro Monat absenken und einen
473 perspektivisch ticketlosen, umlagefinanzierten ÖPNV einführen.

474 • Die Deutsche Bahn ist viel zu teuer und zu spät: Wir brauchen **bezahlbare Preise**
475 **für alle im Fernverkehr**. Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und
476 Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos fahren.

477 • Ein starker Staat stellt eine starke Infrastruktur bereit. Das **Schienennetz muss**
478 **erneuert** und ausgeweitet werden. Weiterhin wollen wir den **flächendeckenden**
479 **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs** gerade im ländlichen Raum, das **Bereitstellen**
480 **einer modernen Fahrradweginfrastruktur** in Großstädten sowie die **Modernisierung**
481 **und Sanierung unseres Straßennetzes**.

482 • Die Deutsche Bahn muss wieder in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform
483 überführt werden.

484 • Der **Breitband- und Mobilfunkausbau muss beschleunigt werden**. Wir wollen, dass
485 die Versorgung von Breitband und Mobilfunk staatlich gewährleistet wird und

486 Doppelstrukturen vermieden werden. Die Privatisierung natürlicher Monopole im
487 Netzausbau hat zu Chaos, schlechter Netzabdeckung in manchen, sinnlose
488 Doppelstrukturen in anderen Regionen geführt. Wir wollen Netze zurück in die
489 öffentliche Hand holen.

490 • Wir fordern **5G an jeder Ecke** sowie ein **Bürgerportal mit dem alle Behördengänge**
491 von der Anmeldung des Wohnsitzes bis zur Steuererklärung **digital, papierlos und**
492 **barrierefrei durchgeführt werden können.**

493 • Wir setzen uns **gegen digitalen Hass im Netz ein**, der besonders FINTA und BIPOC
494 betrifft. Es braucht dringend mehr Prävention und Unterstützung in Schulen,
495 Betrieben und Hochschulen. Gewalt im Netz muss von Sicherheitsbehörden
496 konsequent verfolgt werden. Dafür braucht es mehr Personal und die Nutzung von
497 KI-Programmen im Rahmen eines hohen Datenschutzes.

498 • Der Staat muss alternative Open Source-Office-Produkte aktiv fördern, indem er
499 in die Entwicklung investiert und diese selbst verwendet.

500 • Es braucht eine **Kennzeichnungspflicht für KI-hergestellte Inhalte** gerade auf
501 sozialen Plattformen.

502

503 **5. „Damit Du selbstbestimmt und sicher leben kannst!“**

504 Jede Zusammenarbeit mit der faschistischen AfD ist für uns auf allen Ebenen
505 kategorisch ausgeschlossen! Für uns steht fest, dass wir eine starke Sozialdemokratie
506 brauchen, um dem Rechtsruck entgegenzutreten. Eine Sozialdemokratie, die nicht auf
507 populistische und rechte Erzählungen hereinfällt und diese reproduziert. Eine
508 Sozialdemokratie, die fest auf ihrem Wertefundament steht und ein Gegenmodell für
509 eine starke demokratische und solidarische Gesellschaft zeichnet. Wir wollen eine
510 Sozialdemokratie, die eine Vision aufzeigt von einer Gesellschaft, in der alle
511 selbstbestimmt, frei und sicher leben können.

512 • Unsere Brandmauer gegen die Nazis steht seit 120 Jahren. Wir bekämpfen Nazis auf
513 der Straße und in den Parlamenten. Mit uns wird es **nie eine Zusammenarbeit mit**
514 **der Nazipartei AfD** geben und diese politisch und mit allen Mitteln des Rechts-
515 und Verfassungsstaats bekämpfen, um unsere Demokratie zu schützen. Wir werden
516 alles dafür tun, um den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck zu
517 beenden.

518 • Für uns bedeutet auf dem rechten Auge nicht blind zu sein auch, die **Gefahren des**
519 **Islamismus für Freiheit und Gleichberechtigung klar zu benennen.** Wir
520 unterstützen Vereinsverbote wie z.B. gegen das „Islamische Zentrums Hamburg“
521 und fordern konsequente Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden gegen
522 radikalen Islamisten und die Ausweitung von Deradikalisierungsprogrammen.

523 • Rechte und insbesondere Rechtsextreme, vor allem die AfD, setzen gemeinnützige
524 Vereine für Demokratie und gegen Rechts zunehmend unter Druck. Seit dem Compact
525 und Attac die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, besteht auch bei kleinen
526 gemeinnützigen Unsicherheit, die die AfD für sich zu nutzen weiß, um
527 gemeinnützige Vereine zu gängeln und damit ihre Existenz zu bedrohen. Deswegen
528 wollen wir, dass mehr Klarheit zugunsten zivilgesellschaftlicher Vereine beim
529 Gemeinnützigkeitsrecht geschaffen wird.

- 530 • Wir fordern eine finanzielle Absicherung zivilgesellschaftlicher Organisationen,
531 die sich gegen Rechtsextremismus und Feinde der Demokratie einsetzen. Dazu muss
532 das **Demokratiefördergesetz sofort auf den Weg** gebracht werden.
- 533 • Wir sprechen uns **gegen einen Pflichtdienst sowie gegen den verpflichtenden**
534 **Wehrdienst** aus. Stattdessen wollen wir die **Freiwilligendienste stärken**, indem
535 wir jungen Menschen einen Rechtsanspruch bieten und das Taschengeld auf die Höhe
536 der Besoldung des Wehrdienstes gleichstellen. Perspektivisch ist eine
537 Angleichung an den Mindestlohn das Ziel, d.h. Freiwilligendienste müssen
538 Mindestlohn garantieren.
- 539 • Wir wollen, dass Frauen besonders vor Gewalt geschützt werden Es gibt nicht mal
540 ansatzweise genug Plätze in Frauenhäusern in Deutschland. Dafür müssen wir
541 **flächendeckend Frauenhäuser ausweiten, sanieren und finanziell stark ausstatten**
542 und sie zu inklusiven **Orten für alle Frauen** entwickeln. Das bedeutet, sie
543 müssen barrierearm und kostenlos sein.
- 544 • Besonders FINTA müssen besser vor sexualisierter Gewalt und
545 geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt werden. Nicht nur “nein heißt nein”,
546 sondern nur “ja heißt ja” muss gesetzlich verankert werden. Sogenanntes
547 Catcalling muss verboten werden.
- 548 • Wir fordern **die Streichung von § 218 StGB** aus dem Strafgesetzbuch. und
549 Schwangerschaftsabbrüche als Teil gesundheitlicher Grundversorgung. Das
550 bedeutet, Schwangerschaftsabbrüche müssen leicht zugänglich sein und ein breites
551 Angebot geben, auch im ländlichen Raum.
- 552 • Die **Legalisierung der altruistischen Leihmutterchaft** in Deutschland unter
553 Festlegung bestimmter Maßstäbe die sowohl das physische als psychische Wohl der
554 Leihmutter immer in den Fokus der einzelnen Situation setzen. Dazu zählt auch
555 die Legalisierung von Eizellspenden.
- 556 • Die **grundsätzliche Legalisierung der Gewinnung von embryonalen Stammzellen** bis
557 zu 14 Tage nach der Befruchtung (in Anlehnung an bspw. die belgische
558 Gesetzeslage) zu Forschungszwecken.
- 559 • Wir fordern eine **Novellierung des Abstammungsrecht** mit Einführung der Co-
560 Mutterschaft und Mehrelternschaft.
- 561 • Das Selbstbestimmungsgesetz wollen wir weiterentwickeln. Dazu ist es notwendig,
562 dass weiterhin geltende diskriminierende Regeln aus dem Selbstbestimmungsgesetz
563 gestrichen werden.
- 564 • Es braucht Safer Spaces für queere Menschen und vor allem auch Schutzräume für
565 queere Kinder und Jugendliche..
- 566 • Es braucht mehr Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu Antifeminismus.
- 567 • Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl in seiner vollen Bandbreite. Wir wollen
568 **sichere Fluchtrouten** schaffen, damit das Sterben und die Gewalt auf der Flucht
569 endlich enden. Deswegen fordern wir eine staatliche Seenotrettung, die
570 Abschaffung von Frontex und das konsequente Verfolgen von (illegalen) Pushbacks.
571 Damit sich nach Möglichkeit keine Menschen auf die gefährliche Flucht begeben
572 müssen, fordern wir die Einführung von humanitären Visa und die Ausweitung und
573 vollständige Ausschöpfung von Resettlement-Programmen.

- 574 • Vor allem wenn Menschen vor Ort uns in Auslandseinsätzen unterstützt haben und
575 dadurch in Lebensgefahr geraten, ist es das Mindeste, dass wir diesen Menschen
576 unseren Schutz bieten. Es ist eine Schande, wie wir diese Menschen in
577 Afghanistan im Stich gelassen haben. Das **Bundesaufnahmeprogramm** muss endlich
578 umgesetzt werden und Menschen aus Afghanistan gerettet werden.
- 579 • Wir müssen endlich **Fluchtursachenbekämpfen**. Die Klimakrise muss konsequent
580 bekämpft werden und die Klimakrise als Fluchtursache anerkannt werden. Es
581 braucht eine antikoloniale Entwicklungszusammenarbeit und Wiedergutmachungen des
582 globalen Nordens am globalen Süden.
- 583 • Dass jeder Mensch ein Recht auf ein Leben in Würde hat, gilt selbstverständlich
584 auch für Geflüchtete. Es darf keine Lager - weder an den europäischen
585 Außengrenzen noch an unseren deutschen Grenzen - geben. Wir fordern eine
586 **menschenwürdige und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und einen**
587 **solidarischen Verteilungsmechanismus**. Abkommen mit Drittstaaten, die der Abwehr
588 von Migration dienen, lehnen wir ab. Besonders die Abkommen mit Staaten, die
589 Menschenrechte missachten wie die Türkei oder Tunesien.
- 590 Für ein Leben in Würde und Teilhabe wollen wir endlich die Aussetzung der
591 Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige beenden und
592 Beschäftigungsverbote für Geflüchtete aufheben.
- 593 • Anstatt immer mehr von unmenschlichen Abschiebungen zu reden, wollen wir für
594 Geflüchtete den **Spurwechsel** ermöglichen.
- 595 • Wir wollen, dass das **Staatsangehörigkeitsrecht** weiter reformiert wird und vor
596 allem auch vulnerable Gruppen es erleichtern, sich hier einzubürgern. Wir
597 brauchen Menschen, die sich hier einbringen, teilhaben und arbeiten können. Und
598 sie sollen dann natürlich hier auch wählen können. Deswegen fordern wir zunächst
599 das kommunale Wahlrecht auch für Drittstaatsangehörige. Wir wollen ein offenes
600 und modernes Einwanderungsland.
- 601 • Wir wollen **Rassismus** innerhalb unserer Gesellschaft **bekämpfen**. Das beinhaltet
602 sowohl die konsequente Aufklärung rassistischer Diskriminierung durch
603 unabhängige Strukturen und Ansprechpartner*innen in staatlichen Strukturen, als
604 auch die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Antirassismusbearbeitung.
- 605 • Den grassierenden Antisemitismus stellen wir uns entgegen. Wir wollen wirksamen
606 Schutz für Jüdinnen* und Juden und jüdische Einrichtungen. Dafür müssen Gelder
607 bereitgestellt werden, antisemitische Symbole und Zeichen verboten und in
608 Bildung gegen Antisemitismus investiert werden
- 609 • Die Ausfinanzierung von Gedenkstätten der Shoa, denn auch hier schlägt sich der
610 Sparzwang nieder.
- 611 • Es braucht **Antidiskriminierungsgesetze** und unabhängige Melde- und
612 Ermittlungsstellen, wo Menschen sich hinwenden können, wenn sie rassistische
613 oder andere menschenfeindlich bezogene Gewalt durch staatliche Institutionen
614 erfahren. Besonders vor unrechtmäßiger Polizeigewalt werden Menschen nicht
615 geschützt. Die Einrichtung offizieller Meldestellen, um lückenlose Aufklärung
616 dieser und weiterer rechter Netzwerke und Strukturen innerhalb der
617 verschiedensten staatlichen Institutionen zu gewährleisten. Besonders gegen
618 Rechtsextremismus bei Polizei und Bundeswehr muss konsequent vorgegangen

619 werden

- 620 • Die **Entfernung von Personen aus dem Staatsdienst, die in rechtsextremen**
621 **Organisationen aktiv sind** oder Einstellungen aus dem Bereich der
622 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit teilen.
 - 623 • Wir stehen für eine gemeinsame und koordinierte **europäische Sicherheitspolitik**,
624 die sich gegen hybride oder konventionelle Angriffe autoritärer Staaten zur Wehr
625 setzen kann und die Sicherheit der Bürger*innen garantiert. Wir setzen uns
626 außerdem für eine wirksame Rüstungskontrolle ein.
 - 627 • Wir stehen für einen **breiten Sicherheitsbegriff**, der Investitionen in
628 Demokratie, Bildung, Infrastruktur etc. mit einbezieht, um eine resiliente
629 Gesellschaft zu schaffen. Bei der Betrachtung internationaler Konflikte und
630 Krisen nehmen wir eine intersektionale, feministische Perspektive ein, die
631 vulnerable Gruppen bei der Konfliktprevention, der Konfliktlösung und der
632 Friedenssicherung schützt und einbezieht.
 - 633 • Sicherheitspolitik basiert für uns auf einem Zusammenspiel zwischen **Außen- und**
634 **Sicherheitspolitik und sogenannter Entwicklungszusammenarbeit**. Der
635 Diskreditierung von Entwicklungszusammenarbeit von Rechten, Konservativen und
636 Liberalen erteilen wir eine klare Absage. Wir setzen uns für eine
637 Entwicklungszusammenarbeit, die auf Gleichberechtigung und Augenhöhe baut, sowie
638 Partner*innen aus der Zivilgesellschaft vor Ort einbezieht, ein. Der Abbau von
639 postkolonialen Strukturen ist dafür notwendig.
 - 640 • Wir solidarisieren uns mit den mutigen Menschen im Iran, die weiterhin gegen das
641 islamistische Regime aufbegehren und fordern daher einen **Wandel in der Iran-**
642 **Politik**.
 - 643 • Wir stehen an der Seite der Ukraine und setzen uns für die **bestmögliche**
644 **Ausstattung** und Ausrüstung dieser in ihrem Kampf gegen den Aggressor Russland
645 ein.
 - 646 • **Chinas** zunehmend autoritäres und bedrohendes Verhalten gegenüber seinen Nachbarn
647 verurteilen wir. Entsprechende aggressive Handlungen der Volksrepublik in ihrer
648 Nachbarschaft, aber auch darüber hinaus dürfen genauso wenig wie der Umgang mit
649 Minderheiten ohne Konsequenzen hingenommen werden.
 - 650 • Die Bedrohung durch **Desinformationen und Cybersicherheit** werden unter anderem
651 durch China und Russland immer größer. Kritische Infrastruktur muss durch
652 Investitionen in Sicherheitsmaßnahmen und Bildung besser geschützt werden. Dafür
653 müssen die Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten.
- 654 **6. „Damit Du in Wohlstand leben und das Klima schützen kannst!“**
- 655 Wir wollen die Klimawende in der Industrie sozial nachhaltig gestalten. Wir wollen
656 auf der einen Seite die Klimaziele endlich einhalten und auf der anderen Seite den
657 Beschäftigten in der Industrie die Sicherheit geben, dass die ökologische
658 Transformation des industriellen Sektors nicht zu ihren Lasten gehen wird und
659 Arbeitsplätze zu guten Bedingungen erhalten bleiben. Für uns sind eine starke
660 Industrie und Wirtschaft und den Klimawandel bekämpfen und die Klimaziele einzuhalten
661 kein Widerspruch, sondern eine notwendige Bedingung, um das Brennen der Welt zu
662 verhindern und Wohlstand und Sicherheit zu erhalten.

- 663 • Um die Klimaziele zu erreichen und die Wärmewende zu schaffen, müssen wir die
664 **erneuerbaren Energien im Bereich Strom und Wärme massiv ausbauen**. Dafür brauchen
665 wir einen dringend benötigten **Ausbau der Netzinfrastruktur und**
666 **Speicherkapazitäten**. Um nicht zu stromfokussiert zu sein, setzen wir auf eine
667 dezentrale Energieversorgung. Dazu zählen unter anderem neben Wind- und
668 Solarenergien der **Ausbau von Bioenergie, Wasserkraft sowie Geothermie**.
- 669 • Wir wollen eine **Wärmewende**, die die Menschen nicht überfordert. Deshalb setzen
670 wir auf die Förderung des Ausbaus von **Fernwärmenetzen, Quartierswärmepumpen** und
671 anderen kollektiven Ansätzen, die verhindern, dass der*die Einzelne mit Kosten
672 belastet wird, die nicht zu bewältigen sind. Die Wärmewende gelingt nur, wenn sie
673 gemeinschaftlich angegangen und nicht dem Individuum auferlegt wird. Dabei
674 setzen wir insbesondere auf Wärme, die aus erneuerbaren Energien gewonnen wird.
- 675 • Wir wollen die **Planungs- und Genehmigungsverfahren** gerade für den Ausbau
676 erneuerbarer Energien **vereinfachen und verschlanken**. Dazu gehört zum Beispiel
677 die **schnelle Implementierung einer Wasserstoffpipelineinfrastruktur**, um
678 Wasserstoff nach Deutschland zu importieren. Dabei setzen wir bei der Verwendung
679 von Wasserstoff zunächst insbesondere auf die Transformation energieintensiver
680 Industrie. Weiterhin gehört die Praxis, dass jedes Windrad durch einen
681 Gemeinderatsentscheid verhindert werden kann, gehört beendet. Dafür muss das
682 Vergaberecht überarbeitet werden.
- 683 • Wir brauchen eine **Abwärmestrategie für unsere gesamte Industrie und solide**
684 **Ausfinanzierung einer flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung**. Das Auffangen
685 und Aufbereiten überschüssiger Abwärme sowie die Wiederverwertung innerhalb der
686 Industriebetriebe sowie zum Heizen von öffentlichen Gebäuden und Wohnraum.
- 687 • Es braucht eine **bundeseinheitliche Förderung von Energiegenossenschaften**, um die
688 Energieversorger zu diversifizieren. Gerade Energiegenossenschaften stellen eine
689 Möglichkeit der Vergesellschaftung und Demokratisierung der Energieversorgung.
- 690 • Um die Strompreise weiter zu senken, wollen wir die **Stromsteuer für**
691 **Privathaushalte und Unternehmen abschaffen**. Zusätzlich wollen wir die
692 **Netzentgelte abschaffen** und Netzausbau sowie Netzunterhalt steuerfinanzieren.
- 693 • Seite an Seite mit den DGB-Gewerkschaften fordern wir die **Einführung eines**
694 **Brückenstrompreises** in Höhe von 5 Cent pro Kilowattstunde inklusive Steuern und
695 Abgaben.
- 696 • Wir wollen die **Abschreibungsmöglichkeiten** auf Klimainvestitionen ausweiten und
697 über gezielte **Subventionierung** Arbeitsplätze in der Industrie zukunftsfähig
698 machen und klimafreundliches Wachstum ermöglichen.
- 699 • Über die gezielte Ansiedlung von **grünen Schlüsselindustrien** wollen wir
700 Industriecluster aufbauen und gleichzeitig die Resilienz der Volkswirtschaft
701 steigern.
- 702 • Wir wollen ein **soziales Klimageld!** CO₂-Emissionen in den Bereichen Wärme und
703 Verkehr werden bepreist. Das bedeutet einen wichtigen finanziellen Anreiz, von
704 fossilen Brennstoffen auf klimaschonende Alternativen umzusteigen. Diese
705 Lenkungswirkung begrüßen wir als Sozialdemokratie, wollen Klimaschutz aber
706 sozialgerecht und nicht zu Lasten der Ärmsten gestalten. Momentan belastet der
707 CO₂-Preis arme Menschen sowie Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen

708 leider überproportional. Deswegen braucht es ein Gegensteuern durch die
709 Rückverteilung der Einnahmen des CO2-Preises an die Bürger*innen sowie gezielte
710 Fördermaßnahmen. Ein solches Instrument ist die zügige und unbürokratische
711 Einführung eines Klimagelds. Im Rahmen dessen wollen wir, dass die kompletten
712 Einnahmen der CO2-Bepreisung dauerhaft durch das Klimageld an die Bürger*innen
713 rückerstattet werden. Wir fordern ein einkommensabhängiges Klimageld: Dieses
714 soll stufenweise niedriger bemessen werden, umso höher das Einkommen liegt -
715 einkommensärmere Personen profitieren dann folglich mehr. Das Klimageld soll
716 nicht mit Sozialleistungen verrechnet werden. Wir wollen, dass Bürger*innen das
717 Klimageld wahrnehmen, beispielsweise als Gutschrift auf ihrem Bankkonto. Wir
718 regen an, sich am österreichischen Modell des Klimabonus' zu orientieren - der
719 gestaffelte Betrag wird dort per Überweisung auf das jeweilige Bankkonto oder
720 über einen Gutschein via Post einmal jährlich automatisch ausbezahlt.

721 • **Klimagerechtigkeit** bedeutet vor allem auch **globale Gerechtigkeit**. Während der
722 globale Norden Hauptverursacher der Klimakrise ist, leidet der globale Süden
723 hauptsächlich unter den Folgen der Klimakrise. Der globale Norden muss hier den
724 globalen Süden dafür entschädigen.

Antrag B8: Mehr als nur ein Obstkorb - New Work

1 Die Arbeitswelt hat sich schon immer gewandelt und tut es in Zeiten von
2 Digitalisierung, Transformation und demografischem Wandel umso schneller. Zeit also,
3 sich mit der Zukunft der Arbeit zu beschäftigen - und diese jungsozialistisch zu
4 gestalten.

5 Status Quo - Ausbeutung und kapitalistischer Zwang

6 In einem kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sind die
7 Arbeiter*innen gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu
8 finanzieren.

9 Für die Unternehmen, Betriebe und Konzerne - in Marx' Worten: "Die Kapitalisten" ist
10 diese Arbeitskraft eine Ware. Diese Ware muss dabei den Wert haben, der nötig ist, um
11 den Mehrwert des Kapitalisten zu steigern - sprich: Wenn die angebotene Arbeitskraft
12 nicht der Profitsteigerung dient, weil zum Beispiel der durch die Arbeitskraft
13 erwirtschaftete Ertrag niedriger ist, als die Kosten (also der Lohn und die
14 Lohnnebenkosten) lohnt sie sich für den Kapitalisten schlichtweg nicht. Wenn jedoch
15 durch den*die Arbeiter*in ein Mehrwert generiert wird, so streicht diesen Mehrwert
16 ausschließlich der Kapitalist ein. Darüber hinaus fordern wir ein bundesweites
17 Tariftreuegesetz. Das Saarland wurde in den Diskussionen dazu immer wieder als
18 Vorbild genannt. Wir sehen den saarländischen Weg der Rechtssetzungsverordnung als
19 Blaupause für den Bund, da es hier weder Unklarheiten über den maßgeblichen
20 Tarifvertrag noch über die Interpretation der anzuwendenden Tarifbestimmungen gibt.
21 Es ist ein Tausch, Lohn gegen Arbeitskraft inklusive des durch sie erwirtschafteten
22 Mehrwerts. Zwar können durch politische Erfolge, durch arbeitnehmer*innenfreundliche
23 Politik, und insbesondere auch durch gut ausgehandelte Tarifverträge durch die
24 Gewerkschaften hier wichtige und spürbare Verbesserungen und Bedingungen für die
25 Arbeiter*innen geschaffen werden. Doch das Ungleichgewicht zwischen Arbeiter*innen
26 und Unternehmen, also "den Kapitalisten", kann dadurch nicht ausgemerzt werden.

27 Klingt alles nach einem Ausflug in die Geschichte, doch auch heute müssen Menschen
28 ihre Arbeitskraft verkaufen: Um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und um
29 Grundbedürfnisse zu befriedigen. Sie begeben sich also in eine extreme Abhängigkeit
30 zu ihren Arbeitgeber*innen. In unserer Gesellschaft ist der Stellenwert der Arbeit
31 extrem hoch - Der Wert der Menschen bemisst sich am Wert und der Art ihrer Arbeit.
32 Welche Branche, wie hoch der Verdienst, welche Qualifikationen man sich aneignen
33 musste - alles zentrale Fragestellungen. Viel zu selten wird gefragt, ob diese Arbeit
34 den*die Arbeiter*in denn auch glücklich macht, oder (nicht monetär) bereichert.
35 Arbeit ist in unserer Gesellschaft so zentral, dass selbstverständlich erwartet
36 wird, dass junge Menschen nach der Schul-, Berufs- oder Universitätsausbildung ein
37 solches Abhängigkeitsverhältnis eingehen - und zwar gleich für die nächsten 40 (oder
38 sind wir mal ehrlich: wir können alle nicht so genau sagen wie lange wir arbeiten
39 werden müssen) Jahre. Für die Hälfte des eigenen Lebens also arbeitet man für den
40 Profit der*des Arbeitgeber*in. Zwar ist gedacht, dass man sich mit dem im Tausch für
41 die eigene Arbeitskraft erhaltenen Lohns ein schönes Leben macht, doch dafür ist erst
42 bei Feierabend Zeit, und viel zu oft auch nur an Wochenenden oder im Urlaub. Und nach
43 Jahrzehnten der Erwerbsarbeit freuen sich doch die meisten auf ihren Ruhestand, in
44 dem sie sich auch abseits ihres Feierabends entfalten können - sicher nur, weil die

45 von ihnen die letzten 40 Jahre verrichtete Arbeit sie so bereichert hat.

46 Als Jusos sehen wir in Arbeit – sowohl individuell als auch kollektiv – eine zentrale
47 Chance für die Teilhabe an der Gesellschaft. Dabei ist es zunächst zentral, dass die
48 Arbeit unter guten Bedingungen (Sicherer Arbeitsplatz, angemessene Arbeitszeit, gute
49 Löhne und Mitbestimmung) stattfindet. Darüber hinaus halten wir es für zentral, dass
50 die Arbeitnehmer*innen auch inhaltlich einer sinnstiftenden Tätigkeit nachgehen
51 können, in der sie am gesellschaftlichen Mehrwert mitarbeiten können. Arbeit muss
52 mehr sein, als ein ungerechter Tausch. Dafür müssen wir Arbeit neu denken. Nicht der
53 Mensch muss der Arbeit dienen, sondern die Arbeit muss dem Menschen dienen.
54 Kreativität, Freiraum, eigene Entfaltung und vor allem die Arbeitsbedingungen müssen
55 in der Arbeit einen höheren Stellenwert haben, als die simple Erfüllung einer
56 Aufgabe, die zur Profitsteigerung der Kapitalist*innen dient.

57 Der Philosoph und Begründer der “New Work”-Theorie, Frithjof Bergmann, beschrieb das
58 mit den einfachen Worten: “Arbeit, die man wirklich will!”. Damit wird deutlich, dass
59 es ein viel zu weit verbreiteter Irrglaube ist, dass dies mit Obstkörben,
60 Tischkickern, Desk-Sharing oder dergleichen gemeint oder gar erreicht sei. Ziel der
61 Neuen Arbeit, der New Work, ist eine ernsthaft gewählte und wirklich gewollte und gut
62 organisierte Arbeit, die ein modernes, selbstbestimmtes, friedliches und erfülltes
63 Leben ermöglicht.

64 Wie soll das gehen?!

65 Für Frithjof Bergmann wird die bisherige Erwerbsarbeitszeit aufgeteilt, wobei zwei
66 Drittel der klassischen Erwerbstätigkeit ersetzt werden sollen durch: Ein Drittel,
67 das aus Arbeit besteht, nach der man wirklich strebt und ein Drittel, das eine
68 Kombination aus intelligentem Verbrauch und technisch hochstehender Selbstversorgung
69 ist.

70 Bergmann stellte dafür ein 3-Säulen-Modell der “Neuen Arbeit” auf:

- 71 1. Lohnarbeit
- 72 2. Calling
- 73 3. Eigenarbeit

74 Lohnarbeit

75 In Deutschland sind rund 45 Millionen Menschen erwerbstätig. Immer mehr verändern
76 sich die Arbeitsmodelle, mobiles Arbeiten ist auf dem Vormarsch und der Wunsch nach
77 Arbeitszeitverkürzungen wächst. Dennoch ist eine Anstellung für die meisten Menschen
78 nach wie vor attraktiv und bietet beim Navigieren in der Unsicherheit unserer Zeit
79 für viele Menschen Orientierung. Zukünftig soll Arbeit jedoch den Willen, den Sinn,
80 die Selbstständigkeit und Kreativität der Arbeiter*innen in den Mittelpunkt stellen.
81 Sie sollen die Möglichkeit haben, sich in der Arbeit selbst zu entwickeln.

82 Die Digitalisierung und Flexibilisierung muss dabei stets im Sinne der Beschäftigten
83 und nicht zur reinen Profitoptimierung der Unternehmen umgesetzt werden. New Work
84 muss Arbeitsbedingungen verbessern. Wir brauchen überall mobiles Arbeiten statt
85 Telearbeit. Das Recht auf mobiles Arbeiten muss ebenso bestehen, wie das Recht, vor
86 Ort arbeiten zu wollen in einem Büro.

87 Solange wir die kapitalistische Gesellschaft & Wirtschaft nicht überwunden haben, ist

88 es für uns Jungsozialist*innen zentral, die Abhängigkeit der Beschäftigten und das
89 Ungleichgewicht in der Beziehung Arbeitgeber und Arbeitnehmer*in so gut es geht
90 aufzuheben. Gemeinsam mit den Gewerkschaften können wir gestaltend auf die Zukunft
91 der Arbeit einwirken. Die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeitgestaltung müssen
92 noch stärker an den Interessen der Arbeitnehmer*innen ausgerichtet sein. Dies ist zum
93 Beispiel durch eine Reduktion der Wochenarbeitszeit, beispielsweise im Modell der 4-
94 Tage Woche oder durch andere, in Tarifverträgen verhandelte Modelle möglich. Ebenso
95 Teil davon muss ein gleichberechtigter Zugang von FINTA zum Arbeitsmarkt, durch die
96 Schaffung und Gewährleistung ausreichender Betreuungsmöglichkeit und durch die
97 gleichberechtigte Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit sein.

98 Mitbestimmung und transparente, inklusive Entscheidungsprozesse innerhalb der
99 Betriebe können das Gefühl von Selbstwirksamkeit erzeugen. Zudem ist nachgewiesen,
100 dass Menschen, die in Betrieben mit hoher Mitbestimmung beschäftigt sind, weniger
101 gefährdet sind, rechtspopulistischen Narrativen anheimzufallen. Die Stärkung der
102 Gewerkschaften, die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades und die
103 Stärkung der Tarifbindung sind daher zwingend geboten. Wir Jusos wollen, dass es für
104 die Arbeitnehmer*innen nicht beim Gefühl der Selbstwirksamkeit bleibt. Unsere
105 sozialistische Vision bedeutet auch, dass die Produktionsmittel aus den Händen der
106 Kapitalist*innen in die Hände der Arbeiter*innenklasse gelangen. Aus dem Gefühl der
107 Selbstwirksamkeit soll echte Teilhabe werden!

108 Auch Minijobs sind eine Beschäftigungsform, die viel Freiheit verspricht, aber
109 mehrere Haken mit sich bringt. Die Sonderstellung in der Sozialversicherung führt
110 dazu, dass keine Ansprüche in die Arbeitslosenversicherung entstehen und, wenn
111 überhaupt, nur sehr geringe Rentenansprüche erworben werden. Sie werden gerne als
112 "Brücke" in die Vollzeitbeschäftigung betitelt, doch das Gegenteil ist der Fall.
113 Minijobs reduzieren zudem den Umfang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung -
114 besonders häufig in kleinen und mittleren Unternehmen ersetzt ein Minijob eine halbe
115 sozialversicherungspflichtige Stelle - so spart der Arbeitgeber Lohnnebenkosten.

116 In der Zukunft der Arbeit darf Ausbeutung keinen Platz haben. Menschen, die abhängig
117 beschäftigt sind und ihre Arbeitskraft gegen einen Lohn tauschen, müssen davon leben
118 können - nicht nur überleben. Aktuell sind wir in Deutschland davon jedoch weit
119 entfernt. Alleine ca. 800.000 Menschen sind erwerbstätig und sind dennoch auf
120 staatliche Unterstützung angewiesen, da ihr Lohn nicht ausreicht, um ein
121 menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern. Die staatliche Unterstützung ist im
122 Sinne des Sozialstaats und auch aus Gründen der Solidarität richtig, um Not zu
123 lindern, aus sozialistischer Sicht muss aber klar benannt werden, dass sie eine
124 staatliche Subventionierung des Niedriglohnssektors und letztendlich des Kapitals
125 bedeutet.

126 Wir fordern daher:

- 127 • Die Abschaffung der Beschäftigungsform Minijobs - keine Arbeit ohne
128 Sozialversicherung
- 129 • Eine Stärkung der innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechte der
130 Arbeitnehmer*innen
- 131 • Um allen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, muss
132 ein solidarisch aufgebautes und solidarisch finanziertes, flächendeckendes Netz
133 an qualitativ hochwertiger Care-Dienstleistungen aufgebaut werden - von der

- 134 Kita bis zum Altenheim. Die dort geleistete, bezahlte Care-Arbeit muss fair
135 entlohnt und arbeitsrechtlich geschützt werden
- 136 • Lohndumping und Schlupflöcher beim Mindestlohn müssen geschlossen werden! Wir
137 möchten, dass Arbeit sich wirklich lohnt - und zwar für die Arbeiter*innen.
138 Löhne, die so niedrig sind, dass Menschen staatliche Unterstützung brauchen, da
139 sie sonst unterhalb des Existenzminimums liegen würden, gehören verboten!
 - 140 • auch Saisonarbeiter*innen müssen eine Kranken- und Rentenversicherung erhalten.
141 Es muss auch hier gelten - keine Arbeit ohne Sozialversicherung!

142 Calling

143 Calling beschreibt den Punkt der Neuen Arbeit, der wohl am bekanntesten ist und am
144 meisten Aufmerksamkeit, Interesse und Nachfrage weckt: Die Frage nach der Arbeit, die
145 wir wirklich wollen. Der Begriff kann als Synonym für "Berufung" verstanden werden
146 und steht für Aktivitäten, die die Menschen wirklich und intrinsisch verfolgen und
147 ausüben möchten - und nicht nur aufgrund kapitalistischer Zwänge und dem
148 Erwartungsdruck der Leistungsgesellschaft. Bergmann spricht hierbei von der
149 sogenannten "Polarität der Arbeit", in deren Bandbreite an einem Ende "schlechte
150 Arbeit" und am anderen Ende "gute Arbeit" steht.

151 Die "schlechte Arbeit" ist dabei ein Job, der nicht hält, was er verspricht. Zum
152 Beispiel wird wirtschaftliche Unabhängigkeit versprochen, aber in Wirklichkeit stellt
153 er ein Abhängigkeitsverhältnis dar, dessen Ergebnis (also der Lohn) kaum reicht, um
154 Grundbedürfnisse und gesellschaftliche Teilhabe ausreichend zu gewährleisten. Die
155 "gute Arbeit" hingegen ist die, mit der sich die Menschen identifizieren, die für sie
156 sinnvoll ist kurz: zu der sie sich berufen fühlen. Arbeit, die man wirklich will, soll
157 also eine Alternative zum klassischen Job sein und bedeutet einen Zuwachs an
158 Freiheit.

159 Doch häufig fällt es schwer zu erkennen, was wir in Bezug auf Arbeit "wirklich
160 wollen". Der Stellenwert der klassischen, kapitalistischen Erwerbsarbeit hat sich in
161 unserer Gesellschaft verfestigt und bereits in der Schule werden wir darauf
162 vorbereitet, für den Arbeitsmarkt von Wert zu sein - nicht andersherum. Um Menschen
163 also dazu zu befähigen, zu wissen und zu tun "was sie wirklich wollen", muss bereits
164 im Bildungssystem angesetzt werden. Es muss viel mehr vermittelt werden, dass Arbeit
165 dann gut ist, wenn sie uns als Menschen einen Mehrwert gibt und dass Arbeit nicht
166 automatisch gut ist, wenn sie einen besonders hohen Lohn oder Macht über
167 Mitarbeitende mit sich bringt. Als Jungsozialist*innen ist für uns hierbei auch die
168 Beseitigung von Bildungsungleichheit unabdingbar. Wer sich darum sorgt, wie nächsten
169 Monat die Miete, oder morgen der Wocheneinkauf finanziert werden soll, oder wer im
170 Elternhaus bereits Armut erfährt, der*die kann sich nicht in dem Maße auf Bildung
171 konzentrieren, wie dies Menschen ohne existenzielle Sorgen möglich ist. Auch die
172 Auseinandersetzung mit der Frage nach der eigenen Berufung kann für Menschen im
173 Prekariat wenn überhaupt eine untergeordnete Rolle spielen, da alle Energie primär
174 zur Sicherung der Lebensgrundlage aufgewendet werden muss.

175 Instrumente wie eine Kindergrundsicherung, Bafög - sowohl für Studierende als auch
176 für Auszubildende - und die Mindestauszubildendenvergütung müssen daher so gestaltet
177 sein, dass sie armutsfest sind und den Empfänger*innen die Sorge um den Erhalt der
178 eigenen Existenz nehmen.

179 Darüber hinaus spielt für Erwachsene die Beratung eine Bedeutung - eine, die mit

180 Möglichkeiten und Optionen experimentiert und die nicht nur im persönlichen Gespräch
181 im Beratungszimmer stattfindet.

182 Klar ist dabei, dass die Dauer dieser Beratung nicht durch eine von vornherein
183 limitierte Anzahl an Stunden orientiert sein kann, sondern dass sie sich nach der
184 Zeit richtet, die für die Beratung benötigt wird. Nach Bergmann muss Teil dieser
185 Beratung auch die Aufklärung darüber sein, was der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und
186 der Arbeit "die man wirklich will" ist.

187 Doch die persönliche Verwirklichung endet nicht nach der Feststellung, in welche
188 Richtung man möchte. Gerade für Menschen, die schon im Berufsleben sind, erscheint
189 der Weg zur Selbstverwirklichung unmöglich. Ein Fernstudium beispielsweise ist nicht
190 nur enorm teuer, sondern auch zeitintensiv. Weiterbildungen finden häufig während der
191 Arbeitszeiten statt. Wenn wir kostenlose Bildung, von der Kita bis zu*m*r
192 Meister*in/Master wirklich ernst nehmen, müssen wir auch Mechanismen schaffen, die
193 das auch Berufstätigen ermöglichen.

194 Aus jungsozialistischer Sicht gilt es daher, unser Bildungssystem vom Kopf auf die
195 Füße zu stellen und entschieden gegen Chancenungleichheit vorzugehen. Wir möchten
196 dabei, neben bereits in vorigen Beschlusslagen geforderten, auf folgende Instrumente
197 zurückgreifen:

- 198 • Eine echte BAföG-Reform! BAföG muss Studierenden und Auszubildenden einen
199 freien Zugang zu Bildung und so eine eigenständige und unabhängige Entwicklung
200 gewährleisten. Das geht nur, wenn das BAföG ein Leben oberhalb des
201 Existenzminimums garantiert und als Vollzuschuss gibt. Wenn es nicht auf die
202 sogenannte "Regelstudienzeit" beschränkt und eltern- und altersunabhängig ist.
- 203 • Eine armutsfeste Kindergrundsicherung und kein neoliberales Feigenblatt!
- 204 • Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie - damit kein junger Mensch mehr
205 ohne Ausbildungsplatz da steht und damit Betriebe wieder mehr ausbilden
- 206 • Eine einkommensabhängige Bezuschussung des Fernstudiums für Arbeitnehmer*innen
- 207 • Voll vergütete Freistellungen für Weiterbildungen für Arbeitnehmer*innen
- 208 • Übernahme der Kosten (solange sie nicht abgeschafft sind) für sämtliche
209 Unkosten von Lernmittel etc. durch die Arbeitgeber*innen

210 **Eigenarbeit in Community Production**

211 Der Effizienzwahn und Profitdruck der klassischen Lohnarbeit soll durch eine
212 nachhaltige Stärkung des freien Willens des Einzelnen und der nachhaltigen Stärkung
213 eines gemeinschaftlichen, kollaborativen Geistes ersetzt werden.

214 Gemeint ist eine Form der lokalen Ökonomie, bei der Menschen Güter selbst herstellen
215 können - und zwar mit adäquater Produktionstechnologie. So sollen viele Dinge des
216 täglichen Gebrauchs durch die Menschen selbst hergestellt werden - zur eigenen
217 Benutzung, ohne den Druck von Profit und Konsum. So würden Arbeitsprozesse
218 professionell und selbstständig durch die Arbeiter*innen ausgeführt,
219 Lebenshaltungskosten könnten gesenkt werden und den Menschen mehr Unabhängigkeit und
220 damit mehr Freiheit verschafft werden.

221 Natürlich zählt zur Eigenarbeit auch die Arbeit für das soziale Miteinander.
222 Ehrenamtliches und gesellschaftlichen Engagement sind existenzieller Grundpfeiler
223 unseres Zusammenlebens. Deshalb braucht es die notwendige Rückendeckung, zeitlich wie

224 finanziell, um diese Arbeit leisten zu können.

225 **Nicht ohne die Gewerkschaften!**

226 New Work ist ein arbeitsphilosophisches Modell, das uns für die Zukunft unserer
227 Arbeit viele gute Ansätze und Impulse liefert, aber auch Risiken birgt. So liegt im
228 Fokus auf die Selbstentfaltung der einzelnen Arbeiter*innen gleichzeitig die Gefahr,
229 die Individualisierung der*des Einzelnen und die Entfremdung der Arbeiter*innen mit
230 der Gesellschaft und ihrer Klasse massiv zu beschleunigen.

231 Außerdem bietet es, insbesondere durch die oftmals synonyme Verwendung der Begriffe
232 "New Work" und "Arbeit 4.0" enormes Potenzial neoliberal ausgeschlachtet zu werden,
233 indem Flexibilisierung und individuelle Freiheit gepriesen werden. Aber gemeint
234 werden eine Entgrenzung der Arbeitszeiten und -orte, sowie eine Schwächung des
235 gewerkschaftlichen Solidargedankens der durch das "Streben nach eigenem Glück"
236 verdrängt werden soll. Neoliberale versuchen so, den Organisationsgrad und damit die
237 Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen, und die Arbeitgeberseite zu
238 stärken. Am Ende steht dann nicht New Work, sondern eine Verschärfung der
239 ausbeuterischen Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter*in und die Schaffung
240 neuer Formen von Ausbeutung und prekärer Arbeit.

241 Natürlich kann durch digitale Arbeitsinstrumente auch Unterstützung und Entlastung
242 für die Beschäftigten gelingen, jedoch stehen hier gegenüber den Risiken neuer
243 digitaler Kontroll- oder gar Überwachungsregime, Selbstüberforderung, eine zeitlich-
244 räumliche Entgrenzung der Arbeit und die Ausweitung unregulierter Arbeitsverhältnisse
245 wie Soloselbstständigkeit, Werkverträge oder Freiberuflichkeit. Beispiele dafür sind
246 Plattform- und Crowdworking, die den Arbeitnehmer*innen die große
247 Entscheidungsfreiheit suggerieren, die Flexibilität preisen aber de facto neue Formen
248 der Ausbeutung sind.

249 New Work ist also ambivalent, denn New Work bedeutet nicht automatisch Good Work. Es
250 besteht ein enormer Gestaltungsbedarf, wenn wir die Chancen im Sinne der
251 Arbeiter*innen nutzen wollen und aus New Work wirklich Good Work entstehen soll. Die
252 Gewerkschaften sind hier keinesfalls hinter der Zeit - so erkannten sie zum Beispiel
253 bereits früh die Ambivalenz mobiler Arbeit und prägten den Diskurs mit
254 Forderungen wie ein Recht auf Homeoffice, aber auch den Anspruch auf einen
255 Arbeitsplatz im Betrieb. Auch finden sich die Plattformökonomie betreffend viele
256 Regulierungsvorschläge seitens der Gewerkschaften, wie beispielsweise die Festlegung
257 von Mindestanforderungen, die Mitbestimmung oder die soziale Sicherung der
258 Arbeitnehmer*innen.

259 Doch auch die Gewerkschaften sehen sich mit zunehmender Digitalisierung und der
260 Veränderung der Arbeitswelt vor Herausforderungen gestellt. Durch die Entgrenzung der
261 Arbeit, zum Beispiel durch mobiles Arbeiten, sind Arbeiter*innen nicht mehr direkt in
262 betriebliche Prozesse eingebunden (Werkverträge, Crowdwork), der Betrieb als
263 regulativer und sozialer Ort erodiert. Das erschwert die Arbeit von Betriebsrät*innen
264 und die der innerbetrieblichen Organisation. Auch abseits der Betriebe sind
265 Zugänge zu den Beschäftigten dadurch oft fehlend und erschweren den Gewerkschaften so
266 die Mitgliedergewinnung.

267 Für uns Jungsozialist*innen ist klar: Wir stehen immer an der Seite der
268 DGB-Gewerkschaften, auch bei der Gestaltung der Arbeit der Zukunft. Ohne starke

269 Gewerkschaften können wir die moderne Arbeitswelt nicht sozial, menschengerecht und
270 solidarisch gestalten. Die Stärkung von Betriebsräten und Gewerkschaften ist
271 daher essentiell, um aus New Work auch Good Work zu machen. Viele Rahmenbedingungen
272 und

273 Aspekte von New Work können und werden bereits über Tarifverträge festgelegt, zum
274 Beispiel die Frage der Wochenarbeitszeit, Ruhezeiten, Regelungen zum mobilen Arbeiten
275 oder Nacht- und Wochenendzuschläge.

276 Für uns ist die betriebliche Mitbestimmung ein Schlüssel für die erfolgreiche
277 Gestaltung der wirtschaftlichen Transformation. Wir setzen uns deshalb für eine
278 gesetzliche Stärkung und Erweiterung betrieblicher Mitbestimmungsrechte, die den
279 veränderten Anforderungen von Transformation und Digitalisierung in den Arbeitswelten
280 gerecht wird ein. Dazu gehören u.a. verbesserter Kündigungsschutz, Aufnahme neuer
281 Themen und Stärkung sowie Erweiterungen des zwingenden Mitbestimmungskatalogs von
282 Betriebsräten.

283 Wir fordern Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Maßnahmen, die dem Klimaschutz
284 dienen. Betriebsräte wissen meist sehr genau, wozu ihre Betriebe und Unternehmen in
285 der Lage sind und können so oft schneller, flexibler und wirksamer den ökologischen
286 Herausforderungen begegnen, als dies über für alle geltende Gesetzesbestimmungen
287 möglich ist. Durch ein Mitbestimmungsrecht können sie Maßnahmen wie die Einführung
288 nachhaltigerer Produktionsverfahren, Investitionen in klimaneutrale Technologien oder
289 ökologisch verantwortliche Finanzentscheidungen unmittelbar beeinflussen und
290 vorantreiben. Auf diese Weise können Betriebsräte eine Schlüsselrolle bei der
291 Gestaltung einer klimaneutralen Produktion spielen. In größeren Betrieben mit mehr
292 als 100 Beschäftigten, wo schon die Einrichtung eines Wirtschaftsausschusses
293 verbindlich ist, soll auch eine Pflicht zur Einrichtung eines Umweltausschusses
294 gelten."

295 Darüber hinaus setzen wir uns für die Einrichtung von Gleichstellungsausschüssen ein,
296 die zu gleichen Teilen von Kapitaleseite und Beschäftigtenseite besetzt werden und
297 sich mit der Gleichstellung der Geschlechter in den Betrieben und Unternehmen
298 befassen.

299 Um die Gewerkschaften weiter zu stärken und eine Erhöhung der Tarifbindung, auch in
300 neuen Formen der Arbeit wie in der Plattformökonomie zu erreichen fordern wir:

- 301 • Dass die Bundesregierung das Bundestariftreuegesetz endlich auf den Weg bringt,
302 um die Tarifbindung zu stärken. Öffentliche Aufträge und Fördergelder sollen nur
303 Unternehmen erhalten, die nach Tarif bezahlen und tarifliche Standards erfüllen.
304 Darüber hinaus muss die Bundesregierung Einfluss auf die Novellierung der EU-
305 Richtlinien für die Vergabe öffentlicher Aufträge nehmen und sich für ein
306 europäisches Tariftreuegesetz einsetzen.
- 307 • Eine Erleichterung des Verfahrens zur Allgemeinverbindlicherklärung von
308 Tarifverträgen. Dabei ist unbedingt zu beachten, dass unterschiedliche
309 Standards berücksichtigt werden, die einen Dumping-Wettbewerb auf Kosten der
310 Arbeitsbedingungen verhindern
- 311 • Schluss mit der Tariffucht! Mitgliedschaften von Unternehmen in
312 Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung, sogenannte "OT-Mitgliedschaften",
313 müssen
314 verboten werden

- 315 • Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften. In einer sich stetig
316 digitalisierenden Arbeitswelt und dem Anstieg von mobilen Arbeiten (also
317 Abwesenheit der Arbeitnehmer*innen im Betrieb selbst) müssen gerichtlich
318 festgestellt tariffähige Gewerkschaften zusätzlich zu den herkömmlichen
319 Zutrittsrechten auch ein digitales Zutrittsrecht erhalten, um die Beschäftigten
320 in der oftmals fragmentierten und digital organisierten Arbeitswelt besser
321 erreichen zu können. Gewerkschaften müssen im
322 Intranet oder ähnlichen digitalen Systemen präsent sein können.
- 323 • Um die Gewerkschaftsmitgliedschaft attraktiver zu machen, müssen auch wirksame
324 finanzielle Erleichterungen geschaffen werden. Insbesondere für prekär
325 Beschäftigte muss sichergestellt werden, dass diese Erleichterung ankommt, auch
326 wenn keine Einkommensteuer gezahlt wird. Diese Erleichterung sollte auch
327 unabhängig und separat von anderen pauschalen Regelungen (wie der
328 Arbeitnehmerpauschalbetrag) erbracht werden.

Antrag B10: Tarifbindung stärken: Verbot von OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden!

1 Die Tarifbindung in Deutschland nimmt seit den 90er Jahren erheblich ab. Damals waren
2 noch 76 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 63 Prozent in Ostdeutschland
3 tariflich abgesichert. Heute fallen im Westen nur noch etwa 50 Prozent und im Osten
4 45 Prozent der Beschäftigten in den Geltungsbereich von Tarifverträgen.

5 Tarifverträge sind ein unverzichtbares Mittel, um eine gerechtere Verteilung des
6 Wohlstands und faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Tarifverträge regeln die
7 Arbeitsrealität in Deutschland: Sie regeln unter anderem Arbeitszeiten,
8 Arbeitsbedingungen und Entgelte. Branchen, die ihren Beschäftigten über Jahrzehnte
9 hinweg gute Tarifverträge bieten konnten, haben strukturell weniger Probleme mit der
10 Fachkräftegewinnung- und Sicherung, sie sind erfolgreicher und produktiver.
11 Tarifverträge sorgen für Sicherheit auf Seiten der Arbeiter*innen, durch sie kamen
12 unsere heutige 40h Woche, Arbeitssicherheitskonzepte und die Lohnfortzahlung im
13 Krankheitsfall erstmals in unsere Arbeitswelt. Tarifverträge setzen seit jeher die
14 Maßstäbe, die später vom Gesetzgeber übernommen werden. Als Mittel des geordneten
15 Arbeitskampfes haben sich Tarifverträge etabliert und stellen mit rund 80.000
16 einzelnen Verträgen eines der umfassendsten und wichtigsten Reglements des
17 Arbeitsmarktes dar. Im kapitalistischen System sind sie das solidarische
18 Gegengewicht
19 zum Kapital.

20 Ein Verbot der OT-Mitgliedschaften (Sind Unternehmen ohne Tarifbindung Mitglied in
21 einem der Arbeitgeber*innenverbände, so spricht man von einer sogenannten OT-
22 Mitgliedschaft.) ist ein notwendiger Schritt, um das Kräfteverhältnis zwischen
23 Kapital und Arbeit zu Gunsten der Beschäftigten zu verändern und die Tarifautonomie
24 zu sichern.

25 Beschäftigte befinden sich gegenüber Unternehmen in einer strukturell schwächeren
26 Position. Unternehmer:innen sind bestens organisiert in Arbeitgeberverbänden, die
27 ihre Interessen bündeln und vertreten. Nur mit starken Gewerkschaften können die
28 Interessen der Beschäftigten wirksam und auf Augenhöhe mit den Unternehmen
29 durchgesetzt werden.

30 Die Erosion der Tarifbindung ist eine direkte Folge kapitalistischer
31 Marktmechanismen, die darauf abzielen, Arbeitskosten zu senken und Gewinne zu
32 maximieren. Unternehmen nutzen OT-Mitgliedschaften, um sich der Tarifbindung zu
33 entziehen. Das Sinken der Tarifbindung ist dabei nicht zufällig: Seit Jahrzehnten
34 arbeiten Teile der Arbeitgeber*innen und die Verbände in denen sie sich organisieren
35 systematisch daran, die Tarifbindung zu senken. Diese Bemühungen, flankiert mit
36 geringen Beitrittsquoten in tarifgebundene Arbeitgeberverbände von neu gegründeten
37 Unternehmen, sorgen dafür, dass die Tarifbindung in Deutschland nur noch ein Schatten
38 ihrer selbst ist. Das darf nicht so bleiben: Weder aus jungsozialistischer noch aus
39 juristischer Perspektive: Im Grundgesetz ist die Funktionsfähigkeit der
40 Tarifautonomie als wichtiges Ziel benannt. Diese Tarifautonomie kann aber überhaupt
41 nur mit starker Tarifbindung erreicht werden.

42 Tarifverträge legen dabei Mindeststandards fest, sie garantieren faire Löhne und
43 geregelte Arbeitszeiten. Doch die zunehmende Nutzung von OT-Mitgliedschaften in den

44 Arbeitgeberverbänden untergräbt systematisch diese Errungenschaft. Unternehmen nutzen
45 die Vorteile der Verbandsmitgliedschaft, ohne sich gleichzeitig an Tarifverträge
46 halten zu müssen. Die Sozialpartner:innenschaft verkommt zur Farce und
47 Arbeitgeber:innen nutzen letztendlich ein Schlupfloch, um sich ihrer sozialen
48 Verantwortung zu entziehen.

49 **Keine Profitmaximierung auf dem Rücken von Beschäftigten**

50 Arbeitnehmer:innen müssen im Kapitalismus stets darum kämpfen, um ebenfalls von dem
51 von ihnen geschaffenen Mehrwert zu profitieren. OT-Mitgliedschaften sind ein weiteres
52 Mittel, um die Macht der Unternehmen zu stärken und gleichzeitig Löhne weiter zu
53 drücken.

54 Diese Dynamik befeuert die Prekarisierung und damit die zunehmende Spaltung der
55 Gesellschaft. Der Schlüssel zur Überwindung dieser Ungerechtigkeiten liegt in einer
56 starken Tarifbindung. Flächentarifverträge sichern gerechte Bedingungen für alle
57 Beschäftigten einer Branche und verhindern, dass Unternehmen durch Lohndumping
58 Vorteile gegenüber tarifgebundenen Firmen erhalten. Ein Verbot der OT-
59 Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden würde diese Entwicklung stoppen und den
60 Beschäftigten eine stärkere Verhandlungsposition verschaffen.

61 **Die Jusos fordern:**

- 62 1. Es muss gesetzlich festgelegt werden, dass die Mitgliedschaft in
63 Arbeitgeberverbänden zwingend mit einer Tarifbindung verbunden ist. Die
64 Möglichkeit der OT-Mitgliedschaft muss abgeschafft werden. Unternehmen dürfen
65 nicht länger die Vorteile der Mitgliedschaft nutzen, ohne Verantwortung für ihre
66 Beschäftigten zu übernehmen.
- 67 2. Mehr Tarifverträge müssen für allgemein verbindlich erklärt werden, sodass sie
68 für alle Unternehmen einer Branche gelten, unabhängig von ihrer Mitgliedschaft
69 im Arbeitgeberverband.
- 70 3. Unternehmen, die sich der Tarifbindung entziehen, sollen keinen Zugang zu
71 öffentlichen Aufträgen oder staatlichen Fördermitteln bekommen. Das
72 Tariftreuegesetz muss schnellstmöglich umgesetzt werden.

Antrag C1: Wissenschaftler:innen nicht hängen lassen! Für faire Anstellungs- und Arbeitsbedingungen und eine Stärkung des Mittelbaus im wissenschaftlichen Betrieb

1 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-
2 Bundesparteitag

3 Gute Arbeitsbedingungen fördern die wirtschaftliche Produktivität und Innovation.
4 Entsprechend setzen weltweit immer mehr Arbeitgeber:innen und Regierungen lang
5 geforderte Weichenstellungen für die Realisierung wichtiger Meilensteine wie eine
6 verbesserten Work-Life-Balance oder auch zur Reduktion von Arbeitsstunden um. Umso
7 befremdlicher vor dem Hintergrund dieser Bemühungen ist der gegenwärtige Zustand der
8 Arbeits- und Forschungsbedingungen in der deutschen Forschungslandschaft, und die nur
9 notdürftige Adressierung dieser Problematik seitens des Bundesministeriums für
10 Bildung und Forschung (BMBF) in seinem jüngst vorgelegten Reformentwurf des
11 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG).

12 **Ist-Zustand**

13 Die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Betrieb sind von einem
14 absurden Niveau an Unsicherheit hinsichtlich der allgemeinen physischen und
15 psychischen Belastung, der finanziellen Absicherung sowie der langfristigen
16 Karriereplanung geprägt. Maßgeblich zu dieser Unsicherheit und der erschwerten
17 Familienplanung trägt bei, dass in der Wissenschaft 92 % aller Personen unter 45
18 Jahren ohne Professur lediglich befristet beschäftigt sind. Wissenschaftler:innen
19 werden zum großen Teil kettenbefristet - und das vollkommen legal. Spätestens seit
20 #IchBinHanna sollte dieser Zustand der breiten Öffentlichkeit bekannt sein.

21 Folgende aktuelle Regelungen sind hierbei besonders zu beachten:

- 22 • Bis zu sechs Jahre lang können Promovierende unter befristeten Verträgen
23 beschäftigt werden, sowie sechs weitere Jahre nach Abschluss der Promotion im
24 Rahmen der Weiterqualifizierung im wissenschaftlichen Betrieb ("Postdoc-
25 Phase");
- 26 • Darüber hinaus ist eine Weiterbeschäftigung nach Abschluss der Post-Doc-Phase in
27 der Regel nur noch über drittmittelfinanzierte Projekte möglich, was all jene
28 Wissenschaftler:innen, welche nicht zur Habilitation zugelassen sind, betrifft.
29 Und qua der Natur von drittmittelfinanzierten Projekten sind diese
30 Beschäftigungsverhältnisse zumeist auf den Projektzeitraum (oft 2-3 Jahre)
31 befristet. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines nur minimalen Angebots an
32 Professuren auf viele potenzielle Bewerber:innen.
- 33 • Arbeitsstunden werden in der Wissenschaft derzeit generell nicht erfasst. Dies
34 übersetzt sich oft in eine Überschreitung der Regelarbeitszeiten, die nach ArbZG
35 eine Zeit von acht Stunden beträgt und in Sonderfällen auf bis zu zehn Stunden
36 verlängert werden darf, sowie eine langfristige Ausbeutung von Arbeitskraft über
37 die eigenen physischen und psychischen Kapazitäten.

38 Allgemein ist der akademische Mittelbau in Deutschland prekär aufgestellt. Dabei wird
39 häufig übersehen, dass nicht alle Beschäftigten im wissenschaftlichen Betrieb eine
40 Professur anstreben. Es gibt zahlreiche wichtige Daueraufgaben an deutschen

41 Hochschulen, die kontinuierlich und professionell erfüllt werden müssen:
42 Wissenschaftsverwaltung und Wissenschaftsmanagement, Studiengangskoordinationen und
43 die Gestaltung von Praxis-Schnittstellen sind nur einige Beispiele. Die gegenwärtige
44 Befristungspraxis ist gerade in diesen Bereichen nicht nachvollziehbar, da es sich um
45 permanente Aufgaben handelt, die im Sinne der Qualitätssicherung von unbefristet
46 beschäftigtem Personal wahrgenommen werden sollten. Auch in der Lehre würden
47 Studierende erheblich von mehr Kontinuität profitieren, besonders in den
48 Grundseminaren. Ein positives Beispiel sind die von Gewerkschaften erkämpften
49 Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbA), bei denen nach langem Ringen und mehreren
50 Rechtsklagen unbefristete Beschäftigungsverhältnisse durchgesetzt wurden - wenn auch
51 noch nicht flächendeckend und in ausreichendem Umfang.

52 Über 80 % der Beschäftigten im akademischen Mittelbau sind befristet angestellt und
53 aufgrund des minimalen Angebots an dauerhaften Stellen besteht für die Allermeisten
54 auch keine Aussicht auf Verbleib in der Wissenschaft. Die prekäre Lage des
55 akademischen Mittelbaus ist ebenfalls mit Herausforderungen für die Lehre verbunden.
56 Aufgrund der generell zu geringen Anzahl der Beschäftigten im akademischen Mittelbau
57 ist der Betreuungsschlüssel in der Lehre oftmals ein Hindernis für eben diese.

58 Insgesamt bedeuten diese Arbeitsbedingungen & Zustände im Einzelnen sowie in ihrer
59 kumulierten Wirkung ein hohes Maß an Unsicherheit für die Betroffenen in der
60 allgemeinen Lebens- und weiteren Karriereplanung, aber auch in der allgemeinen
61 finanziellen Absicherung.

62 Untätig bleibt die Bundesregierung angesichts dieser Missstände nicht: In seinem
63 jüngsten Reformvorschlag sieht das BMBF auf der Postdoc-Ebene (nach der Promotion)
64 die Beschränkung der Laufzeit von Befristungen ohne Anschlusszusage auf 4 Jahre vor.
65 Die Qualifizierung zum Post-Doc selbst soll durch Mindestlaufzeiten von Erstverträgen
66 von mindestens zwei Jahren abgesichert werden, die Qualifikation zur Promotion unter
67 Mindestvertragslaufzeiten für Erstverträge von drei Jahren. Eine weitere Maßnahme zur
68 Verringerung von befristeten Arbeitsverhältnissen im aktuellen Reformentwurf ist die
69 Ausdehnung der Befristungshöchstdauer in der Postdoc-Phase um maximal zwei Jahre
70 durch eine Garantie einer dauerhaften Anstellung des:der Forschenden, sofern zuvor
71 zwischen Arbeitgeber (der anstellenden Einrichtung) und dem:der Beschäftigten zu
72 erfüllende wissenschaftliche Ziele vereinbart und erreicht werden (Anschlusszusage).
73 Ebenso im Entwurf vorgesehen ist eine Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten von
74 Tarifvertragsparteien.

75 **Kritik am Reformvorschlag**

76 Haben sie auch einen fortschrittlichen Charakter, sind die aktuell geplanten
77 Maßnahmen dennoch nicht als ausreichend zu bewerten. Wie im Folgenden aufgezeigt,
78 verbirgt sich hinter einzelnen fortschrittlich gedachten Maßnahmen de facto sogar ein
79 Rückschritt.

80 Grund zur Sorge bereiten folgende Punkte:

- 81 1. die geplante Verkürzung der Qualifikationsphase zur Erlangung des Post-Docs von
82 6 auf 4 Jahre, sowie
- 83 2. die Aufrechterhaltung der sachgrundlosen Befristung innerhalb dieser: Die
84 vorgebrachten Argumente einer dadurch gegebenen "Planbarkeit" und
85 "Verbindlichkeit" der weiteren Karriereplanung bei gleichzeitiger

86 "Flexibilität", um "fachkulturelle[n] Unterschiede[n] und [der] Vielfalt der
87 Karrierewege in der Wissenschaft" Rechnung zu tragen sind nicht stichhaltig.
88 Weder werden hier Charakteristiken dringend notwendiger beratender Strukturen
89 für einen gesicherten Wechsel von (Zwangs-)Aussteiger:innen in andere Berufe
90 erwähnt, noch ist vor dem Hintergrund der mangelhaften Finanzierungslage für
91 einen Großteil der Lehrstühle die Sicherheit einer anschließenden Anstellung
92 gegeben (auch vor dem Hintergrund erwähnter geplanter rechtlicher Verankerung
93 einer "Anschlusszusage"; s. Punkt 1 oben). Im Gegenteil wird diese somit
94 aufrechterhaltene *Unsicherheit* in der weiteren Lebens- und Karriereplanung durch
95 die verkürzte Dauer der Qualifikationsphase und die faktisch oft unzureichende
96 Bereitstellung von Mitteln für die Realisierung eines solchen Quasi-Rechts auf
97 Entfristung noch verschärft. Der dadurch produzierte – und von Befürworter:innen
98 der WissZeitVG-Reform oftmals hervorgehobene – "Turnover" an Personal kann im
99 Wissen um eine nachgewiesene Multiplikation von Innovation bei *langfristiger*
100 Teamarbeit und dem Aufbau *mehrfähriger* Expertise nicht im Sinne einer
101 wettbewerbsorientierten deutschen Forschungslandschaft sein.

102 3. Die nur vage gehaltene geplante Stärkung und Ausweitung des Tenure-Track-Systems
103 sowie Stärkung der Tarifvertragsparteien: Genauso wie bei der im gegenwärtigen
104 Vorschlag nur mäßig verbindlichen Anschlusszusage fehlt es hier an einer
105 konkreten Ausformulierung von Charakteristiken, welche glaubhaft in eine de
106 facto-Stärkung dieser Instrumente münden. Zudem ändert der gegenwärtige nur
107 minimale Einsatz von Tenure-Tracks zur Förderung von Habilitationsvorhaben mit
108 Anschlusszusage als Alternative zur regulären Habilitation nichts am Mangel an
109 unbefristeten Stellen, geschweige denn dem Mangel an Mitteln zur Finanzierung
110 dieser.

111 4. Die fehlende Eingrenzung des Qualifizierungsbegriffes. Das WissZeitVG ermöglicht
112 befristete Arbeitsverträge bislang grundsätzlich nur, „wenn die befristete
113 Beschäftigung zur Förderung der eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen
114 Qualifizierung erfolgt.“ (vgl. § 2 Abs. 1 S. 1, 2 WissZeitVG). Dieser
115 Befristungsgrund wird viel zu weit verstanden, mit der Folge, dass fast jede
116 Tätigkeit an oder in Verbindung mit wissenschaftlichen oder künstlerischen
117 Einrichtungen befristet werden kann. So hat das Bundesarbeitsgericht in einer
118 Entscheidung des Jahres 2022 (Urteil vom 02.02.2022 – 7 AZR 573/20) anerkannt,
119 dass es zur „wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung“ genüge,
120 „dass eine wissenschaftliche (oder künstlerische) Kompetenz angestrebt wird, die
121 in irgendeiner Form zu einer beruflichen Karriere, auch außerhalb der
122 Hochschule, befähigt.“ (vgl. Rn. 47). Das trifft auf jede in einem
123 Arbeitsverhältnis erworbene Berufserfahrung zu. Damit existiert faktisch keine
124 Trennung zwischen allgemeiner Berufserfahrung oder wissenschaftlicher bzw.
125 künstlerischer Tätigkeit, die auf Erwerb eines anerkannten Qualifizierungsgrades
126 wie der Promotion oder der Habilitation ausgerichtet ist. Das macht nicht
127 zuletzt der zugrundeliegende Fall der zitierten Entscheidung deutlich. Trotz
128 seit neun Jahren abgeschlossener Ausbildung der klagenden Diplomingenieurin
129 erkannte das Gericht einen Qualifizierungszuwachs darin, „dass jeglicher
130 fachlich-inhaltlicher (Mit-) Arbeit an Forschungsprojekten ein Kompetenzzuwachs
131 ungeachtet des bisher erreichten Kenntnisstandes immanent ist; auch liegt in ihr
132 regelmäßig eine „bewerbungstaugliche“ Steigerung des Wissens- und

133 Qualifizierungsniveaus.“ (vgl. Rn. 54). Indem der Gesetzesentwurf des BMBF an
134 diesem Qualifizierungsbegriff festhält, wären auch weiterhin viel zu
135 weitreichende Befristungen auf Grundlage des WissZeitVG möglich.

136 5. Die Normierung der Mindestvertragslaufzeiten in der regulären Promotions- und
137 Post-Doc-Phase sowie für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte als
138 Soll-Vorschrift. Der Reformentwurf will die Mindestvertragslaufzeiten von drei
139 Jahren in der Promotionsphase und, zwei Jahren in der Post-Doc Phase lediglich
140 als „Soll“-Vorschrift verankern. Damit bleiben kürzere Vertragslaufzeiten ohne
141 für uns ersichtlichen Grund in Ausnahmefällen weiterhin möglich.

142 Insgesamt läuft der Reformvorschlag des BMBF seinen eigenen Zielen einer realisierten
143 “Planbarkeit” und erhöhten Attraktivität des deutschen Forschungssystems für
144 Wissenschaftler:innen im Sinne inländischer wie internationaler “Spitzen“-Forschung
145 und “Kooperation” – zuwider. Die Anzahl der konservierten oder geschaffenen
146 Graubereiche, bei einem gleichzeitigem Mangel an verbindlichen und konstruktiv
147 ineinandergreifenden systemischen Veränderungen im Sinne von angestellten
148 Wissenschaftler:innen und ihren potenziellen Nachfolger:innen, lassen eher auf eine
149 problematische Zementierung – wenn nicht Potenzierung des Status Quo schließen, denn
150 auf eine wissenschafts- und angestelltenfreundliche Reform mit progressivem
151 Charakter.

152 **Reformvorschläge**

153 Für die Schaffung einer wirklich innovationsfördernden und international
154 konkurrenzfähigen deutschen Forschungslandschaft, bei gleichzeitiger Garantierung
155 einer nachhaltigen Angestelltenpolitik und entsprechend *fairen* Arbeitsbedingungen,
156 braucht es eine *tatsächliche* Gratwende in der Ausgestaltung dieser unter dem
157 WissZeitVG. Damit diese möglichst Gegenstand der kommenden, oder zumindest folgender
158 Reformen ist, fordern wir:

- 159 1. die breite und sinnvolle Anwendung der neuen Regelungen des Gesetzes zur
160 Arbeitszeiterfassung in der Wissenschaft auf den gesamten akademischen
161 Mittelbau im deutschen Forschungsbetrieb tätigen Wissenschaftler:innen,
162 inklusive jener mit Beamtenstatus. Dies darf selbstverständlich nicht mit einer
163 bürokratischen Ausbremsung der Forschung einhergehen.
- 164 2. die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung während der Post-Doc-Phase nach
165 Ablauf des Erstvertrags und damit verbunden
- 166 4. die Verlängerung bzw. Anpassung der Mindestvertragslaufzeit zur Promotion an die
167 durchschnittliche Promotionsdauer im jeweiligen Fachbereich. Nur so wird eine
168 angemessene Belastung der Promovierenden sowie mit dieser Leistung verbundene
169 Forschungsqualität im Sinne von an Innovation und Vereinbarkeit orientierten
170 Arbeits- und Forschungsbedingungen gewährleistet.
- 171 5. Moderne Forschung wird immer stärker abhängig von projektbasierten und auf Zeit
172 bereitgestellten Drittmitteln. Die damit einhergehende verringerte Planbarkeit
173 schadet der Forschung sowie Grundlagenforschung in mehrfacher Hinsicht. Ein zu
174 hohe Quote an drittmittelfinanzierter Forschung erschwert es den Hochschulen
175 langfristig zu planen und Kontinuität in der Forschung zu ermöglichen. Die
176 Forschenden selbst werden - ganz unabhängig von den tendenziell prekären
177 Arbeitsbedingungen, die durch die Befristungen geschaffen werden - in ihrer

178 Forschungsfreiheit beschränkt. Denn wenn vom Gelingen eines Forschungsprojekts
179 der nächste Vertrag oder der nächste Drittmittelantrag abhängt, werden die
180 Forschung und ihre Ergebnisse vorab beeinflusst und ist nicht mehr objektiv oder
181 frei. Wir fordern daher, dass dieser Trend umgekehrt werden soll und der Bund
182 wieder verstärkt zur Forschungsfinanzierung aus Grundmitteln übergehen sollte.

183 6. die Aufhebung der Tarifsperre und Verankerung in Tarifverträgen auf Länderebene
184 einer Lohnfestsetzung durch Tarifrunden bzw. damit die *vollständige* Aufnahme von
185 Wissenschaftler:innen im deutschen Forschungsbetrieb in die Tarifverträge des
186 öffentlichen Dienstes: Nur eine aktive tarifliche Mitbestimmung kommt einer
187 konkretisierten Stärkung der Tarifvertragsparteien gleich. Löhne müssen auch im
188 (und gerade im innovationsorientierten) wissenschaftlichen Betrieb unter dem
189 Aspekt individueller und fachbezogener Leistung verhandelbare Masse sein.

190 7. die Etablierung von Department-Strukturen ergänzend zum Professur-zentrierten
191 Lehrstuhl-Modell: Die Einführung von Departmentstrukturen in Ergänzung zum
192 gegenwärtig dominierenden Lehrstuhl-Modell würde auch die Ausweitung und
193 sinnhafte Integration von unbefristeten Stellen ohne notwendige
194 Weiterqualifizierung in den wissenschaftlichen Betrieb deutlich vereinfachen.
195 Außerdem wird das ausgeprägte Machtgefälle zwischen Professur und
196 Nachwuchswissenschaftler*innen im Vergleich zum Lehrstuhl-Modell reduziert.

197 8. im Einklang mit den GEW-Forderungen eine deutliche Stärkung des akademischen
198 Mittelbaus durch die Schaffung zahlreicher neuer Dauerstellen für die
199 Daueraufgaben, die der akademische Mittelbau bewältigt. Nur so kann
200 sichergestellt werden, dass die Qualität der Lehre auch in Zukunft gewährleistet
201 ist und die Forschung nicht mehr derart unter der Abwanderung von gut
202 ausgebildeten Wissenschaftler:innen leidet, welche keine Dauerstellen bekommen.

203 9. in Übereinstimmung mit der Forderung der Gewerkschaft für Erziehung und
204 Wissenschaft (GEW) die Eingrenzung des Qualifizierungsbegriffs auf das Erreichen
205 anerkannter wissenschaftlicher oder künstlerischer Qualifikierungsgrade wie der
206 Promotion oder der Habilitation.

207 10. die Ausgestaltung der Mindestvertragslaufzeiten in der regulären Promotions- und
208 Post-Doc-Phase als zwingende „Muss“-Vorschrift

209 Abschließend wollen wir folgendes Fazit ziehen: Zahlreiche Studien haben
210 nachgewiesen, dass Innovation maßgeblich gestärkt wird durch interpersonelle
211 Kooperation, aber auch *durch den Aufbau langjähriger Expertise*. Kurbelt ein gewisses
212 Niveau an Mitarbeiter:innenfluktuation den Zugang zu neuen Ideen und so die
213 Innovativität an, wird die Erreichung gesetzter Ziele eher gesichert durch ein
214 geringeres Maß an personellem Austausch.

215 Dies gilt auch für den wissenschaftlichen Bereich: Innovative Forschung auf einem
216 Niveau, welches langfristig unseren Wohlstand und eine nachhaltige Transformation
217 unserer Wirtschaft hin zu Klimaneutralität absichert, kann nur da entstehen, wo
218 solchen Konstellationen und interpersonellen Prozessen auch genügend Raum gegeben
219 wird. Dies ist im Rahmen der Arbeitsbedingungen, wie sie das WissZeitVG gegenwärtig
220 vorschreibt, nicht gegeben. Nur ein breiter wissenschaftlicher Mittelbau, gestemmt
221 von neuen wie versierten, langfristig in der Wissenschaft beschäftigten Köpfen ist
222 gleichzusetzen mit einem nachhaltigen Wissenschaftsmodell, welches im internationalen

223 Wettbewerb besteht und zugleich gesellschaftlich tragfähig ist.

224 Der momentan diskutierte Reformentwurf des BMBF wird auf dem Weg dorthin sowie zu
225 besseren Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft leider nicht den gewünschten Effekt
226 bringen. Wir fordern daher die grundlegende Überarbeitung des aktuellen
227 Reformentwurfs unter Umsetzung der genannten Punkte, damit die vielen
228 Wissenschaftler:innen in Deutschland wieder ihrem Beruf nachgehen können, ohne die
229 gegenwärtigen Zustände weiter ertragen zu müssen.

230 Wir fordern daher die SPD-Fraktion im Bundestag dazu auf sich für gute
231 Arbeitsbedingungen im Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb einzusetzen und eine echte
232 Verbesserung im WissZeitVG zu erwirken. Wir wollen einen nachhaltigen Einsatz für
233 diese Ziele beim kommenden Bundestagswahlkampf und in anstehenden
234 Koalitionsgesprächen.

Antrag E7-Neu: Westbalkan for (E)U

1 Während um uns herum die Kriege zunehmen und die Spannungen wachsen, müssen wir uns
2 an den Westbalkan erinnern und daran, was diese Spannungen für die Menschen in dieser
3 Region bedeuten könnten. Doch diese Region, die von historischen Konflikten und
4 politischen Turbulenzen gezeichnet ist, bietet uns die Chance, einen Weg zu sozialer
5 Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Gleichheit und nachhaltiger Entwicklung zu
6 beschreiten.

7 Der letzte Krieg im Westbalkan ist mittlerweile seit 24 Jahren beendet und trotzdem
8 haben es seitdem lediglich Slowenien und Kroatien in die EU geschafft. Alle anderen
9 Länder bewegen sich immer noch zwischen dem Status eines Beitrittskandidaten bzw.
10 zwischen dem Öffnen von einzelnen Kapiteln auf dem Weg zum EU-Beitritt. Das
11 errichtete Moratorium erschwert den Beitrittsprozess in einem besonderen Maße. In
12 Anbetracht des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine wird jedoch deutlich, dass
13 Staaten, die Interesse haben, Teil der europäischen Gemeinschaft zu werden, diese
14 Möglichkeit auch gewährt werden müssen. Dabei stehen die EU und im Besonderen auch
15 die Mitgliedstaaten der EU in einer außerordentlichen Verantwortung.

16 **Wir fordern ein stärkeres Engagement für die beschleunigte Integration der Länder des**
17 **Westbalkans in die Europäische Union, bis der Integrationsprozess in jedem einzelnen**
18 **Land abgeschlossen ist.** Dazu zählt auch, dass die Anerkennung des Kosovos durch alle
19 EU-Staaten erfolgen muss und keine unbegründeten Blockaden einzelner Mitgliedstaaten
20 fortgeführt werden dürfen.

21 Alle Staaten des Westbalkans müssen demokratischer werden. Autokratische Strukturen
22 und die Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit, wie auch ein
23 Regierungseinfluss auf die Justiz, müssen überwunden werden. Für eine EU-Integration
24 müssen die Staaten des Westbalkans Entwicklungen in Richtung der Demokratie und
25 echter Gewaltenteilung hervorbringen, wie zum Beispiel durch die aktuelle Regierung
26 Kosovos. Außerdem müssen sich die Westbalkanstaaten mehr für den Schutz der
27 Individuellen Menschenrechte ihrer Bürger*innen einsetzen. Deswegen müssen vor dem
28 jeweiligen Beitritt die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für
29 Menschenrechte umgesetzt werden.

30 Die EU steht gleichzeitig genauso in der Verantwortung, diese Prozesse zu beobachten,
31 sie zu fördern und bei entgegen laufenden Prozessen zu warnen.

32 Deshalb fordern wir:

- 33 • die Stärkung der Beziehungen zwischen den westlichen Balkanstaaten und der
34 europäischen Gemeinschaft im weiteren Sinne. Dazu gehören die Unterstützung von
35 Initiativen zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, des
36 Wissensaustausches und der gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung gemeinsamer
37 Herausforderungen sowie die Unterstützung der Länder bei der endgültigen
38 Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft
- 39 • die Förderung von demokratischen Projekten in der Region durch die EU
- 40 • die Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen und die breite Beteiligung
41 junger Menschen an Entscheidungsprozessen
- 42 • die Förderung einer unabhängigen Justiz in Kooperation mit Behörden der EU bzw.
43 ihrer Mitgliedstaaten im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption

44 **Demokratisierung über Selbstbestimmung**

45 Der Hohe Repräsentant in Bosnien und Herzegowina, der von den Vereinten Nationen
46 entsandt wird, hat die Aufgabe der Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit in
47 diesem Land. Diese Position ist im Rahmen des auf Ethnien basierten Regierungssystems
48 in Bosnien und Herzegowina zum einen relevant, auf der anderen Seite erhält der Hohe
49 Repräsentant mit den sog. Bonn Powers aber zugleich die politische Befugnis ,
50 Entscheidungen der demokratisch gewählten Volksvertreter*innen zu blockieren. Darüber
51 hinaus hat der Hohe Repräsentant sogar das Recht, gewählte Amtsträger*innen zu
52 entlassen. Ferner kann der Hohe Repräsentant praktisch nach Belieben Gesetze erlassen
53 und neue Behörden schaffen, was in der Vergangenheit wegen den gegenseitigen
54 politischen Blockaden und für die Umsetzung der Daytoner Vereinbarungen notwendig
55 war. Das Amt des Hohen Repräsentanten ist als solches ein Bestandteil der
56 Vereinbarungen des Daytoner Friedensvertrages und als solches relevanter und
57 notwendiger Bestandteil des Systems der jungen Demokratie. Problematisch ist dieses
58 Amt aber heutzutage insbesondere angesichts der Tatsache, dass der Hohe Repräsentant
59 praktisch keine demokratische Legitimierung erhält - die Auswahl erfolgt durch ein
60 Gremium, das aus über 50 UN-Außenminister*innen besteht. Eine demokratische Kontrolle
61 seiner Macht erfolgt nicht, seine Entscheidungen werden *de facto* gerichtlich nicht
62 angefochten. Seine halbjährige, verpflichtende Berichterstattung an die UN ist
63 generell als positiv zu bewerten, damit potentielle Konflikte in Bosnien und
64 Herzegowina international frühzeitig erkannt werden können. Gleichzeitig bieten die
65 Befugnisse des Hohen Repräsentanten aber auch sehr viel Potential zum weitgehend
66 unkontrollierten Ausnutzen seiner Macht.

67 Deshalb fordern wir:

- 68 • Die Europäische Union und die Vertreter*innen des Peace Implementation Councils
69 in Bosnien und Herzegowina dazu auf, eine Strategie zur vollständigen Umsetzung
70 der Vereinbarungen des Daytoner Friedensabkommens – wie z.B. der sicheren
71 Rückkehr der vertriebenen Menschen - vorzulegen, die mit der überfälligen
72 Abschaffung des Amtes des Hohen Repräsentanten einhergeht
- 73 • perspektivisch und langfristig eine Abschwächung der Befugnisse des Hohen
74 Repräsentanten innerhalb Bosnien und Herzegowinas bis hin zur
75 Abschaffung seines Amtes
- 76 • kurzfristig eine verpflichtende Vorabstimmung des Hohen Repräsentanten mit den
77 Vereinten Nationen bei allen Entscheidungen mit Einfluss auf die
78 Verfassung
- 79 • Transparenz und demokratische Kontrolle bei der Auswahl und Ernennung des Hohen
80 Repräsentanten

81 **Regionale Kooperation**

82 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, wie wichtig eine politische
83 Zusammenarbeit zwischen den europäischen demokratischen Staaten ist. Die Staaten des
84 Westbalkans sind durch zwischenstaatliche Konflikte stark geprägt. Wir sind uns der
85 Wunden der Vergangenheit bewusst und betonen die Bedeutung von Friedensschaffung,
86 Friedenssicherung und Versöhnung. Als Jungsozialist*innen zwingt uns dies, für einen
87 offenen Dialog und aufrichtige Bemühungen einzutreten, um historische Spaltungen und
88 kulturelle Traumata zu heilen.

Deshalb fordern wir:

- 90 • die Einrichtung von interkulturellen Austauschprogrammen und Bildungsinitiativen
91 wie schulischen und studentischen Austausch-Projekten
- 92 • die Förderung von zivilgesellschaftlichen Zusammenkünften zur politischen
93 und gesellschaftlichen Aufarbeitung der Kriegsverbrechen mit dem Ziel einer
94 Versöhnung und Vertrauensbildung zwischen den Menschen der Region
- 95 • die Einrichtung gemeinsamer Geschichtskommissionen, um das Verständnis zu
96 erleichtern und die Einheit zwischen den verschiedenen Gemeinschaften des
97 westlichen Balkans zu fördern
- 98 • eine Förderung zur egalitären Erhaltung und Würdigung der verschiedenen
99 kulturellen Identitäten, Sprachen und Traditionen auf dem westlichen Balkan
- 100 • Maßnahmen zu unterstützen, die das Wohlstandsgefälle verringern und die soziale
101 Eingliederung fördern. Um dies zu erreichen, fordern wir verstärkte
102 Investitionen in Bildung für alle, die Gesundheitsversorgung und die sozialen
103 Sicherungssysteme, ungeachtet des sozioökonomischen oder ethnischen
104 Hintergrunds. Besonderes Augenmerk sollte auf marginalisierte Gruppen wie
105 Sinti*zze, Rom*nja und LGBTQIA+-Personen gelegt werden
- 106 • die Stärkung der unabhängigen Gewerkschaften, die sich für faire Löhne und
107 sichere Arbeitsbedingungen losgelöst von den politischen Strukturen einsetzen
108 können. Im Zuge des wirtschaftlichen Wandels in den westlichen Balkanstaaten
109 müssen Gewinne gerecht unter den Arbeitnehmer*innen verteilt und ausbeuterische
110 Praktiken beendet werden.
- 111 • eine Ablehnung der Open-Balkan-Initiative in aktueller Form, die als klares
112 Mittel der Ausgrenzung einzelner Staaten konzipiert ist, denn eine solche
113 Initiative, ausgearbeitet vom Vucic Regime, erzeugt viel Unsicherheit und Angst
114 vor der Hegemonie in der Region. Diese Initiative wird auch als eine Alternative
115 zu einem EU-Beitritt verstanden, was nicht im Interesse der EU sein kann.
116 Stattdessen unterstützen wir weiterhin den Berliner Prozess, der genau das Ziel
117 hat, die Kooperation und die Zusammenarbeit aller Länder des Westbalkans zu
118 intensivieren.
- 119 • Serbien muss als Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft jede Form von
120 territorialen Ansprüchen gegenüber Nachbarstaaten formell und dauerhaft
121 aufgeben. Dies schließt besonders die Beziehungen zum Kosovo ein. Serbien muss
122 das Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen respektieren und sich zur aktiven
123 Förderung der regionalen Souveränität verpflichten, um stabilere Beziehungen im
124 Westbalkan aufzubauen.
- 125 • Uneingeschränkte Anerkennung und Unterstützung des Erbes des Internationalen
126 Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY). Serbien soll
127 insbesondere sicherstellen, dass Schulbildungsprogramme und offizielle
128 Gedenkveranstaltungen das historische Erbe des ICTY würdigen und die Bedeutung
129 der Rechtsprechung für die Region und die EU-Zukunft Serbiens verdeutlichen.

Die europäische Integration muss jetzt starten

131 Die Region des Westbalkans wird häufig als Teil Europas vergessen. Dabei ist die
 132 Distanz von uns nach Neapel (Italien) und nach Durres (Albanien) nahezu identisch.
 133 Wir können nicht länger die Augen verschließen und diese Region allein ihrem
 134 Schicksal überlassen. Autokratische Staaten wie die Türkei, Russland und China nutzen
 135 das Machtvakuum aus und investieren massiv in die Infrastruktur der Länder, nicht
 136 zuletzt mit der Hoffnung, einen Gegenpol zur EU zu schaffen. Insbesondere hierbei
 137 wird über die politische und gesellschaftliche Bindung zwischen Russland und Serbien
 138 enorm Einfluss genommen, bis hin zur Störung des Friedens auf dem Westbalkan. Das
 139 dürfen wir nicht weiter zulassen. Alle Staaten des Westbalkans sind in der EU
 140 willkommen, auch wenn, wie beispielsweise in Serbien, dazu in der aktuellen Lage
 141 keine gesellschaftlichen oder politischen Mehrheiten bestehen.

142 Für uns Jusos gilt es deshalb, gerade dort unsere pro-europäischen
 143 Schwesterorganisationen vor Ort zu unterstützen.

144 Die intensiven Gespräche seit dem Westbalkan-Gipfel im Sommer 2022 und die Aufnahme
 145 von Bosnien und Herzegowina, wie auch Albanien als Beitrittskandidaten in die EU,
 146 begrüßen wir sehr. Trotzdem muss der Prozess der EU-Integration weiter an Fahrt
 147 gewinnen.

148 Deshalb fordern wir:

- 149 • eine endgültige Anerkennung der Unabhängigkeit und der Souveränität Kosovos
 150 durch alle Mitgliedstaaten und seine Aufnahme in den Europarat (spätestens bis
 151 2025)
- 152 • die Entwicklung von Initiativen wie z.B. dem Berliner Prozess hin zu einer
 153 stetigen, selbstständigen und unabhängigen Kooperation mit einem besonderen
 154 Fokus auf die Bekämpfung des sogenannten Brain Drains, der zu Fachkräftemangel
 155 durch Abwanderung in der Region führt und einen negativen Einfluss auf das
 156 Wachstum der betroffenen Staaten hat. Die massive Emigration verursacht einen
 157 großen Druck in kritischen Sektoren, wie im medizinischen Bereich, und
 158 beeinträchtigt somit die öffentliche Daseinsvorsorge der Länder. Durch die
 159 weitere Kooperation im Berliner Prozess sollte in Zukunft der Fokus auf die
 160 zirkuläre Migration gesetzt werden, damit der Transfer von Know-how, vor allem
 161 mit der EU-Diaspora der Westbalkan Staaten, intensiviert wird.
- 162 • Investitionen in die infrastrukturelle Entwicklung und die Förderung der sozial-
 163 ökologischen Transformation des Westbalkans, die damit einhergeht, dass die
 164 Rechte der Arbeiter*innen nicht zurückgebaut werden und dass die Zerstörung der
 165 Lebensgrundlage – wie durch die Lithiumförderung in Serbien und Bosnien und
 166 Herzegowina sowie der Natur durch den intensivierten Bau der Wasserkraftwerke –
 167 nicht von den EU Regierungen gefördert wird
- 168 • einen Stopp von EU-Fördergeldern und gezielte Sanktionen gegen ethno-
 169 nationalistische Kräfte wie z.B. um Milorad Dodik, Dragan Covic oder Aleksandar
 170 Vucic
- 171 • Aufhebung der im Juni 2023 verhängten Sanktionen gegenüber dem Kosovo
- 172 • eine klare Ablehnung jeder Instrumentalisierung der Aufnahmeprozesse durch EU-

173 Mitgliedstaaten, wie z.B. ein Abkommen über Migration als Gegenleistung für
174 weitere Zustimmung wie kürzlich zwischen Italien und Albanien. Die Länder des
175 Westbalkans sind keine und dürfen nicht wie eine Vorprovinz der EU betrachtet
176 werden, wo die unmenschliche Migrationspolitik ausgetragen werden kann/darf!
177 Dies beinhaltet die sofortige Rückabwicklung des Lagers der faschistischen
178 italienischen Regierung in Shengjin.

- 179 • Zur Förderung der interkulturellen Zusammenarbeit sollte die EU langfristige
180 Austauschprogramme für Studierende, Lehrende und zivilgesellschaftliche Akteure
181 in der gesamten Region aufbauen. Ziel dieser Programme ist es, gegenseitiges
182 Verständnis und die Kooperationsfähigkeit zu stärken.
- 183 • die Befürwortung von individuellen Beitrittsperspektiven der einzelnen
184 Westbalkan-Staaten solange beispielsweise die Regierungsstrukturen in Serbien so
185 aufgebaut sind, wie aktuell, da wir hier Beitrittsverhandlungen
186 derzeit kritisch sehen.

Antrag F01: Jungsozialistische Perspektiven zum Nahostkonflikt

1 **Warum wir diesen Antrag verfasst haben**

2 Nicht erst seit dem 07. Oktober 2023 ist der Nahostkonflikt eines der relevantesten
3 politischen Themen weltweit. Der grauenvolle und antisemitische Überfall der Hamas
4 auf verschiedene Orte an der Grenze zu Israel stellte eine neue Stufe der Gewalt und
5 Eskalation dar. Das Leid der Geiseln und ihrer Familien erschüttert uns auch nach
6 einem Jahr weiterhin zutiefst. Auch die darauffolgenden Ereignisse mit dem Einmarsch
7 der israelischen Armee in den Gaza-Streifen, die Spannungen in der Westbank, der
8 Raketenbeschuss auf Israel aus dem Iran, dem Libanon, Syrien, Irak, Jemen und durch
9 verschiedenste Terrororganisationen sowie das Leiden der Zivilbevölkerung,
10 insbesondere in Gaza und auch im Libanon, machen uns betroffen. Die Auswirkungen der
11 Eskalation im Nahen Osten sind bis in die Hochschulen der USA und Europa, auf den
12 Straßen überall auf der Welt spürbar. Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus
13 steigen rasant an und die gesellschaftliche Debatte ist von Vorurteilen, Hass,
14 Fehlinformationen und einseitigen Betrachtungen geprägt. Nicht das erste Mal streitet
15 sich die politische Linke massiv über den Nahen Osten und steht sich unversöhnlich
16 gegenüber. Als Jusos sehen wir uns als Teil der progressiven Linken, weshalb uns
17 neben der gesellschaftlichen auch die innerlinke Debatte nicht kalt lässt. Hinzu
18 kommt, dass wir in der Region mit dem Willy-Brandt-Center Jerusalem eines der wenigen
19 Projekte vor Ort haben, welches sich explizit um den Austausch zwischen jungen,
20 progressiven Israelis und Palästinenser*innen kümmert, um langfristig
21 friedensstiftende Maßnahmen zu fördern. Auch diese Arbeit ist unter den aktuellen
22 Bedingungen kaum möglich. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir trotz all dieser
23 schrecklichen Umstände eine Perspektive für unsere Arbeit in der Region und
24 friedensfördernde Maßnahmen geben. Wir wollen uns klar positionieren, aber dabei
25 nicht einseitig instrumentalisieren. Wir wollen Leid benennen, aber uns nicht mit dem
26 Aussprechen zufriedengeben. Wir wollen die aktuelle politische Situation in all ihrer
27 grausamen Realität beschreiben, aber nicht von unseren jungsozialistischen Utopien
28 abrücken, die wir seit Jahrzehnten mit unseren Partner*innen vor Ort diskutieren. Wir
29 erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, aber halten es für notwendig, unserem
30 Verband und der Partei eine Positionierung mit auf den Weg zu geben, die durch einen
31 Diskussionsprozess mit dem Verband entstanden ist. Dabei haben wir uns mit
32 verschiedenen Aspekten der aktuellen und auch der grundlegenden politischen Debatte
33 beschäftigt und aus unserer internationalistischen und antifaschistischen
34 Grundhaltung diskutiert. Wir sprechen uns für einen echten Frieden aus, der die
35 Sicherheitsinteressen von Israelis und Palästinenser*innen in der Region
36 berücksichtigt. Denn nur ein solcher echter Frieden kann das Leiden beenden.

37 **Warum wir uns generell im Nahostkonflikt engagieren**

38 Unser Engagement zum Nahostkonflikt ist einem zentralen Grundsatz unserer Arbeit
39 geschuldet: Unser Kampf für eine befreite Gesellschaft hat keine Grenzen! Wir setzen
40 uns für Leben in Würde für alle Menschen ein, gegen Gewalt und Krieg.

41 Wir glauben nicht, dass wir als Jusos und als deutsche politische Linke von hier aus
42 den Konflikt lösen und Frieden schaffen können. Wir sind davon überzeugt, dass dies
43 nur die involvierten Konfliktparteien vor Ort schaffen können. Jedoch sind wir davon
44 überzeugt, dass wir an den notwendigen Bedingungen für Frieden mitarbeiten können und

45 den Betroffenen eine Stimme geben können. Dazu bieten wir Raum für Austausch zwischen
46 progressiven Kräften aus beiden Seiten des Konfliktes und unterstützen sie in ihrer
47 Arbeit.

48 Dennoch: Niemand von uns wird aus Deutschland heraus den Nahostkonflikt lösen.
49 Echten, dauerhaften Frieden und Sicherheit für Israelis und Palästinenser*innen wird
50 es nur durch harte politische Arbeit progressiver Kräfte in Israel und Palästina
51 geben, die auf Solidarität, Dialog und Gerechtigkeit ausgelegt sind.

52 Wir wollen bei unseren Partner*innen in der Region auf friedliche, gerechte und für
53 alle sichere Lösungen hinwirken, ohne dabei progressiven Kräften ihre jeweiligen
54 Perspektiven und Narrative abzusprechen. Dabei teilen wir mit unseren Partner*innen
55 die Vision eines palästinensischen und eines israelischen Staates, die friedlich
56 nebeneinander existieren und wo Israelis und Palästinenser*innen selbst entscheiden
57 können, ob und wie stark sie miteinander leben möchten.

58 Das Willy-Brandt-Center Jerusalem, gegründet 1996 von der damaligen Juso-Vorsitzenden
59 Andrea Nahles, stellt für uns noch immer den wichtigsten Ort dar, an dem wir diese
60 Arbeit voranbringen können. Es spielt in Kriegszeiten eine wichtige Rolle, um
61 Begegnungsräume für progressive Kräfte in einer Zeit schwindender politischer
62 Möglichkeiten vor Ort zu schaffen. In Friedenszeiten werden wir jede Chance nutzen,
63 die politische Reichweite des Willy-Brandt-Centers zu vergrößern und es näher an die
64 alltägliche Verbandsarbeit bei den Jusos zu holen.

65 **Wie eine friedliche Konfliktlösung möglich werden kann**

66 Historisch betrachtet wurde eine Vielzahl von mehr oder weniger erfolgreichen
67 Versuchen unternommen, um den Konflikt zu befrieden. Als Teil des Willy-Brandt-
68 Centers Jerusalem sehen wir es als unsere Aufgabe, Frieden nicht aus weiter Ferne zu
69 diktieren, sondern im Austausch mit unseren Partner*innen friedenspolitische
70 Antworten zu entwickeln, zu verbreiten und zu unterstützen. Dabei ist in eine eher
71 kurzfristige und eine langfristige Perspektive auf die aktuelle Situation zu
72 unterscheiden, um der Komplexität des Konfliktes gerecht zu werden.

73 Für ein Ende des aktuell laufenden Krieges zwischen Israel und der Hamas sowie die
74 Hamas unterstützenden Organisationen und Staaten ist es notwendig, dass bestimmte
75 Grundlagen jeweils akzeptiert und in konkretes politisches Handeln umgesetzt werden.

76 Wir setzen uns daher für ein **Ende der Gewalt und Angriffe auf Zivilist*innen auf**
77 **beiden Seiten** ein. Zivilist*innen dürfen nicht als menschliche Schutzschilder, eigene
78 zivile Infrastruktur nicht für militärische Zwecke missbraucht werden. Zivilist*innen
79 leiden mit am meisten unter der Kriegssituation, sind oft Angriffen nahezu schutzlos
80 ausgesetzt und verdienen eine Perspektive auf ein besseres Leben.

81 Insbesondere die Zivilist*innen in Gaza und im Libanon haben kaum Schutz vor
82 Angriffen und sind daher in der aktuellen Kriegssituation besonders gefährdet und
83 haben vielfach ihr Leben verloren. Das zum Teil **völkerrechtswidrige Vorgehen der**
84 **aktuellen rechtsextremen Regierung in Israel verurteilen wir** und werden sowohl die
85 Regierung als auch ihr Vorgehen in enger Abstimmung mit unseren israelischen
86 Partner*innen auch weiterhin kritisieren. Die weitere Zerstörung des Gazastreifens
87 muss in Hinblick auf die **Perspektive von palästinensischer Selbstbestimmung**, die wir
88 im weiteren Verlauf des Antrags noch konkreter beschreiben, verhindert werden.
89 Außerdem fordern wir die **Freilassung von Gefangenen, die ohne Verdachtsfall von der**

90 **IDF und/oder radikalen Siedler*innen festgenommen wurden.** Die israelische
91 Administrativhaft darf kein Instrument der willkürlichen Festnahme von
92 Palästinenser*innen sein, da sie gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstößt. Bei
93 berechtigten Verdachtsfällen müssen faire Gerichtsprozesse von israelischer Seite
94 sichergestellt werden. Die menschenwürdige Unterbringung muss sichergestellt werden.

95 Um die Zivilist*innen zu unterstützen, ist es notwendig, dass der **Zugang und die**
96 **Versorgung durch Nahrungs- und Hilfsmittel vollständig sichergestellt ist.**
97 Medizinische und humanitäre Hilfen müssen bei den Leidtragenden ankommen und dürfen
98 nicht durch militärische Angriffe, Diebstahl oder unnötig verzögernde Kontrollen
99 zurückgehalten werden. Hilfsorganisationen müssen ihrer Arbeit nachgehen können, ohne
100 von noch stärkeren Gefahren, als sie sowieso schon ausgesetzt sind, bedroht zu
101 werden.

102 Das UN-Palästinenserhilfswerk (UNRWA) spielt eine zentrale Rolle bei der humanitären
103 Versorgung der Menschen in Gaza und der Westbank, insbesondere angesichts der
104 dramatischen humanitären Lage, die sich durch das Verbot der Organisation auf
105 israelischem Staatsgebiet weiter verschärft hat. Wir kritisieren dieses Vorgehen der
106 israelischen Regierung scharf, da es faktisch das Ende der UNRWA-Aktivitäten in Gaza
107 und der Westbank bedeuten könnte.

108 Gleichzeitig erkennen wir an, dass es berechtigte Kritik an der UNRWA gibt,
109 insbesondere im Hinblick auf Vorwürfe über mangelnde Unabhängigkeit und potenzielle
110 Verbindungen zur Hamas. Diese Vorwürfe und Zweifel müssen unabhängig und umfassend
111 aufgearbeitet werden. Hierbei muss sichergestellt werden, dass es keine Verbindungen
112 zwischen der UNRWA und terroristischen Strukturen gibt und dass die Organisation den
113 humanitären Standards und den Grundsätzen der Vereinten Nationen entspricht.

114 Dennoch bleibt klar: Ein Verbot der UNRWA führt zu einer weiteren Verschärfung der
115 ohnehin katastrophalen humanitären Situation in Gaza. Die internationale Gemeinschaft
116 muss sicherstellen, dass es weiterhin eine funktionierende und unabhängige humanitäre
117 Organisation gibt, die die Versorgung der Bevölkerung gewährleistet und den Menschen
118 eine Perspektive bietet.

119 Durch den schrecklichen und antisemitischen Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.
120 Oktober 2023 wurde der israelische Staat und die israelische Gesellschaft in seinen
121 Grundfesten erschüttert. Insgesamt 1139 Menschen wurden an diesem Tag von der Hamas
122 ermordet. Es handelt sich hierbei um den größten Massenmord an Jüdinnen* und Juden
123 seit der Shoa. Die Entführung der 250 Geiseln stellt eine weitere nicht aushaltbare
124 Situation dar. Einige Geiseln konnten durch Gefangenenaustausche freikommen, auch die
125 IDF befreite einige Geiseln, aber die Mehrheit wurde entweder bereits tot aufgefunden
126 oder befindet sich - unklar ob lebend - weiterhin in den Händen der Hamas. Daher ist
127 für uns klar, dass die **bedingungslose Freilassung aller Geiseln** eine
128 Grundvoraussetzung für ein Ende des Krieges ist. Ebenfalls stehen wir hinter dem
129 **Recht Israels auf Selbstverteidigung innerhalb der Grenzen des Völkerrechts** und
130 verurteilen die andauernden Angriffe auf Israel aus dem Gaza-Streifen durch die
131 Hamas, dem Libanon durch die Hisbollah, dem Iran durch das iranische Regime, aus dem
132 Irak und dem Jemen oder seine weiteren von ihm unterstützten Regimen in der Region,
133 der Westbank durch terroristische Anschläge von palästinensischen Terrorist*innen und
134 Syrien durch das Assad-Regime. Von besonderer Relevanz ist es daher auch, dass **die**
135 **Hamas mindestens handlungsunfähig gemacht wird und als Organisation abgeschafft wird.**

136 Mit der Hamas ist Frieden nicht möglich!

137 Neben einem Ende des Krieges brauchen wir - trotz der schlechten Situation vor Ort -
138 langfristige Perspektiven auf einen Frieden in der Region und die Zwei-Staaten-
139 Lösung. Beide Seiten müssen dafür Kompromisse eingehen und Vertrauen aufbauen. Wie
140 das gelingen kann, haben wir versucht in einem Antrag aus 2020 detailliert darzulegen
141 und soll nicht in aller Detailtiefe wiederholt werden. Eine Grundbedingung für
142 dauerhafte friedenspolitische Lösungen ist, dass auf allen Seiten **unterschiedliche**
143 **Sichtweisen und Narrative akzeptiert und rote Linien aufgezeigt werden.** Die
144 Realitäten des Krieges müssen zur Kenntnis genommen werden, ohne körperliche und
145 verbale Gewalt zu reproduzieren. Das ist ein schmerzhafter Prozess, der nur im Dialog
146 eine echte Chance bietet, Vorurteile und falsche Annahmen abzubauen. Wichtig ist
147 dabei, dass die Angst und das Leid der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten anerkannt
148 und ebendieser mit Empathie begegnet wird. Als einzige realistische Lösung sehen wir
149 weiterhin eine **Zwei-Staaten-Lösung** an, die den **legitimen Sicherheitsinteressen beider**
150 **Seiten** Rechnung trägt und auch mit der Methode von sogenannten **Land-Swaps**, dieser
151 Lösung näherkommt. Mit "Land-Swaps" ist hier der gleichberechtigte Austausch von
152 gleichwertigem Land gemeint. Aber auch die angrenzenden Staaten in der Region müssen
153 in einen Friedensprozess mit einbezogen werden. Voraussetzung dafür ist, dass die
154 Staaten entweder bereits begonnen Friedens- und Anerkennungsprozesse mit Israel
155 fortsetzen oder starten und die Palästinenser*innen auf dem Weg zu einem aktiven
156 Staat mit Ressourcen unterstützen. Dabei muss auch über **Sicherheitsgarantien**
157 gesprochen werden, um die oben ausgeführten Ängste zu nehmen und echte Verhandlungen
158 zu ermöglichen.

159 Dazu gehört, dass die Existenz Israels nicht in Frage gestellt oder angegriffen wird.
160 Langfristig braucht es daher eine **progressive palästinensische Regierung**, welche als
161 legitime Vertretung aller Palästinenser*innen angesehen wird, **die Israels**
162 **Existenzrecht** uneingeschränkt anerkennt. Diese Regierung darf Angriffe aus zum
163 Beispiel dem Iran, Syrien, dem Libanon oder anderen Staaten niemals dulden oder
164 unterstützen. Um dorthin zu gelangen, braucht es landesweite, gleiche und faire
165 Wahlen und eine nachhaltige **Etablierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einem**
166 **zukünftigen Staat Palästina**, die nicht von außen aufgezwungen werden dürfen, aber
167 eine Voraussetzung für ein solches Handeln sind. In einem solchen Staat darf es **keine**
168 **Terrororganisation** Hamas geben, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, jüdisches Leben
169 auszulöschen. Ein Ende der Hamas ist daher auch für eine langfristige Friedenslösung
170 unabdingbar. Auch die „Huthi-Rebellen“, „die Hisbollah“, der „Islamische Dschihad“
171 und alle weiteren antisemitischen Terrororganisationen stehen Frieden im Weg und
172 müssen daher bekämpft werden.

173 Aber auch die Sicherheitsinteressen der Palästinenser*innen müssen Berücksichtigung
174 finden. Gemeinsam mit unseren Partner*innen auf israelischer Seite sind wir uns
175 einig, dass die Regierung Netanjahu enden muss und es eine **progressive Regierung in**
176 **Israel** braucht, damit eine dauerhafte, friedenspolitische Lösung erreicht werden
177 kann. Diese Regierung muss eine schnellstmögliche Klärung der offenen Grenzfragen mit
178 Anrainern wie die faktische Annektierung des Golan und ein **Ende der Besatzung im**
179 **Westjordanland** durchsetzen, so dass eine palästinensische Selbstbestimmung im Rahmen
180 einer Zwei-Staaten-Lösung möglich wird. Diese Selbstbestimmung steht den
181 Palästinenser*innen zu und nur diese kann auch in Israel dauerhaft für Sicherheit

182 sorgen. Wie bereits seit vielen Jahren **verurteilen wir aufs Schärfste die israelische**
183 **Siedlungspolitik** und die aktuell weiter fortschreitende Annektierung von Gebieten
184 durch radikale Siedler*innen und fordern ein Ende der Anerkennung der
185 Siedlungsgebiete durch die israelische Regierung sowie die Rückgabe selbiger. Illegal
186 annektiertes Land muss ebenfalls zurückgegeben oder im Rahmen von "Land-Swaps" gelöst
187 werden.

188 **Wie wir zum Nahostkonflikt und im Willy-Brandt-Center Jerusalem arbeiten**
189 Als Jusos wollen wir uns zum Nahostkonflikt direkt engagieren und in der Breite
190 politisch sprachfähig sein. Das **Willy-Brandt-Center Jerusalem (WBC)** bleibt dabei
191 weiterhin der wichtigste Ort, um diese beiden Ziele zu erreichen. Es wurde geschaffen
192 für den trilateralen Dialog zwischen progressiven Kräften aus Israel, Palästina und
193 Deutschland. Dennoch befindet sich das Willy-Brandt-Center nach der Covid 19-Pandemie
194 und nun während dem Nahostkrieg in einer Übergangszeit.

195 Das wichtigste Prinzip für unsere Arbeit zum Nahostkonflikt bleibt das der **doppelten**
196 **Solidarität**. Doppelte Solidarität stellt an uns Jusos mindestens die Anforderung,
197 beide Perspektiven im Konflikt mitzudenken und in unserem Engagement sowie in unseren
198 Positionierungen zu berücksichtigen. Alleine dieser Aspekt unterscheidet uns bereits
199 von vielen Akteur*innen innerhalb der politischen Landschaft, die seit dem 7. Oktober
200 zunehmend in Polarisierung und Lagerdenken abgleiten. Das wichtigste Instrument zur
201 Umsetzung der doppelten Solidarität und ein zentraler Anspruch an unsere Arbeit
202 bleibt dennoch der **direkte, trilaterale Dialog im Rahmen des Willy-Brandt-Centers**. In
203 diesem Geist wurde das Willy-Brandt-Center in den 90er-Jahren gegründet und darin
204 liegt seine zentrale Aufgabe. Der trilaterale Dialog ist einerseits Selbstzweck zur
205 Förderung des Friedens vor Ort und bildet zudem die beste Grundlage unserer
206 Positionsbildung im Hinblick auf Israel und Palästina.

207 In der politischen Realität des Konflikts zeigt sich aber, dass die trilaterale
208 Arbeit großen Widerstandskräften ausgesetzt ist. Derzeit sind die ideologischen
209 Gräben zu tief und die politischen Risiken für die Beteiligten vor Ort zu hoch. **Es**
210 **kann daher Situationen geben, in denen eine trilaterale Abstimmung trotz aller**
211 **Bemühungen nicht möglich ist**. Zum einen kann es Situationen geben, in denen wir nicht
212 auf beiden Seiten vergleichbare Beziehungen mit progressiven politischen
213 Partner*innen haben. Zum anderen kann es auch bei bestehenden Partner*innen Fälle
214 geben, in denen wir uns ohne eine Abstimmung mit unseren Partner*innen positionieren
215 wollen.

216 Wichtig bleibt für uns, dass wir dennoch unsere eigene Rolle als nicht beteiligte
217 Partei, als "**Third Party**" beachten. Wir haben nicht die politischen Fähigkeiten, den
218 Konflikt zu lösen, aber unser Handeln trägt das Potential, Schaden vor Ort
219 anzurichten, deren Konsequenzen nicht wir, sondern die Beteiligten spüren. Daraus
220 ergibt sich die Pflicht, sachorientiert und abwägend zu handeln und uns
221 dementsprechend zu äußern ("**Do no harm**"). Dennoch haben wir als politische
222 Jugendorganisation ein legitimes, eigenes Interesse daran, uns im Hinblick auf einen
223 der problematischsten und folgenreichsten internationalen Konflikte äußern zu können.

224 Um all dem gerecht zu werden, sollen jeder Positionierung durch uns **umfassende**
225 **Bemühungen zur Konsultation mit unseren Partner*innen** vorausgehen. Zudem haben nicht
226 alle Fragen in Israel und Palästina die gleichen internationalen Auswirkungen und
227 insofern steht uns umso weniger eine Einschätzung zu, ohne die Partner*innen

228 umfassend zu konsultieren. Besondere Zurückhaltung und Sensibilität gilt daher bei
229 vorwiegend innenpolitischen Fragestellungen.

230 Wir sind uns außerdem bewusst, dass nicht alle Landesverbände, Bezirke und
231 Unterbezirke zu allen Zeiten den gleichen Zugang zum Willy-Brandt-Center und zu
232 unseren Partner*innen haben können. Dies kann allerdings nicht zur Folge haben, dass
233 dort keine Meinungsbildung zum Konflikt stattfinden kann. **Der Juso Bundesvorstand hat**
234 **hier eine entscheidende Vermittlungsrolle und muss für Fragen des Konflikts**
235 **ansprechbar sein.** Dennoch: Wo immer dies möglich ist, muss der direkte Austausch mit
236 unseren Partner*innen erfolgen, um eine von den Realitäten vor Ort losgelöste
237 Diskussion zu vermeiden. Wir sind uns bewusst, dass wir in Deutschland aus einer
238 beschränkten Perspektive über den Konflikt nachdenken und es eine stetige Aufgabe
239 bleibt, diese Perspektive zu erweitern.

240 **Wie wir Auswirkungen des Konflikts in Deutschland begegnen**

241 **1. Antisemitismus**

242 Wir Jusos positionieren uns ganz klar gegen jede Form von Antisemitismus, wie es auch
243 im Beschluss von 2019 festgehalten ist. Uns ist bewusst, dass der aktuell offenbarte
244 Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft im direkten Zusammenhang mit den
245 Angriffen des 07. Oktobers 2023 steht. Das Existenzrecht und das
246 Selbstverteidigungsrecht Israels sind für uns nicht verhandelbar. Wir stehen zur
247 deutschen Staatsraison und zu Israel als dem einzigen Schutzraum für Jüdinnen* und
248 Juden weltweit. Dazu gehört auch, dass wir uns entschieden gegen den Antisemitismus
249 in Deutschland stellen und jeden Form des Antisemitismus zurückweisen. Wir wollen den
250 Antisemitismus in seiner Komplexität verstehen und gleichzeitig die Vielfalt
251 jüdischen Lebens in Deutschland sichtbar machen. Der Dialog mit (potentiellen)
252 Partner*innenorganisationen ist dabei essentiell für uns. Besonders besorgt sind wir
253 über die aktuelle Situation an deutschen Hochschulen: Wenn Jüd*innen sich dort nicht
254 mehr in Sicherheit aufhalten können, Forderungen nach dem Boykott von israelischen
255 Wissenschaftler*innen laut werden und jedweder Diskurs verweigert wird, stellen wir
256 uns an die Seite der Betroffenen und üben geschlossene Kritik. Die Zunahme von Gewalt
257 gegenüber Jüdinnen* und Juden an Hochschulen, die Blockade von Eingängen, um
258 Jüdinnen* und Juden von den Hochschulen auszuschließen und weitere antisemitische
259 Aktionen dürfen nicht unbeantwortet bleiben. Die schreckliche Realität für Jüdinnen*
260 und Juden an Hochschulen wird deutlich, wenn wir uns vor Augen führen, dass sie
261 Sicherheitstrainings absolvieren müssen, um sich sicherer in den entsprechenden
262 Räumen aufhalten zu können. Dieser Zustand ist nicht haltbar und erfordert eine
263 konsequente Reaktion aller deutschen Hochschulen.

264 **2. (Antimuslimischer) Rassismus**

265 Wir Jusos stellen uns konsequent gegen jede Form von Rassismus. Besonders häufig
266 sind in Deutschland muslimisch gelesene und migrantisierte Menschen von rassistischer
267 Diskriminierung betroffen. Dieser Rassismus drückt sich seit dem 7. Oktober verstärkt
268 dadurch aus, dass Betroffene pauschal für die Gräueltaten der Hamas verantwortlich
269 gemacht werden. Menschenverachtenden Forderungen nach Abschiebungen, die auch über
270 rechte Akteur*innen hinaus immer wieder formuliert werden, erteilen wir eine
271 deutliche Absage. Unser Ziel ist es (antimuslimischen) Rassismus in seiner
272 Komplexität zu verstehen und die Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland stärker
273 sichtbar zu machen. Dafür suchen wir den Austausch mit unseren (potentiellen)

274 Partner*innenorganisationen. Besonders besorgt sind wir über die Berichte exzessiver
275 und unverhältnismäßiger Polizeigewalt, sowie das zunehmende Racial Profiling
276 gegenüber muslimisch gelesenen und migrantisierten Menschen, insbesondere auf
277 (friedlichen) pro-palästinensischen Demonstrationen. Dabei stellen wir uns an die
278 Seite der Betroffenen und kritisieren dies entsprechend konsequent.

279 **3. Der aktuelle gesellschaftliche Diskurs**

280 Wir Jusos sehen den aktuellen innerdeutschen Diskurs zur Lage im Nahen Osten mit
281 großer Sorge. Insbesondere lehnen wir das eindimensionale Schwarz-Weiß-Denken ab, das
282 - auch in der politischen Linken - Menschen pauschal für die Taten der Hamas oder das
283 Handeln der israelischen Regierung verantwortlich macht. Durch einen vergifteten
284 Diskurs ziehen sich differenzierte Stimmen zurück. Dem wollen wir eine faktenbasierte
285 und sachliche Analyse des Konfliktes entgegenstellen, die wir auch konsequent in
286 unseren zivilgesellschaftlichen Bündnissen und internationalen Dachorganisationen
287 vertreten. Hier sehen wir den Verband in der Verantwortung Vorbild in der
288 Debattenkultur zu sein. Wir wollen einen wertschätzenden und respektvollen Austausch
289 nach innen wie nach außen.

Antrag F04 – neu: „The Massalit will not come“ – die EU und der Krieg im Sudan

1 Aktuell kämpfen im Sudan das staatliche Militär, angeführt vom aktuellen Machthaber
2 Abdel Fattah al-Burhan und die RSF (Rapid Support Forces) unter der Führung von
3 Mohammed Hamdan Daglo gegeneinander. Verschiedenste unabhängige
4 Menschenrechtsorganisationen warnen vor einem drohenden Genozid. Nicht nur dass die
5 Europäische Union die Augen vor den Entwicklungen der letzten Jahre im Sudan
6 verschließt, sie negiert auch eine Mitschuld.

7 **Die Entwicklung des Sudan-Konflikts**

8 Seit 2018 kämpfen Menschen in dem nordafrikanischen Land für Demokratie und
9 Menschenrechte im Rahmen einer Demokratiebewegung. Auslöser war zunächst die immense
10 Steigerung der Brotpreise. Obwohl der Sudan viele Rohstoffe, wie zum Beispiel Gold
11 und Öl exportiert, kommt davon wenig bei der Bevölkerung an. Die Hälfte der Menschen
12 lebt von Landwirtschaft, die meisten am absoluten Existenzminimum. Durch den Sudan
13 fließt der Nil, jedoch nimmt seit Jahren die Trockenheit im Land zu. Auslöser dafür
14 ist unter anderem der Klimawandel, weshalb die Trockenheit und damit verbundene
15 Dürren in den nächsten Jahrzehnten massiv zunehmen werden. Im Dezember 2018 kam es in
16 der Stadt Atbara zu den ersten Protesten, die schnell zu Massenprotesten wurden. Die
17 Stärke der Protestbewegung machte dabei die starke gewerkschaftliche Tradition des
18 Landes deutlich. Dabei standen besonders Frauen an der Spitze der Protestbewegung.
19 Jene Frauen ließen sich durch die Militärs nicht einschüchtern, obwohl diese sogar
20 sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe einsetzten. Anfang 2019 kam es zu einem
21 friedlichen sit-in vor dem Militär-Hauptgebäude in der Hauptstadt Khartum, bis
22 schließlich Militär und RSF gemeinsam den Diktator Umar Hasan Ahmad al-Baschir
23 absetzten. Dies geschah jedoch nicht aus Überzeugung, sondern weil die Proteste zu
24 groß waren, um sie militärisch zu bekämpfen. Allerdings führten zur selben Zeit
25 Militär und RSF Hinrichtungen und Massaker gegen die Opposition durch, bis
26 schließlich im August 2019 eine Übergangsregierung gebildet wurde, die den Weg hin
27 zur Demokratie ebnen sollte. 2021 putschte sich das Militär erneut an die Macht,
28 seitdem sind wieder dieselben korrupten und skrupellosen Generäle an der Macht, die
29 Menschenrechte und Demokratie mit Füßen treten wie vor der friedlichen Revolution.

30 **Bürgerkrieg, Genozid und die Verantwortung der EU**

31 Für das Militär und die Miliz RSF stellt sich seit 2019 die Frage, wer wie viel Macht
32 erhalten wird. Die RSF wurde unter Diktator Umar Hasan Ahmad al-Baschir stark
33 gefördert. Die RSF, mit Unterstützung der Regierung, war mutmaßlich am Genozid
34 verschiedener Volksgruppen in Darfur im Westen des Landes beteiligt. Auch die UN
35 warnt vor einem Völkermord in Darfur. In der westlichen Region des Landes sind die
36 Massaker und Gewaltexzesse durch die Milizen und das Militär am verheerendsten.
37 Zielscheibe der ethnischen Säuberung durch die RSF sind massalitsche Zivilist*innen
38 und weitere nicht-arabische Bevölkerungsgruppen in Darfur. Der Höhepunkt des
39 mutmaßlichen Genozids an den Massalit stellte der 24. April 2023 dar: Nach
40 Untersuchungen durch Human Rights Watch trieben an diesem Tag die Kämpfer der RSF und
41 ihrer Verbündeten Tausende Zivilist*innen, darunter Frauen und Kinder, zusammen und
42 erschossen sie. Massaker wie diese, Plünderungen und die
43 Anwendung sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe halten seit April 2023 bis heute

44 besonders in der Region Darfur an. Zur selben Zeit unterstützte die Europäische Union
45 die Militärdiktatur, um Geflüchtete auf dem Weg nach Europa aufzuhalten. Es ist sehr
46 wahrscheinlich, dass die RSF mindestens Teile dieser Gelder erhalten hat, da sie ab
47 2015 für den Grenzschutz im Sudan verantwortlich war. Im April 2023 ist der Konflikt
48 zwischen Militär und RSF eskaliert. In Khartum setzt das Militär Kampfflugzeuge gegen
49 die RSF ein. Die Kämpfe haben zum Zusammenbruch der Ordnung im Land und mittlerweile
50 zu einem Bürgerkrieg geführt. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist schlecht, Menschen
51 holen ihr Trinkwasser aus dem Nil und medizinische Versorgung ist kaum vorhanden.

52 **Die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft ernst nehmen!**

53 Es ist ein Armutzeugnis für die Europäische Union als Friedensnobelpreisträgerin,
54 dass sie zum einen nicht mal ausschließen kann, an der Eskalation des Konflikts und
55 an potenziellen Genoziden beteiligt zu sein, und dass sie zum anderen immer noch
56 nicht einmal willens ist, den Menschen bei ihrer Flucht zu helfen. Im Gegenteil
57 arbeitet sie weiterhin mit der sogenannten „libyschen Küstenwache“ zusammen, um
58 Menschen im Mittelmeer auf ihrem Weg nach Europa zu hindern. Dazu kommt die neueste
59 Reform des europäischen Asylrechts im „Gemeinsamen europäischen Asylsystem“ (GEAS),
60 dem auch Deutschland zugestimmt hat. Es kann nicht gewährleistet werden, dass alle
61 Menschen, die aus dem Sudan fliehen, in der EU Schutz finden. Das ist eine Schande.
62 Die Menschen im Sudan kämpfen seit Jahren für Demokratie und Menschenrechte. Wir
63 dürfen sie in ihrem Kampf nicht im Stich lassen. Daher schließen wir uns den
64 Forderungen von Human Rights Watch in ihrem Bericht über den drohenden und bereits
65 erfolgten Völkermord in Darfur an den Massalit an. Wir fordern:

- 66 1. Die Anerkennung, dass in Darfur ein Genozid an den Massalit und nicht- arabischen
67 Bevölkerungsgruppen droht. "In der Konsequenz der Einsatz für die Einhaltung von
68 Waffenembargos und eine Einstufung der RSF als Terrororganisation im Rahmen der
69 Vereinten Nationen und der Europäischen Union."
- 70 2. Die Entsendung einer neuen UN-Mission zum Schutz der Zivilbevölkerung, zur
71 Erfassung von Verstößen gegen Menschenrechte und das Humanitäre Völkerrecht sowie zur
72 Entwicklung von Plänen, die eine Rückkehr Vertriebener nach dem Konflikt vorbereitet,
73 zu unterstützen.
- 74 3. Die Verhängung internationaler Sanktionen gegen Anführer der Rapid Support Forces,
75 der Sudanesischen Armee sowie bewaffneter Gruppen und Milizen, die mit diesen
76 kooperieren.
- 77 4. Unterstützung des Int. Strafgerichtshof hinsichtlich seiner Ermittlungen im
78 Zusammenhang mit Völkerrechtsverstößen im Sudan mit rechtlicher Unterstützung und
79 anderen Formen der Kooperation; zudem:
 - 80 1. Öffentliche Unterstützung der Bundesregierung bzgl. der Untersuchungen des ICC
81 im Sudan und Aufforderung an andere Vertragsstaaten dies ebenfalls zu tun
 - 82 2. Sicherstellung, dass der ICC-Treuhandfond für Opfer ausreichend finanzielle
83 Kapazitäten hat, um Betroffene im Sudan zu unterstützen
 - 84 3. Kontaktaufnahme mit dem Büro des Anklägers, um benötigte Unterstützung zu klären
 - 85 5. Unterstützung und Orientierung an den Ergebnissen der Independent International
86 Fact-Finding Mission for the Sudan. Dazu zählen auch die Ausweitung und Erneuerung
87 ihres Mandats, sodass ihr ausreichend Ressourcen zur Erfüllung ihres Mandats zur

88 Verfügung stehen.

89 6. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen eine enge internationale Kooperation mit
90 der Afrikanischen Union und weiteren internationalen Akteuren wie den USA und den
91 Vereinten Nationen anstreben, um gezielte Sanktionen gegen die Konfliktparteien zu
92 verhängen, die an Menschenrechtsverletzungen im Sudan beteiligt sind. Hierzu sollen
93 gemeinsame wirtschaftliche und diplomatische Maßnahmen ergriffen werden, um den
94 Zugang zu Waffen und finanziellen Mitteln für kriegstreibende Akteure im Sudan zu
95 unterbinden und die Strafverfolgung internationaler Menschenrechtsverletzungen zu
96 gewährleisten. Darüber hinaus braucht es die Unterstützung der Zusammenarbeit von UN
97 und AU zur sofortigen Errichtung einer humanitären Mission zum Schutz der
98 Zivilbevölkerung, sowie deren Ausstattung mit ausreichend Ressourcen finanzieller und
99 personeller Art.

100 7. Unterstützung des Büros des persönlichen Gesandten des Generalsekretärs für den
101 Sudan.

102 8. Erhebliche Ausweitung der humanitären Hilfen an Menschenrechtsorganisationen und
103 NGOs im Sudan und im Tschad sowie andere Nachbarstaaten, um die angemessene und
104 menschenwürdige Versorgung der (Binnen-)Geflüchteten zu gewährleisten. Ein besonderer
105 Fokus soll dabei auf Schutzmaßnahmen, psychologischer Versorgung und Reaktion auf
106 geschlechterbasierter Gewalt liegen.

107 9. Sofortige und direkte Finanzierung lokal und regional aktiver Hilfsorganisationen.

108 10. Auf- und Ausbau von Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete im Tschad
109 und anderen (Nachbar-)Staaten; u.a. Ausweitung der Umsiedlungsquoten.

110 11. Ermöglichung und Vereinfachung des Zugangs zu Asylverfahren für sudanesisch
111 Staatsbürger*innen, v.a. jene aus den von Gewalt am stärksten betroffenen Regionen in
112 den angrenzenden Staaten.

113 12. Unterstützung von Organisationen aus Darfur, die Verstöße gegen das (Humanitäre)
114 Völkerrecht erfassen.

115 13. Sofortige und substantielle Unterstützung von besonders gefährdeten Individuen,
116 wie Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen und ehemaligen
117 Regierungsmitgliedern.

118 14. Eine Untersuchung und Reform der europäischen und deutschen
119 Entwicklungszusammenarbeit, speziell der Kooperation mit migrationsrelevanten
120 Institutionen, um zukünftig zu verhindern, dass potenzielle oder tatsächliche
121 Gewaltakteure, wie die RSF und deren Schwestermilizen, durch finanzielle Zuwendungen
122 profitieren. Eine Mitverantwortung der Europäischen Union an der Eskalation im Sudan
123 ist dadurch gegeben, dass die EU im Rahmen des „Hilfsfonds für Stabilität und zur
124 Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und Binnenmigration in Afrika“ bis 2019
125 an der Unterstützung der RSF, deren Vorgängermiliz für Kriegsverbrechen in Darfur
126 verantwortlich ist, beteiligt war. Die allgemeine Gefahr einer Eskalation zwischen
127 regulären Streitkräften und geförderten Sicherheitskräften muss daher zukünftig in
128 der Risikoanalyse berücksichtigt und abgewogen werden.

129 15. Die EU muss den Aufbau eines inklusiven Friedens- und Versöhnungsprozesses im
130 Sudan fördern, der Vertreter*innen aller ethnischen und sozialen Gruppen des Landes
131 sowie die Zivilgesellschaft aktiv einbindet. Insbesondere sollen Frauenorganisationen

132 und Jugendgruppen gestärkt werden, um sicherzustellen, dass ihre Perspektiven im
133 Wiederaufbau und der Friedensbildung berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck soll die
134 EU finanzielle Mittel für Versöhnungsprojekte bereitstellen und die Schaffung eines
135 Forums für interkulturellen Dialog unterstützen.

136 16. Die EU muss gezielte Programme zur Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen und zur
137 Bekämpfung von Umweltkatastrophen im Sudan auflegen. Dazu gehört die Unterstützung
138 nachhaltiger Landwirtschaftsprojekte und der Aufbau eines Wasserversorgungssystems,
139 das gegen Dürren und extreme Wetterbedingungen gewappnet ist. Dabei soll vor allem
140 das Wissen indigener Bevölkerungsgruppen berücksichtigt und lokale Akteure gefördert
141 werden.

Antrag F05: 15 Jahre Völkermord auf Sri-Lanka - Anerkennung und Gerechtigkeit jetzt

1 18. Die Initiierung und Unterstützung der Verabschiedung eines Beschlusses durch den
2 Bundestag, der feststellt, dass die 2009 von Sri Lanka gegen die Eelam-
3 Tamil*innen verübten Verbrechen einen Völkermord gemäß dem Übereinkommen der
4 Vereinten Nationen darstellen.

5 Der 18. Mai 2009 markiert das brutale Ende des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts
6 zwischen der sri-lankischen Regierung und der tamilischen Befreiungsbewegung. Die SPD
7 gedenkt den 169.796 Opfer des Genozids an den Eelam-Tamil*innen auf Sri Lanka. Im Mai
8 2009 endete einer der am längsten andauernden und brutalsten bewaffneten Konflikte in
9 Südasien. In dem Bürgerkrieg wurden sowohl von den bewaffneten Akteuren der
10 tamilischen Separatisten als auch von Regierungstruppen Sri Lankas nachweislich
11 Kriegsverbrechen begangen. Insbesondere in der Endphase des Krieges wurden
12 systematisch Folter, sexualisierte Gewaltverbrechen und andere
13 Menschenrechtsverletzungen an der eelam-tamilischen Bevölkerung im Nordosten Sri
14 Lankas durch die singhalesisch-buddhistisch nationalistische Regierung verübt.

15 Bei der letzten Großoffensive des sri-lankischen Militärs von Januar bis Mai 2009
16 würden über

17 300.000 tamilische Zivilist*innen in sogenannte staatlich-designierten
18 „Sicherheitszonen“ im Küstengebiet Mullivaikal gelenkt, wo Zehntausende durch den
19 vorsätzlichen Angriff durch

20 die Luftwaffe zu Tode kamen. Diese Gräueltaten wurden in mehreren Berichten der
21 Vereinten Nationen und in Resolutionen des UN Menschenrechtsrates dokumentiert. Bis
22 heute gibt es jedoch keine Anerkennung für den Genozid und die sri-lankische
23 Regierung weigert sich, das römische Statut des internationalen Strafgerichtshofs zu
24 unterzeichnen. So schützt sie Kriegsverbrecher*innen vor einer internationalen
25 Strafverfolgung. Seit Ende des Krieges protestieren insbesondere Frauen und
26 Hinterbliebene der im Krieg gewaltsam verschwundenen Menschen für Gerechtigkeit und
27 die Aufklärung der Kriegsverbrechen und gegen die staatliche Repression.

28 Als Jusos erkennen wird das Leid an, dass durch diese Verbrechen für Hunderttausende
29 von Menschen verursacht wurde und würdig den Widerstand unzähliger Menschen in der
30 Region gegen das Unrecht und den entschiedenen Einsatz für Menschenrechte, Demokratie
31 und die Koexistenz der Religionen. Hunderttausende Menschen wurden durch die
32 unbeschreiblichen Gräueltaten zu Binnenvertriebenen und Geflüchteten weltweit – viele
33 von ihnen konnten noch immer nicht in ihre Heimat zurückkehren.

34 Eelam-Tamilinnen wurden Opfer von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die
35 Menschlichkeit.

36 Als Jusos in der SPD erkennen wir die Verbrechen gegen die Gemeinschaft der
37 Eelamtamil*innen als Völkermord an. Sie folgt dabei der rechtlichen Bewertung des

38 Justice for Genocide: Sri Lanka's Responsibility for Genocide against the Tamil
39 People in 2009 Berichts der NGO PEARL. Zahlen der Vereinten Nationen belegen, dass
40 die große Mehrheit der Opfer, die zwischen dem 20. Januar und dem 31. März 2009
41 gezählt wurden, in der staatlich ausgerufenen Waffenstillstandszone starben. Das Uno-
42 Hochkommissariat für Flüchtlinge beziffert die Zahl der Menschen, die nach Ende des

43 Konflikts in Lagern registriert wurden, auf 265.000. Die UNO hat Resolutionen
44 angenommen, die Colombo auffordern, auf Anschuldigungen wegen Kriegsverletzungen zu
45 antworten, doch die Regierung hat die Tatsachen verschleiert und
46 notwendige Maßnahmen aufgeschoben.

47 Eelam-Tamilinnen sind weiterhin ein unterdrücktes Volk, deren politische Rechte nicht
48 respektiert werden, und sie leben in ständiger Angst vor Einschüchterungen und
49 Drohungen. Demografische Veränderungen und die Zerstörung von kulturellen Stätten in
50 tamilischen
51 Gebieten zeigen, dass die kulturelle Identität und das Selbstbestimmungsrecht der
52 Eelam-Tamil*innen nicht gewährleistet sind. Berichte über Folter und Misshandlungen
53 von Eelam-Tamil*innen, insbesondere von Asylsuchenden, betonen die Dringlichkeit,
54 Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und zu ahnden. Die Folgen des Völkermord
55 an den Eelamtamil*innen ist in Sri Lanka noch immer allgegenwärtig. Noch immer werden
56 Tausende Eelam-Tamil*innen vermisst. Noch immer werden Massengräber entdeckt. Immer
57 noch befinden sich zehntausende Geflüchtete in Camps im indischen Bundesstaat Tamil
58 Nadu ohne Aussicht auf die Möglichkeit einer sicheren Rückkehr in ihre Heimatregion.
59 Hinzu kommt die
60 systematische Verfolgung von Journalisten, Menschenrechtsverteidigern und
61 Oppositionellen.

62 Wir Jusos, kämpfen seit Jahren für die Welt der Freien und der Gleichen. Der Einsatz
63 für die Rechte unterdrückter und verfolgter Völker in der Welt spielt dabei eine
64 zentrale Rolle in unserem Verständnis des Internationalismus. Die Bundesregierung
65 muss daher in der internationalen Gemeinschaft ihre Verantwortung für die
66 Aufarbeitung von Völkermorden und Genoziden gerecht werden. Wir sehen uns in der
67 Pflicht, die Aufmerksamkeit für das Erinnern an den Völkermord an den Eelam-
68 Tamil*innen im öffentlichen Bewusstsein zu schaffen. Dessen Aufarbeitung gilt es
69 weiter zu unterstützen. In Deutschland lebt seit den frühen 80er Jahren eine große
70 eelamtamilische Diaspora. Sie ist Teil unserer Gesellschaft mit all ihren Erfahrungen
71 und Erinnerungen.

72 Als Jusos sehen wir vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, abgeleitet von der
73 Verantwortung Deutschlands für den Holocaust, eine besondere Verantwortung innerhalb
74 der internationalen Gemeinschaft, um Menschheitsverbrechen wie Völkermord,
75 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit juristisch zu verfolgen und
76 aufzuarbeiten. Beweissicherung, strafrechtliche Ermittlungen und damit das zur
77 Rechenschaft ziehen der Verantwortlichen, bilden die Grundlage für die Aufarbeitung
78 und Aussöhnung der Überlebenden und Betroffenen.

79 Die Historie der eelamtamilischen Gemeinschaft ist geprägt von Ausgrenzung,
80 Vertreibung aus ihrer Heimat und der fortwährenden Existenzbedrohung durch gezielte
81 Vernichtungsabsichten. Zu oft mussten Eelamtamil*innen im Exil eine neue Heimat
82 finden. Die Anerkennung und Aufarbeitung dieser besonderen eelamtamilischen Historie
83 in ihrer Gesamtheit ist sowohl Aufgabe als auch Verantwortung für die internationale
84 Gemeinschaft. Wir erkennen an, dass an den Eelamtamil*innen in Sri Lanka ein
85 Völkermord begangen wurde und Verbrechen bis heute andauern. Wir setzen uns dafür
86 ein, dass dieser Völkermord politisch und juristisch aufgearbeitet wird und die Täter
87 zur Rechenschaft gezogen werden.

88 Deshalb fordern wir im Rahmen unserer Möglichkeiten:

- 89 1. bestehende internationale und nationale Strukturen zur politischen und
90 juristischen Aufarbeitung des Völkermordes weiterhin zu fördern und dabei die
91 aktuellsten Empfehlungen des Untersuchungsberichts (OISL, 2015) des UN-
92 Hochkommissariats für Menschenrechte in Sri Lanka umzusetzen.“
- 93 2. sich für die strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen sowie die Dokumentation
94 und Beweismittelsicherung durch das OHCHR Sri Lanka Accountability Project
95 (SLAP) und weitere Partnerorganisationen einzusetzen;
- 96 3. internationale und regionale Partner bei der Ermittlung und Suche von im Krieg
97 verschleppten und verschwundenen Frauen und Kindern sowie nach wie vor
98 vermisster Angehöriger weiterhin zu unterstützen;
- 99 4. die besonders vulnerable Situation von Kindern eelamtamilischer Frauen, im Sinne
100 einer feministischen Außenpolitik, im Fokus zu behalten und die eelamtamilische
101 Zivilgesellschaft in ihren politischen Forderungen zu unterstützen
- 102 5. öffentliche Gelegenheiten und Räume in Deutschland zu fördern, das sich den
103 begangenen Völkerrechtsverbrechen gegen Eelam-Tamil*innen widmet und zum Ziel
104 hat, zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Genozid und den
105 Vertreibungen beizutragen sowie die eelamtamilische Gemeinde in Deutschland in
106 ihren Bemühungen zu unterstützen, sich selbst einen Ort der Erinnerung in
107 Deutschland zu erschaffen;
- 108 6. dass die Bundesregierung sich für die Umsetzung eines von den Vereinten Nationen
109 begleiteten Referendums zur Selbstbestimmung der Eelam-Tamil*innen auf Sri Lanka
110 einsetzt, welches über die politische Zukunft des Landes bestimmen soll
- 111 7. Bemühungen und Mechanismen zu unterstützen, die darauf abzielen, die
112 Aufarbeitung der Verbrechen in Sri Lanka zu unterstützen, um die Versöhnung
113 sowie das friedliche Miteinander, auch in langfristig angesetzten Prozessen,
114 insbesondere im Hinblick auf die von den Eelam-Tamil*innen erlebten Traumata, in
115 der Region zu stärken;
- 116 8. in der internationalen Gemeinschaft eine Vorreiterrolle bei der Erarbeitung
117 einer umfassenden Strategie zu übernehmen, die unter Berücksichtigung
118 vorhandener Bemühungen dazu beiträgt, den in Sri Lanka lebenden Eelamtamil*innen
119 ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen, ihr Selbstbestimmungsrecht
120 zu wahren, die singhalesische Besatzung zu beenden und dort die weitere
121 Durchsetzung demokratischer Prinzipien zum Schutz von Minderheiten aller
122 Volksgruppen und Religionsgemeinschaften stärkt
- 123 9. sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Sri Lanka einzusetzen;
- 124 10. auf die Beendigung der Singhalisierung, inkl. Militarisierung, der
125 Landenteignung, der Repression von tamilischer Erinnerungskultur und der
126 strukturellen Siedlungsprojekte in den von Eelamtamil*innen bewohnten Gebieten
127 hinzuwirken;
- 128 11. sich für die Beendigung der staatlichen Repressionen, die Abschaffung des sri-
129 lankischen Prevention of Terrorism Act, der als Notstandsgesetz erlassen wurde
130 und bis heute das Ziel verfolgt Journalist*innen und andere Oppositionelle zu
131 verhaften und die Wahrung der Grundfreiheiten der Eelamtamil*innen, insbesondere

- 132 der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, stark zu machen;
- 133 12. die Kriminalisierung der eelamtamilischen Nationalflagge zu verurteilen und sich
134 für deren Beendigung einzusetzen;
- 135 13. weiterhin zusammen mit internationalen Partnern den eelamtamilischen Gemeinden
136 in Sri Lanka beim Wiederaufbau zerstörter Städte und Dörfer zur Seite zu stehen
137 sowie die sri-lankische Regierung dabei zu unterstützen, den geflüchteten
138 Eelamtamil*innen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen;
- 139 14. gemeinsam mit internationalen und regionalen Partnern die Möglichkeit zu einer
140 internationalen politischen Konferenz zur Sicherheit und zum Wiederaufbau der
141 von Eelamtamil*innen bewohnten Gebiete zu prüfen;
- 142 15. Eelamtamil*innen weiterhin unter Berücksichtigung ihrer nach wie vor andauernden
143 Verfolgung und Diskriminierung im Rahmen des Asylverfahrens Schutz zu gewähren
- 144 16. sich für die strafrechtliche Verfolgung aller Kriegsverbrecher unter dem
145 Weltrechtsprinzip und den Erlass von europäischen Haftbefehlen sowie für
146 Sanktionen gegen die verantwortlichen Täter einzusetzen; mit dem Ziel der
147 Aufklärung aller Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des
148 Völkermordes.
- 149 17. die Gewährung der europäischen Zollerleichterungen über GSP+ an den
150 srilankischen Staat zu überdenken und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem
151 sri-lankischen Staat unter der Berücksichtigung der eelamtamilischen Forderungen
152 und der menschenrechtlichen Situation vor Ort zu gestalten

Antrag G04: Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen!

1 Der Begriff „Femizid“ bezeichnet Tötungen von weiblich gelesene Personen [1] aufgrund
2 geschlechtsspezifischer Gründe. Femizide haben gemein, dass sie vor einem
3 patriarchalen Hintergrund verübt werden. Sobald sich FINTA* gegen Herrschaftsgefüge
4 wehren, sich dem Zugriff der Männer entziehen und sich ihren Forderungen widersetzen,
5 glauben diese, dass ihnen etwas genommen wird, das ihnen zusteht. Manche werden
6 gewalttätig und töten. Auch die bloße Existenz kann von weiblich gelesenen Personen
7 kann hierfür ausreichen.

8 Der gefährlichste Ort für FINTA* ist immer noch das eigene Zuhause. Alle drei

9 Der gefährlichste Ort für eine weiblich gelesene Person ist immer noch das eigene
10 Zuhause. Alle drei

11 Minuten misshandelt ein Mann seine Partnerin, jeden Tag versucht ein Mann, seine
12 (Ex)-Partnerin zu töten, an jedem zweiten bis dritten Tag gelingt es einem.

13 Nach solchen Taten wird oft von „Eifersuchtsdramen“ oder „Familientragödien“
14 gesprochen – ein Narrativ, das die strukturellen Machtverhältnisse, die hinter dieser
15 Art von Tötungen stehen, völlig außer Acht lässt.

16 Doch eine solche Verharmlosung und Relativierung der Gewalt findet sich nicht nur in
17 der Berichterstattung, sondern auch bei öffentlichen Stellen und Diskussionen sowie
18 in der Rechtsprechung wieder.

19 Immer wieder werden hier Tötungen von FINTA* nicht als Morde, sondern bestenfalls als
20 Totschlag oder Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt.

21 Das Mordmerkmal des niedrigen Beweggrundes wurde in einem Beschluss des
22 Bundesgerichtshofs mit der Begründung abgelehnt, dass „gerade der Umstand, dass die
23 Trennung vom Tatopfer ausgegangen ist, (...) als gegen die Niedrigkeit des
24 Beweggrundes sprechender Umstand beurteilt werden [muss] (BGH - Beschluss v. 21.
25 Februar 2018 - 1 StR 351/17 Rn. 10; a.A.: BGH - Beschluss 111 v. 06.12.2022 - 5-StR
26 479/22 Rn. 5).

27 Auch der Vorsatz, die Frau töten zu wollen, wurde in einem Urteil verneint, weil der
28 Ehepartner seine Frau „liebte“ und „sein Leben im eigentlichen Sinne aus dem
29 Zusammensein mit ihr (...) bestand“ (LG Wuppertal - Urteil v. 27.01.2021 KS 45 Js
30 89/15-25/16 Rn. 79).

31 An solchen Urteilen wird deutlich, dass es oft die eigenen patriarchalen
32 Vorstellungen und Werte der Richtenden sind, die erheblichen Einfluss auf die Urteile
33 haben und die zu einer eklatante Lücke bezüglich einer einheitlichen Verurteilung von
34 Femiziden führt.

35 Es ist jedoch unabdingbar, neben repressiven auch die präventiven Maßnahmen in den
36 Blick zu nehmen, um weiblich gelesene Personen besser vor Gewalt zu schützen. Die
37 stetige Umsetzung der Istanbul-Konvention kann dabei helfen, entsprechende Maßnahmen
38 einzuleiten. Zur Gewährleistung einer effektiven Umsetzung der Bestimmungen der
39 Istanbul-Konvention überprüft ein Fachgremium des Europarats „GREVIO“ (Group of
40 Experts on Action against Violence against Women and Domestic Violence)
41 gesetzgeberische und andere Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen
42 weiblich gelesene Personen und häuslicher Gewalt. Der erste GREVIO-Bericht 2022 durch

43 Expert*innen des Europarats stellt der deutschen Regierung ein eher durchwachsenes
44 Zeugnis bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention aus.

45 sogenannter partnerschaftlicher Gewalt. Der erste GREVIO-Bericht 2022 durch
46 Expert*innen des Europarats

47 der deutschen Regierung ein eher durchwachsenes Zeugnis bei der Umsetzung der
48 Istanbul-Konvention aus.[5]

49 Insbesondere Deutschland hängt im Kampf gegen geschlechtsbezogene Gewalt hinterher.
50 Nach Untersuchungen des europäischen Instituts für Gleichstellung (EIGE) hatte
51 Deutschland 2018 die achthöchste Anzahl an Femiziden, bezogen auf die 24
52 Mitgliedsstaaten.[6]

53 Auch das Lagebild „Häusliche Gewalt“[7], indem die Daten der Polizeilichen
54 Kriminalstatistik im Bereich Häusliche Gewalt in Deutschland zusammengefasst werden,
55 zeigt: Die Zahl der gemeldeten Fälle von Gewalt ist erneut deutlich gestiegen. 2023
56 wurden demnach 256.276 Opfer von häuslicher Gewalt erfasst. Das sind 6,5 Prozent mehr
57 als im Jahr zuvor. Betrachtet man die Zahlen der letzten fünf Jahre, liegt die
58 Zunahme der häuslichen Gewalt sogar bei fast 20 Prozent. überwiegend betrifft die
59 Gewalt Frauen: 70,5 Prozent der Opfer häuslicher Gewalt sind weiblich gelesen,
60 während die Täter zumeist Männer waren (75,6 Prozent).

61 Laut Statistik ist auch die Anzahl der Femizide gestiegen: Im Jahr 2023 wurden 155
62 Frauen durch ihren Partner oder Ex-Partner umgebracht - 22 mehr als im Vorjahr.[8]

63 Diese alarmierenden Zahlen zeigen: Der jetzige Umfang der Präventionsmaßnahmen reicht
64 längst nicht aus, um Frauen vor Gewalt zu schützen. Insbesondere müssen nicht
65 stereotype Geschlechterrollen, gegenseitiger Respekt, gewaltfreie Konfliktlösung und
66 das Recht auf persönliche Unversehrtheit regelmäßiger und umfassender in den Blick
67 genommen werden.

68 Es bedarf eines gesamtgesellschaftlichen Wandels, um geschlechtsspezifische Gewalt
69 gegen weiblich gelesene Personen zu verhindern - von der Hinterfragung
70 Geschlechterstereotype und Rollenbilder über die Stärkung des Bewusstseins für die
71 Rechte und Bedürfnisse von weiblich gelesene Personen bis hin zu einer wirksameren
72 Strafverfolgung. Femizide dürfen weder ignoriert noch verharmlost werden, sondern
73 müssen zunehmend sichtbarer gemacht werden.

74 Wir fordern:

75 Verpflichtende Ausbildungsbestandteile sowie Fortbildungen, insbesondere für
76 Psychotherapeut:innen, Gesundheitspersonal, Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz,
77 einzuführen, wie in Artikel 15 der Istanbul-Konvention erklärt, mit dem Ziel der
78 Sensibilisierung, damit zukünftig insbesondere bei Taten in (Ex-)Beziehungen eine
79 strafverschärfende Berücksichtigung geprüft wird,

80 Sensibilisierung für die Bedürfnisse und Rechte der von Gewalt Betroffenen, um
81 Geschlechterstereotype zu überwinden und sekundärer Viktimisierung vorzubeugen,
82 Sensibilisierung der Ermittlungsbehörden, besonders auch in der Pressearbeit der
83 Polizei, die in Erstmeldungen und der weiteren Kommunikation nicht zur
84 Bagatellisierung von Femiziden beitragen darf.

85 Eine angemessene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die nicht

86 zur Bagatellisierung von Femiziden beiträgt.

87 dafür zu sorgen, dass die betroffenen Stellen (Strafverfolgungsbehörden,
88 Justizbehörden, Gesundheits- und Sozialdienste) Daten erheben und diese nach
89 genderspezifischen Eigenschaften, Alter des Opfers und des Täters, ihrer Beziehung
90 zueinander, dem Tatort und der Art der Gewalt aufgeschlüsselt werden und dass die
91 Datenerhebung zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem Justizsektor harmonisiert
92 wird, um die Fälle von der Anzeigenerstattung über die Strafverfolgung bis zu Gericht
93 analysieren zu können,

94 die Forschung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu fördern, um ihre eigentlichen
95 Ursachen und ihre Auswirkungen, ihr Vorkommen und die Verurteilungsquote zu
96 untersuchen,

97 auf eine Reform des nationalen Strafrechts hinzuwirken, um eine Konformität der
98 Rechtspraxis mit den Anforderungen der Istanbul-Konvention zu erzielen,

99 die Bearbeitungszeit bei den Strafverfolgungsbehörden zu verkürzen, damit
100 gewaltbetroffene weiblich gelesene Person zeitnah zu ihrem Recht kommen;

101 das Bundesförderprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" finanziell deutlich
102 aufzustocken. Ferner muss das Programm entfristet werden, sodass die Länder besser
103 planen können.

104 sich ein Beispiel an Spanien bei der Bekämpfung und Vermeidung von Gewalt gegen
105 FINTA* zu nehmen und zu prüfen, inwiefern die Einführung des spanischen Modells in
106 Deutschland praktikabel ist - insbesondere im Hinblick auf den Einsatz von Fußfesseln
107 bei verurteilten Täter*innen.

108 die regelmäßige Durchführung von Kampagnen und Programmen zur Bewusstseinsbildung auf
109 allen Ebenen, um in der breiten Öffentlichkeit das Bewusstsein und das Verständnis
110 für die unterschiedlichen Erscheinungsformen von geschlechtsbezogener Gewalt zu
111 verbessern,

112 die Abschaffung des Entgelts in allen Frauenhäusern und eine staatliche Übernahme der
113 Kosten für alle Bewohnenden,

114 eine einheitliche und auskömmliche Finanzierung von Frauenhäusern, womit neben der
115 Finanzierung der bestehenden Einrichtungen deutlich mehr neue Frauenhäuser entstehen
116 können,

117 die Aufnahme von Themen wie Gleichstellung von FINTA* und cis Männern, Aufhebung von
118 Rollenzuweisungen, geschlechtsbezogene Gewalt gegen Frauen und Bewusstseinsbildung im
119 Hinblick auf gängige Sexual- und Vergewaltigungsmythen in die offiziellen Lehrpläne
120 auf allen Ebenen des Bildungssystems, besserer Schutz und Schutzräume für trans
121 Menschen

122 die Aufnahme von Themen wie Gleichstellung von weiblich gelesenen Personen und
123 Männern, Aufhebung von

124 Rollenzuweisungen, geschlechtsbezogene Gewalt gegen Frauen und Bewusstseinsbildung im
125 Hinblick auf gängige Sexual- und Vergewaltigungsmythen in die offiziellen Lehrpläne
126 auf allen Ebenen des Bildungssystems,

127 Täterarbeit in Form von verpflichtenden Kursen, in denen u.a. gelehrt wird, wie
128 Konflikte gewaltfrei, also ohne anderen physischen oder psychischen Schaden

129 zuzufügen, gelöst werden können und in denen patriarchale Machtverhältnisse
130 aufgearbeitet sowie Geschlechterstereotype und Rollenbilder hinterfragt werden. Des
131 Weiteren soll es Schutz- und Hilfsangebote

132 Täterarbeit in Form von Kursen, in denen u.a. gelehrt wird, wie Konflikte gewaltfrei,
133 also ohne anderen physischen oder psychischen Schaden zuzufügen, gelöst werden
134 können. Für verurteilte Täter ist die Teilnahme im Rahmen ihrer Strafe verpflichtend,
135 während sie für nicht verurteilte Täter auf freiwilliger Basis zugänglich ist. Des
136 Weiteren sollen Schutz- und Hilfsangebote bereitgestellt werden, um die Täter dabei
137 zu unterstützen, ihr Verhalten zu verbessern und eine Wiederholungstat

138 zuzufügen, gelöst werden können. Des Weiteren soll es Hilfsangebote geben, um den
139 Tätern und denjenigen, die befürchten, Täter zu werden, zu helfen, ihr Verhalten zu
140 verbessern und eine Wiederholungstat zu verhindern. Die Ausfinanzierung und der
141 Aufbau dieser Angebote darf niemals zu Lasten der finanziellen und personellen
142 Ausstattung von Angeboten zum Schutz der Betroffenen gehen.

Antrag I13: Sicherheitshalber Links – Für eine jungsozialistische Innen- und Sicherheitspolitik

1 Die SPD muss sich von „innen“ heraus positionieren!

2 Immer sind die anderen schuld! Wir leben in politischen Umständen, in denen keine
3 politische Partei bereit ist, progressive Ansätze für eine funktionale Innenpolitik
4 glaubhaft zu vertreten. Dabei scheitert es häufig nicht an gesellschaftlichen und
5 parteipolitischen Ideen, wie es unsere Mutterpartei, die SPD, beweist. Doch sobald
6 innen- und sicherheitspolitische Maßnahmen scheitern, wird in der öffentlichen
7 Debatte nach der möglichst repressivsten Methode gesucht, um dem vermeintlichen
8 Problem zu entkommen. Repressive Methoden sind dabei jene, die sich der Unterdrückung
9 und dem gezielten Einsatz von institutioneller und staatlicher Gewalt in jeglicher
10 Form bedienen.

11 Natürlich trifft die Frustration über diesen Politikstil im Besonderen auch uns
12 Jusos. Denn in innenpolitischen Fragestellungen scheint es häufig so, dass unsere
13 Mutterpartei nicht in der Lage ist, zu ihren Werten zu stehen. Doch nur die
14 Sozialdemokratie kann im Kern der politische Anker für diejenigen sein, die sich nach
15 einer glaubhaften Brücke zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischer
16 Realität sehnen. Stattdessen wird die gesamtgesellschaftliche Debatte zur Innen- und
17 Sicherheitspolitik von rechten populistischen Narrativen bestimmt.

18 Noch zuletzt, als die CDU ihrer Fantasie Raum verschaffte, das Alter der
19 Strafmündigkeit von 14 Jahren auf 12 Jahre herabzusetzen. Aber es ist auch eine SPD-
20 Innenministerin, die, nachdem Ende Mai in Mannheim der Polizist Rouven Laur tödlich
21 verletzt wurde, eine Abschiebung des Täters nach Afghanistan ins Gespräch brachte.
22 Dass eine Abschiebung in ein Land, in dem die islamistische Taliban an der Macht ist,
23 Menschen vor dem Täter schützt, ist stark zu bezweifeln. Solche Debattenaufschläge
24 versuchen nach rechts hin ein vermeintliches Wähler*innenpotenzial abzugreifen, sind
25 tatsächlichen Sicherheitsinteressen aber abträglich. Die Innen- und
26 Sicherheitspolitik der SPD darf keine rein reaktive sein, sondern muss eine aktive
27 Rolle in der gesamtgesellschaftlichen Debatte einnehmen. Wenn es sozialdemokratischen
28 Politiker*innen nicht gelingt, rechten und konservativen Erzählungen etwas glaubhaft
29 entgegen zu setzen, trägt die SPD mit die Verantwortung dafür, dass sich Menschen der
30 politischen Frustration hingeben. Dabei leiden besonders marginalisierte Gruppen
31 unter den Folgen.

32 Die Lücke zwischen werteorientierter und wissenschaftsbasierter Kriminalpolitik muss
33 geschlossen werden. Denn nur dann können gesellschaftlich schädliche Erzählungen
34 langfristig ausgeräumt werden. Die Politik muss weniger von Schnellschüssen geprägt
35 sein. Wir brauchen eine inhaltliche Politisierung der Gesellschaft, die den Maßnahmen
36 zunächst Raum lässt, ihre potenzielle Funktionalität unter Beweis zu stellen. Dieser
37 Stil gewinnt nämlich genau dann an Bedeutung, wenn es darum geht, dass sich
38 präventive Maßnahmen gegenüber den Repressiven durchsetzen müssen. Denn die
39 Prävention zielt darauf ab, dass über kurz oder lang Maßnahmen implementiert werden,
40 die das Risiko zur Entstehung von Kriminalität verringern oder gar verhindern.

41 Als Jusos haben wir allzu häufig die Aufgabe, unserer Mutterpartei zu zeigen, wie man
42 für die eigenen Werte einsteht, dabei wissenschaftliche Erkenntnisse einbezieht und

43 für die Lebensrealität der Menschen arbeitet. Mit der Erarbeitung eines innen- und
44 sicherheitspolitischen Profils können wir neue Perspektiven eröffnen und die Relevanz
45 der jungsozialistischen Kraft innerhalb der SPD einmal mehr herausstellen.

46 **Kriminalität & Prävention**

47 Kriminalpolitik wird oft reaktiv und unkoordiniert angegangen. Viele sehen die
48 Probleme, aber statt die Ursachen zu bekämpfen, konzentrieren sich die Maßnahmen oft
49 nur auf die Symptome. Dies führt dazu, dass sich die Probleme ausweiten und weitere
50 Bereiche betreffen, ohne dass nachhaltige Lösungen gefunden werden. Ein präventiver
51 Ansatz ist von zentraler Bedeutung, denn er zielt darauf ab, Kriminalität gar nicht
52 erst entstehen zu lassen. Prävention bedeutet, das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge
53 in den Vordergrund zu stellen. Während reaktive Maßnahmen oft nur die Symptome
54 bekämpfen, können präventive Strategien die Ursachen von Kriminalität nachhaltig
55 angehen.

56 Die Faktoren, die Kriminalität begünstigen, sind vielfältig und komplex. Dazu gehören
57 soziale Ungleichheiten, mangelnde Bildungschancen und fehlende soziale Netzwerke.
58 Prävention muss immer im Kontext der spezifischen Umstände angepasst sein und einen
59 Geist der Prävention fördern. Die Debatte um die Herabsetzung der Strafmündigkeit ist
60 dabei kontraproduktiv und lenkt von den eigentlichen Ursachen ab. Hilfsangebote für
61 Familien und die Stärkung sozialer Kontrolle sind essenziell. Schulen sollten
62 Programme zum Konfliktlösungsmanagement anbieten, eine gute Schüler*innen-
63 Lehrer*innen-Beziehung fördern und den Betreuungsschlüssel zwischen Lehrkräften und
64 Schüler*innen optimieren. Die Vereinskultur muss durch kommunale Finanzierung
65 unterstützt werden, um als Ort der sozialen Kontrolle und Integration zu fungieren.
66 Zudem sollte die Stadtplanung gezielt auf die Bedürfnisse von armutsbetroffenen
67 Menschen und Geflüchteten eingehen und mehr Bildungschancen schaffen. Ein starkes
68 soziales Netzwerk ist ebenfalls wichtig. Jugendhilfe sollte mit personellen und
69 materiellen Ressourcen voll ausgestattet werden, um präventive Maßnahmen effektiv
70 umzusetzen.

71 Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) wird oft – gerade in den Medien –
72 herangezogen, um vermeintlich über Kriminalität statistisch fundiert zu sprechen.
73 Dabei ist die PKS hierzu aus mehreren Gründen nicht geeignet: Zum einen ist die PKS
74 unvollständig, denn diese erfasst nur angezeigte Straftaten und nicht aufgeklärte
75 Straftaten. Zudem werden Kriminaldaten anderer Behörden – zum Beispiel der
76 Finanzämter – nicht erfasst. Zweitens beleuchtet die PKS lediglich das Hellfeld und
77 lässt das Dunkelfeld, also die nicht bekannt gewordenen Straftaten, außer Acht.
78 Gerade bei Straftaten aus dem sozialen Nähebereich wie Sexualstraftaten ist die PKS
79 deshalb unbrauchbar, da der größte Teil der Straftaten hier gar nicht angezeigt
80 wird.

81 **Armut entkriminalisieren**

82 Dass Strafrecht überproportional arme Menschen belastet, ist gut dokumentiert. Dabei
83 lassen sich viele daraus resultierende Missstände schon durch einfache Veränderungen
84 der Gesetzeslage abmildern. Ein prominentes Beispiel für die Kriminalisierung ist die
85 Ersatzfreiheitsstrafe. Wird jemand zu einer Geldstrafe verurteilt und kann diese
86 nicht begleichen, wird sie in eine Freiheitsstrafe umgewandelt. Dabei werden
87 teilweise grundlegende Rechte entzogen, wie es bei der Inhaftierung von Personen

88 aufgrund der sogenannten "Ersatzfreiheitsstrafe" passiert. Obwohl ein Gericht
89 entschieden hat, dass für die begangene Tat eine Geld- und keine Freiheitsstrafe
90 angemessen ist, finden sich die Betroffenen im Gefängnis wieder. Dieses Schicksal
91 trifft naturgemäß nur diejenigen unfreiwillig, die über wenige finanzielle Mittel
92 verfügen. Die bisherigen Reformen, die die Dauer der Ersatzfreiheitsstrafe
93 reduzieren, ohne sie abzuschaffen, sind unzureichend. Die destabilisierende Wirkung
94 der Haft auf das Leben der Betroffenen tritt auch bei kurzen Freiheitsstrafen auf.
95 Die ersten Tage in Haft sind psychisch die belastendsten. Zudem kann eine
96 Resozialisierung – der vorgebliche Zweck von Haft – während der regelmäßig sehr
97 kurzen Ersatzfreiheitsstrafe nicht gelingen. Zudem ist auch schleierhaft, worin die
98 Resozialisierung bestehen sollte, wenn man z.B. zu arm war, sich einen Fahrschein zu
99 kaufen. Aber auch wenn die Ersatzfreiheitsstrafe abgeschafft ist, können Geldstrafen
100 eine unangemessene Belastung für Verurteilte darstellen. Der Grund hierfür ist, dass
101 Geldstrafen häufig nach dem Nettoeinkommen der verurteilten Person bemessen werden.
102 Abzüge für ihre notwendigen Ausgaben werden – obwohl die Gerichte hier einen weiten
103 Spielraum für solche Erwägungen haben – zu selten vorgenommen. Auch die tatsächlich
104 verfolgten Straftaten zeichnen ein Bild, das von der überproportionalen Verfolgung
105 armer Menschen geprägt ist. So geht aus den jährlichen Verurteilungsstatistiken
106 hervor, dass ein erheblicher Anteil der jährlichen Verurteilungen Menschen mit
107 geringen Einkommen betrifft. Weitere Forschung zeigt, dass die Bereitschaft der
108 Strafverfolgungsbehörden von einer Anklage abzusehen größer ist, wenn die
109 Beschuldigten einem gehobenen sozio-ökonomischen Status haben. Dieses
110 Strafverfolgungsverhalten lässt sich durch eine einfache Weisung an die
111 Strafverfolgungsbehörden korrigieren. Sie können von den Justizministerien der Länder
112 angewiesen werden, insbesondere im Falle von Armutskriminalität, vermehrt Gebrauch
113 von der Möglichkeit einer Opportunitätseinstellung wegen absehbarer Geringfügigkeit
114 einzustellen. Als Armutskriminalität verstehen wir beispielsweise den Diebstahl von
115 geringwertigen Sachen oder das Fahren ohne Fahrschein, was durch fehlende finanzielle
116 Ressourcen von Personen begangen wird. Entkriminalisierungen können weitere
117 Entlastungseffekte für Betroffene und Strafverfolgungsbehörden erzielen. Zugleich
118 handelt es sich um Taten, die häufig aufgrund einer prekären wirtschaftlichen Lage
119 begangen werden und die durch eine effektive Sozial- und Wirtschaftspolitik
120 zurückzuführen sind. Menschen aufgrund gesamtgesellschaftlichen Versagens und zum
121 Wohle großer Unternehmen zu bestrafen, scheint schwer vermittelbar. In vergleichbarer
122 Weise ist Betäubungsmittelkriminalität oft eine Folge politischen Versagens und nicht
123 individueller durch „Resozialisierung“ behebbaren Fehlverhaltens. Eine zielgenaue
124 Entkriminalisierung könnte weitere Anreize schaffen, die Ursachen der skizzierten
125 Probleme zu bekämpfen. All diese Vorschläge dürfen jedoch nicht darüber
126 hinwegtäuschen, dass es die Aufgabe unseres Sozialsystems sein muss, Armut nachhaltig
127 zu bekämpfen und zu beseitigen.

128 Wir fordern daher:

- 129 • Die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe
- 130 • Die Bemessung von Tagessätzen unter Berücksichtigung der Vermögenssituation
131 anhand des tatsächlichen Einkommens nach Abzug desjenigen Betrages, den man für
132 eine angemessene Lebensführung benötigt
- 133 • Entkriminalisierung des Drogenbesitzes zum Eigenverbrauch

- 134 • Die Staats- sowie Anwaltschaften (wenn vorhanden) werden angewiesen, bei
135 geringfügiger Armutskriminalität stärkeren Gebrauch von der Möglichkeit einer
136 Opportunitätseinstellung zu machen
- 137 • Die Förderung von Pilotprojekten, die Resozialisierungsmaßnahmen fernab von
138 Geld- und Freiheitsstrafen erproben

139 **Für eine kritikfähige und kontrollierbare Polizei**

140 Der demokratische Rechtsstaat bedarf einer kritik- und handlungsfähigen Gewalt, die
141 Gesetze ausführt und das staatliche Gewaltmonopol ausübt. Diskussionen rund um das
142 Thema Polizei sind jedoch von einem unkritischen Autoritätsglauben und von
143 Abwehrreflexen geprägt, die im Widerspruch zu einer modernen und aufgeklärten
144 Demokratie stehen. Oftmals wird der Polizei die Deutungshoheit über die Zulässigkeit
145 ihres eigenen Handelns überlassen, das somit strukturell einer Infragestellung
146 entzogen wird. Zugleich werden Fehler innerhalb der Behörde tabuisiert, obwohl
147 fehlerfreie Polizeiarbeit ein wichtiges, aber unerreichbares Ideal ist. Doch die
148 vollziehende Gewalt muss sich vor den Bürger*innen rechtfertigen – und nicht
149 umgekehrt. Betroffene übermäßiger polizeilicher Gewaltanwendungen können aktuell aber
150 ohne Mechanismen, die der polizeilichen Definitionsmacht entgegenwirken, in der
151 Praxis kaum zu ihrem Recht kommen. Es gibt jedoch Veränderungspotenziale, die es
152 gewährleisten, dass die Polizei das Recht effektiv durchsetzt und zugleich einer
153 rechtsstaatlichen Kontrolle und Einhegung unterzogen wird.

154 Wir fordern daher:

- 155 • Eine strukturelle Trennung zwischen Ermittlungen gegen die Polizei und der
156 Polizei. Dazu bedarf es flächendeckend unabhängiger und gegenüber der Polizei
157 tatsächlich externalisierter Stellen mit umfassenden Ermittlungskompetenzen. Die
158 in NRW beschlossene Einführung einer*ines am Landtag angesiedelten,
159 unabhängigen Polizeibeauftragten ist daher zu begrüßen. Es bedarf jedoch einer
160 umfassenden Evaluierung, wie effektiv diese Institution tatsächlich zur
161 Aufarbeitung polizeilichen Fehlverhaltens beiträgt sowie ggf. entsprechender
162 Anpassungen. Kritikwürdig ist etwa, dass anonymen Beschwerden nicht nachgegangen
163 werden muss. Darüber hinaus lassen weitergehende Kompetenzen, die etwa der*die
164 Polizeibeauftragte des Bundes bereits hat, in NRW noch auf sich warten.
- 165 • Die Polizei muss bei Personenkontrollen und Identitätsfeststellungen
166 Bescheinigungen an die betreffende Person ausstellen, in denen die Gründe der
167 Maßnahme aufgelistet werden. Auf deren Basis ist es möglich, Beschwerde gegen
168 die Kontrolle einzureichen und die Datenlage bezüglich der Natur der
169 durchgeführten Kontrollen zu verbessern.
- 170 • Eine verstärkte Reflektion in der Justiz über das eigene Vorverständnis in Bezug
171 auf Polizeibeamt*innen, die bei Staatsanwaltschaften und Gerichten aufgrund des
172 Näheverhältnisses möglicherweise privilegiert werden.
- 173 • Nach wie vor die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen, die in vielen
174 Bundesländern Realität ist. Bei der Forderung nach einer solchen anonymen
175 Kennziffer auf der Uniform von Einsatzkräften ging es nie darum, Polizist*innen
176 unter einen vermeintlichen „Generalverdacht“ zu stellen, sondern staatliches
177 Handeln transparent und kontrollierbar zu machen.

- 178 • Die Einführung eines Whistleblower*innen-Systems innerhalb der Polizei und
179 sonstigen öffentlichen Verwaltungen (Administrative), das den Hinweisgeber*innen
180 Anonymität und rechtlichen Schutz gewährleistet. Eine Möglichkeit, Missstände
181 und Fehlverhalten anonym zu melden, ist notwendig, um die Furcht potenzieller
182 Whistleblower*innen vor formellen (etwa Gegenanzeigen wegen Strafvereitelung im
183 Amt, wenn eine beobachtete Straftat eines/einer Kolleg*in erst mit Verzögerung
184 angezeigt wird) und informelle Sanktionen (dem Entzug kollegialer Unterstützung)
185 abzuschwächen.
- 186 • Unterstützungsstrukturen im Strafverfahren für Betroffene von Polizeigewalt
187 sowie die Senkung sprachlicher und finanzieller Barrieren bei der
188 Anzeigenerstattung und im Strafverfahren bspw. durch einen Opferschutzfond.
- 189 • Umfassende Studien über diskriminierende Einstellungen und Handlungen bei der
190 Polizei. Die MEGAVO-Studie, die Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von
191 Polizeivollzugsbeamten messen soll und vom Bundesinnenministerium gefördert
192 wird, vermengt mit den politische Einstellungen und den Arbeitsbedingungen von
193 Polizist*innen zwei unterschiedliche Themen miteinander. Angesichts einer nur
194 freiwilligen Online-Teilnahme sowie der niedrigen Rücklaufquoten ist sie zudem
195 nicht repräsentativ.
- 196 • Die jährliche polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) durch einen periodischen
197 Sicherheitsbericht zu ersetzen bzw. zu ergänzen. Die PKS bildet lediglich – und
198 teils undifferenziert - Hellfelddaten, das heißt solche Daten, welche
199 polizeilich oder gerichtlich bekannt sind, der von der Polizei bearbeiteten
200 Straftaten ab. So wird die Überrepräsentanz nicht-deutscher Tatverdächtiger in
201 der PKS in anknüpfenden medialen Debatten rassistisch geframed. Der periodische
202 Sicherheitsbericht hingegen soll alle verfügbaren Kriminal- und
203 Justizstatistiken, sowie Befunde aus kriminologischen Dunkelfeldbefragungen
204 umfassen, um eine aussagekräftige Grundlage für eine erfolgreiche
205 Kriminalpolitik im Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu
206 bieten.
- 207 • Eine transparente statistische Erfassung aller polizeilichen Gewaltanwendungen
208 und zusammenfassende Analysen in allen Bundesländern.

209 **Ressourcen, Bildung und eine demokratische Resilienz für eine** 210 **handlungsfähige Polizei**

211 Personalmangel und unzureichende finanzielle Mittel prägen den Arbeitsalltag von
212 Polizist*innen. Zusatzdienste und eine hohe Zahl an Überstunden führt zu einer
213 Überlastung und einer Frustration im Dienst, was deine Anfälligkeit für eine
214 Radikalisierung erhöht. Zudem führt die angespannte Personalsituation einerseits
215 dazu, dass nicht genügend Personal zur Verfügung steht, um Schulungen überhaupt
216 anzubieten. Das in der Menge daher mangelhafte Angebot kann dann zudem häufig nicht
217 wahrgenommen werden, da erneut aufgrund des Personalmangels der Dienst Vorrang hat
218 und keine zeitliche Möglichkeit für Fortbildungen bietet. Auch hier kann eine zu
219 geringe Budgetierung weitreichende Konsequenzen für den Rechtsstaat haben. In vielen
220 Bereichen wie der Cyberkriminalität und der organisierten Kriminalität bedarf es
221 hoher personeller Ressourcen sowie einer Spezialisierung und Expertise in den
222 Sicherheitsinstitutionen, die sich mit einer rigorosen Sparpolitik nicht vereinbaren

223 lassen. Dabei bringen gerade Straftaten aus diesen Bereichen den Staat um enorme
224 Summen. Es braucht eine auskömmliche Finanzierung, zugleich aber auch eine
225 strukturellen Reformierung der Polizei. Der Fokus polizeilichen Handelns muss
226 deutlich stärker auf Kommunikation und Deeskalation liegen. Gewaltanwendungen dürfen
227 - entgegen einem Trend zu ihrer Normalisierung, beispielsweise in Form von
228 Schmerzgriffen - nur ultima ratio sein. Das betrifft vor allem Situationen, in denen
229 momentan häufig die Polizei gerufen wird, ohne Expert*innen zu sein. Für Situationen
230 im Umgang mit Drogenabhängigen, Obdachlosen oder ähnlichen Personen, in denen in der
231 Regel keine Gefahr von diesen Personen für Dritte ausgeht, sowie in psychischen
232 Ausnahmesituationen sollten andere, noch zu schaffende Stellen tätig werden. Diese
233 müssen insbesondere mit Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen ausgestattet sein
234 (sog. psychosoziale Interventionsdienste). Eine Polizei, die ihrem staatlichen
235 Auftrag, die Rechtsordnung durchzusetzen, gerecht wird, muss selbstreflektiert und
236 diskriminierungssensibel sein. Verfassungsfeindliche Einstellungen entwickeln sich
237 erwiesenermaßen eher im Dienst, etwa im Kontakt mit dienstälteren Kolleg*innen und
238 ihrem vermeintlichen „Erfahrungswissen“, als dass sie von außen hereingetragen
239 werden. Zugleich darf nicht verkannt werden, dass die Polizei, gerade wegen ihres
240 Zugriffs auf das staatliche Machtmonopol, Waffen und Sonderwissen, ein attraktives
241 Einfallstor für die extreme Rechte darstellt.

242 Daher fordern wir:

- 243 • Eine hinreichende Finanzierung der Polizei, die dem Personalmangel
244 entgegenwirkt und strukturelle Personalförderungsmaßnahmen, die eine
245 Spezialisierung von Beamt*innen ermöglichen. Diese hinreichende Finanzierung
246 darf nicht mit einer Aufrüstung der Polizei einhergehen.
- 247 • Eine Entkriminalisierung strafbarer Handlungen an sinnvollen Stellen zum
248 Beispiel im Bereich der Armutskriminalität. Auf diesem Wege kann zu einer
249 Entlastung der Polizei beigetragen werden. Beispielsweise stellt das
250 Erschleichen einer Beförderung durch ein Verkehrsmittel, also das
251 „Schwarzfahren“, immer noch eine Straftat (§ 265a Abs. 1 StGB) dar.
- 252 • Eine stärkere Einbindung von externer Expertise in die Polizeiarbeit.
253 Beispielsweise die Unterstützung von Psycholog*innen oder Sozialarbeiter*innen
254 soll in entsprechenden Problemlagen herangezogen werden.
- 255 • Wir fordern zu prüfen, welche aktuellen Aufgabenbereiche der Polizei
256 vollständig an andere Stellen übertragen werden können. Dazu gehören für uns
257 eskalative Situationen, in denen etwa durch psychosoziale Interventionsdienste
258 deeskalierend eingegriffen werden kann.
- 259 • Ein stärkerer Fokus in der polizeilichen Ausbildung und Praxis auf Deeskalation
260 und Kommunikation. Dies umfasst eine Kommunikation auf Augenhöhe, die die
261 Besonderheiten des jeweiligen Falls berücksichtigt und darum bemüht ist,
262 Verständnisbarrieren abzubauen und auf Drohungen zu verzichten.
- 263 • Weiterhin eine Abschaffung des Tasers, der mitnichten ein eingriffsarmes
264 Instrument, sondern eine Waffe mit einer nur bedingt kontrollierbaren und unter
265 Umständen tödlichen Wirkung darstellt. Bereits mehrfach endete sein Einsatz in
266 NRW, aber etwa auch in Rheinland-Pfalz, für die Betroffenen tödlich.
- 267 • Keine fortschreitende Aufrüstung der Polizei. Das bedeutet auch, keine
268

269 Bewaffnung während des Bürodienstes oder auf Demonstrationen oder ähnlichen
270 Veranstaltungen, sofern keine konkrete Bedrohungslage vorliegt. Zudem muss in
271 Absprache mit den Gewerkschaften über weitere Möglichkeiten zur Reduzierung von
272 Schusswaffen im Polizeidienst diskutiert werden.

- 273 • Inhalte zur interkulturellen Kompetenz in der Ausbildung von
274 Polizeivollzugsbediensteten durch Antidiskriminierungskurse zu ergänzen. Auch
275 nach der Ausbildung sollte diskriminierungssensibilisierende und insbesondere
276 rassismuskritische Bildung in verpflichtenden Fortbildungen stattfinden.
- 277 • Die Resilienz der Polizei gegenüber rechtsextremer Einflussnahme und
278 rechtsextremen Ansichten innerhalb der Polizei zu stärken. Hierzu kann etwa die
279 Einführung eines Whistleblower-Systems beitragen.
- 280 • Eine Stärkung der psychologischen Hilfsangebote für Polizeibeamt*innen. Dabei
281 muss gefördert werden, dass diese auch tatsächlich wahrgenommen werden. Teils
282 steht ein häufig in der Polizei anzutreffendes patriarchales Männlichkeitsbild
283 einer Inanspruchnahme von Supervision und Hilfe im Weg, weil dies als Schwäche
284 angesehen wird.
- 285 • Eine kritische und problematisierende Aufarbeitung von Gewaltanwendungen
286 innerhalb der Polizei. Hierzu bedarf es niedrigschwelliger Foren zur Reflektion.
287 Eine Sensibilisierung innerhalb der Polizei kann nur dort ihre Wirkung
288 entfalten, wo sie sich ehrlich, offen und reflektionsbereit mit der eigenen
289 Fehlerkultur und Perspektiven von Betroffenen polizeilicher Gewaltanwendungen
auseinandersetzt.

290 **Die Überlastung der Justiz gefährdet den Rechtsstaat**

291 Die Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie. Ihre
292 Aufgabe ist es, staatliches Handeln auf seine Rechtmäßigkeit hin zu untersuchen. Sie
293 sorgt dafür, Konflikte unter Bürger*innen verbindlich beizulegen. Die Justiz legt die
294 von den Parlamenten beschlossenen Gesetze aus, wendet sie an und verschafft ihnen auf
295 diesem Wege Wirkmacht. Ein Rechtsstaat braucht eben nicht nur Recht, sondern auch
296 eine Rechtsanwendung, die mit liberalen und demokratischen Werten gefüllt ist. Die
297 deutsche Geschichte belegt die Schlüsselrolle der Justiz nur allzu gut.

298 Die Mühlen der Justiz ächzen bereits unter der kaum stemmbaren Last von Verfahren,
299 die auf viel zu wenigen Schultern in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ruht. So
300 fehlen nach Angaben des Deutschen Richterbunds bundesweit mehr als 1500 Jurist*innen
301 in den Staatsanwaltschaften und Gerichten. In der Folge ist die Justiz einer viel zu
302 hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Richter*innen und Staatsanwäl*innen versinken in
303 einer Klageflut. Strafverfahren ziehen sich oft in die Länge oder müssen eingestellt
304 werden. Die unzureichende Budgetierung der Justiz geht damit zulasten des
305 Rechtsstaats. Der bereits jetzt bestehende Personalmangel im Staatsdienst wird durch
306 die zu erwartende Pensionierungswelle – insbesondere in Ostdeutschland, aber auch in
307 den übrigen Bundesländern – noch massiv verschärft. So sollen bis 2030
308 deutschlandweit rund 40 Prozent der Jurist*innen berufsübergreifend aus dem Dienst
309 ausscheiden. In Ostdeutschland wird sogar mit einer Quote von bis zu 45% gerechnet.

310 Diese Entwicklung trifft die chronisch unterbesetzte Justiz besonders hart. Hinzu
311 kommt, dass die meisten der Absolvent*innen der juristischen Ausbildung kein

312 Interesse am Staatsdienst haben. Die freie Wirtschaft lockt mit dem vielfachen eines
313 Gehalts im öffentlichen Dienst und bietet darüber hinaus neuste technische
314 Ausstattung und vielseitige Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Die bereits
315 beschriebene Überlastung der Justiz trägt ebenfalls nicht zur Attraktivität des
316 Staatsdienstes bei. Kurzum: Wir steuern auf eine Situation zu, in der die Justiz
317 keine vollumfänglich handlungsfähige Staatsgewalt darstellt.

318 Um dem entgegenzuwirken fordern wir:

- 319 • Eine deutliche Aufstockung der Stellen für Staatsanwält*innen und Richter*innen
320 in NRW, die sowohl aktuelle personelle Lücken als auch die anstehende
321 Pensionierungswelle berücksichtigt.
- 322 • Eine Investitionsoffensive in der Justiz. Insbesondere die Digitalisierung muss
323 stärker ausgebaut und finanziell gefördert werden, um fehlendes Personal mit
324 digitalen Tools zu kompensieren. Selbstverständlich ist gerade in der Justiz
325 besonders bedächtig mit Tools wie „künstlicher Intelligenz“ umzugehen, die keine
326 menschliche Entscheidung ersetzen können.
- 327 • Deutlich attraktivere Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst!
328 Wir stellen uns an die Seite der Gewerkschaften, gerade mit Blick auf die
329 anstehenden Tarifverhandlungen und unterstützen sie klar in ihren Forderungen!
330 Die Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst sind die Stützen unseres Staates und
331 verdienen faire Löhne und Wertschätzung!
- 332 • Darüber hinaus müssen Überlegungen angestrengt werden, wie mehr Nachwuchs für
333 den Staatsdienst gewonnen werden kann. Hierbei sind Interessenvertretungen von
334 Jurastudierenden und Rechtsreferendar*innen mit einzubeziehen.

335 **Reformbedarf in der juristischen Ausbildung**

336 Während sich die unerledigten Ermittlungsverfahren in den Staatsanwaltschaften
337 türmen, werden Ausbildungsplätze für Jurist*innen bundesweit gekürzt. Zur Einordnung:
338 Wer etwa Richter*in werden will, muss zunächst ein universitäres Jurastudium
339 abschließen und das erste juristische Staatsexamen ablegen. Für die klassischen
340 juristischen Berufe muss zusätzlich der juristische Vorbereitungsdienst (auch
341 „Rechtsreferendariat“) an einem deutschen Gerichtsbezirk durchlaufen werden, der sich
342 über zwei Jahre erstreckt. Es verwundert nicht, wenn bei dieser langen und
343 kostspieligen Ausbildung, bei der zudem lange Zeit unklar ist, ob man die Examina
344 tatsächlich besteht, viele Absolvent*innen möglichst gut bezahlte Jobs anstreben, um
345 Schulden und Kredite abzubezahlen. Die hohen finanziellen und sozialen Hürden sorgen
346 außerdem dafür, dass nur wenige Kinder aus Arbeiter*innenfamilien oder mit
347 Migrationsgeschichte der juristischen Ausbildung nachgehen und sie mit erheblichen
348 Nachteilen kämpfen müssen. Zwangsläufig bedeutet diese Exklusion, dass die Justiz die
349 Gesellschaft nicht in ihrer Vielfalt abbildet.

350 Darüber hinaus stellt das Rechtsreferendariat - wie auch das Jurastudium - eine
351 enorme psychische Belastung dar. In einer von der Referendariatskommission
352 initiierten Umfrage gaben circa 90 Prozent der Befragten Referendar*innen an, dass
353 sie durch den juristischen Vorbereitungsdienst psychischen Druck empfinden. Auch hier
354 wirkt sich der Sparkurs der Landesregierungen negativ aus. In der Vergangenheit wurde
355 den Referendar*innen vor ihrer abschließenden mündlichen Prüfung noch ein freier

356 Monat gewährt, in welchem die Referendar*innen sich unter Fortzahlung der
357 Unterhaltsbeihilfe die Prüfung vorbereiten konnten. Dieser Monat war an die übliche
358 Ausbildungszeit angehängt und stellte den einzigen Monat im Referendariat dar, in dem
359 die Referendar*innen keine sonstige Leistung in ihren Stationen erbringen mussten.

360 Gleichzeitig ist gut qualifizierter Nachwuchs im Staatsdienst dringend nötig. Um mehr
361 Menschen für den Staatsdienst zu gewinnen, muss schon beim Jurastudium und dem
362 Referendariat angesetzt werden. Seit vielen Jahren unterbreiten
363 Interessenvertretungen – insbesondere die Fachschaften – daher konkrete Vorschläge,
364 die Ausbildung zu verbessern und inklusiver zu gestalten. Statt sich diesen
365 Vorschlägen zu widmen, wurde bei der Justizminister*innenkonferenz im vergangenen
366 Juni lediglich festgestellt, dass ein grundlegender Reformbedarf nicht bestehe. Diese
367 Aussage wirkt angesichts der schwierigen Nachwuchsgenerierung wie blanker Hohn. Ziel
368 muss es dagegen künftig nicht nur sein, mehr juristischen Nachwuchs zu gewinnen,
369 sondern auch, junge Menschen zu aufrechten und aufgeklärten Jurist*innen auszubilden.
370 Sie bilden ein wesentliches Element einer rechtsstaatlichen und resilienten
371 Demokratie.

372 Daher fordern wir:

- 373 • Eine Reformierung sowohl des Jurastudiums als auch des juristischen
374 Vorbereitungsdienstes. Ziel der Reform ist eine erhebliche Stressreduzierung in
375 der Ausbildung. Wir stellen uns außerdem explizit gegen die Streichung des
376 freien Monats vor der abschließenden mündlichen Prüfung im zweiten Staatsexamen.
377 Dabei sind die Interessen- und Personalvertretungen des juristischen Nachwuchses
378 aktiv zu beteiligen.
- 379 • Eine umfassende Reform der juristischen Ausbildung erfordert eine
380 Stressreduzierung des 1. Staatsexamens und dem Weg dorthin. Dazu gehört
381 insbesondere eine Reduktion des Pflichtfachstoffes, die Möglichkeit, die
382 Examensprüfungen in verschiedene Semester aufzuteilen und die Bereitstellung
383 gezielter finanzieller Mittel für universitätseigene Repetitorien, um sie
384 qualitativ an kommerzielle Repetitorien anzupassen.
- 385 • Die flächendeckende Umsetzung des integrierten Bachelors im Studium der
386 Rechtswissenschaften. Der integrierte Bachelor fängt das Risiko auf, nach dem
387 Nichtbestehen der staatlichen Examensprüfung trotz mehrjährigem Jurastudium
388 keinen Abschluss zu erlangen.
- 389 • Die Anzahl der Ausbildungsplätze für den juristischen Vorbereitungsdienst darf
390 nicht gekürzt werden. Junge Menschen sollen nicht viele Monate auf ihren
391 Einstellungstermin warten oder sogar einen Umzug in ein anderes Bundesland in
392 Kauf nehmen müssen, um zeitnah ihrer Ausbildung nachgehen zu können. Statt der
393 Kürzung fordern wir daher eine Erhöhung der Ausbildungsplätze.
- 394 • Eine angemessene Unterhaltsbeihilfe im juristischen Vorbereitungsdienst, die
395 auch in Großstädten den Lebensunterhalt sichert, um die Entscheidung für eine
396 juristische Ausbildung von finanziellen Zwängen zu befreien.
- 397 • Wissenschaftliche Erkenntnisse – insbesondere aus der Kriminologie – sollen
398 stärker Teil der juristischen Aus- und Weiterbildung sein, wobei eine
399 Mehrbelastung der Jura-Studierenden vermieden werden muss. Doch nicht nur die

400 Politik, insbesondere auch die Strafverfolgung sollte auf wissenschaftlichen
401 Erkenntnissen aus der Kriminologie beruhen.

402 • Um auch schon im Referendariat die Attraktivität des Staatsdienstes zu
403 gewährleisten, sollte in jedem Bundesland eine Option zur Verbeamtung auf
404 Widerruf während des Referendariats eingeführt werden.

405 • Wie in anderen Studiengängen setzten wir uns auch im Jura-Studium für eine
406 Flexibilisierung von Bewertungsmethoden ein.

407 **Eine wehrhafte Demokratie braucht eine standhafte Justiz**

408 Das Grundgesetz feiert seinen 75. Geburtstag in einem Jahr, in dem Deportationspläne
409 einer im Bundestag vertretenen Partei öffentlich wurden und der Prozess gegen die
410 Reichsbürger-Gruppe von Prinz Reuß begann. Teil der Gruppe war u.a. Birgit Malsack-
411 Winkemann, promovierte Juristin und ehemalige Richterin am Landgericht Berlin, die
412 für das Justiz-Ressort einer neuen Staatsordnung vorgesehen gewesen sein soll.

413 Möglicherweise dient sie als Vorbild für den jungen NPD-Funktionär (offiziell
414 mittlerweile „Die Heimat“), der sich in diesem Jahr erfolglos für den juristischen
415 Vorbereitungsdienst am Oberlandesgericht Berlin-Brandenburg bewarb. Wenige Jahre
416 zuvor dagegen hatte der Sächsische Verfassungsgerichtshof die Nichtzulassung eines
417 führenden Kaders des „III. Wegs“ zum Referendariat für verfassungswidrig erklärt.

418 Unterschiedliche Regelungen in den Ländern erschweren es, einheitliche Vorgaben für
419 die Nichtzulassung von Extremist*innen aus dem Referendariat festzustellen. So können
420 die Verfassungsfeinde sich bei einer Ablehnung direkt im nächsten Bundesland um die
421 Aufnahme in den Vorbereitungsdienst bemühen.

422 Die Integrität der Justiz muss gesichert werden, bevor es dafür zu spät ist und
423 Rechtsextreme mancherorts in Regierungsverantwortung kommen. Eine besonders wichtige
424 Funktion übt das Bundesverfassungsgericht aus, das etwa über Parteiverbote
425 entscheidet. Während der Ausgang eines solchen vielfach diskutierten
426 Verbotsverfahrens gegen die AfD ungewiss ist und zu Recht im Entscheidungsmonopol der
427 Verfassungsrichter*innen liegt, gibt es schon jetzt andere Stellschrauben für den
428 Staat, sich nachhaltig gegen Rechtsextreme zu wehren.

429 Unsere Forderungen lauten daher:

430 • Die Resilienz des Bundesverfassungsgerichts muss gestärkt werden.
431 Beispielsweise sollte die Wahl der Verfassungsrichter*innen und die für sie
432 erforderliche Zweidrittelmehrheit des Bundestags künftig im Grundgesetz geregelt
433 werden. Derzeit ist dies nur im Bundesverfassungsgerichtsgesetz normiert, das
434 schon mit einer einfachen Mehrheit geändert werden kann. Sobald
435 Rechtsextremist*innen eine Mehrheit im Bundestag bilden, können sie also den
436 Wahlprozess umgestalten. Dem gilt es vorzubeugen.

437 • Es bedarf Rechtsklarheit und einheitlicher Regelungen in den Bundesländern, um
438 verfassungsfeindlichen Bewerber*innen die Zulassung zum juristischen
439 Vorbereitungsdienst zu verwehren. Sie sollen gar nicht erst Zugang zu den
440 praktischen Kenntnissen über die Justiz erhalten, die für die Aushöhlung des
441 Rechtsstaats missbraucht werden können.

442 **Staatliche Verantwortung und Diskriminierung**

443 Der Staat ist nicht nur über das Grundgesetz gezwungen, Diskriminierung zu
444 unterlassen, wir sehen ihn auch in der Pflicht, aktiv gegen jede Form von
445 Diskriminierung vorzugehen und für eine gerechte Gesellschaft zu sorgen. Eine
446 umfassende Antidiskriminierungspolitik, die alle gesellschaftlichen Ebenen einbezieht
447 und marginalisierte Gruppen stärkt, ist hierfür unerlässlich. Diskriminierung hat
448 viele Facetten - von Rassismus über Sexismus bis hin zur Queerfeindlichkeit. Jede
449 dieser Formen stellt eine ernsthafte Bedrohung für den sozialen Frieden und die
450 individuelle Freiheit dar. Darüber hinaus sind Menschen im Kapitalismus von Armut
451 betroffen und haben dadurch weniger Chancen und Teilhabe und können weniger am
452 sozialen Leben teilnehmen.

453 Um Diskriminierung in all ihren Formen wirksam zu bekämpfen, ist ein aktives und
454 entschlossenes Handeln des Staates unerlässlich. Nur durch eine konsequente
455 Antidiskriminierungspolitik, die auf mehreren Ebenen ansetzt, kann eine gerechte
456 Gesellschaft geschaffen werden. Der Staat trägt die Verantwortung, rechtliche
457 Rahmenbedingungen zu schaffen, Bildung und Aufklärung zu fördern sowie umfassende
458 Unterstützungsangebote bereitzustellen. Diese Maßnahmen müssen ineinandergreifen, um
459 Diskriminierung präventiv zu begegnen und Betroffenen wirksam zu helfen. Im Folgenden
460 wird dargelegt, in welchen Bereichen wir den Staat besonders in der Verantwortung
461 sehen und welche konkreten Maßnahmen erforderlich sind, um eine gerechte und
462 inklusive Gesellschaft zu gewährleisten.

463 *Gesetzgebung und Rechtsschutz*

- 464 • Wir fordern eine Verschärfung der Antidiskriminierungsgesetze und die
465 Einführung neuer Regelungen, die auch moderne Formen der Diskriminierung, wie
466 digitale Hassrede, berücksichtigen. Der digitale Raum bietet leider neue
467 Plattformen für Hass und Diskriminierung, die durch entsprechende Gesetze
468 reguliert werden müssen.
- 469 • Wir fordern die Stärkung und bessere Finanzierung von
470 Antidiskriminierungsstellen. Zudem sollten unabhängige Aufsichtsbehörden
471 geschaffen werden, die Diskriminierungsfälle untersuchen und ahnden können.
472 Diese Behörden sollen unabhängig arbeiten und die Autorität besitzen, um
473 wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung zu ergreifen.
- 474 • Wir fordern einen umfassenden Opferschutz. Anonyme Meldesysteme und sichere
475 Anlaufstellen für Diskriminierungsopfer müssen eingerichtet werden, damit
476 Betroffene ohne Angst vor Repressalien Unterstützung suchen können. Opfer
477 benötigen sichere Räume, um ihre Fälle zu melden und Unterstützung zu erhalten,
478 ohne Angst vor Stigmatisierung oder Vergeltung haben zu müssen.
- 479 • Wir setzen uns für eine inklusive Bildungspolitik ein, die Diversität und
480 Toleranz fördert. Die Bekämpfung von Diskriminierung darf zudem nicht nur an
481 Projekttagen stattfinden, sondern sollte auch interdisziplinär Einfluss in den
482 Schulunterricht finden, um bereits bei Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein
483 für Gleichberechtigung und Toleranz zu schärfen.
- 484 • Wir fordern groß angelegte Aufklärungskampagnen, die über die verschiedenen
485 Formen der Diskriminierung aufklären und die Zivilgesellschaft sensibilisieren.
486 Solche Kampagnen sollen nicht nur informieren, sondern auch zum Handeln
487 ermutigen und die Gesellschaft zur Reflexion anregen.

488 • Wir fordern die verstärkte Förderung von Forschungsprojekten, die die Ursachen
489 und Auswirkungen von Diskriminierung untersuchen. Interdisziplinäre Ansätze
490 sollen hierbei besonders unterstützt werden, um ein umfassendes Verständnis der
491 Diskriminierungsmechanismen zu entwickeln und effektive Gegenstrategien zu
492 erarbeiten.

493 *Unterstützungsangebote*

494 • Wir fordern den Ausbau von Beratungsstellen, die umfassende Unterstützung für
495 Diskriminierungsopfer bieten. Diese Beratungsstellen sollen rechtliche,
496 psychologische und soziale Beratung umfassen und Betroffenen einen sicheren Raum
497 bieten, um Hilfe zu suchen.

498 • Wir fordern die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Opfer, um ihnen den
499 Zugang zu Rechtsmitteln und psychologischer Unterstützung zu erleichtern.
500 Oftmals scheitern Betroffene daran, ihre Rechte durchzusetzen, weil ihnen die
501 finanziellen Mittel fehlen. Hier muss der Staat einspringen und für
502 Chancengleichheit sorgen.

503 **Kritischer Umgang mit rechten Gruppen**

504 Ein entschlossener und kritischer Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen ist von
505 entscheidender Bedeutung für den Erhalt unserer Demokratie und für den sozialen
506 Frieden. Diese Gruppen stellen eine ernsthafte Bedrohung dar, da sie Ideologien
507 verbreiten, die auf Hass und Intoleranz basieren. Um diesen Gefahren wirksam zu
508 begegnen, sind umfassende Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen erforderlich.

509 Aufklärung und Prävention spielen eine zentrale Rolle. Wir fordern umfassende
510 Bildungsprogramme, die über die Ideologien und Gefahren rechtsextremer Gruppen
511 aufklären. Dabei ist es wichtig, auch die Rolle sozialer Medien zu analysieren und zu
512 verstehen, wie diese Plattformen genutzt werden, um Hass und Intoleranz zu
513 verbreiten. Nur durch fundiertes Wissen können wir die Mechanismen erkennen und ihnen
514 entgegenwirken.

515 Ebenso notwendig ist eine verstärkte Überwachung und konsequente Strafverfolgung
516 rechtsextremer Aktivitäten. Sicherheitsbehörden müssen ausreichende Mittel und
517 Kompetenzen erhalten, um effektiv gegen diese Bedrohung vorzugehen und die
518 Gesellschaft zu schützen. Wir betonen, dass eine effektive Überwachung und
519 Strafverfolgung essenziell sind, um rechtsextreme Strukturen aufzudecken und zu
520 zerschlagen.

521 Darüber hinaus ist der Dialog und die Integration von gefährdeten Personen und
522 Gruppen von großer Bedeutung. Präventionsprogramme, die durch Dialog- und
523 Integrationsangebote gefährdete Menschen erreichen, sind entscheidend. Diese
524 Programme sollen Alternativen aufzeigen und Wege zur gesellschaftlichen Integration
525 bieten, um Menschen, die für extremistische Ideologien anfällig sind, von einem
526 Abdriften in solche Ideologien abzuhalten.

527 Ein vielschichtiger Ansatz ist notwendig, um rechtsextremen Gruppierungen effektiv
528 entgegenzutreten. Durch Aufklärung, Prävention, Überwachung, Strafverfolgung sowie
529 Dialog- und Integrationsangebote können wir die Demokratie und den sozialen Frieden
530 schützen und stärken.

531 **Femizide und Frauenhäuser**

532 Die Sicherheit und der Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt sind
533 fundamentale Anliegen einer gerechten und inklusiven Gesellschaft. Trotz vieler
534 Fortschritte in den letzten Jahrzehnten bleibt Gewalt gegen Frauen ein drängendes
535 Problem, das tief in den gesellschaftlichen Strukturen verankert ist. Femizide – die
536 Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts – und andere Formen
537 geschlechtsspezifischer Gewalt sind traurige Realität für viele Frauen weltweit. In
538 diesem Kontext sind Frauenhäuser und unterstützende Einrichtungen unverzichtbare
539 Zufluchtsorte und bieten lebensrettende Dienste für Frauen, die vor Gewalt fliehen.
540 Die Bekämpfung von Femiziden und die Unterstützung von Frauenhäusern sind für uns von
541 zentraler Bedeutung.

542 Wir fordern daher:

- 543 • die Verschärfung der Strafen für geschlechtsspezifische Gewalt und die
544 Einführung spezieller Schutzmaßnahmen für gefährdete Frauen. Strengere Gesetze
545 und gezielte Schutzmaßnahmen können dazu beitragen, die Sicherheit von Frauen zu
546 erhöhen und die Täter abzuschrecken. Damit die Polizei in Zukunft noch
547 effektiver gefährdeten Frauen helfen kann, setzen wir uns für die
548 flächendeckende Einführung von Risikoskalen, wie etwa der Danger Assessment
549 Scale ein.
- 550 • Eine ausreichende und kontinuierliche Finanzierung von Frauenhäusern und
551 Notunterkünften ist unerlässlich. Mit dem so genannten Drei-Säulen Modell der
552 Finanzierung, liegt seit langem ein konkreter Vorschlag zur Sicherung der
553 Schutzhäuser vor. Zudem muss die Kapazität dieser Einrichtungen ausgebaut
554 werden, um allen betroffenen Frauen Schutz und Unterstützung bieten zu können.
555 Die Istanbul-Konvention gibt seit Jahren einen Schlüssel für die Bedarfsanalyse
556 an die Hand.
- 557 • Wir setzen uns für ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungssystem ein, das
558 betroffenen Frauen in allen Lebensbereichen – von rechtlicher bis zu
559 psychologischer Unterstützung – hilft. Ein solches System muss leicht zugänglich
560 und gut vernetzt sein, um effektive Hilfe zu leisten.

561 **Nach Berliner Vorbild, aber mit geschlossenen Schutzlücken**

562 Berlin hat mit seiner Antidiskriminierungspolitik und dem ersten
563 Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene (LADG) wegweisende Fortschritte erzielt.
564 Diese Maßnahmen haben gezeigt, wie wichtig und wirksam rechtliche Rahmenbedingungen
565 im Kampf gegen Diskriminierung sein können. Wir fordern ein ähnliches
566 Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) für alle Bundesländer, um den Schutz und die
567 Rechte von Diskriminierungsopfern zu stärken. Dabei ist es unerlässlich, bestehende
568 Schutzlücken zu schließen und die Maßnahmen weiter zu entwickeln.

569 Es bedarf einer umfassenden und robusten Strategie, die nicht nur auf präventive
570 Maßnahmen setzt, sondern auch die Unterstützung und den Schutz von
571 Diskriminierungsopfern in den Mittelpunkt stellt.

572 Ein ganzheitlicher Ansatz ist notwendig, der die rechtlichen, finanziellen und
573 institutionellen Rahmenbedingungen verbessert, um eine nachhaltige und wirksame
574 Antidiskriminierungspolitik zu gewährleisten. Nur durch eine solche konsequente und

575 umfassende Politik können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen frei
576 von Diskriminierung leben können und gleiche Chancen und Rechte haben.

577 Daher fordern wir:

- 578 • Einen Prozesskostenfonds, der Diskriminierungsopfer bei den Kosten für
579 Rechtsstreitigkeiten unterstützt, welcher den Zugang zur Justiz erleichtern und
580 finanziellen Druck von den Betroffenen nehmen soll. Oftmals scheuen
581 Diskriminierungsopfer den Rechtsweg, weil sie die hohen Kosten fürchten. Ein
582 solcher Fonds kann Abhilfe schaffen.
- 583 • Um Diskriminierungsopfern mehr Zeit zur rechtlichen Klärung zu geben, plädieren
584 wir für eine Verlängerung der Verjährungsfristen in Diskriminierungsfällen.
585 Diskriminierung ist oft schwer nachzuweisen und erfordert eine gründliche
586 Aufarbeitung, die mehr Zeit benötigt.
- 587 • Eine auskömmliche Finanzierung von Organisationen und Projekten, die sich gegen
588 Diskriminierung engagieren, ist notwendig. Nur durch eine stabile finanzielle
589 Basis können diese Organisationen nachhaltig und effektiv arbeiten.

590 **Erforschung von Klassismus**

591 Wir fordern:

- 592 • Aufklärungskampagnen, die über die Auswirkungen von Armutsbetroffenheit
593 informieren und für mehr Chancengleichheit werben, sind ein zentrales Anliegen.
594 Diese Kampagnen sollen das Bewusstsein für soziale Ungleichheiten schärfen und
595 zur gesellschaftlichen Reflexion anregen.

Antrag I17: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold – Warum Sozialarbeitende endlich schweigen dürfen sollten

1 Die Soziale Arbeit basiert auf Vertrauen und Diskretion. Die Arbeit von
2 Sozialarbeiter:innen folgt heutzutage hohen Standards und erfordert eine fachliche
3 Qualifikation, oft in Form eines Studiums oder einer vergleichbaren Ausbildung. Diese
4 Arbeit wird kontinuierlich evaluiert. Sozialarbeiter:innen leisten den Anforderungen
5 ihres Studiums entsprechend hochprofessionelle Arbeit mit ihren Bezugsgruppen in den
6 verschiedensten Berufsfeldern. Kern und Basis dieser Arbeit ist zumeist ein
7 belastbares Vertrauensverhältnis zu jenen Menschen, die sich den Sozialarbeiter:innen
8 mit ihren oft hochsensiblen Sorgen und Problemen anvertrauen – ähnlich wie bei
9 Psychologen oder Geistlichen. Dazu gehören, wie die Alltagsrealität zeigt, manchmal
10 auch Straftaten. Dass dies nicht nur theoretische, sondern sehr reale Auswirkungen
11 auf die Lebensrealität hat, verdeutlicht beispielsweise ein Fall aus Karlsruhe aus
12 dem Jahr 2022.

13 Nach einem Vorfall mit Verletzungen im Stadion suchte die Fan-Szene das Gespräch mit
14 den Betroffenen über das von Sozialarbeitenden betreute Fanprojekt. Obwohl es zu
15 einer Versöhnung kam, wurden die Sozialarbeiter:innen als Zeugen vorgeladen und
16 standen vor der Entscheidung, entweder ihre berufliche Integrität zu wahren oder
17 rechtliche Konsequenzen zu riskieren. Bei einer Aussageverweigerung drohten Geld-
18 oder sogar Freiheitsstrafe, was zu einem Eintrag ins Führungszeugnis führen könnte.
19 Ein solcher Eintrag kann im schlimmsten Fall den Job kosten. Eine Aussage hingegen
20 würde das Vertrauensverhältnis verletzen.

21 Nicht nur für die Arbeit in Fanprojekten, sondern in allen Arbeitsbereichen der
22 Sozialen Arbeit - in der Jugendhilfe, in den Sozialen Diensten, in der
23 Straffälligenhilfe oder z.B. in der Migrationsberatung - ist Vertrauen die
24 Grundvoraussetzung für den Erfolg sozialarbeiterischer Interventionen. Das Fehlen
25 eines Zeugnisverweigerungsrechts für sozialarbeitende Fachkräfte führt zu massiven
26 Verunsicherungen auf beiden Seiten und zu einem mangelnden rechtlichen wie physischen
27 Schutz für Fachkräfte, z.B. im Aufgabenfeld der Gewaltprävention

28 Solange es kein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter:innen gibt, müssen sie
29 sich im Ernstfall zwischen Pest und Cholera entscheiden.

30 Gemäß § 203 Abs. 1 Nr. 6 StGB sowie dem Schutz des Sozialgeheimnisses gem. § 35 SGB I
31 sind Sozialarbeiter:innen aktuell verpflichtet, das im Rahmen ihrer Arbeit erhaltene
32 Wissen zu möglichen Straftaten nicht an Dritte weiterzugeben, um im geschützten Raum
33 gemeinsam mit den betroffenen Personen Lösungen entwickeln zu können. Gleichzeitig
34 sind Sozialarbeiter:innen nicht unter den in § 53 StPO genannten Berufsgruppen, denen
35 ein sogenanntes Zeugnisverweigerungsrecht zugestanden wird. Im Falle einer Vernehmung
36 sind sie also grundsätzlich gem. § 48 Abs. 1 StPO zur Aussage verpflichtet, also das
37 im Rahmen ihrer Arbeit erlangte Wissen zu offenbaren. Diese Verpflichtung
38 unterscheidet sie aktuell von Ärzt:innen, Anwält:innen, Geistlichen oder
39 Journalist:innen, die in einem solchen Fall die Aussage verweigern dürfen, um das
40 Vertrauensverhältnis zu wahren. Sozialarbeiter:innen hingegen sind dazu gezwungen,
41 sich entweder für das Vertrauensverhältnis zu entscheiden oder gegen eine mögliche
42 Vorbestrafung. Dieser Ausschluss von einem Zeugnisverweigerungsrecht für
43 Sozialarbeiter:innen wurde auch in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von

44 1972 bestätigt mit der Begründung, dass unter anderem Klient*innen von
45 Sozialarbeiter*innen keine Geheimhaltung wie zum Beispiel bei Rechtsanwält*innen
46 erwarteten und Sozialarbeiter*innen auch keiner strafrechtlich bewehrten
47 Geheimhaltungspflicht unterliegen würden. Dies entspricht unterdessen nicht mehr der
48 Berufsrealität von Sozialarbeiter*innen, die nunmehr eben doch einer strafbewehrten
49 Geheimhaltungspflicht gem. § 203 Abs. 1 Nr. 6 StGB unterliegen und typischerweise ein
50 starkes Vertrauensverhältnis zu ihren Klient*innen haben.

51 Auch Pflegeeltern bzw. Pflegepersonen fallen aktuell nicht unter das
52 Zeugnisverweigerungsrecht des § 52 StPO. Die Kinder und Jugendlichen leben in der
53 Pflegefamilie und werden - wie eigene Kinder - betreut und erzogen. Dies ist eine
54 familienersetzende Bindung, die geschützt werden muss. Es ist nicht erklärbar, wenn
55 Pflegeeltern vor dem Strafgericht aussagen müssen, während leibliche Eltern, die
56 möglicherweise seit Jahren nur sporadisch oder keinen Kontakt zu ihren Kindern haben,
57 im gleichen Falle ein Recht auf Schweigen haben.

58 Die Gleichstellung von Pflegeeltern bzw. Pflegepersonen gibt es auch bereits in
59 anderen Rechtsgebieten, so sind Pflegekinder beispielsweise im Sinne des §10 Abs. 4
60 Satz 1 SGB V familienversichert und werden nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 BKG auch als Kinder
61 berücksichtigt, sodass, gleichgestellt zu leiblichen Kindern, auch hier ein Anspruch
62 auf Kindergeld besteht.

63

64 **Deshalb fordern wir:**

- 65 • Eine Reform des § 53 der Strafprozessordnung (StPO) mit dem Ziel,
66 Sozialarbeiter:innen in § 53 Abs. 1 StPO ebenfalls als geschützte Berufsgruppe
67 anzuerkennen und ihnen ein Zeugnisverweigerungsrecht zu zuzugestehen. Die
68 Aufnahme in § 53 StPO soll sicherstellen, dass Sozialarbeiter:innen
69 Informationen, die ihnen im Rahmen ihrer professionellen Arbeit anvertraut oder
70 bekannt geworden sind, in einem Strafprozess nicht offenbaren müssen.
- 71 • Dass Arbeitgeber:innen in der Sozialen Arbeit bis zur gesetzlichen Änderung
72 aufgefordert werden, ihre Angestellten durch die Nichterteilung einer
73 Aussagegenehmigung zu schützen und rechtlichen Beistand im Falle von
74 Zeugenvorladungen sicherzustellen.
- 75 • Die Aufnahme von Pflegeeltern, bzw. Pflegepersonen in §52 der
76 Strafprozessordnung

Antrag Ini01: Awarenesskonzept

1 *Das folgende Awarenesskonzept benutzt einige Begriffe, die bisher in unserem Verband*
2 *nicht gängig sind. Daher sollen die im Anhang stehenden Begriffsdefinitionen als*
3 *Orientierung und Unterstützung für das Verständnis dieses Konzepts dienen.*

4 Bei den Jusos tolerieren wir weder Diskriminierungen, wie Sexismus, Rassismus,
5 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Trans- und Homofeindlichkeit, Ableismus und
6 Klassismus noch Übergriffe und sexualisierte Gewalt. Jede*r soll sich auf unseren
7 Veranstaltungen so wohl und sicher wie möglich fühlen. Für uns gilt nicht nur der
8 Grundsatz „No means No“, sondern „Yes means Yes“.

9 Als Jugendverband sind auch wir Teil der Gesellschaft, die von verschiedenen
10 Herrschaftsverhältnissen und Machtstrukturen geprägt ist. Das Patriarchat, der
11 Kapitalismus oder unsere rassistischen Denkmuster führen zu Diskriminierung und
12 emotionaler oder physischer Gewalt. Wir erkennen diese Probleme als strukturell,
13 bekämpfen sie politisch und doch können wir uns nicht davon freisprechen, dass sie
14 auch in unseren Verband fortwirken.

15 Aus diesem Grund setzen wir uns mit Hilfe von Awarenessstrukturen präventiv gegen
16 Diskriminierungen und Gewalt gegenüber marginalisierten Personen auf unseren
17 Veranstaltungen ein. Diese Awarenessstrukturen sollen zum einen durch ihre
18 Anwesenheit und dauerhafte Erreichbarkeit zur Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten
19 bei und Verhinderung von Diskriminierung, Übergriffen und Gewalt beitragen.
20 Gleichzeitig sollen Aufklärung und Präsenz zu Reflexion und Sensibilisierung der
21 Mitglieder unseres Verbandes gegenüber Privilegien und Diskriminierung beitragen.
22 Wann immer es trotzdem zu Diskriminierung, Übergriffen und Gewalt kommt, sollen
23 unsere Awarenessstrukturen Unterstützung anbieten oder organisieren und setzen klare
24 Grenzen gegen die Verletzung dieser Grundlagen. Unser Gesamtanspruch als Verband aber
25 auch an alle Mitglieder ist, dass sich niemand dieser Verantwortung entziehen kann.

26 Männer, weiße und cis-hetero Personen besitzen eine gesellschaftliche Machtposition,
27 ob sie dies intendieren oder nicht. Unser Verband ist ein Spiegel der Gesellschaft,
28 etwa in Hinblick auf die Repräsentanz in herausgehobenen Funktionen. Darüber hinaus
29 erkennen wir an, dass sich unser Verband durch offizielle und inoffizielle
30 hierarchische Funktionen konstituiert. So sehr diese Strukturen wichtig für den
31 Aufbau des Verbandes sind, können sie auch herausfordernd für die erfolgreiche
32 Awarenessarbeit sein. Bewusste wie auch unbewusste Grenzüberschreitungen von Personen
33 in (höherer) Funktion, sind für Betroffene mitunter besonders schwierig anzusprechen.
34 Daher ist in der Awarenessarbeit notwendig, dass ein kritisches Bewusstsein gegenüber
35 Machtstrukturen besteht und ständig Berücksichtigung findet. Das bedeutet etwa, die
36 ständige und nie abgeschlossene transparente Reflexion der Awarenessstrukturen in
37 Hinblick auf ihre Unabhängigkeit von Funktionen und Machtstrukturen. Wenn wir als
38 Gesamtverband als Grundsatz definieren, dass Awareness uns alle angeht, bedeutet das
39 für Personen in Funktion vor allem die Reflexion über die eigene Stellung im Verband
40 und die damit einhergehende Vorbildfunktion. Außerdem ziehen wir die Konsequenz, dass
41 unsere Awarenessstrukturen, wo nur möglich, von offiziellen Funktionen und
42 inoffiziellen Strukturen losgekoppelt sein sollen.

43 Seit längerem haben wir bei den Jusos Awarenessteams auf unseren Veranstaltungen.
44 Allerdings haben wir festgestellt, dass unsere Strukturen aktuell noch nicht

45 ausreichen, um eine angemessene Awarenessarbeit bei den Jusos zu gewährleisten. Daher
46 haben wir uns grundlegend mit der Frage auseinandergesetzt, welche Strukturen noch
47 fehlen und was wir an unseren aktuellen Strukturen ändern können.

48 **Grundsätze der Awarenessarbeit**

49 Unsere Awarenessarbeit soll durch professionalisierte Strukturen den gesamten Verband
50 erreichen. Awareness bedeutet Achtsamkeit/Bewusstsein und beschreibt eine Haltung. Es
51 bedeutet Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und auf
52 Unterdrückungsverhältnisse sowie auf Übergriffe und Gewalt zu reagieren. Denn klar
53 ist, dass Awarenessarbeit eine gesamtverbandliche Angelegenheit ist, auch wenn wir
54 die Verantwortung für die Awarenessstrukturen an bestimmte Personen übertragen
55 können. Das eigene Verhalten im Umgang miteinander kann nicht durch Awarenessarbeit
56 vollständig angegangen werden. Die Verantwortung aller spielt hier eine wichtige
57 Rolle. Uns ist allerdings bewusst, dass wir bei Diskriminierung und Gewalt von
58 strukturellen Problemen in Herrschaftsstrukturen reden, die nicht einfach durch
59 individuelle Verhaltensänderungen verschwinden. Trotzdem muss der Verband mit
60 Maßnahmen dafür sorgen, dass solches Verhalten nicht ohne Konsequenzen bleibt und
61 Strukturen geschaffen werden, die dagegen vorgehen. **Daher soll das Awarenesskonzept**
62 **langfristig im gesamten Verband, unter Achtung der unterschiedlichen Bedürfnisse und**
63 **Entwicklungen in den einzelnen Landesverbänden und Bezirken, angewendet werden!**

64 Awarenessstrukturen auf Bundes- und auf Landesverbands- und Bezirks-Ebene betrachten
65 wir stets gleichwertig und nicht in einem hierarchischen Verhältnis zueinander. Die
66 Intervention der ständigen Awarenesskommission ist nicht von höherem Gewicht als
67 diejenigen aus Landesverbands- und Bezirks-Strukturen. Auf Veranstaltungen der
68 Bundesebene ist stets vorrangig das veranstaltungsbezogene Awarenesssteam zuständig.
69 Außerhalb von Veranstaltungen stehen in unserem Verband die verschiedenen Strukturen
70 auf Landesverbands- und Bezirks- und auf Bundes-Ebene in Form der ständigen
71 Awarenesskommission zur Verfügung. Der sich meldende Person steht es frei, an welche
72 dieser Strukturen sie sich wenden möchte. Eine parallele Bearbeitung eines Falles in
73 sowohl der Landes- und Bezirks- als auch der Bundesebene ist nicht vorgesehen.
74 Mitglieder der ständigen Awarenessstrukturen auf Landesverbands- und Bezirks-Ebene
75 können kein Teil der ständigen Bundeskommission sein. Es ist ihnen aber möglich, Teil
76 der veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams zu sein.

77 Unsere Awarenessarbeit folgt dem Konzept der Betroffenenengerechtigkeit. Im Rahmen
78 dieses Konzeptes sprechen wir den Betroffenen, also den Personen, die
79 Diskriminierendes, Übergriffiges oder Gewaltvolles erleben, eine Definitionsmacht
80 darüber zu, was sie erlebt haben. Wir leugnen keine Gewalt und stellen die
81 individuell erlebte Gewalterfahrung nicht in Frage. Die Arbeit der
82 Awarenessstrukturen wird hierbei von zwei Grundprinzipien getragen: Zum einen sind
83 die Bedürfnisse und Perspektiven der betroffenen Personen handlungsleitend,
84 gleichzeitig müssen die Strukturen ihrer Fürsorgepflicht für alle Mitglieder des
85 Verbandes – auch noch unbekannte und zukünftige Betroffene – gerecht werden.
86 Betroffenenengerechtigkeit bedeutet auch, dass keine Handlungen ohne Kenntnis der sich
87 meldenden Person in die Wege
88 geleitet werden. Die finale Entscheidung über etwaige Interventionen trifft die
89 jeweilige Struktur. Diese Verantwortung wird ihr nicht aufgebürdet. Sie werden aber
90 immer gehört und ihre Perspektive wird in die konkrete Maßnahme einbezogen. Dafür

91 geben wir uns ein klares Verfahren. Deshalb wird im Rahmen der Awarenessarbeit
92 transparent klargelegt, dass jede Meldung zu einer kausalen Intervention führt, mit
93 Kenntnis der meldenden Person. Die Mitglieder der Strukturen dürfen nicht zu
94 Geheimnisträger*innen gemacht werden. Das wird zu Beginn jeder meldenden Person
95 deutlich gemacht. Nur wenn sie damit einverstanden ist, dass eine Intervention
96 erfolgt, soll sie ihr Anliegen vortragen. Die jeweiligen Interventionen können
97 kreativ und bei Bedarf auch anonymisiert erfolgen. Ansonsten verweisen sie die
98 Awarenessstrukturen auf professionelle, externe Hilfsangebote, die besser geeignet
99 sind, ihren Bedürfnissen gerecht zu werden. Konsequenzen für gemeldete Personen sehen
100 wir nicht im Sinne einer Bestrafung, sondern zur Wiederherstellung des Wohlbefindens
101 der Betroffenen und dem Ziel der Herbeiführung einer Verhaltensänderung bei der
102 adressierten Person.

103 Außerdem wollen wir festhalten, was wir nicht als Awarenessarbeit sehen. Das umfasst:
104 Organisationspolitische Fragen über eine Veranstaltung, organisatorisches Feedback zu
105 Veranstaltungen, politische Konflikte und persönliche Streitigkeiten. Das heißt für
106 uns, dass wir achtsam dahingehend sind, dass Awarenessarbeit nicht aus genannten
107 Punkten missbraucht wird. Außerdem ist Awarenessarbeit keine polizeiliche oder
108 juristische Aufklärung. Die Awarenessstrukturen können auch nicht therapeutische oder
109 psychische (Not)fälle behandeln. Das kann und soll Awarenessarbeit nicht leisten.
110 Awarenessarbeit ist nicht ein Instrument zur Bestrafung von gemeldeten Personen,
111 sondern nimmt die Bedürfnisse betroffener Personen in den Blick.

112 **Struktur und Haltung der Awarenessarbeit**

113 Unsere Awarenessarbeit soll zukünftig auf drei Säulen gestellt werden:

- 114 1. Die bekannten veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams, die auf Veranstaltungen
115 erreichbar sind,
- 116 2. eine ständige Awarenesskommission deren Mitglieder auch außerhalb von
117 Veranstaltungen ansprechbar sind und langfristiger aktiv werden können, und
- 118 3. zuletzt Bildungsarbeit, die im Verband zur Reflexion hierarchischer und
119 diskriminierungsfördernder Strukturen anregen soll.

120 Awarenessarbeit lebt von einer diskriminierungssensiblen, aufgeklärten Haltung, bei
121 der das Aktiv-Werden der Awarenessstrukturen zum Ziel hat, die Handlungsmöglichkeiten
122 der betroffenen Personen zu erweitern oder wiederherzustellen. Es geht dabei nicht um
123 Wahrheitsfindung, sondern um Anerkennung des individuellen Erlebens. Die betroffenen
124 Personen besitzen die Expertise für ihr eigenes Erleben und können dementsprechend
125 nicht in ihrer Wahrnehmung einer Situation von jemand anderem korrigiert werden. Wie
126 eine Situation erlebt wird, definieren die betroffenen Personen selbst! Gleichzeitig
127 garantieren wir, dass die Verantwortung für diesen Prozess und alle Interventionen
128 und Ergebnisse bei den Awarenessstrukturen liegen.

129 Menschen, die sich aufgrund von Diskriminierung isoliert, machtlos und
130 handlungsunfähig fühlen, sollen durch die Awarenessarbeit dabei unterstützt werden,
131 selbstbestimmt am Verbandsleben teilzunehmen. Gleichzeitig soll die Awarenessarbeit
132 ein Verbandsklima schaffen, dass diesem Ziel verpflichtet ist. Dafür ist es sehr
133 wichtig, dass nichts ohne Kenntnis der sich meldenden Person unternommen wird. Zu den
134 Gesprächen können die Awarenessstrukturen ein Gedächtnisprotokoll anfertigen, das
135 nach Abschluss des Falls vernichtet wird. Dabei ist klar, dass manche Maßnahmen nicht

136 ohne Weitergabe der Informationen ergriffen werden können.

137 Der Fokus auf die Erweiterung/Wiederherstellung von Handlungsmacht der betroffenen
138 Personen und auf die Schaffung eines sicheren Verbandsklimas setzt der
139 Awarenessarbeit auch klare Grenzen im Umgang mit gemeldeten Personen. Das Ziel der
140 Awarenessarbeit ist nicht deren Bestrafung. Konsequenzen für diese Personen müssen
141 immer vor diesem Hintergrund gezogen werden. Es ist nicht hilfreich, gemeldeten
142 Personen pauschal eine böse Absicht zu unterstellen. Stattdessen sollten, wenn dies
143 angemessen ist, erste Gespräche zu einem Perspektivwechsel einladen und die
144 Auswirkungen des Verhaltens auf die betroffenen Personen reflektiert werden. Dahinter
145 steht die Haltung, dass jede*r sich als gemeldete Person wiederfinden kann und
146 Fehlerfreundlichkeit unerlässlich ist. Wenn die Hürde zum Melden von Fällen und
147 Erkennen von Fehlern klein ist, können Strukturen angesprochen werden, bevor es zu
148 übergriffigem oder sogar nötigendem Verhalten kommt.

149 Kann durch diese Ansprache kein Zustand erreicht werden, indem die sich meldende
150 Person sich sicher und selbstbestimmt fühlt, können weitere Konsequenzen gezogen
151 werden, die im Leitfaden näher beschrieben werden. Wir werden hierfür die Awareness-
152 Arbeit auf Veranstaltungen durch AGB absichern, in denen unsere Grundsätze
153 verbindlich zur Grundlage der Veranstaltungsteilnahme normiert werden. Die
154 Entscheidung über nicht-kommunikative Interventionen (z.B. Alkoholverbot für
155 Veranstaltungen, Verweisung von Veranstaltungen, Sperre für künftige Veranstaltungen)
156 wird nach Unterrichtung und Empfehlung durch die Awarenessstrukturen durch
157 Bundesvorsitz- und Bundesgeschäftsführung getroffen.

158 Zu guter Letzt kommt gerade eine ehrenamtliche Awarenessarbeit nicht ohne
159 Selbstfürsorge ihrer Mitglieder aus. Diese müssen durch klare Strukturen vor
160 überfordernden, triggernden oder überlastenden Situationen geschützt werden und
161 sollen ermutigt werden, solche Situationen zu erkennen und mit Selbstschutz zu
162 reagieren. Der Juso Bundesvorstand wird deshalb mit der Erstellung eines konkreten
163 Leitfadens beauftragt. Gespräche sollen möglichst nicht allein geführt werden,
164 sondern immer mindestens zu zweit. Ist dies nicht zu ermöglichen oder folgt dem
165 Wunsch der sich meldenden Person, muss unmittelbar nach dem Gespräch eine zweite
166 Person aus der Struktur im Zweifel auch anonymisiert hinzugezogen werden. Zur
167 Vorbereitung der Awarenessarbeit gehört auch, eine Liste mit Telefonnummern für
168 professionelle Anlaufstellen, Notfallapotheken, Taxiunternehmen etc. bereitzustellen.
169 So sollen die Mitglieder der Awarenessstrukturen dazu befähigt werden, entschieden
170 und planvoll auf verschiedene Situationen zu reagieren. Jede Person in den
171 Awarenessstrukturen kann sich jederzeit für Befangen erklären und einen Fall an eine
172 andere Person der jeweils zuständigen Struktur abgeben.

173 Die Awarenessstrukturen werden nur auf Grundlage einer Meldung aktiv. Die Meldung
174 kann auch durch Mitglieder der Struktur selbst erfolgen. Zum Beispiel um
175 Interventionen in Form

176 allgemeiner Ansprachen durchzuführen. Die Strukturen arbeiten nicht aufsuchend. Das
177 heißt mutmaßlich betroffene Personen werden nicht auf Hinweis Dritter oder auf
178 Verdacht angesprochen. Auch müssen die Grenzen ehrenamtlichen Engagements respektiert
179 werden.

180 **Awarenessteams auf Veranstaltungen**

181 Bei allen Veranstaltungen des Juso-Bundesverbandes wird ein Awarenesssteam eingesetzt.
182 Das Awarenesssteam bietet Schutz und Ansprache, wenn sich ein*e Teilnehmer*in durch
183 eine andere Person oder Umstände bedrängt, belästigt, diskriminiert und eingeschränkt
184 fühlt. Über die zentralen Telefonnummern ist das A-Team bei den Veranstaltungen rund
185 um die Uhr erreichbar und muss in der aktiven Rolle nüchtern bleiben. Außerdem wird
186 die Zusammensetzung des A- Teams allen Teilnehmer*innen kommuniziert und vorgestellt,
187 sodass jederzeit klar ist, mit wem auch ein persönliches Gespräch gesucht werden
188 kann. Das A-Team kümmert sich um sich meldende Personen, führt unter Berücksichtigung
189 ihrer Perspektive ein Gespräch auch mit der gemeldeten Person und bereitet gemeinsam
190 Konsequenzen vor. Allen Meldungen wird nachgegangen und sie werden vertrauensvoll
191 behandelt. Grundsätzlich werden Informationen über die Vorfälle nicht außerhalb des
192 Awarenesssteams kommuniziert. In Ausnahmefällen soll das in Absprache mit der sich
193 meldenden Person geschehen. Einmal am Tag trifft sich das Awarenesssteam, um die
194 aktuelle Lage zu besprechen. In schwierigen und schwerwiegenden Fällen trifft sich
195 das Awarenesssteam kurzfristig als Krisenrat.

196 Für die Mitglieder des Awarenesssteams liegt die Definitionsmacht über die Wahrnehmung
197 und das Erleben von Gewalttaten bei den sich meldenden Personen. Gleichzeitig nimmt
198 das Awarenesssteam auch eine eigene Bewertung der Situation vor. Hier gilt das
199 Prinzip: Im Zweifel für alle betroffenen Personen.

200 Das Awarenesssteam stellt sicher, dass Betroffene zu jeder Zeit Ansprechpersonen zur
201 Verfügung haben, und ist selbst auf den Veranstaltungen präsent und erreichbar.
202 Mitglieder des Awarenesssteams gehen, bevor sie Schritte einleiten, in Rücksprache mit
203 den sich meldenden Personen, um die dort bestehenden Bedürfnisse und Perspektiven
204 einzubeziehen und um die Person über die geplanten Schritte in Kenntnis zu setzen.
205 Um das Awareness-Team bestmöglich auf seine Aufgabe vorzubereiten, wird regelmäßig
206 Bildungsarbeit zu Grundlagen der Awareness-Arbeit angeboten.

207 *Zusammensetzung und Einberufung des Awarenesssteams*

208 Ein veranstaltungsbezogenes Awarenesssteam variiert in seiner Größe je nach der
209 Teilnehmendenzahl der Veranstaltung, es besteht jedoch immer aus mindestens 3
210 Personen im Sinne der Aufteilung: FINTA, BIPOC, cis-Männer. Das A-Team setzt sich
211 divers, aber mit mindestens 50% FINTA zusammen, die bei Veranstaltungen unseres
212 Verbands mitgewirkt haben. Außerdem wird das Awarenesssteam mit BIPOC besetzt. Auch
213 Queere Personen sollen nach jeder Möglichkeit bei der Zusammensetzung berücksichtigt
214 werden. Amtierende Landesverbands- und Bezirksvorsitzende dürfen nicht Teil des
215 veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams sein. Zur rein organisatorischen Unterstützung
216 des veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams, ist ein Mitglied des Bundesvorstandes,
217 bei größeren Veranstaltungen möglichst zwei Mitglieder zuständig. Die Mitglieder des
218 Teams werden durch die für die
219 Veranstaltung zuständigen Mitglieder des Bundesvorstandes bestimmt. Dabei soll es
220 einen Pool an geschulten Personen geben, die dafür zur Verfügung stehen. Dafür sollen
221 die Verbände Personen beim Bundesvorstand melden können. Im Team sollen nach
222 Möglichkeit auch erfahrene Personen sein, die ihre Erfahrungen an neuere Mitglieder
223 weitergeben können.

224 *Aufgaben und Grenzen*

225 Die Aufgaben der veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams beginnen mit Beginn der

226 Veranstaltung und enden mit ihrem Ende. Sie erstatten der ständigen
227 Awarenesskommission im Anschluss an die jeweilige Veranstaltung einen aus
228 Betroffenenperspektive möglichst anonymisierten Bericht über etwaige Vorkommnisse.
229 Dies kann gewährleisten, dass Personen, die wiederholt gemeldet werden frühzeitig
230 erkannt und ihnen durch geeignete Interventionen die Gelegenheit zu Einsicht gegeben
231 werden kann. Dies erfüllt auch unsere Fürsorgepflicht, in dem es verhindern kann,
232 dass Personen zukünftig zu Betroffenen werden. Sollten sich länger andauernde Fälle
233 ereignen, welche nicht im Rahmen der Awarenessteams auf der Veranstaltung geklärt
234 werden können, werden diese in Absprache mit der sich meldenden Person ebenfalls an
235 die ständige Awarenesskommission übergeben. Das dient dem Schutz der Mitglieder der
236 veranstaltungsbezogenen Awarenessteams und der Wahrung der Qualität der
237 Awarenessarbeit.

238 Die weiteren Aufgaben und Grenzen ergeben sich aus der Beschreibung der Haltung für
239 die Awarenessarbeit und dem Leitfaden. Im Vorfeld der Veranstaltung erhalten die
240 Mitglieder des veranstaltungsbezogenen Awarenesssteam einen Leitfaden und eine
241 Einweisung in die Awarenessarbeit. Während der Veranstaltung haben sie immer die
242 Möglichkeit, sich untereinander zu besprechen. Nach Möglichkeit soll, insbesondere
243 auf großen Veranstaltungen, auch mindestens eine Person aus der ständigen
244 Awarenesskommission im veranstaltungsbezogenen Awarenesssteam sein. Die Mitglieder der
245 veranstaltungsbezogenen Awarenessteams sollen die Möglichkeit haben, herausfordernde
246 Fälle im Nachhinein in einer externen Supervision zu besprechen. Die hierfür
247 notwendigen Strukturen werden durch den Bundesvorstand im Rahmen der
248 organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten geschaffen.

249 *Verbindung zum Bundesvorstand*

250 Um gemeldete Personen von einer Veranstaltung zu verweisen, muss die
251 Bundesgeschäftsführung und der*die Vorsitzende hinzugezogen werden, da dort das
252 Hausrecht auf Juso-Bundesveranstaltungen liegt. Dies geschieht nur mit Kenntnis der
253 sich meldenden Person, die über jede Weitergabe von Informationen an Dritte und die
254 Maßnahmen zum Erhalt der Vertraulichkeit informiert wird.

255 *Schulung*

256 Für die Mitarbeit in einem veranstaltungsbezogenen Awarenesssteam ist langfristig eine
257 Schulung notwendig. Diese kann zu bestimmten Terminen online stattfinden. Teilnehmen
258 können alle Personen, die bereit zur Awarenessarbeit auf Bundesebene sind. Aus den
259 Teilnehmenden dieser Schulungen ergibt sich der Pool für die Mitglieder der
260 veranstaltungsbezogenen Awarenessteams. Direkt vor einer Veranstaltung sollen sich
261 alle Mitglieder des veranstaltungsbezogenen Awarenessteams kennenlernen und das
262 gemeinsame Vorgehen besprechen.

263 **Ständige Awarenessarbeit:**

264 Für Awarenessfälle, die außerhalb von Veranstaltungen auftreten oder über die Zeit
265 einer Veranstaltung hinausreichen, soll eine ständige Awarenesskommission
266 eingerichtet werden.

267 *Besetzung*

268 Diese Kommission besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern, deren Kontaktmöglichkeiten
269 auf unserer Website veröffentlicht werden. Die ständige Awarenesskommission setzt
270 sich divers, aber mit mindestens 50% FINTA zusammen. Außerdem wird das A-Team mit

271 BIPOC besetzt. Auch Queere Personen sollen nach jeder Möglichkeit bei der
272 Zusammensetzung berücksichtigt werden. Amtierende Mitglieder des Bundesvorstandes und
273 Vorsitzende von Landesverbänden oder Bezirken können nicht für die ständige
274 Awarenesskommission kandidieren.

275 Die ständige Awarenesskommission wird durch Akklamation auf dem Bundeskongress
276 nominiert. Der Bundeskongress legt hierfür zunächst die Anzahl der Mitglieder der
277 Struktur fest. Langfristig hat die bestehende Awarenesskommission die Aufgabe einen
278 transparenten und fairen Prozess zur Findung der Nachfolgekommission zu
279 gewährleisten. Für die erste Awarenesskommission muss der Juso Bundesvorstand ein
280 entsprechendes Verfahren organisieren. Vorschläge für die Struktur sollen im breiten
281 Verbandskonsens ermittelt werden. Hierfür gelten als gemeinsame Zielvorstellung, dass
282 die Vorgeschlagenen die notwendige Ausbildung und Verbandserfahrung sowie -kenntnis
283 besitzen, unabhängig ihrer Zugehörigkeit zu Verbandsgruppierungen.

284 Die ständige Awarenesskommission wird für eine Dauer von zwei Jahren gewählt. Die
285 Wahl findet jeweils auf dem Bundeskongress statt, auf dem nicht reguläre
286 Vorstandswahlen stattfinden. Abweichend hiervon wird die erste ständige
287 Awarenesskommission auf dem Bundeskongress 2025 mit einer einjährigen Amtszeit
288 gewählt.

289 Bei Beschwerden gegen Mitglieder der ständigen Awarenesskommission bildet sich
290 zunächst ohne Kenntnis und immer ohne Beteiligung der von der gemeldeten Person ein
291 Bearbeitungskreis aus der Mitte der Struktur. Dieser bearbeitet die Beschwerde nach
292 den Grundsätzen unserer Awarenessarbeit.

293 *Aufgaben und Grenzen*

294 Die Aufgaben der ständigen Awarenesskommission gleichen denen der
295 veranstaltungsbezogenen Awarenessteams. Allerdings unter unterschiedlichen
296 Voraussetzungen. Ihre Fälle sind langfristiger und häufig verfahrenreicher. Daher ist es
297 wichtig, dass die Awarenessarbeit mit den sich meldenden Personen regelmäßig und
298 fortlaufend besprochen wird.

299 *Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand*

300 Der Bundesvorstand hat kein Recht auf Auskunft durch die Awarenesskommission. Die
301 Kommission kann den Bundesvorstand jederzeit kontaktieren, um Feedback zur
302 Awarenessarbeit zu geben. Dieses Feedback muss im Bundesvorstand behandelt werden.

303 *Schulung*

304 Die Mitglieder der ständigen Awarenesskommission werden kurz nach ihrer Wahl (o.Ä.)
305 geschult. Diese Schulung geht über mindestens zwei Tage in Präsenz und wird von
306 professionellen Organisationen durchgeführt. Die Inhalte der Schulung werden von den
307 Durchführenden bestimmt.

308 Darüber hinaus haben die Mitglieder der ständigen Awarenesskommission einen Anspruch
309 auf bedarfsgerechte Supervisionen, die ebenfalls von einer außenstehenden,
310 entsprechend ausgebildeten Person durchgeführt werden. An diesen Supervisionen können
311 im Bedarfsfall auch Personen aus den veranstaltungsbezogenen Awarenessteams
312 teilnehmen.

313 Alle Verbände können ihre Mitglieder ebenfalls zu diesen Schulungen/Supervisionen
314 anmelden. Wir arbeiten gemeinsam daraufhin, dass auch in den Verbänden entsprechende

315 Schulungen angeboten werden.

316 **Bildungsarbeit für Awareness**

317 Bildungsarbeit soll Fällen vorbeugen, in denen sich eine Person Diskriminierung und
318 Gewalt ausgesetzt fühlt. Dabei ist der Bundesvorstand in der Pflicht, auf seinen
319 Veranstaltungen neben den oben beschriebenen reaktiven Awarenessstrukturen auch
320 Workshops oder andere Bildungsmöglichkeiten einzurichten, die die Mitglieder des
321 Verbandes zur Reflexion von hierarchischen und diskriminierenden Strukturen und der
322 Rolle ihres Verhaltens in diesen Strukturen bewegen. Auch der Bundesvorstand selbst
323 muss seine Rolle in diesen Strukturen reflektieren und entsprechend gebildet werden.

324 **Evaluation**

325 Die Awareness-Arbeit muss im Verband akzeptiert und mitgetragen werden. Deswegen
326 sollen die Awarenessstrukturen alle zwei Jahre durch den Verband unter Einbeziehung
327 aller beteiligten evaluiert werden.

328 **Anhang**

329 **Betroffene Personen:** Personen, denen Diskriminierung, Belästigung,
330 Grenzüberschreitungen, Übergriffigkeit, Nötigung und/oder Gewalt widerfahren ist. Wie
331 sie dies für sich selbst definieren, obliegt ihnen, dass bezeichnen wir auch als
332 Definitionsmacht.

333 **Definitionsmacht:** Definitionsmacht bedeutet, dass die von Gewalt, Belästigung,
334 Grenzüberschreitung, Übergriffigkeit, Nötigung, Gewalt oder Diskriminierung
335 betroffene Person selbst definiert, welche Form der (sexualisierten) Gewalt oder
336 Diskriminierung sie erlebt hat und dabei die Begriffe wählt, die für sie das
337 Geschehene am besten beschreiben.

338 **Sich meldende Personen:** Personen, die sich bei einer zuständigen Awarenessstruktur
339 melden, um eine Beobachtung und/oder ein Erlebnis zu schildern.

340 **Gemeldete Personen:** Personen, deren Verhalten bei einer zuständigen Awarenessstruktur
341 als diskriminierend, grenzüberschreitend, übergriffig, gewalttätig und/oder nötigend
342 gemeldet wurde, werden so bezeichnet.

343 **Kausale/Bedarfsgerechte Intervention:** Eine Intervention ist ein (vermittelndes)
344 Eingreifen im Rahmen einer gemeldete Situation durch die zuständige
345 Awarenessstruktur. Auf jede Meldung folgt eine Intervention. Die Entscheidung über
346 die Art und Weise der Intervention obliegt der zuständigen Awarenessstruktur.

347 **Awarenessstrukturen:** Awarenessstrukturen sind die Gesamtheit der für Awarenessarbeit
348 zuständigen Institutionen innerhalb des Juso-Bundesverbands. Die zuständige
349 Awarenessstruktur kann das veranstaltungsbezogene Awarenesssteam oder die ständige
350 Awarenesskommission sein.

351 **Awarenesskommission:** Die Awarenesskommission ist die ständige Awarenessstruktur, die
352 für Meldungen außerhalb von Veranstaltungen des Juso-Bundesverbands und Fälle, die
353 über Veranstaltungen hinaus gehen, ansprechbar und verantwortlich ist.

354 **Awarenessteams:** Das Awarenesssteam ist von Beginn bis Ende einer Veranstaltung des
355 Juso- Bundesverbandes die zuständige Awarenessstruktur. Es ist für die Dauer der
356 Veranstaltung für Meldungen ansprechbar und verantwortlich.

Antrag K05: Wir geben den Osten nicht auf - trotz alledem!

1 Die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben im Jahr 2024 einen
2 besorgniserregenden Wendepunkt für die Demokratie in Ostdeutschland markiert. Eine
3 rechtsextreme Partei konnte in allen drei Bundesländern etwa 30 Prozent der Stimmen
4 auf sich vereinen, was in Thüringen und Brandenburg sogar zu einer Sperrminorität
5 führte. Diese politischen Kräfte können dadurch demokratische Entscheidungsprozesse
6 blockieren und die parlamentarische Arbeit nachhaltig erschweren. In Thüringen konnte
7 die AfD sogar die meisten Stimmen auf sich vereinen, während in Sachsen und
8 Brandenburg die CDU und die SPD nur knapp ihre Positionen verteidigen konnten. Diese
9 Entwicklungen offenbaren eine tiefe Krise der demokratischen Kultur und stellen eine
10 ernsthafte Herausforderung für die politischen Kräfte im Osten und der gesamten
11 Republik dar.

12 Die politische Ausgangslage für die jeweiligen Landesregierungen ist alles andere als
13 stabil. Demokratische Mehrheiten in Land und Kommunen sind brüchig geworden und oft
14 von Parteien, wie dem autoritären und russlandfreundlichen BSW abhängig. Diese Partei
15 vertritt eine Politik, die stark von Misstrauen gegenüber westlichen Institutionen
16 und einer klaren Russland-Nähe geprägt ist. Klassische parteipolitische Bündnisse,
17 die auf einer gemeinsamen politischen Vision beruhen, sind kaum noch zu finden.
18 Stattdessen dominiert ein strategischer Pragmatismus, der oft zu Lasten langfristiger
19 Lösungen für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Menschen vor Ort geht.

20 Hinzu kommt, dass die AfD, als treibende Kraft der extremen Rechten, weiterhin auf
21 die Verächtlichmachung demokratischer Institutionen setzt. Ein Beispiel hierfür ist
22 die konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags, die von einem AfD-
23 Alterspräsidenten unterbrochen und gestört wurde. Diese Aktion führte zu einer
24 Verfassungskrise und machte deutlich, wie sehr die extreme Rechte darauf abzielt, die
25 Funktionsfähigkeit demokratischer Prozesse zu sabotieren. Dieses Verhalten zeigt, was
26 den Landtagen in den kommenden fünf Jahren drohen könnte: Blockaden, Destabilisierung
27 und die bewusste Beschädigung der demokratischen Kultur.

28 **Gesellschaftliche Ursachen des Rechtsrucks**

29 Die Frage, warum die extreme Rechte gerade im Osten so stark an Zuspruch gewinnt,
30 lässt sich nicht allein mit der aktuellen politischen Lage erklären. Vielmehr sind
31 tief verwurzelte gesellschaftliche und historische Entwicklungen ausschlaggebend. Die
32 Hoffnungen und Erwartungen, die die Menschen in Ostdeutschland seit 1989 hegten,
33 wurden in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder enttäuscht oder vernachlässigt.
34 Dies führte zu einer aktiven gesellschaftlichen Verdrängung.

35 Gerade in den 1990er Jahren erlebte Ostdeutschland eine beispiellose
36 Deindustrialisierung, die bis heute spürbare Auswirkungen auf die Wirtschaft und das
37 gesellschaftliche Gefüge hat. Viele Menschen verloren damals ihre Arbeit, und es
38 entstanden strukturschwache Regionen, die bis heute unter wirtschaftlichen Problemen
39 leiden. Die demografische Entwicklung verstärkte diese Probleme: Der Osten ist im
40 Durchschnitt „ärmer und älter“ als der Westen. Viele junge, gut ausgebildete Menschen
41 haben die Region verlassen, was den Mangel an Perspektiven und wirtschaftlicher
42 Dynamik noch weiter verschärft.

43 Diese strukturellen Probleme wurden von rechten Kräften geschickt instrumentalisiert.
44 Sie nutzten die Enttäuschung und das Gefühl der Ungerechtigkeit, um Ängste zu schüren

45 und das Narrativ der „verlorenen Heimat“ zu verbreiten. Migration, Fluchtbewegungen
46 und Zuwanderung allgemein werden und wurden von der Rechten als Hauptursache für die
47 sozialen und wirtschaftlichen Probleme dargestellt, obwohl diese narrative Verkürzung
48 nichts mit den tatsächlichen Ursachen zu tun hat. Vielmehr lenkt diese Argumentation
49 von den echten Problemen ab: der Ungleichheit in Löhnen, der fehlenden Repräsentation
50 und den mangelnden Zukunftsperspektiven für viele Menschen im Osten. Die Frage nach
51 dem Erstarken rechter Kräfte lässt sich dementsprechend nicht allein auf ökonomische
52 Faktoren zurückführen. Die kulturelle Komponente, die besonders eine Bedrohung für
53 die nicht weiße Mehrheitsgesellschaft, progressive Kräfte und die Demokratie
54 darstellt, darf dabei nicht vernachlässigt werden.

55 **Perspektiven junger Menschen**

56 Ein neuerer Aspekt der Landtagswahlen ist die mediale Darstellung, dass insbesondere
57 junge Menschen die AfD bevorzugt wählen würden. Diese vereinfachte Darstellung ist
58 falsch sowie gefährlich. Die AfD konnte bei Wähler*innen unter 30 nicht stärker
59 abschneiden als bei anderen Gruppen von Wähler*innen zwischen 30 und 60. Das
60 Gesamtergebnis der AfD ist hier lediglich bestätigt worden. Am stärksten schnitt die
61 AfD bei Arbeiter*innen, Männern zwischen 40 und 50 sowie bei Menschen, die in
62 Regionen leben, in denen die Abwanderung am stärksten ist, ab. Das Narrativ, die
63 “Jugend wählt rechts” verkürzt diesen Umstand und ermöglicht der AfD vielmehr ein
64 eigenes Narrativ zu stärken.

65 Das zentrale demokratische Problem bei der Betrachtung des Wahlverhaltens junger
66 Menschen ist vielmehr, dass es keine der etablierten demokratischen Parteien schafft,
67 junge Menschen über längere Zeit an sich zu binden. Ein zentrales Problem ist damit
68 die Schwäche demokratischer Parteien bei jungen Menschen unter 30. Diese jungen
69 Menschen, insbesondere Nichtwähler*innen für sich zu gewinnen, muss der Anspruch der
70 Jusos und der SPD sein und wird die zentrale Herausforderung im Kampf um die
71 Demokratie im Osten. Dafür braucht es eine ausführliche Analyse der speziellen Lage
72 junger Menschen im Osten und politische Antworten.

73 Junge Menschen in Ostdeutschland stehen im Jahr 2024 vor vielfältigen
74 Herausforderungen. Viele junge Menschen erleben eine Gesellschaft, die von
75 wirtschaftlichen Unsicherheiten, politischer Polarisierung und demografischen
76 Veränderungen geprägt ist. Während bestimmte Metropolregionen im Westen von
77 Deutschland wirtschaftlich und kulturell aufblühen, sieht sich die Jugend in weiten
78 Teilen Ostdeutschlands mit stagnierenden Perspektiven und einer tiefen Enttäuschung
79 über fehlende Chancen konfrontiert. Doch trotz dieser Herausforderungen zeichnet sich
80 auch ein zunehmendes Engagement junger Menschen ab, die sich gegen die negative
81 Entwicklung stemmen und nach neuen Wegen suchen, ihre Zukunft in einer sich
82 wandelnden Welt zu gestalten.

83 Ein grundlegendes Problem für viele junge Menschen im Osten ist die ungleiche
84 wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Westen. Trotz mehr als 30 Jahren
85 vermeintlicher “Wiedervereinigung” bleibt ein tiefes Wohlstandsgefälle bestehen. Die
86 Löhne in Ostdeutschland sind oft niedriger als im Westen und viele Regionen leiden
87 unter einer schwachen industriellen Basis. Besonders in den ländlichen Gebieten gibt
88 es wenig wirtschaftliche Dynamik, was dazu führt, dass viele Jugendliche nach der
89 Schule abwandern, um im Westen oder in den Großstädten bessere Bildungs- und
90 Berufschancen zu finden.

91 Ein zentrales Problem Ostdeutschlands ist daher vor allem die Abwanderung junger
92 Menschen. Diese "Abwanderung der Jugend" hat dramatische Auswirkungen auf die
93 Zukunftsfähigkeit der Region. Besonders gut ausgebildete junge Menschen verlassen
94 häufig ihre Heimat, um in den westlichen Bundesländern oder im Ausland bessere
95 berufliche Perspektiven zu finden. Die Folge ist ein Teufelskreis: Je mehr junge, gut
96 ausgebildete Menschen abwandern, desto geringer sind die Chancen, dass sich die
97 wirtschaftliche Lage im Osten verbessert, was wiederum die Abwanderung verstärkt.

98 Das hat Einfluss auf die demografische Entwicklung: Die Bevölkerung im Osten ist im
99 Schnitt deutlich älter als die Westen. Das bedeutet, dass junge Menschen in einer
100 alternden Gesellschaft aufwachsen, in der ihre Anliegen und Perspektiven nicht
101 ausreichend berücksichtigt werden. Die Prioritäten der Politik scheinen eher darauf
102 ausgerichtet zu sein, die Bedürfnisse der älteren Generationen zu befriedigen,
103 während die Zukunftsfragen der Jugend – sei es in Bezug auf Bildung, Digitalisierung
104 oder ökologische Transformation – oft zu kurz kommen.

105 Dies führt zu einer starken Frustration bei vielen jungen Menschen. Die Hoffnung auf
106 eine bessere Zukunft, die mit der "Wiedervereinigung" verbunden war, hat sich für
107 viele nicht erfüllt. Die wirtschaftlichen Verwerfungen der Nachwendzeit, die
108 Deindustrialisierung und die damit einhergehende soziale Unsicherheit haben tiefe
109 Spuren hinterlassen. Insbesondere junge Menschen fühlen sich abgehängt und haben das
110 Vertrauen in die Politik verloren.

111 Die Abwanderung führt auch zu einer kulturellen Erosion in vielen Regionen.
112 Jugendzentren und andere Treffpunkte werden geschlossen, weil es einfach nicht genug
113 junge Menschen gibt, um sie aufrechtzuerhalten. Ganze Dörfer vergeisen und in
114 manchen ländlichen Gebieten ist die Jugend fast unsichtbar. Dieses Bild verstärkt das
115 Gefühl der Verlassenheit und Perspektivlosigkeit, was rechtspopulistische und
116 extremistische Parteien nutzen.

117 Trotz der schwierigen Ausgangslage ist die Jugend im Osten nicht apathisch oder
118 resigniert. Im Gegenteil, viele junge Menschen engagieren sich politisch und
119 gesellschaftlich.

120 Die verschiedenen Initiativen richten sich dabei nicht nur gegen die Umweltpolitik,
121 sondern auch gegen die soziale Ungerechtigkeit, die Perspektivlosigkeit in den
122 ländlichen Regionen und auch gegen den Aufstieg des Rechtsextremismus. Besonders in
123 Zeiten der zunehmenden Radikalisierung und des Aufstiegs rechter Bewegungen wird
124 dieses Engagement umso wichtiger, um ein Gegengewicht zu den destruktiven Kräften zu
125 schaffen, die die Demokratie bedrohen.

126 Das zentrale Problem ist hierbei, dass dies eben nicht unbedingt auf klassische
127 Parteistrukturen passiert. Seit Jahren ist zu beobachten, dass Engagement in
128 flexiblen und themenorientierten Bewegungen und Initiativen bevorzugt wird. Gerade
129 hier muss unser Anspruch, die Sozialdemokratie als Bewegung, jenseits von
130 Parteistrukturen, stärker greifen als bisher. Dass das Engagement junger Menschen
131 nicht gebündelt wird, ist auch ein Versagen der Sozialdemokratie.

132 Die Jugend in Ostdeutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen, aber auch vor
133 großen Chancen. Während die wirtschaftliche und soziale Lage oft schwierig ist und
134 viele junge Menschen zur Abwanderung gezwungen werden, gibt es auch Zeichen für
135 Hoffnung und Veränderung. Junge Menschen, die sich politisch und gesellschaftlich

136 engagieren, könnten eine treibende Kraft für den Wandel im Osten sein.

137 Es liegt an uns, diese Energie aufzugreifen und junge Menschen zu unterstützen. Wenn
138 es uns gelingt, junge Menschen im Osten in die Gestaltung ihrer Zukunft einzubinden
139 und ihr echte Perspektiven zu bieten, könnte dies den Grundstein für eine positive
140 Entwicklung Ostdeutschlands legen. Denn nur durch die Beteiligung und das Engagement
141 der jungen Generation kann der Osten eine lebendige, zukunftsorientierte und
142 demokratische Region bleiben.

143 **Es gibt kein ruhiges Hinterland - "Reclaim ländlicher Raum"**

144 Nur wenige Menschen im Osten wohnen in den großen Städten. Der weitaus überwiegende
145 Teil der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, weshalb die ostdeutschen Bundesländer
146 auch oft als Flächenländer beschrieben werden. Berlin als ehemals geteilte Stadt,
147 Stadtstaat und Bundeshauptstadt nimmt hier innerhalb der ostdeutschen Bundesländer
148 eine Sonderrolle ein. In den ländlichen Regionen hat sich zwar in den letzten
149 Jahrzehnten vieles bewegt, aber dennoch werden die Menschen vor Ort zunehmend
150 abgehängt im Vergleich zu denen, die in den Städten leben.

151 Infrastrukturelle Herausforderungen sind nahezu überall an der Tagesordnung. Die
152 Anbindung der einzelnen Dörfer, sowie die Anbindung an große Städte ist vielerorts
153 unzureichend. Mancherorts ist ein Leben ohne Auto so gut wie ausgeschlossen. In
154 vielerlei Hinsicht ist die Grundversorgung prekär. Seien es Läden für den täglichen
155 Bedarf, die schließen oder Praxen, denen es an Personal fehlt, weil Nachwuchs an
156 medizinischem Fachpersonal schwer für den ländlichen Raum zu gewinnen ist. Auch
157 kulturelle Angebote, gerade für junge Menschen, sind rar gesät und viele finden nur
158 schwer gute Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

159 All diese Aspekte machen das Leben auf dem Land zunehmend unattraktiv und viele
160 ziehen es in die Städte. Und die Menschen, die bleiben, fühlen sich mehr und mehr
161 abgehängt, sind frustriert. Und das macht sich auch bei den Wahlergebnissen
162 bemerkbar. Eine bereits beschriebene Lehre aus den drei ostdeutschen Landtagswahlen
163 ist der Erdrutschsieg der AfD gerade in den ländlichen Regionen.

164 Während die demokratischen Parteien in den großen Ballungszentren wie Potsdam,
165 Erfurt, Leipzig oder Dresden noch Direktmandate gewinnen und auch mit guten
166 Zweitstimmenergebnissen punkten konnten, zeichnet sich vielerorts in der Fläche ein
167 anderes Bild ab. In Thüringen hat die AfD 29 der 44 Wahlkreise direkt gewonnen, in
168 Sachsen 28 von 60 und in Brandenburg 25 von 44. Nahezu alle ländlich geprägten
169 Wahlkreise konnte die AfD für sich entscheiden. Neben strukturellen Herausforderungen
170 und soziodemografischen Faktoren nimmt die mangelnde Wirkungskraft der demokratischen
171 Parteien Einfluss auf diese Ergebnisse.

172 Aber die schlechte Stimmung zeigt sich nicht nur in den starken Zustimmungswerten für
173 die rechtsextreme AfD bei den Landtagswahlen oder zuvor bei den Kommunal- und
174 Europawahlen, sondern ist vielmehr mittlerweile tief in den gesellschaftlichen
175 Strukturen vor Ort angekommen. Nazis übernehmen Jugendclubs, für die eine ordentliche
176 Finanzierung durch die Kommunen ausgeblieben ist. Rechte Sportvereine sind vielerorts
177 mittlerweile etabliert und auch in den Gaststätten und Kneipen zeichnet sich ein
178 solches Bild des gesellschaftlichen Rechtsruck ab.

179 Die AfD und andere reaktionäre, rechte Gruppen haben sich eine Vormachtstellung
180 aufgebaut in den ländlichen Räumen dieses Landes, das auf der Unzufriedenheit der

181 Menschen fußt. Sie werden bei den Dorffesten genauso gern gesehen wie auf den
182 Wochenmärkten, weil sie sich vermeintlich der Probleme der Menschen annehmen. Für uns
183 ist klar: Es gibt kein ruhiges Hinterland - Es gilt, den ländlichen Raum
184 zurückzuerobern!

185 Die Sozialdemokratie als linke Bewegung muss wieder stärker spürbar werden. Das heißt
186 für uns konkret:

187 • Wir wollen gemeinsam mit der linken Zivilgesellschaft im ländlichen Raum sichtbar
188 sein und diese entscheidend mitprägen.

189 • Wir wollen Jugendtreffs und Kulturzentren reaktivieren und linke Projekte vor Ort
190 etablieren.

191 • Wir wollen Bildungsarbeit bewusst aus den Städten in den ländlichen Raum
192 verlagern.

193 • Wir wollen junge und linke Menschen über themenbezogene Projekte an die
194 Sozialdemokratie binden.

195 **Unsere Antwort: Umverteilung – Jetzt erst recht!**

196 Ein weiterer zentraler Punkt für unsere politische Antwort muss es sein, die Debatten
197 im Land wieder stärker zu prägen. Wir dürfen den Rechten nicht das Feld überlassen
198 und uns nicht in defensive Positionen drängen lassen. Die Debatten der Rechten zu
199 führen, heißt ihnen eine hegemoniale und den Diskurs bestimmende Stellung
200 einzuräumen. Wer sich auf das Debattenfeld der Rechten bewegt, befindet sich in einem
201 unmenschlichen Überbietungswettbewerb, der am Ende nur der extremen Rechten nutzt.

202 Stattdessen müssen wir die politische Debatte offensiv gestalten und den Fokus auf
203 die zentralen sozialen Fragen unserer Zeit legen: die gerechte Verteilung von
204 Reichtum, die Bekämpfung von Armut, die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen und
205 bezahlbaren Wohnraums, sowie den gerechten Zugang zu Bildung und
206 Gesundheitsversorgung. Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat ein Ausmaß
207 erreicht, das nicht nur die sozialen Strukturen bedroht, sondern auch die
208 demokratische Stabilität. Um dies zu korrigieren, brauchen wir eine mutige
209 Umverteilungsagenda.

210 Dafür braucht es:

211 **1. Abschaffung der Schuldenbremse:** Um die notwendigen Investitionen für die
212 Infrastruktur und den Strukturwandel zu beschaffen, brauchen wir finanzpolitischen
213 Spielraum, der neue demokratische Handlungsspielräume ermöglicht. Die Frage der
214 Verschuldung muss aus dem Grundgesetz und den Landesverfassungen und rein in die
215 Parlamente!

216 **2. Umverteilung von oben nach unten, von West nach Ost:** Die Reichen werden immer
217 reicher, während ein wachsender Teil der Bevölkerung unter prekären Bedingungen lebt.
218 Wir fordern eine konsequente Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuern, um die
219 extreme Konzentration von Reichtum in den Händen weniger zu brechen. Eine
220 grundlegende Reform des Steuersystems und insbesondere eine gerechte
221 Erbschaftsbesteuerung mit Umverteilungseffekten, wie über das Grunderbe, ist dafür
222 unerlässlich. Umverteilung unter diesem Aspekt bedeutet auch immer Umverteilung von
223 West nach Ost. Hierbei muss auch die Verteilung gesellschaftlicher Macht in Medien,
224 Justiz und Wirtschaft eine Rolle spielen, die sich in der mangelnden Repräsentation

225 Ostdeutscher und marginalisierter Gruppen zeigt.

226 **3. Stärkung der sozialen Demokratie:** In Zeiten von Inflation, Wohnungsnot und
227 unsicheren Arbeitsverhältnissen müssen wir den Sozialstaat ausbauen und nicht
228 abbauen. Es braucht massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Bildung und
229 Gesundheitsversorgung, um allen Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

230 **4. Sichere Arbeitsbedingungen und gute Löhne:** Die Ausweitung von prekären
231 Beschäftigungsverhältnissen, Leiharbeit und Minijobs muss gestoppt werden. Wir sind
232 solidarisch mit den Gewerkschaften bei ihrem Kampf um eine Stärkung der Tarifbindung.
233 Um auch in den Bereichen, in denen es keine Tarifabdeckung gibt Lohnerhöhungen zu
234 ermöglichen, bekräftigen wir unsere Forderung den Mindestlohn auf 15€ zu erhöhen.

235 **Umverteilung ist die Antwort – die SPD muss die Kraft dafür sein.**

236 Es ist Zeit, den rechten Kräften entschlossen entgegenzutreten und den Diskurs wieder
237 auf die drängenden sozialen Fragen zu lenken. Statt uns auf die Verteidigung gegen
238 rechte Angriffe zu beschränken, müssen wir die gesellschaftliche Debatte prägen und
239 den Raum für progressive Lösungen erweitern.

240 Mit einer klaren Umverteilungsagenda setzen wir ein Zeichen gegen den Rechtsruck und
241 für eine gerechte, solidarische Gesellschaft. Die Zukunft gehört nicht denen, die
242 spalten und Ängste schüren, sondern denen, die Lösungen für alle bieten. Umverteilung
243 ist die Antwort - Die SPD muss die Kraft dafür sein!

244 **Repräsentationslücke Ostdeutscher schließen**

245 Die materielle Unterrepräsentation Ostdeutscher bei der Vermögensbildung hat
246 Auswirkungen auf verschiedene weitere Lebensbereiche. Insbesondere führt sie aber zu
247 einer massiven Unterrepräsentanz in gesellschaftlichen Eliten durch den verminderten
248 Zugang zu kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital. Nicht nur in
249 gesamtdeutschen Eliten sind Ostdeutsche unterrepräsentiert, sondern auch innerhalb
250 der Eliten in Ostdeutschland machen sie nur einen Bruchteil aus.

251 Eine deutliche Verbesserung der Repräsentanz ist hierbei nicht absehbar, so beträgt
252 der Anteil von Ostdeutschen in Elitepositionen weiterhin nur 26 % im Vergleich zur
253 letzten Erhebung von 2016 ist hier ein Anstieg von 3% zu vermerken. Der Anteil der
254 Ostdeutschen in Eliten auf dem Gebiet der neuen Bundesländer bemisst im Bereich der
255 Politischen Elite lediglich 52%, im Bereich der Wirtschaftselite 20 %, im Bereich der
256 massenmedialen Elite 20 %, im Bereich der wissenschaftlichen Elite 17 % und im
257 Bereich der judikativen Elite bedauerliche 4,5 %. Hierbei bleibt zu vermerken, dass
258 es in einigen dieser Kategorien sogar Rückgänge bei der Repräsentanz zum
259 Erhebungszeitraum 2015/2016 zu verzeichnen gibt.

260 Dies führt nicht nur dazu, dass sich nach Zahlen des Deutschen Zentrums für
261 Integrations- und Migrationsforschung 64 % der Ostdeutschen unterrepräsentiert
262 fühlten und hiervon 64,9 % angaben, dass sie sich deswegen als Bürger*innen zweiter
263 Klasse fühlten, sondern auch dazu, dass im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse
264 der jüngeren Vergangenheit die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben und die
265 damit einhergehenden Kosten auf Ostdeutschland abgewälzt wurden.

266 Die vorangegangene Analyse zur materiellen und gesellschaftlichen Unterrepräsentation
267 führt uns zu dem Schluss, sich auf verschiedenen Ebenen für eine Ostquote
268 einzusetzen. So beispielsweise in Verwaltungen sowie wirtschaftlichen und

269 gesellschaftlichen Gremien in den Ost-Bundesländern. Hierbei kann die Frage wer unter
270 diese „Ostquote“ fällt nicht über einen geografischen Fixpunkt oder den Zeitpunkt der
271 Geburt entschieden werden. Sowohl die Sozialisierung in der DDR, als auch in der
272 Transformationszeit nach der sogenannten "Wiedervereinigung" sowie deren
273 gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen sind prägend für eine "Ost-Identität".
274 Dabei ist die Selbstwahrnehmung, der Erfahrungsschatz und verschiedene Faktoren der
275 Sozialisierung entscheidend. Wie eine genaue Besetzung hinsichtlich einer Ostquote
276 umgesetzt werden kann, muss für die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche einzeln
277 betrachtet und diskutiert werden.

278 **Politische Kultur im Osten**

279 Zusätzlich zu den sozioökonomischen Faktoren müssen wir an der demokratischen Kultur
280 arbeiten. Der Osten kann nicht auf tiefe gesellschaftliche Verwurzelung politischer
281 Institutionen zählen. Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben über Vereine und die
282 Beteiligung an der politischen Meinungsbildung über die Teilnahme an Wahlen hinaus
283 sind nicht stark ausgeprägt. An die Stelle ehrenamtlichen Engagements in Parteien
284 wird ein eher basisdemokratisches Politikverständnis gesetzt, welches das Vertrauen
285 in parlamentarische Abläufe einschränkt.

286 Aber Demokratie braucht Demokrat*innen!

287 Echte demokratische Kultur kann sich nur nachhaltig entwickeln, wenn Menschen auch
288 aktiv Verantwortung wahrnehmen und sich an politischen und gesellschaftlichen
289 Prozessen beteiligen. Deshalb müssen wir die Bedingungen für ehrenamtliches
290 Engagement und genossenschaftlichen Einsatz verbessern. Orte des Zusammentreffens und
291 des Austausches von Menschen verschiedener gesellschaftlicher Hintergründe müssen
292 stärker gefördert werden, sei es der Jugendclub, Sportverein oder das Wohnprojekt.

293 Darüber hinaus kann auch die Ergänzung der bisherigen politischen Abstimmungs- und
294 Beteiligungsformate durch deliberative Aspekte förderlich auf die Akzeptanz und die
295 Legitimation von Entscheidungen wirken. Gleiches gilt für eine Steigerung der
296 Transparenz staatlichen Handelns und der Offenheit für die direkte Beteiligung, etwa
297 in Form von Bürger*innenhaushalten.

298 **Demokratische Selbstwirksamkeit entfachen**

299 Um die sozioökonomischen Bedingungen im Osten nachhaltig zu verbessern, brauchen wir
300 eine gezielte Reindustrialisierung, die auf Digitalisierung und Dekarbonisierung
301 setzt. Die Transformation von einer Niedriglohnregion hin zu einer innovativen und
302 tarifgebundenen Wirtschaftsregion erfordert gezielte Förderprogramme und
303 Investitionen in Forschung und Entwicklung.

304 Die ersten Ansätze einer solchen Revitalisierung über die letzten Jahre sind durchaus
305 erkennbar. Tesla in Brandenburg, Chipfabriken bei Dresden. Der Osten ist attraktiv
306 für die Ansiedlung von Zukunftsindustrie. Aber genau dort, wo industrielle
307 Kapazitäten entstehen, entsteht oft auch Widerstand der Bevölkerung vor Ort.
308 Ökologische Auswirkungen der Projekte, fehlende Beteiligung und mangelnder Benefit
309 stellen hierbei ein zentrales Problem dar. In einer bevormundenden Art und Weise von
310 einem "Gefühl" der mangelnden Beteiligung zu sprechen ist hierbei absolut
311 unzureichend. Es müssen die strukturellen Defizite bei der Umsetzung von
312 Infrastrukturvorhaben in den Blick genommen werden. Die materielle sowie die
313 demokratische Beteiligung.

314 Die materielle Beteiligung ist dabei maximal ungenügend. Häufig werden Standorte im
315 Osten ausgewählt, um hierdurch möglichst niedrige Lohnkosten Profite zu maximieren.
316 Des Weiteren befinden sich die Firmensitze und damit so wichtigen Steuereinnahmen oft
317 im Westen oder im Ausland, wodurch in den Gemeinden vor Ort, die die verschiedenen
318 Belastungen hinnehmen müssen, Gewinne nur unzureichend ankommen.

319 Ein besonders negatives Beispiel stellt hierbei der Ausbau der Windkraft dar. Der
320 absolut notwendige Ausbau geht häufig mit mangelnder Beteiligung durch sogenannte
321 "Regionalbeiräte" einher. Viel zu selten mit materiellen Vorteilen für diejenigen,
322 die diese Infrastruktur aushalten. Im Gegenteil: Durch die Netzentgelte gibt es in
323 den Regionen, in denen Windräder stehen, die höchsten Stromkosten. Was die Akzeptanz
324 der Energiewende schwer belastet. Statt hoher Netzentgelte braucht es lokale
325 Energiegenossenschaften, die die Strompreise senken und materielle Beteiligung
326 ermöglichen.

327 Die Planung und Genehmigung, insbesondere von Großprojekten, muss zudem transparent
328 und im Einklang mit den demokratischen Beteiligungsprozessen der Zivilgesellschaft
329 erfolgen. Das aktuelle Vorgehen lässt jedoch das Gegenteil erkennen.
330 Bürger*innenbeteiligungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und umfassende Debatten
331 über Alternativen werden zugunsten einer schnellen Umsetzung vernachlässigt.

332 Wir kritisieren diese Vorgehensweise und erwarten, dass auch mit geringerer
333 Bearbeitungszeit von Großprojekten, demokratische Prozesse und notwendige
334 Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht ausgehöhlt werden dürfen.

335 Als mögliches Mittel wird aktuell die Einführung von lokalen Bürger*innenräten
336 diskutiert, die Infrastrukturmaßnahmen beratend begleiten. Bürger*innenräte bestehen
337 aus zufällig ausgewählten Bürger*innen, die verschiedene gesellschaftliche
338 Perspektiven einbringen und gemeinsam Lösungen für komplexe und kontroverse Fragen
339 erarbeiten. Diese Räte bieten einen strukturierten Rahmen für den Dialog und liefern
340 breit abgestimmte Empfehlungen, die die Interessen der betroffenen Bevölkerung
341 widerspiegeln.

342 Die Kombination von Bürger*innenräten und Regionalbeiräten gewährleistet sowohl
343 kurzfristige als auch langfristige demokratische Teilhabe. Bürger*innenräte fördern
344 den direkten Austausch und die Mitgestaltung der Bürger*innen bei konkreten
345 Entscheidungen, während Regionalbeiräte die regionale Perspektive über einen längeren
346 Zeitraum einbringen und für Kontinuität in den Beteiligungsprozessen sorgen.
347 Gemeinsam stärken sie die Transparenz, die Akzeptanz und die Qualität der
348 Entscheidungen, indem sie sicherstellen, dass Großprojekte nicht über die Köpfe der
349 Betroffenen hinweg, sondern in ihrem Interesse umgesetzt werden. Mögliche
350 Musterbeteiligungsformate werden aktuell erprobt. Diese wollen wir intensiv verfolgen
351 und als Möglichkeit zur Schließung von Lücken in der Beteiligung in Betracht ziehen.
352 Insbesondere um der fehlenden demokratischen Selbstwirksamkeit vor Ort konkrete
353 Beteiligungsmöglichkeiten entgegenzustellen.

354 **Wir geben den Osten nicht auf - trotz alledem!**

355 Der bundesdeutsche Blick, der die vergangenen Monate auf Thüringen, Sachsen und
356 Brandenburg gerichtet war, hat manche der zuvor angerissenen Aspekte aufgegriffen.
357 Der Blick darf nach diesen Wahlen und ihren Ergebnissen nicht gleichgültig
358 verschwinden. Die Entwicklungen im Osten betreffen uns alle! Deshalb müssen wir

359 gemeinsam, trotz unterschiedlicher Erfahrungen und manch verschiedener
360 Herausforderungen, solidarisch Seit an Seit streiten.

361 Als Jusos steht für uns fest: Wir werden keinen Ort, keine Region und schon gar kein
362 Bundesland jemals den Rechten überlassen. Die Angriffe von rechts auf unsere offene
363 Gesellschaft und die demokratischen Institutionen werden wir zurückweisen. Wir
364 fordern die SPD auf, sich endlich stärker mit den spezifischen Herausforderungen
365 Ostdeutschlands auseinanderzusetzen.

366 Das bedeutet für uns: Es muss endlich im Regierungshandeln der Ampel deutlich werden,
367 dass die SPD die letzte Bundestagswahl vor allem im Osten gewonnen hat - denn davon
368 spüren wir bisher wenig. Wenn die Sozialdemokratie nicht glaubhaft für Umverteilung,
369 Zukunftsperspektiven und das demokratische Gemeinwohl im Osten einsteht und dies in
370 konkrete Politik für die Menschen vor Ort gießt, verliert sie ihre
371 Daseinsberechtigung. Deshalb liegt es an uns, gemeinsam mit den progressiven Kräften
372 und zusammen mit unseren Bündnispartner:innen stärker denn je und glaubhaft für die
373 Interessen Ostdeutschlands zu kämpfen.

Antrag M01: Kein Mensch ist illegal – Für eine jungsozialistische Asylpolitik

1 Jedem Rückschritt, unser Widerstand!

2 Die Asyl- und Migrationspolitik ist geprägt von menschenfeindlichen Verschärfungen,
3 der Übernahme rechter Diskurse und der kompletten Abkehr vom Prinzip der
4 internationalen Solidarität und Verantwortung. Rückschritte, die das individuelle
5 Recht auf Asyl immer weiter aushebeln, Menschenrechte beschneiden und Schutzsuchende
6 und Migrant*innen durch hetzerische Pauschalbeschuldigungen in die Gefahr der
7 kontinuierlich wachsenden Gewaltspirale von Rechts bringen. Die vergangenen Wahlen
8 führten uns immer wieder deutlich vor Augen, dass die Übernahme rechter Narrative nur
9 die Rechten stärkt. Diese Entwicklungen sind nicht nur Ausdruck einer langjährigen
10 Abschottungspolitik, die von Konservativen, Neoliberalen und Rechten vorangetrieben
11 wurde, sie ist ebenso Ausdruck des Zustands innerhalb der SPD, die sich an der
12 kollektiven Obsession, Schutzsuchende und Migrant*innen für die Probleme aller
13 systemischen Missstände verantwortlich zu machen und damit rassistische Narrative und
14 rechtsextreme Politikvorstellungen umzusetzen, beteiligt und vorantreibt.

15 Die Kriminalisierung und Rassifizierung Schutzsuchender hat eine lange Tradition und
16 Chronologie. Beginnend mit den sogenannten „Baseballschläger-Jahren“ und dem
17 Asylkompromiss von 1992/1993, über die Einstellung der Mare Nostrum-Mission im Jahr
18 2014, bis hin zu den jüngsten Asylrechtsverschärfungen und dem sogenannten
19 „Sicherheitspaket“ im Herbst 2024 – immer wieder und mit jeder Restriktion ist die
20 Menschenwürde migrationspolitisch instrumentalisiert und relativiert worden. Die
21 sogenannten „Baseballschläger-Jahre“ in den frühen 90er Jahren markierten damals
22 schon einen Wendepunkt in der deutschen Asyl- und Migrationspolitik, mit denen der
23 Anstieg rassistisch und rechtsextrem motivierter Gewalttaten und eine verstärkte
24 gesellschaftliche Polarisierung gegenüber Schutzsuchenden und Migrant*innen
25 einherging. Trotz Widerstand aus der Gesellschaft und linker Bündnisse folgte der
26 erste Asylkompromiss 1993, der eine Grundgesetzänderung ermöglichte und eine Breite
27 von Asylverschärfungen, wie dem Asylbewerberleistungsgesetz institutionalisierte.
28 Damals, wie heute, höhlen Populist*innen das Menschenrecht auf Asyl aus, indem sie
29 Diskussionen um innere Sicherheit und Asyl verknüpfen. So versuchen Populist*innen -
30 und von Sozialdemokrat*innen mitgetragen - Asylpolitik zur Sicherheitspolitik zu
31 machen, wodurch Geflüchtete vom Menschen zur "Sicherheitsgefahr" degradiert werden.
32 Das lehnen wir entschieden ab und diesen Trugschluss müssen wir immer wieder neu
33 anklagen. Asyl ist Menschenrecht. Auch die darauffolgenden Jahre waren – durch die
34 Einstellung der Mare Nostrum-Mission 2014, die ehemals italienische
35 Seenotrettungsmission, und der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, der
36 Einführung des Hau-Ab-Gesetzes, der Reformierung des GEAS, Verschärfungen von
37 Rückführungen durch das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ und die Bezahlkarte für
38 Schutzsuchende – gekennzeichnet von rassistischen Scheindiskursen, mit denen Leid,
39 ein Leben unter dem Existenzminimum, Vertreibung, Entmenschlichung, die Beschneidung
40 von Teilhabe- und Menschenrechten und das Sterben auf dem Mittelmeer und gefährlichen
41 Fluchtrouten migrationspolitisch zementiert wurden.

42 Und auch das sogenannte „Sicherheitspaket“ und die populistischen und rassistischen
43 Diskurse sollen einen Wendepunkt in der deutschen Asyl- und Migrationspolitik

44 darstellen. Die Maßnahmen sind keine Sicherheit, sondern hebeln rechtsstaatliche und
45 sozialstaatliche Prinzipien aus und verstoßen gegen geltendes Recht, treten
46 Menschenrechte mit Füßen und sind sozialdemokratischer und jungsozialistischer
47 Politik absolut unwürdig. Für uns Jungsozialist*innen ist diese neu eingeschlagene
48 Epoche antisozialdemokratischer Politik nicht weiter hinnehmbar. Es braucht mehr denn
49 je, eine jungsozialistische Asyl- und Migrationspolitik, die frei von
50 kapitalistischen Wirkungslogiken ist und Menschenrechte und das individuelle Recht
51 auf Asyl wahrt.

52 **Es gibt keine "irreguläre Migration", aber tödliche Fluchtrouten**

53 Es ist die zentrale Rechtfertigung für eine menschenfeindliche Asyl- und
54 Migrationspolitik: man müsse "irreguläre Migration" stoppen. Doch was soll das sein?
55 Es gibt keine "reguläre" und "irreguläre" Migration. Seitdem die AfD den Mythos der
56 "irregulären Migration" in einem Papier zur Flüchtlingspolitik verwendet hat,
57 sprechen zunehmend, besonders seit 2023 auch die Ampel-Parteien und Union von
58 "irregulärer Migration" und mit einem klaren Framing, dass diese "gefährlich", "eine
59 Bedrohung", "schlecht" für Deutschland sei. Es wird suggeriert, als gäbe es einen
60 anderen, "legalen", "richtigen" Fluchtweg. Den gibt es aber nicht. Asyl wird dadurch
61 beantragt, indem man in das Land kommt und sagt, ich beantrage Asyl. Und aktuell
62 werden über 70% der inhaltlich bewerteten Asylanträge als positiv bewertet. Und auch
63 die anderen 30% haben das Recht, einen Antrag auf Asyl erst einmal zu stellen, das
64 ist nichts "irreguläres" oder "illegales".

65 Das Verbrechen ist nicht der vermeintliche illegale Grenzübertritt, sondern die
66 Gewalt, die Geflüchtete auf ihrer Flucht erleben. Sei es Gewalt durch illegale
67 Pushbacks, das Sterben im Mittelmeer, in der Wüste, auf Gleisen, in Wäldern oder auch
68 sexualisiert Gewalt, der insbesondere Frauen auf der Flucht ausgesetzt sind. Aus
69 diesem Grund muss die Gewalt und das Sterben auf den Fluchtrouten nach Europa endlich
70 enden und bekämpft werden.

71 Im Jahr 2023 zählte die International Organization for Migration (IOM) für das
72 Mittelmeer 2.756 Tote und Vermisste. Seit der Einstellung der Mare-Nostrum
73 Seenotrettungsmission 2014, starben mindestens 30.356 Menschen im Mittelmeer.

74 Immer wieder finden an den europäischen Außengrenzen und an innereuropäischen Grenzen
75 Push-Backs, gewaltsame und völkerrechtswidrige Zurückweisung von Geflüchteten statt.
76 Diese Gewalt geht sowohl von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex aus als auch
77 von den Mitgliedstaaten. Geflüchtete berichten davon, wie sie mit Schlagstöcken
78 geschlagen, ihnen ihre Wertsachen gestohlen und persönliche Dinge von ihnen zerstört
79 werden. Es kommt sogar zu Schüssen. Frontex fährt auf dem Mittelmeer gefährliche
80 Manöver, um Boote mit Geflüchteten zum Kentern zu bringen oder schleppt sie Richtung
81 Libyen ab und bringt sie damit in Lebensgefahr. Damit Geflüchtete erst gar nicht die
82 europäischen Außengrenzen erreichen, schließen die Europäische Union und ihre
83 Mitgliedsstaaten sogenannte Migrationsabkommen ab oder arbeiten auf anderen Wegen mit
84 Ländern zusammen, die Schutzsuchenden auf ihrer Flucht nach Europa stoppen sollen.
85 Länder wie Tunesien, die Türkei oder Libyen begehen dabei zahlreiche
86 Menschenrechtsverletzungen. In Libyen werden Geflüchtete in Lager interniert, in
87 denen ihnen Folter, Vergewaltigung, Versklavung und Ermordung drohen, die libysche
88 Küstenwache gab Schüsse auf Geflüchtete ab und in Tunesien werden Geflüchtete - vor
89 allem Schwarze Menschen - in die Wüste zurückgedrängt, wo sie grausam sterben.

90 Wir fordern deswegen:

- 91 • Die Einrichtung eines europäisch organisierten und finanzierten
92 Seenotrettungssystems in ganz Europa und ein Ende der Kriminalisierung von
93 zivilgesellschaftlicher Seenotrettung.
- 94 • Sicherheitsgarantien für die im Mittelmeer operierenden NGOs durch die
95 Europäische Union und deutsche Bundesregierung. Keine humanitäre Organisation
96 darf dazu gezwungen werden, bewaffnetes Personal an Bord zu nehmen.
- 97 • Die Abschaffung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die nachweislich
98 zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begeht und gegenüber ihrem Auftraggeber EU
99 immer wieder durch Intransparenz und andere Skandale auffällt.
- 100 • Dass Push-Backs illegal bleiben und konsequent verfolgt und sanktioniert
101 werden.
- 102 • Keine Migrationsabkommen oder andere Arten der Zusammenarbeit, um Schutzsuchende
103 von europäischen Grenzen fernzuhalten, besonders dann nicht, wenn diese Länder
104 dokumentierte Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten begehen.
- 105 • Keine Ausweitung der Kategorisierung „Sichere Dritt- und Herkunftsstaaten“.
- 106 • Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache so lange auszusetzen, bis die
107 libysche Küstenwache ihre Übergriffe auf NGOs glaubhaft unterlässt und die
108 einseitig erklärte „Search- and-Rescue-Zone“ aufgibt und das libysche
109 Sicherheitsregime nachweislich genannte Menschenrechtsverletzungen unterlässt.
- 110 • Die Einrichtung eines unabhängigen Monitoring Mechanismus mithilfe von
111 Menschenrechtsorganisationen vor Ort, der es Geflüchteten ermöglicht, illegale
112 Push-Backs zu melden und der garantiert, dass diejenigen, die diese ausführen,
113 ob Mitgliedsstaaten der EU und/oder Frontex Beamte*innen sich für diese
114 Menschenrechtsverletzungen vor Gericht verantworten müssen.

115 Die Gewalt und das Sterben muss enden - es braucht deshalb endlich sichere
116 Fluchtrouten! Auch wenn wir die Gewalt auf den Fluchtrouten nach Europa beenden, sind
117 diese trotzdem noch gefährlich. Es braucht deswegen andere Möglichkeiten, für
118 Schutzsuchende nach Europa zu kommen. Deswegen gibt es vom UNHCR Resettlement und
119 humanitäre Aufnahmeprogramme. Solche Aufnahmeprogramme sind insbesondere für
120 schutzbedürftige Geflüchtete, die weder in ihr Herkunftsland zurück können noch im
121 aktuellen Land bleiben können (meist ein Nachbarland). Resettlement-Programme
122 ermöglichen Geflüchteten eine sichere Einreise in ein Drittland. Ähnlich sollte das
123 Bundesaufnahmeprogramm der Bundesregierung für gefährdete Afghan*innen funktionieren:
124 ein humanitäres Aufnahmeprogramm, welches es gefährdeten Afghan*innen ermöglicht,
125 sicher nach Deutschland einzureisen. Eine weitere Möglichkeit ist humanitäre
126 Visafreiheit. Es darf nicht illegal sein, dass Menschen mit dem Flugzeug einreisen,
127 um hier Asyl zu beantragen und stattdessen u.a. den gefährlichen Weg übers Mittelmeer
128 nehmen und/oder auf Schlepper zurückgreifen müssen.

129 Wir fordern:

- 130 • Die Einführung einer humanitären Visafreiheit. Jeder Grenzübertritt – ob auf dem
131 Land-, See- und Luftweg – mit dem Ziel, in einem Staat einen Asylantrag zu
132 stellen, muss legalisiert sein. Diese Regelung muss die Durchreise einschließen.
- 133 • Die Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten, um die Kriminalisierung von Flucht

- 134 zu beenden. Dazu gehört für uns eine stärkere Kooperation mit den
135 Herkunftsländern (wo möglich), in dem beispielsweise die Stellung eines
136 Asylantrags auch in den Botschaften vor Ort möglich sein soll oder die Lockerung
137 von Nachweispflichten im Rahmen der Asylverfahren, durch eine bessere
138 Kooperation mit den Behörden im Ausreiseland. In diesem Zuge soll es auch die
139 Möglichkeit einer Kostenübernahme der Reisekosten für die Flucht geben, die
140 vorher ausgezahlt und im Zuge des Asylverfahrens entschieden wird.
- 141 • Die ersatzlose Streichung der EU-Richtlinie 2001/51/EG, wonach die
142 Fluggesellschaften haften, wenn Passagiere im Zielland wegen fehlender Papiere
143 abgewiesen werden. Das Unternehmen muss eine Strafe zahlen, den Rückflug
144 organisieren und für Unterkunft und Verpflegung bis zur Rückreise aufkommen.
145 Entsprechend werden Personen ohne Visum nicht transportiert. Wir fordern
146 generell die Abschaffung der Flughafen-Schnellverfahren.
 - 147 • Die Ausweitung von Resettlement und humanitären Aufnahmeprogrammen, insbesondere
148 das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan.

149 **Niemand soll sein zu Hause verlassen müssen - Fluchtursachen bekämpfen!**

150 So viele Menschen müssen ihr zu Hause verlassen, ohne zu wissen, ob und wann sie
151 zurückkehren können, ob und wann sie ihre Familie und ihre Liebsten wieder sehen. Sie
152 machen sich auf einen Weg, von dem sie wissen, dass er tödlich enden kann. Sie machen
153 das, weil sie keine Wahl haben. Weil sie in ihrem Land Hunger, Krieg, Gewalt,
154 Verfolgung und Armut erleben.

155 Und eins ist dabei klar: Vielen Menschen in bestimmten Ländern, vor allem im
156 sogenannten globalen Süden, geht es schlecht, weil Menschen in anderen Ländern, vor
157 allem im sogenannten globalen Norden, über Jahrhunderte Reichtum auf ihrem Rücken
158 angehäuft haben. Der Wohlstand des sogenannten globalen Nordens entstand und besteht
159 weiter durch die koloniale Ausbeutung des sogenannten globalen Südens.

160 Durch die Klimakrise werden zunehmend Teile des sogenannten globalen Südens
161 unbewohnbar und Naturkatastrophen, Dürren, Hunger und Armut sind die Folgen.

162 Es ist keine Wohlfahrt, sondern unsere Verantwortung und Wiedergutmachung,
163 Fluchtursachen zu bekämpfen.

164 Wir brauchen deswegen mehr Entwicklungszusammenarbeit und nicht weniger. Das gerade
165 dort oft gekürzt wird, ist fahrlässig und auch nicht nachhaltig. Es braucht aber auch
166 eine kritische Auseinandersetzung mit der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit, die
167 meist paternalistisch Länder weiter in die Abhängigkeit drängt - deshalb brauchen wir
168 Augenhöhe und Wiedergutmachung.

169 Wenn es den Industrienationen (ökonomisch) nützt, arbeiten sie mit Autokraten und
170 Diktatoren zusammen, die in ihren Ländern Menschen verfolgen, unterdrücken und das
171 Land runterwirtschaften. Wir brauchen aber wertebasierte Außen- und Handelspolitik.

172 Wir fordern:

- 173 • Konsequente Bekämpfung der Klimakrise und Anerkennung der Klimakrise als
174 Fluchtgrund.
- 175 • Eine Budgeterhöhung der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit und eine
176 anticoloniale, antirassistische und feministische Entwicklungszusammenarbeit.

- 177 • Entschädigungen an den sogenannten globalen Süden, auch bei Schäden durch den
178 Klimawandel verursachte Naturkatastrophen.
- 179 • Keine Förderung von Autokrat*innen und Diktator*innen und eine wertebasierte
180 Außen- und Handelspolitik, wie bereits im Zeitenwende-Antrag beim Juso-
181 Bundeskongress von 2022 beschlossen.

182 **Die Würde eines JEDEN Menschen ist unantastbar**

183 Wir beobachten außerdem, dass Asylverschärfungen immer mit dem Narrativ der
184 systemischen Entlastung einhergehen. Dies wurde argumentativ vor allem mit Blick auf
185 die prekäre Lage in den Kommunen genutzt oder der „Entlastung der Sozial- und
186 Gesundheitssysteme“. Arbeitnehmer*innen, Bürgergeldbezieher*innen und
187 Asylbewerber*innen sollen ständig gegeneinander ausgespielt werden. Diese faktisch
188 falsche Narrativziehung dient dem Ausweichen einer echten Problemlösungsfindung und
189 zementiert nur weiterhin den Stillstand nachhaltiger Zukunftsinvestitionen, die den
190 Sozialstaat stärken würden und Schutzsuchenden Teilhabe und ein Leben in Würde
191 garantieren würden. Diese Narrative des "nach-unten-Tretens" sorgt dafür, dass reale
192 soziale Probleme nicht gelöst werden und notwendige Investitionen nicht getätigt
193 werden. Es braucht eine Stärkung des Sozialstaats, um die Situation von
194 Schutzsuchenden und anderen prekarierten Gruppen in Deutschland zu verbessern.
195 Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylsuchenden sind Aufgaben der Länder
196 und Kommunen. Die mangelnde Unterstützung des Bundes - die sich nun durch
197 Haushaltskürzungen potenziert - führt erneut auf eingeschränkte Handlungsfähigkeit
198 und treibt Kommunen und Länder an ihre Belastungsgrenze. Diese Belastungsgrenze
199 äußert sich in den Ländern und Kommunen vor allem in der Art der Unterbringung von
200 Geflüchteten, die durch Notlösungen gekennzeichnet ist und rechtliche
201 Qualitätsstandards der Unterbringung außer Acht lassen.

202 Daher fordern wir:

- 203 • Eine kritische Auseinandersetzung mit der Verteilung Schutzsuchender anhand des
204 Königsteiner Schlüssels. Es müssen personenbezogene Bedürfnisse berücksichtig
205 und Schutzsuchende in ihrer Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt werden.
- 206 • Die Residenzpflicht und die Wohnsitzauflage müssen abgeschafft werden. Jede
207 räumliche Beschränkung stellt einen erheblichen Eingriff der persönlichen
208 Freiheiten dar und schränkt die gesellschaftliche Teilhabe unverhältnismäßig
209 ein.
- 210 • Eine verstärkte Auseinandersetzung und daraus resultierender Einsatz von
211 Matching-Verfahren, die die individuellen Bedürfnisse Schutzsuchender im Rahmen
212 der Verteilung mit einbezieht, Schulungen und Sensibilisierung für
213 Mitarbeiter*innen in den beteiligten Institutionen, um den Schutz von besonders
214 schutzbedürftigen Gruppen zu gewährleisten und Diskriminierung zu verhindern.
- 215 • Die Praktizierung der Istanbulkonvention und UN-Behindertenkonvention im Kontext
216 der Aufrechterhaltung und Forcierung rechtlicher Qualitätsstandards in der
217 Unterbringung von Schutzsuchenden.
- 218 • Keine menschenunwürdige Ankerzentren oder andere Lager: Weder in Deutschland
219 noch irgendwo anders!
- 220 • Verbindliche Mindeststandards in der Unterbringung von Geflüchteten und

221 Schutzsuchenden. Es sollten klare Standards festgelegt werden, die
222 sicherstellen, dass die Unterbringung von Geflüchteten ihren grundlegenden
223 Bedürfnissen gerecht wird, einschließlich ausreichender Privatsphäre,
224 angemessener Hygienebedingungen, Zugang zu medizinischer Versorgung,
225 gesellschaftlicher Teilhabe und psychosozialer Unterstützung sowie rechtlicher
226 Beratung ohne Vorprüfungen. Zur Sicherstellung dieser Standards braucht es ein
227 Zugangsrecht für Mitglieder des Europäischen Parlamentes, der Kommission und des
228 Rates unter Berücksichtigung der Privatsphäre der dort untergebrachten
229 Schutzsuchenden. Auch andere Hilfsorganisationen und NGOs müssen jederzeit
230 Zugang zu Orten der Unterbringung erhalten, auch um z.B. eine unabhängige
231 Verfahrensberatung für Schutzsuchende sicherzustellen.

- 232 • Die Bereitstellung von Kommunikationsmöglichkeiten zu Angehörigen durch die
233 Bereitstellung von Mobilfunkgeräten und Internet.
- 234 • Auskömmliche Finanzierung zur Sicherstellung dieser Standards durch den Bund und
235 die Länder.
- 236 • Die Klassifizierung von Integration als kommunale Pflichtaufgabe und die damit
237 einhergehende vollständige Gegenfinanzierung von integrativen Maßnahmen sowie
238 der deutlichen Erhöhung von Personalschlüsseln in der Sozialarbeit in den noch
239 bestehenden Geflüchtetenunterkünften genauso wie aufsuchender Sozialarbeit für
240 dezentral untergebrachter Geflüchteter, genauso in Ausländerbehörden sowie
241 Standesämtern.
- 242 • Die Entlastung von Kommunen!

243 **Das Asylbewerberleistungsgesetz gehört abgeschafft – für Teilhabe statt Leben in** 244 **Ausgrenzung und Armut!**

245 Für eine progressive und humane Asylpolitik müssen wir den Druck verstärken, damit
246 das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) abgeschafft wird. Das AsylbLG
247 steht nicht grundlos in Kritik – die gesetzliche Auslegung ist eine Grundlage dafür,
248 dass Schutzsuchende in unfassbarer Prekarität leben und ihnen systematisch ein
249 uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung verwehrt wird. Das AsylbLG soll –
250 nach Kategorisierung – den Anspruch auf Sozialleistungen für Asylsuchende, Geduldete
251 und Ausweisungspflichtige regeln. In der Praxis bedeutet dies: Leben unter dem
252 Existenzminimum, willkürliche Leistungskürzungen, diskriminierende
253 „Sonderbehandlungen“ und Sachleistungen und eine menschenverachtende
254 Gesundheitsversorgung. Vor allem der Aspekt der Gesundheitsversorgung ist in allen
255 Anwendungsbereichen deutlich zu kritisieren. Schutzsuchenden wird demnach nur eine
256 medizinische Notversorgung gewährleistet, zu der sie nur über den Erhalt eines
257 behördlichen Krankenscheins gelangen. Nun soll auch noch durch das Sicherheitspaket
258 der Ausschluss für sogenannte „Dublin-Fälle“ anfallen und das Prinzip von „Brot, Bett
259 und Seife“ gelten. Dieser asylpolitische Kahlschlag der Menschenrechte führt nicht
260 nur zur Obdachlosigkeit, sondern ist auch rechtswidrig.

261 Wir fordern daher:

- 262 • Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft und die Leistungen für
263 Asylbewerber*innen und Geduldete, über das das reguläre Sozialsystem geregelt
264 werden.
- 265 • Den gleichen Zugang zu menschenwürdiger Gesundheitsversorgung wie deutsche

266 Staatsbürger*innen.

267 • Die Abkehr von der Bezahlkarte und angesetzten Bargeldobergrenzen.

268 **No borders, no nations!**

269 Dass das Leid, welches europäische Außengrenzen verursachen, in politischen Debatten
270 außeracht gelassen wird und jetzt auch noch der Einsatz von Grenzkontrollen an
271 deutschen Grenzen und die Möglichkeit der Installation von haftähnlichen Lagern nun
272 Teil der politischen Debatte um die innere Sicherheit sind, zeigt wie sehr es eine
273 progressive und evidenzbasierte Auseinandersetzung im Rahmen asyl- und
274 migrationspolitischer Diskurse braucht. Die Lager an den europäischen Außengrenzen
275 sind grausam und unmenschlich.

276 Wir fordern daher:

277 • Die beschlossenen GEAS-Reformen lehnen wir weiter im Ganzen ab und fordern eine
278 Abkehr dieser restriktiven Asyl- & Migrationspolitik. Grenzverfahren, deren
279 Implikation Haftlager an den Grenzen vorsehen, eine Stärkung von Frontex oder
280 sogenannter Grenzinfrastruktur gehen entgegen unserer Vorstellung von
281 solidarischer Asyl- & Migrationspolitik.

282 • Den sofortigen Stopp deutscher Grenzkontrollen, wenn diese nicht mit klar
283 definiertem Anlass nach Schengener Grenzkodex und mit klar definiertem Anlass
284 gerechtfertigt sind. Für uns steht fest, dass Menschen, die vor Verfolgung und
285 Krieg fliehen, kein solcher Grund sind. Andernfalls soll die EU eine
286 Vertragsverletzung gegen Deutschland einleiten.

287 • Eine Abkehr vom Dublin-System und eine solidarische Verteilung von Geflüchteten,
288 die Schutzsuchende nicht wie unliebsame Objekte verschickt.

289 • Die freie Wahl des Standorts für Geflüchtete in Europa und die Beteiligung aller
290 europäischen Staaten an der Aufnahme von Geflüchteten.

291 • Die Sanktionierung von europäischen Staaten im Kontext der Nichtaufnahme von
292 Geflüchteten, die in Form von Ausgleichszahlungen anderen Staaten zugutekommen,
293 die bereit sind Geflüchtete aufzunehmen.

294 • Die Schaffung eines EU-Fonds, der die Aufnahme von Geflüchteten durch Städte und
295 Gemeinden finanziell unterstützt. Der Fond kann zur wirtschaftlichen und
296 kulturellen Entwicklung von Städten und Gemeinden beitragen und fördert damit
297 die Aufnahme von Geflüchteten.

298 **Dem Stillstand entgegen – die Familienzusammenführung endlich ermöglichen!**

299 Es ist von zentraler Bedeutung, dass geflüchtete Menschen das Recht haben, ihre
300 Angehörigen nach Deutschland zu holen, ohne dabei auf unnötige bürokratische Hürden
301 zu stoßen. Nicht nur diese verhindern die Familienzusammenführung, auch der
302 Ausschluss von Familienangehörigen von subsidiär Schutzberechtigten, die mit der
303 rechtlichen Einschränkung des geltenden Nachzugsrechts exkludiert werden. Die
304 Bundesregierung hat sich zu Beginn der Legislatur für die Stärkung und Öffnung des
305 Familiennachzugs positioniert. Auch in diesem Bereich erleben wir Stillstand.

306 Daher fordern wir:

307 • Das Recht auf Familienzusammenführung zu stärken und sicherzustellen – auch für
308 Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter.

309 • Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Geflüchtete, um anfallende Kosten zu
310 decken.

311 • Zugang zu kostenloser Rechtsberatung, um Rechte durchzusetzen.

312 • Familiennachzug auch für erwerbslose Angehörige: Ermöglichung des Nachzugs auch
313 für Angehörige, die nicht über ein eigenes Einkommen verfügen.

314 **Deutschland als modernes und offenes Einwanderungsland**

315 Wir wollen nicht ständig darüber sprechen, wie wir Menschen wieder abschieben können.
316 Abschiebungen sind oft sehr gewaltvoll und unmenschlich. Erst Anfang 2024 wurde die
317 Abschiebehafte verlängert, obwohl das eben nicht zu mehr Abschiebungen führt, sondern
318 Menschen sind einfach länger eingesperrt. Rechte von Geflüchteten werden massiv
319 eingeschränkt, um immer wieder zu betonen, dass Geflüchtete hier wegmüssten. Dabei
320 muss das nicht so sein, denn kein Mensch ist illegal!

321 Abgelehnten Asylbewerber*innen könnten durch einen Spurwechsel, wie zum Beispiel
322 durch Arbeit, Ausbildung oder Studium, hier in ihrem neuen zu Hause bleiben. Es macht
323 uns stark, wenn Menschen hier hinkommen und sich einbringen, arbeiten und Teil dieser
324 Gesellschaft werden. Diese Spurwechsel müssen erleichtert und flexibler gestaltet
325 werden können.

326 Dafür müssen diese Menschen dann aber auch die Möglichkeit dazu bekommen. Sprache ist
327 ein wichtiger Bestandteil für Teilhabe, doch leider gibt es zu wenige Lehrkräfte für
328 Sprachkurse und es wird in diesem Bereich immer weiter gekürzt.

329 Wesentlich für gesellschaftliche Teilhabe ist Arbeit. Doch durch
330 Beschäftigungsverbote dürfen bestimmte Asylbewerber*innen nicht arbeiten und andere
331 nur mit Genehmigung der Ausländerbehörde. Während in der Politik schon Zwangsarbeit
332 für Geflüchtete gefordert wird, dürfen viele Geflüchtete überhaupt nicht arbeiten.
333 Dabei ermöglicht es Menschen Teilhabe und die Möglichkeit, leichter Teil dieser
334 Gesellschaft zu werden. Außerdem werden Arbeitskräfte gebraucht.

335 Damit alle Menschen sich hier einbringen und das Land gestalten können, sollen
336 Menschen, die hier leben, auch wählen dürfen.

337 Und wer hier lebt und Teil dieses Landes werden will, sollte auch die Möglichkeit
338 dazu bekommen. Deswegen ist es gut, dass das Staatsangehörigkeitsrecht dahingehend
339 reformiert wurde und Menschen schneller die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen
340 können und dass sich Menschen auch nicht zwangsläufig zwischen der Staatsbürgerschaft
341 ihres Herkunftslandes und der ihres neuen zu Haus entscheiden müssen. Doch dass das
342 Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft an Einkommen gekoppelt ist, macht es
343 schwerer für vulnerable Gruppen.

344 Wir wollen hier in Deutschland als Menschen zusammenleben!

345 Deswegen fordern wir:

346 • Die Beendigung von Abschiebungen - egal, in welches Land. Abschiebungen bedeuten
347 immer Gewalt. Und besonders verfolgte Gruppen wie Jezid*innen dürfen
348 grundsätzlich nicht abgeschoben werden, genauso in Terrorregime wie Afghanistan
349 oder Iran.

350 • Mehr Budget und den Ausbau von Sprachkursen, insbesondere auch für
351 berufsbegleitende Sprachkursen.

- 352 • Eine schnellere und umfangreichere Anerkennung ausländischer Bildungs- und
353 Berufsabschlüsse.
- 354 • Die Abschaffung von Beschäftigungsverboten.
- 355 • Den Spurwechsel von Asylbewerber*innen zur Einbürgerung zu ermöglichen.
- 356 • Zunächst kommunales Wahlrecht für Dritt-Staatsangehörige gekoppelt an ihren
357 Erstwohnsitz. Perspektivisch fordern wir das aktive & passive Wahlrecht für
358 Bürger*innen, die seit mindestens 2 Jahren einen Erstwohnsitz in Deutschland
359 haben. Dieses Wahlrecht gilt auch für die Wahlen des Europäischen Parlaments.
- 360 • Keine Einschränkung des Versammlungs- und Demonstrationsrecht für Migrant*innen.
- 361 • Eine Reform des Staatsangehörigkeitsrecht ohne die Kopplung ans Einkommen.

362 **Für eine Sozialdemokratie, die nicht nach unten tritt!**

363 Wir haben eine Vision von einer Asyl- und Migrationspolitik, die auf Solidarität und
364 Humanität beruht. Das ist nicht naiv. Im Gegenteil: während unsere Argumente
365 evidenzbasiert sind, kommt die Gegenseite mit populistischen Halb- und Unwahrheiten
366 wie "irregulärer Migration", "Pull-Faktoren" oder zu vielen Geflüchteten bei
367 Zahnärzten. Eine restriktive und rassistische Asylpolitik macht für niemanden etwas
368 besser. Sie verursacht nur Leid, Gewalt und Tod.

369 Eine SPD, die meint nur Politik für eine begrenzte Gruppe zu machen, die sie mit dem
370 diffusen Begriff der "hart arbeitenden Mitte" belegt und Politik gegen die Ärmsten
371 und Schutzsuchenden macht, wird nicht gebraucht. Eine SPD, die Menschen Leid zufügt,
372 deren Politik für zahlreiche Tote führt, brauchen wir ebenfalls nicht.

373 Wir brauchen eine Sozialdemokratie, die für die Schwächsten und die Unterdrückten
374 einsteht.

375 Hoch die internationale Solidarität!

Antrag M02: Die Bezahlkarte konsequent bekämpfen - Für eine Asylpolitik ohne Stigmatisierung und Ausgrenzung

1 Seit dem 16. Mai 2024 ist die Bezahlkarte durch eine Änderung des
2 Asylbewerberleistungsgesetzes geltende bundesweite Rechtsgrundlage. Zuvor ist die
3 Ministerpräsident*innenkonferenz einzelnen Kommunen und Ländern gefolgt, die die
4 Bezahlkarte für Schutzsuchende bereits eingeführt hatten und beschloss ihre
5 Einführung. Anstatt die Asylbewerberleistungen bar auszuzahlen werden sie nun auf
6 eine guthabenbasierte Bankkarte überwiesen. Die Obergrenze für ausgezahltes Bargeld
7 ist auf 50€ festgesetzt. Entgegen jeglicher evidenzbasierter Faktenlage soll die
8 Einführung der Bezahlkarte das Ziel verfolgen, Überweisungen an sogenannte
9 „Schlepper“ und Familienangehörige im Herkunftsland zu unterbinden. Dabei ist klar,
10 dass der Leistungsumfang nach dem Asylbewerberleistungsgesetz keineswegs einen
11 sogenannten „Pull-Faktor“ darstellt, da er sogar unter den Leistungssätzen des
12 Bürgergelds liegt. Schutzsuchende werden mit dieser faktenlosen Behauptung
13 stigmatisiert, und ihre Motive der Flucht auf finanzielle Anreize reduziert, statt
14 die tatsächlichen, dramatischen Fluchtursachen anzuerkennen. Damit bedient das
15 restriktive Konzept der Bezahlkarte erneut eine populistische Darstellung über die
16 Lebensrealität Schutzsuchender Menschen in Deutschland und potenziert die
17 Teilhabeungerechtigkeit Schutzsuchender, indem es sie weiter unter das
18 Existenzminimum drängt.

19 Neben diesen Aspekten spielen auch weitere praktische Probleme eine Rolle. Neben dem
20 hohen Verwaltungsaufwand, den die Bezahlkarte mit sich bringt, scheinen
21 Befürworter*innen absurderweise zu denken, dass mit einer Karte in Deutschland alles
22 zu regeln sei. Denn das Bargeld, welches mit der Bezahlkarte abgehoben werden kann,
23 ist stark begrenzt. Davon auszugehen, dass man in Deutschland ohne Bargeld durch den
24 Alltag kommt, ist illusorisch. Im Bus, im Imbiss, im Kiosk, auf Flohmärkten, an
25 vielen Orten ist das Bezahlen mit Karte einfach nicht möglich. Hinzu kommen viele
26 Geschäfte, die erst ab einem gewissen Betrag das Zahlen mit Karte ermöglichen. Kein
27 Bargeld bedeutet in Deutschland leider immer noch, gerade die alltäglichsten Dinge
28 nicht finanzieren zu können. Die Möglichkeit eine Mitgliedschaft beispielsweise bei
29 einem Sportverein zu erwerben, sich ein Deutschlandticket zu kaufen oder am
30 Schulkiosk einzukaufen, wird eingeschränkt oder ist gar nicht erst möglich. Entgegen
31 der politisch formulierten Forderung nach Integration, erschwert die Bezahlkarte den
32 Schutzsuchenden die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

33 Zusätzlich geht die Bezahlkarte in einigen Bundesländern auch mit weiteren
34 Einschränkungen, wie einer regionalen Beschränkung, beispielsweise auf den Landkreis
35 einher. Auch dies sorgt im Alltag für ganz praktische Probleme, wie zum Beispiel wenn
36 der mit dem ÖPNV am besten zu erreichende Supermarkt in der Nachbarstadt liegt.
37 Insbesondere im ländlichen Raum ist es oft der Fall, dass der ÖPNV keine Mobilität im
38 eigenen Landkreis ermöglicht, sondern an die nächstgelegene Stadt anbindet, die dann
39 nicht zwingend Teil des eigenen Landkreises ist. Doch auch wenn diese praktischen
40 Probleme nicht auftauchen, sollte es doch möglich sein, in einen nahegelegenen Ort zu
41 fahren und dort etwas zu kaufen. Des Weiteren schreiben einige Bundesländern auch
42 vor, dass Empfänger*innen von Überweisungen überprüft werden müssen, bevor diese
43 zugelassen werden. Dort muss also jede Überweisung vom Amt freigegeben werden. Dies

44 schränkt nicht nur ein, sondern sorgt auch für enormen Verwaltungsaufwand.
45 Diese Umstände erweisen sich nicht nur als nicht alltagstauglich, sondern auch als
46 teilweise rechtswidrig. So hat bereits das Hamburger Sozialgericht entschieden, dass
47 die generelle Begrenzung der Bargeldauszahlung nicht rechtmäßig ist. Die
48 Bundesrechtsanwaltskammer sieht auch grundsätzliche rechtliche Bedenken. Die
49 Bezahlkarte werfe nicht nur datenschutzrechtliche Bedenken auf, sondern ermögliche
50 auch massive Eingriffe in die Grundrechte. Es besteht für die jeweilige Verwaltung
51 die Möglichkeit, Ausgaben und Guthaben der Karte dauerhaft zu überwachen, was einen
52 Eingriff in Persönlichkeitsrechte darstellt. Außerdem schränkt sie die Teilhabe am
53 sozialen und wirtschaftlichen Leben stark ein, denn die zur Verfügung gestellte Summe
54 ist nicht nur weitaus geringer als das Bürger*innengeld, sondern wurde auch als
55 Existenzminimum in einem Szenario berechnet, in dem nicht die Einschränkung durch
56 fehlendes Bargeld besteht, sondern uneingeschränkter Zugang zu Waren vorausgesetzt
57 wird. Die Vermutung liegt also nahe, dass den Leistungsbezieher*innen durch diese
58 Unterscheidung bewusst nur Geld unter dem Existenzminimum gewährleistet wird. Dass
59 die Sorge vor Auslandsüberweisungen dazu führt, Menschen in unwürdigen Verhältnissen
60 leben zu lassen, indem man ihnen nicht das Existenzminimum zur Verfügung stellt, ist
61 weder rechtens noch in irgendeiner Weise zu argumentieren oder menschlich
62 vertretbar.

63 Insbesondere für die SPD, die sich der Solidarität und Würde verschreibt, ist das
64 Unterstützen und Vorantreiben der Einführung der Bezahlkarte in den Bundesländern
65 unwürdig. Die Bezahlkarte sendet die Botschaft, dass man Schutzsuchende in ihrem
66 Umgang mit Geld nicht trauen könnte. Sie greift in die Selbstbestimmung
67 Schutzsuchender ein und degradiert sie. Sie ist ein erneuter Ausdruck
68 institutioneller Diskriminierung gegenüber Geflüchteten, die von der SPD getragen
69 wird. Aufgrund von populistischen Vorwürfen und einem generalisierenden Verdacht,
70 Menschen weiter unter das Existenzminimum zu treiben, ist alles andere als
71 sozialdemokratische Politik.

72 Für uns ist völlig klar, dass wir eine Politik ablehnen, die bewusst Barrieren
73 aufbaut, anstatt Integration zu ermöglichen. Die Bezahlkarte manifestiert Misstrauen
74 und Hass, unter anderem gegenüber Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg, Verfolgung
75 und Unterdrückung suchen. Diese von rechten Narrativen getriebene Politik lehnen wir
76 nachdrücklich ab und fordern vielmehr:

- 77 • Die Ablehnung der Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete, aber auch für
78 alle weiteren Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Empfänger*innen von
79 Sozialleistungen. Diese Ablehnung und einen aktiven Einsatz gegen kommende oder
80 schon erfolgte Beschlussfassungen erwarten wir von allen Mandatsträger*innen der
81 SPD im Deutschen Bundestag und in den Parlamenten der Bundesländer.
- 82 • Einen Stopp der Pläne zur Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in den
83 Bundesländern sowie eine Beendigung des Bezahlkartensystems in den
84 Bundesländern, in denen diese bereits verwendet wird.
- 85 • Das Beibehalten und eine signifikante Erhöhung von Leistungen, um die Würde,
86 Selbstbestimmung und soziale Teilhabe der Geflüchteten zu gewährleisten.
87 Geflüchtete müssen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus gesicherte Zugänge zu
88 allen Bereichen des öffentlichen Lebens, auch zu solchen, in denen eine
89 Bezahlung mit der Karte nicht möglich ist.

- 90 • Eine Asylpolitik, die die Recht der Geflüchteten achtet, keine bewusste Spaltung
91 in ein "Wir und Die" in der Gesellschaft erzeugt und die keine diskriminierenden
92 und rassistischen Praktiken schafft, um Menschen wegen eines bestimmten
93 Aufenthaltsstatus, gezielt zu exkludieren. Daher muss der Zugang zu Bargeld auch
94 uneingeschränkt möglich sein.
- 95 • Die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, das als rassistisches
96 Sondergesetz fungiert. Schutzsuchende sollen somit in das reguläre Sozialsystem
97 inkludiert werden. Die Ermöglichung des Zugangs zu regulären Bankkonten für
98 Geflüchtete, um ihnen ein Höchstmaß an finanzieller Autonomie und die Teilhabe
99 am sozialen Leben zu gewährleisten. Ablehnung der Praxis unbezahlter oder
100 unterbezahlter Arbeit und Förderung fair entlohnter Arbeitsmöglichkeiten:
101 Weiterhin lehnen wir die Praxis ab, Geflüchtete zu unbezahlter oder
102 unterbezahlter Arbeit zu verpflichten. Diese Praxis untergräbt die Würde der
103 betroffenen Personen und verstärkt ihre soziale und ökonomische Ausgrenzung.
104 Stattdessen fordern wir die Schaffung fair entlohnter Arbeitsmöglichkeiten für
105 Geflüchtete, die eine echte Chance auf Integration und Teilhabe bieten. Statt
106 einer Arbeitspflicht fordern wir die Schaffung fairer Arbeitsmöglichkeiten für
107 Geflüchtete, die eine echte Perspektive bieten und den Arbeits- und
108 Fachkräftemangel unter fairen Bedingungen effektiv entgegenwirken. Die
109 Abschaffung der Karte darf nicht, wie bereits die Schaffung, auf Kosten der
110 Kommunen gehen. Wir fordern die Finanzierung der Rückgangsmachung aus Landes-
111 und Bundesmitteln

Antrag M09: Doppelt unsichtbare Diskriminierungen sichtbar machen und bekämpfen! - Kurd*innen & religiöse Minderheiten schützen

1 Menschen, die als muslimisch gelesen werden, erleben einen immer größer werdenden
2 antimuslimischen Rassismus. So belegt eine aktuelle Erhebung des Vereins CLAIM, der
3 sich gegen antimuslimischen Rassismus stark macht, dass sich die Anzahl der Vorfälle
4 in Deutschland im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat. Viele Menschen,
5 die hierzulande als Muslim*innen gelesen werden, erleben jedoch nicht nur diese
6 Diskriminierungsform. Oftmals führt die simplifizierende Einteilung in die als
7 einheitlich verstandene Kategorie "Muslim*innen" dazu, dass weitere
8 Diskriminierungsmerkmale unsichtbar bleiben. So erleben bspw. Kurd*innen,
9 Alevit*innen oder Êzîd*innen eigene Formen von Rassismus und Unterdrückung. Man
10 spricht hierbei auch von einer sogenannten doppelten Diskriminierung: Zum einen durch
11 die äußerliche Wahrnehmung als Muslim*innen, zum anderen durch ihre teils davon
12 abweichende individuelle Zugehörigkeit. Diese doppelte Diskriminierung ist allerdings
13 in Deutschland weitestgehend unsichtbar und sorgt für erhebliche Benachteiligungen,
14 Verurteilungen und Ausgrenzungen der betroffenen Gruppen. Insbesondere wenn auch
15 weitere intersektionale Diskriminierungsmerkmale, etwa bezüglich der geschlechtlichen
16 Identität, hinzutreten, kann sich der erlebte Rassismus nochmals verstärken. Als
17 antirassistischer Verband müssen wir all jene Diskriminierungen sichtbar machen und
18 bekämpfen.

19 **Gegen antikurdischen Rassismus! - Mehr Sichtbarkeit für kurdisches Leben**

20 Besonders betroffen von doppelt unsichtbarer Diskriminierung sind Kurd*innen.
21 Kurd*innen leben hauptsächlich in der Region Kurdistan, die sich über Teile der
22 Türkei, des Iran, des Irak und Syriens erstreckt. Sie sind die größte ethnische
23 Gruppe ohne eigenen Staat, mit einer geschätzten Bevölkerung von 30 bis 35 Millionen
24 Menschen. Kurd*innen sind seit Jahrhunderten mit Rassismuserfahrungen konfrontiert.
25 Im Rahmen der Studie „Diversität und Rassismus in der Migrationsgesellschaft mit dem
26 Fokus (Anti-)kurdischer Rassismus“ sprachen die befragten Kurd*innen von abwertenden
27 Blicken, Beleidigungen, Hassäußerungen, körperlicher Gewalt, Benachteiligungen in
28 Asylunterkünften und am Arbeitsplatz, bis hin zu Morddrohungen. Dieser Rassismus
29 basiert auf Stereotypisierungen von Kurd*innen. Diese Erfahrungen waren in
30 offiziellen Statistiken jedoch unsichtbar geblieben, weil diese oftmals nur die
31 Staatsangehörigkeit erfassen.

32 Jüngst erreichte folgender antikurdischer Vorfall besondere Aufmerksamkeit: Am 24.
33 März 2024 kam es in der belgischen Gemeinde Heusden-Zolder zu einem Angriff
34 türkischer Nationalisten auf eine kurdische Familie, die von den Newroz-
35 Feierlichkeiten zurückkehrte. Die Angreifer, die den Wolfsgruß der rechtsextremen
36 Grauen Wölfe zeigten, zerstörten das Auto der Familie und versuchten, ihr Haus in
37 Brand zu setzen, was im letzten Moment verhindert werden konnte. Mindestens sechs
38 Menschen wurden verletzt, einige davon schwer, und die Polizei musste mit einem
39 großen Aufgebot eingreifen, um die Situation unter Kontrolle zu bringen.

40 Obwohl Kurd*innen einer besonderen Bedrohung ausgesetzt sind, scheint diese Gefahr in
41 der Praxis deutscher Behörden vernachlässigt zu werden. So sollten Anfang Juni zwei
42 kurdische Frauen vom Flughafen BER in die Türkei abgeschoben werden, wo ihnen die

43 Kettenabschiebung in den Iran drohte. Dank des Engagements von Pro Asyl, Daniela
44 Sepehri und vieler weiterer Engagierter konnte die Abschiebung noch kurz vor Abflug
45 verhindert werden. Es ist für uns vollkommen unverständlich, weshalb den zwei Frauen
46 die Möglichkeit verwehrt wurde, überhaupt ein reguläres Asylverfahren in Deutschland
47 zu durchlaufen und wieso in Kauf genommen wurde, dass sie Repressionen durch das
48 extremistische Mullah-Regime erfahren könnten. Das Flughafenverfahren an sich lehnen
49 wir ab. Hierbei wird das Asylverfahren vor der Entscheidung der Bundespolizei über
50 die Einreise - also noch im Transitbereich - durchgeführt. Betroffene sind Zeitdruck,
51 hoher psychischer Belastung, haftähnlichen Bedingungen, mangelndem Kontakt zur
52 Außenwelt und eingeschränktem Rechtsschutz ausgesetzt bis zur Entscheidung, ob sie
53 überhaupt ein reguläres Asylverfahren durchlaufen dürfen. Die Eile des Verfahrens
54 führt immer wieder zu eklatanten Fehlentscheidungen.

55 Es besteht ungeachtet dieses Vorfalles durchaus der Verdacht, dass das Bundesamt für
56 Migration und Flüchtlinge, kurz BAMF, kurdischstämmige Asylbewerber*innen
57 benachteiligt: Eine parlamentarische Anfrage der Gruppe "Die Linke" von April 2024
58 ergab, dass türkische Volkszugehörige im Jahr 2023 eine bereinigte Gesamtschutzquote
59 von 64,6% hatten, während kurdische Volkszugehörige aus der Türkei lediglich eine
60 Quote von 6,3% aufwiesen. Die "bereinigte Schutzquote" ist ein statistisches Maß, das
61 die tatsächliche Anerkennungsrate von Asylanträgen in Deutschland genauer
62 widerspiegelt, indem es formelle Entscheidungen aus der Berechnung ausschließt. Diese
63 formellen Entscheidungen umfassen Fälle, die nicht inhaltlich geprüft werden. Auch
64 wenn im Beispiel mögliche unterschiedliche Schutzgründe zu berücksichtigen sind, ist
65 diese geringe Annahmequote beunruhigend, da im Jahr 2023 52.642 kurdischstämmige
66 Türk*innen einen Asylantrag stellten und dieser Trend weiter steigend ist.

67 Neben Gewalterfahrungen erleben Kurd*innen auch eine Unsichtbarmachung ihrer
68 Lebensrealitäten bis hin zu einer Kriminalisierung eigener politischer Aktivitäten.
69 Kurdische Symbole, Vereine und Feste werden in Deutschland regelmäßig verboten. Im
70 Februar 2018 wurde eine Demonstration des damaligen kurdischen Demokratischen
71 Gesellschaftszentrum der KurdInnen, NAV-DEM e.V., verboten, da sie als Veranstalterin
72 angeblich Teil der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê, die "Arbeiterpartei Kurdistans",
73 seit 1993 in Deutschland wegen terroristischer Aktivitäten verboten) sei. Das
74 Verwaltungsgericht Düsseldorf erklärte in der Folge das Versammlungsverbot für
75 rechtswidrig. In Belgien gab es im April kurz nach dem Besuch des türkischen
76 Außenministers Razzien bei kurdischen TV-Sendern, bei der Computer und viele
77 technische Anlagen mitgenommen und sabotiert wurden. Ein weiteres Beispiel: Seit 1994
78 werden Daten zu kurdischen Vereinen auf Veranlassung des Bundesministeriums des
79 Innern und für Heimat automatisch an den Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt
80 übermittelt, obwohl der diese Praxis begründende Erlass „derzeit nicht auffindbar“
81 sein soll.

82 Die Kriminalisierung ist eine Fortsetzung der Unterdrückungspolitik in Deutschland,
83 die Kurd*innen in der Türkei erleben. Der Verdacht liegt nahe, dass die
84 Kriminalisierung kurdischen Lebens in Deutschland aufrechterhalten wird, um die
85 diplomatischen Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden. Unverständlich ist in dem
86 Kontext, dass die Bundesregierung keinerlei Daten über antikurdischen Rassismus
87 erhebt. Das muss sich dringend ändern! Um antikurdischen Rassismus effektiv bekämpfen
88 zu können, bedarf es belastbarer und aussagekräftiger Daten!

89 **Êzîd*innen schützen, keine Abschiebungen in den Irak!**

90 Ebenso sind Êzîd*innen maßgeblich von doppelt unsichtbarer Diskriminierung betroffen.
91 Die Êzîd*innen sind eine ethnisch-religiöse Gruppe, die hauptsächlich im nördlichen
92 Irak, in Nordsyrien und in der südöstlichen Türkei lebt. Ihre Religion ist
93 monotheistisch und vereint Elemente aus verschiedenen nahöstlichen Religionen. Sie
94 haben ein weltliches und ein religiöses Oberhaupt, den Baba Sheikh. Antiezidischer
95 Rassismus zeigt sich oft durch negative Zuschreibungen wie "Teufelsanbeter*innen"
96 oder "Ungläubige".

97 Ein besonders grausames Beispiel für antiezidischen Rassismus war der Genozid durch
98 die Terrormiliz IS im Jahr 2014, der von der internationalen Gemeinschaft und dem
99 deutschen Bundestag als Völkermord anerkannt wurde. Tausende Êzîd*innen wurden
100 getötet oder verschleppt, und viele leben noch heute in Geflüchtetenlagern. Auch
101 Êzîd*innen, die nach Deutschland vor dem IS geflüchtet sind, erleben in Deutschland
102 Diskriminierungen. Beispielsweise machte erst eine Petition im Jahr 2023 darauf
103 aufmerksam, dass im Schulunterricht regelmäßig ein Buch gelesen wird, in dem
104 Êzîd*innen rassistisch als "Teufelsanbeter*innen" bezeichnet werden. Betroffene
105 berichten darüber hinaus, dass sie auch in ihrem Alltag in Deutschland mit vielen
106 rassistischen Zuschreibungen konfrontiert sind.

107 Tausende Êzîd*innen sind in Deutschland akut von einer Abschiebung in den Irak
108 bedroht, wo ihre Lebensgrundlagen bereits zerstört sind und sie der Gefahr des IS
109 ausgesetzt sind. Deshalb unterstützen wir den offenen Brief von WADI e.V. und Pro
110 Asyl an den Bundestag "*Abschiebung von Jesidinnen und Jesiden sofort stoppen und eine
111 Fortsetzung des Völkermords verhindern*". Wie für alle Menschen gilt: Deutschland darf
112 sich nicht wegducken und muss seinen humanitären Verpflichtungen nachkommen. Das
113 bedeutet auch, dass Deutschland sich daran beteiligen soll die über 2000 noch immer
114 vermissten Kinder und Frauen, die vom IS verschleppt wurden, zu finden und zu
115 befreien.

116 **Antialevitischen Rassismus bekämpfen!**

117 Alevit*innen sind eine religiös-kulturelle Minderheit, die in Anatolien seit dem 13.
118 Jahrhundert entstanden ist. Sufismus und mystische Lehren, die vor allem Haci
119 Bektasch Veli zugeordnet werden, spielen in dieser Entwicklung eine zentrale Rolle.
120 Aleviten beziehen sich selbst auf den Imam Ali, den Cousin und Schwiegersohn des
121 Propheten Mohammed, und die Kette der zwölf Imame. Ungefähr 800.000 Alevit*innen
122 leben in Deutschland.

123 Antialevitischer Rassismus äußert sich durch eine pauschale Abwertung bzw. Abneigung
124 gegenüber Alevit*innen. Sie werden dabei als Ungläubige betrachtet und das
125 Alevitentum wird nicht anerkannt. Auch Begriffe wie „liberale Muslime“ oder
126 „Teufelsanbeter“ werden genutzt, um alevitische Personen zu diskreditieren. Mit dem
127 Begriff „Kızılbaş“ (dt. Rotkopf) finden bis heute vielerlei negative
128 Fremdzuschreibungen seitens der Mehrheitsgesellschaft in der Türkei statt, indem er
129 mit sittenwidrigem Verhalten sowie einer Neigung zur politischen Subversion
130 assoziiert wird und damit ein gesellschaftlich gemeinsames Feindbild geschaffen
131 wird.

132 Vor allem in der Türkei erfahren Alevit*innen in den verschiedensten Lebensbereichen
133 Ausgrenzung und Benachteiligung. In der Geschichte gab es immer wieder grausame

134 Ereignisse, in denen sich dieser antialevitischer Rassismus äußerte. Wie 1937/1938
135 Massaker in der Stadt Dersim bei dem 60.000 Alevit*innen umgebracht wurden, als
136 Antwort auf Proteste für alevitische Selbstbestimmung und Autonomie, oder Pogrome in
137 Malatya (1978), Kahramanmaraş (1978) und Çorum (1980), bei denen Häuser alevitischer
138 Menschen mit roten Kreuzen markiert wurden um sie leichter verfolgen, diskriminieren
139 und töten zu können. Oder das Sivas-Massaker 1993, ein Brandanschlag auf eine
140 alevitische Kulturtagung in einem örtlichen Hotel, bei dem 35 Menschen ums Leben
141 kamen. Bezeichnend ist hier, dass das Massaker über acht Stunden im Live-TV
142 ausgestrahlt wurde, es aber zu keiner öffentlichen Einschreitung oder Opferhilfe kam.
143 Außerdem ließen staatliche Institutionen wie Polizei und Feuerwehr oder
144 Kommunalpolitiker*innen den angreifenden Mob stundenlang gewähren.

145 Auch in Deutschland kommt es regelmäßig zu Vorfällen antialevitischen Rassismus: So
146 wurden im Jahr 2012 alevitische Gemeinden und Häuser sowohl in der Türkei als auch in
147 Deutschland als Einschüchterung systematisch mit Kreuzen gebrandmarkt und durch
148 Vandalismus beschädigt. Ebenso gab es in jüngster Zeit rassistische Schmierereien an
149 Wohnhäusern alevitischer Familien, etwa 2023 in Bad Kreuznach oder Anfang 2024 in
150 Völklingen.

151 **Gegen faschistische Ideologien! - Minderheiten schützen**

152 All diese Gruppierungen sind Minderheiten in der Minderheit und mit eigenen Formen
153 des Rassismus konfrontiert. Ihre Bedrohungslage ist akut und gegenwärtig:

154 Zuletzt offenbarte sich dies bei der Europameisterschaft im Fußball. Der türkische
155 Nationalspieler Merih Demiral zeigte beim Spiel gegen Österreich den rechtsextremen
156 Wolfsgruß - ausgerechnet am Jahrestag des Brandanschlags von Sivas. Wenn man die
157 Hintergründe dieses Grußes nicht kennt, mag er zunächst harmlos erscheinen. Doch der
158 Wolfsgruß stammt tief aus der Vergangenheit und ist ein Symbol des Rechtsextremismus,
159 von dem sich Kurd*innen, Alevit*innen, Êzîd*innen und Jüdinnen*Juden bedroht fühlen
160 und bedroht sind. Die Handgeste dient als Erkennungszeichen der rechtsextremen
161 türkischen Bewegung der "Grauen Wölfe" (Türkisch: „Bozkurtlar“). Diese Bewegung
162 vertritt eine faschistische, rassistische und antisemitische Ideologie und ist
163 bekannt für ihren extremen Nationalismus. Ihre Hauptfeindbilder sind Kurd*innen, aber
164 auch Alevit*innen, Jüdinnen*Juden, Armenier*innen und Êzîd*innen gehören dazu. Die
165 Handgeste imitiert den Kopf eines Wolfes, wobei der Zeigefinger und der kleine
166 Finger, die Ohren und der Daumen sowie der Mittel- und der Ringfinger die Schnauze
167 formen. Der Wolfsgruß wird oft als Ausdruck der Zugehörigkeit oder Sympathie mit
168 dieser Bewegung verwendet. In Deutschland ist die Geste nicht verboten.

169 Wir fordern das Verbot der Ülkücü-Bewegung (Deutsch: Nationalisten, weitere
170 Selbstbezeichnung der Grauen-Wölfe-Bewegung) und ihrer Vereine in Deutschland, die
171 eine ständige und akute Bedrohung für Minderheiten verursacht. Ebenso fordern wir das
172 Verbot des Wolfsgrußes, welcher als Erkennungszeichen dieser Bewegung gilt.

173 Wir werden uns unermüdlich dafür einsetzen, jegliche Form von Rassismus und
174 Diskriminierung gegenüber Kurd*innen, Êzîd*innen, Alevit*innen und weiteren von
175 doppelten Diskriminierungen betroffenen Gruppen zu bekämpfen, stellen uns solidarisch
176 an die Seite der Betroffenen und positionieren uns gegen jene Personen und Regime,
177 die Formen der doppelten Diskriminierung verursachen und weiter aufrechterhalten. Als
178 antirassistischer und internationalistischer Verband ist für uns jegliche Form von
179 Ausgrenzung und Diskriminierung verwerflich.

180 **Deswegen fordern wir:**

- 181 • das Verbot der Graue-Wölfe-Bewegung und des Wolfsgrußes, sowie ihrer
182 Vorfeldorganisationen, und des Wolfsgrußes
- 183 • sich diesbezüglich für den Ausbau bestehender und die Etablierung weiterer
184 Maßnahmen der Extremismusprävention einzusetzen
- 185 • sich mit demokratischen und migrantischen Organisationen (z.B. dem Bund der
186 Alevitischen Jugendlichen in Deutschland E.V. (BDA)) zu vernetzen und nach den
187 Bedürfnissen der Organisationen die Zusammenarbeit zu intensivieren und zu
188 verstetigen
- 189 • einen Stopp der Kriminalisierung kurdischen Lebens und Aktivismus in Deutschland
- 190 • ein generelles Abschiebeverbot und einen besonderen Schutz für Êzîd*innen,
191 insbesondere für geplante Abschiebungen in den Irak
- 192 • eine ständige Datenerhebung durch das BMI über rassistische Vorfälle, welche
193 doppelt unsichtbare Diskriminierungsmerkmale erfassen
- 194 • die Förderung und Finanzierung von Beratungsstellen, die doppelt unsichtbare
195 Diskriminierungsmerkmale bekämpfen, wie die „Informationsstelle antikurdischer
196 Rassismus“
- 197 • die Abschaffung von Flughafenverfahren
- 198 • Das grundsätzliche Verbot von Abschiebungen in den Iran, insbesondere von
199 Personen, die an den regimiekritischen Protesten teilgenommen haben.

Antrag M12: Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter:innen endlich gerecht entlohnen!

1 Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen aus der DDR in die BRD, entstand in
2 den 1960er Jahren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967 und 1986 wurden
3 daraufhin Abkommen zur „Ausbildung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“
4 zwischen der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaaten“, wie Algerien,
5 Mosambik, Angola, China, Kuba, Vietnam, Ungarn und Polen abgeschlossen. Die Situation
6 der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR war enorm prekär: Arbeiter*innen
7 lebten auf sehr engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und waren sowohl im
8 Betrieb als auch im Alltag vom Rest der Gesellschaft weitestgehend abgegrenzt und
9 ausgeschlossen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von zwei bis fünf
10 Jahren begrenzt, der Nachzug von Familienangehörigen war fast ausnahmslos verboten.
11 Wurden Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine direkte Abschiebung,
12 andernfalls wurden sie zu Schwangerschaftsabbrüchen gedrängt. Imperialistische
13 Vorbehalte der damaligen Außenpolitik der DDR können am Beispiel der
14 Vertragsarbeitenden aus Mosambik demonstriert werden.

15 Am 24. Februar 1979 wurde zwischen der DDR und der sozialistischen Volksrepublik
16 Mosambik ein Staatsabkommen unterschrieben. Dieser vereinbarte Staatsvertrag regelte
17 die wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen untereinander. Zentrale Rolle
18 haben dabei aber allerdings die zukünftigen Vertragsarbeitenden gespielt. Durch die
19 Lieferungen von Waffen sollte Mosambik die Schulden, welche bei der DDR gemacht
20 wurden, begleichen. Noch im selben Jahr wurden die ersten Vertragsarbeitenden in die
21 DDR gebracht. Diese sollten laut der mosambikanischen Regierung in eine produktive
22 Ausbildung gehen, um diese später im eigenen Staat als Fachkräfte für die
23 Produktionsindustrien beschäftigen zu können. Allerdings kam es nicht dazu. In der
24 DDR wurden diese Arbeitskräfte für die Produktion in VEBs an Maschinen angelernt.
25 Dazu kam, dass 25 % monatlich des Lohns von 1979 bis zum Jahresende 1985 als
26 Lohnpflichttransferleistung einbehalten wurden. Ab 1986 bis 1990 wurden 60 % des
27 Lohnes einbehalten. Diese sollten laut DDR-Regierung für die mosambikanischen
28 Vertragsarbeitenden im Land verfügbar sein. Allerdings wurden damit die Schulden
29 getilgt. Die Erhöhung der Einbehaltung ist gestiegen, weil Mosambik aufgrund der
30 Bürgerkriege gegen Portugal und RENAMO keine Steinkohle mehr für die DDR verkaufen
31 konnte. Die DDR nutzte die Steinkohle als Schuldentilgung, indem sie diese billig
32 aufkaufte und teurer auf dem internationalen Markt verkaufte, um daraus die Devisen
33 zu erhalten.

34 Seit 1990 bis heute demonstrieren diese jeden Mittwoch in der Hauptstadt Maputo für
35 die Zahlung der bis heute einbehaltenen Lohnpflichttransferleistungen. 1990 zahlte
36 die Bundesrepublik ca. 75 Millionen DM an die mosambikanische Regierung, um die
37 Lohnzahlungen auszuführen. Allerdings wurde dieses Geld für andere Zwecke genutzt.
38 Auch den hier noch lebenden Vertragsarbeitenden wurde kein einziger Cent gezahlt. Von
39 2004 bis 2006 gab es Scheinzahlungen der mosambikanischen Regierung. In dieser Zeit
40 befand sich Mosambik in einer starken Inflation, welche die Folge hatte, dass es in
41 dieser Zeit auch eine Währungsreform gab. Meist beliefen sich die Zahlungen auf ca.
42 200 Medicaïs, was heute nur etwa 2,87 € entspricht. Demzufolge klar unter dem, was

43 den Vertragsarbeitenden zusteht. Bis heute warten diese auf eine gerechte Entlohnung,
44 um endlich mit diesem Thema abzuschließen. 2019 fand anlässlich des 40. Jahrestages
45 der Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der DDR und Mosambik die Magdeburger
46 Konferenz statt. Zu dieser wurde die damalige Bundesregierung, ehemalige SED-
47 Funktionärinnen und die ehemaligen Vertragsarbeitenden eingeladen. Auch im letzten
48 Jahr vertrat die SED-Opferbeauftragte der Bundesregierung zusammen mit Adelino
49 Massuvira João die ehemaligen Vertragsarbeitenden im Menschenrechtsausschuss des
50 Deutschen Bundestages. Adelino Massuvira João betonte, dass aufgrund der geringen
51 Lebenserwartung in Mosambik viele Betroffene in seinem Alter bereits verstorben sind.
52 Allerdings sollen diese Zahlungen direkt an die nachfolgende Generation ausgezahlt
53 werden, da diese ebenfalls marginalisiert werden. Laut ihm sollten die ehemaligen
54 Vertragsarbeitenden alle rund ca. 10.000 € bekommen, da dies eine angemessene Summe
55 sei, mit der jeder ehemalige Arbeitende zufrieden sei. Die SED-Opferbeauftragte
56 spricht sich für eine ähnliche Summe aus. Diese beläuft sich auf ca. 7.000 €.

57 Die mosambikanische Geschichte geht auf viele Jahrhunderte zurück. Erst als Sultans-
58 Staat zur Kolonie Portugals bis zu einem Ende der Kolonialherrschaft und der Gründung
59 eines sozialistischen Landes. Der Name Mosambiks geht auf die Entdeckung der
60 Portugiesen zurück, welche auf den Sultan Mussa Al Biq trafen. Durch ein
61 Missverständnis mit dem Namen des Herrschers dachten die Portugiesen, dies sei der
62 Name des Landes. Nach über 500 Jahren Kolonialgeschichte versuchten am 16. Juni 1960
63 Hafearbeitende für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen, denn das faschistische
64 Portugal unter der Herrschaft Salazars sah die Mosambikaner*innen als eigen an. 1962
65 gründete sich die Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO), welche früher eine
66 Rebellenorganisation war und heute Staatspartei in Mosambik ist, im Nachbarland
67 Tansania, nachdem 600 Menschen durch die Proteste gestorben sind. Die FRELIMO wurde
68 dabei insbesondere durch die DDR und die Sowjetunion militärisch unterstützt. Am 25.
69 April 1974 begann die Nelkenrevolution in Portugal, wobei fast alle portugiesischen
70 Kolonien, einschließlich Mosambik, unabhängig wurden. Am 25. Juni 1975 übernahm
71 FRELIMO entsprechend die Amtsgeschäfte der ehemaligen Kolonie und gründete den Staat,
72 welcher sozialistisch wurde.

73 Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für viele Vertragsarbeitende, die mit
74 geringen Abfindungen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wurden. Die gleichen
75 Menschen, die sich in Deutschland ein Zuhause geschaffen hatten und den Mangel an
76 DDR-Arbeitskräften ausgeglichen hatten, mussten nun weiter um ihre Existenzen und
77 ihre Daseinsberechtigung kämpfen. (Z. 25-29) Um einen Aufenthaltstitel hier zu
78 erhalten, waren die Voraussetzungen, dass man mindestens acht Jahre in der DDR gelebt
79 hat, einen festen Arbeitsvertrag besitzt und Kenntnisse der deutschen Sprache
80 aufwies. Rund 1000 Mosambikaner*innen blieben in den neuen Bundesländern, da diese in
81 den Betrieben weiterhin gebraucht wurden. 1991 kamen einige ehemalige
82 Vertragsarbeitende zurück, da sie bereits in Deutschland Beziehungen geknüpft und
83 Familien gegründet hatten. Den nach Mosambik Zurückgekehrten wurde schnell klar, dass
84 sie betrogen wurden. Die Sozialversicherungspässe wurden ihnen entzogen und
85 eigentlich rechtmäßig zustehende Lohnpflichttransferleistungen von der DDR und der
86 mosambikanischen Regierung einbehalten. Schnell wurden diese eine marginalisierte
87 Gruppe im eigenen Land. (Z. 40-50) Trotz der Herausforderungen entschieden sich auch
88 20.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen, in Deutschland zu bleiben. Oftmals aufgrund
89 fehlender Alternativen gründeten sie eigenständig kleine Unternehmen, darunter

90 Gemüse- und Blumengeschäfte. Erst im Jahr 1997 wurde ihnen ein sicherer
91 Aufenthaltsstatus gewährt. Der Fall der Familie Pham zeigt jedoch, dass trotz ihres
92 Einsatzes ihr Leben in Deutschland nicht gleichwertig ist. Pham Phi Son kam 1987 als
93 Vertragsarbeiter in die DDR und erhielt im Jahr 2011 eine unbefristete
94 Niederlassungserlaubnis in Deutschland. Im Jahr 2015 heiratete er in Vietnam, und
95 seit 2016 lebt seine Frau Hoa Nguyê mit ihm in Deutschland, wo 2017 ihre Tochter
96 Emilia geboren wurde. Im Jahr 2016 überschritt Pham jedoch die erlaubte
97 Auslandsaufenthaltsdauer von sechs Monaten durch einen neunmonatigen Aufenthalt in
98 Vietnam, wo er sich wegen einer Knieverletzung, die sich im vietnamesischen Klima
99 verschlimmert hatte, stationär behandeln lassen musste. Diese Überschreitung führte
100 dazu, dass ihm die Chemnitzer Ausländerbehörde sämtliche Aufenthaltsrechte entzog.
101 Pham legte gegen diese Entscheidung Einspruch ein, unterlag jedoch vor Gericht. Trotz
102 zweier Entscheidungen der Härtefallkommission gegen ihn in den Jahren 2018 und 2023,
103 soll sich die Kommission nun ein drittes Mal mit seinem Fall befassen.

104 Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiedervereinigung eine Zäsur. Schon in der
105 DDR waren Vertragsarbeiterinnen mit gesellschaftlichem und strukturellem Rassismus
106 konfrontiert, der sich auch in tätlichen Angriffen widerspiegelte, jedoch von der
107 DDR-Führung vertuscht wurde. Nach der Wiedervereinigung in den 90er-Jahren war rechte
108 Gewalt Alltag für migrantisierte Menschen, die dem gesellschaftlichen Rassismus
109 schutzlos ausgeliefert waren. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber auch Thiendorf,
110 Freital und Tambach-Dietharz sind nur einige Beispiele für rechtsextreme
111 Anschlagorte. Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbeiterinnen in der
112 DDR ist bis heute nicht ausreichend aufgearbeitet.

113 **Deshalb fordern wir:**

- 114 • Den Vertragsarbeiter*innen, die nach der Wiedervereinigung in Deutschland
115 geblieben sind, sollte eine dauerhafte und planungssichere Option zum Verbleib,
116 wie die Staatsbürgerschaft, ermöglicht werden, um Fälle wie den der Familie Pham
117 zu verhindern.
- 118 • Anerkennung und Aufarbeitung der Ausbeutung der Arbeiter*innen durch die DDR.
- 119 • Die fehlenden Lohn- und Rentenansprüche müssen umgehend an die ehemaligen
120 Vertragsarbeiter*innen oder ihre Angehörigen ausgezahlt werden.
- 121 • Doppelt belogen und betrogen, Mosambikaner*innen steht das Geld zu! Die von der
122 DDR-Staatsführung einbehaltene Lohnpflichttransferzahlungen müssen von der
123 Bundesregierung als Rechtsnachfolger endlich ausgezahlt werden. Die Höhe der
124 Zahlungen soll mit der*dem amtierenden SED-Opferbeauftragten, dem
125 „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“-Projektes des Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrums der
126 Evangelische Kirchen Mitteldeutschlands (Madjermanes: Trabalhadores Moçambicanos
127 contratados na RDA), der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag vereinbart
128 werden. Ideal nach der Forderung des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“
129 sollen sich diese Zahlungen auf 10.000 € belaufen. Für die Aufarbeitung sind
130 bereits die jeweiligen SED-Opferbeauftragten der Länder und
131 Vereine/Organisationen tätig. Deswegen schließen wir uns dieser Forderung an! Es
132 ist auch wichtig sicherzustellen, dass das Geld auch tatsächlich bei den
133 Betroffenen ankommt und nicht in den Konten von Mosambikanischen Staatsbeamten
134 landet (siehe 1990-1992).

- 135 • Verbesserung der Studien- und Datenlage über die Anzahl der in Deutschland
136 beschäftigten Vertragsarbeiter*innen und ihre Lebenssituationen, auch in
137 Mosambik und anderen Herkunftsländern.
- 138 • Ehemalige Wohnheime sollten nach der Renovierung, ihre Vergangenheit nicht
139 verlieren und als Bestandteil der DDR-Erfahrungen sollten Tafeln, Wandgestaltung
140 an ihre ehemaligen Bewohner*innen erkennen.
- 141 • Dass eine intersektionale Erinnerungskultur, besonders an Jahres- und
142 Gedenktagen, wobei auch explizit die Perspektive der ehemaligen
143 Vertragsarbeitenden beleuchtet wird und Zeitzeug*innen verschiedener Gruppen zu
144 Wort kommen.

Antrag O06: Notstandsfonds „Wohnraum“

1 Die Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Bundesvorstand auf, sich
2 innerhalb der SPD-geführten Bundesregierung für die Einrichtung eines
3 Notstandsprogramms „Wohnraum“ einzusetzen, der sowohl die außerordentlich angespannte
4 Lage auf dem Wohn- und Mietenmarkt in deutschen Großstädten anerkennt als auch
5 adäquate Maßnahmen zur Schaffung von bezahlbarem und vor allem sozialem Wohnraum
6 bereitstellt.

7 Das Notstandsprogramm „Wohnraum“ soll dabei einem Rettungsschirm ähnlich Städten und
8 Gemeinden gesonderte finanzielle Hilfen zur Verfügung stellen, die unter Auflagen nur
9 für den sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau verwendet werden dürfen. Das
10 Notstandsprogramm steht dabei nur solchen Kommunen zur Verfügung, die nachweislich in
11 einer Lage des wohnraumtechnischen Ausnahmezustandes stehen. Dieser
12 wohnraumtechnische Ausnahmezustand muss vorab unter Berücksichtigung verschiedener
13 Parameter (Mietpreisentwicklung, Quadratmeterpreis Mietwohnungen, Anteil
14 kommunaler/gemeinwohlorientierter Wohnungsanbieter, Anteil neugeschaffener Wohnungen
15 etc.) festgelegt werden. Ziel ist hier, eine möglichst weite Erfassung zu
16 garantieren.

17 Die Finanzierung des Programms muss aus Bundesmitteln erfolgen. Den Ländern, aber
18 insbesondere den Kommunen, fehlt aufgrund der ebenfalls außerordentlich angespannten
19 Haushaltsslage der finanzielle Spielraum, die Notlage auf dem Wohnungsmarkt aus
20 eigener Kraft zu entschärfen.

21 Eine echte Verbesserung kann nur erreicht werden, wenn Kommunen in ihrer
22 Bodenvorratspolitik aktiv unterstützt werden. In der Praxis könnte vielerorts
23 Bezahlbarer Wohnraum geschaffen, wenn Kommunen in die finanzielle Situation gesetzt
24 werden, Bauland erwerben zu können. Das jedoch scheitert in der Praxis an durch die
25 Weiterreichung der Schuldenbremse prekäre Haushaltssituationen, in denen
26 Aufsichtsbehörden ihr Veto einlegen, wenn Grund und Boden zu Marktpreisen erworben
27 wird um es dann statt gewinnbringend zu erschließen, mittels Erbaupacht zur Schaffung
28 von bezahlbarem Wohnen zur Verfügung zu stellen. Der Bund kann und muss hier Abhilfe
29 schaffen.

30 Wir wollen, dass die KfW Förderprogramme auflegt, die gezielt dafür geschaffen
31 werden, dass Kommunen Bauland und Bestände zur Schaffung von bezahlbarem Wohnen
32 erwerben können. Das wäre eine Akuthilfe, die unseren unterfinanzierten Kommunen
33 Handlungsspielraum geben würden. Gleichzeitig ist klar, dass dieses Mittel vor allem
34 aber Symptombekämpfung ist. Das Problem heißt Schuldenbremse, deshalb setzen wir uns
35 klar für die Abschaffung ein!

Antrag P06: Die Welt gehört in Kinderhände! Bundesweite Standards für Qualität und Zuverlässigkeit in Kindertagesstätten.

1 Wenn die Kita krank macht

2 Über 30 Tage im Jahr - so oft sind Mitarbeiter*innen in der Kinderbetreuung und -
3 erziehung durchschnittlich krank. Tendenz steigend, wie eine Studie der Bertelsmann-
4 Stiftung im August 2024 feststellte. Der Durchschnitt aller Berufsgruppen liegt
5 hingegen bei 20 Tagen. Die zweithäufigste Ursache, nach Atemwegsinfektionen, sind
6 dabei psychische Erkrankungen, die durch den Beruf verursacht werden. Obwohl viele
7 Erzieher*innen, Sozialassistent*innen oder Therapeut*innen ihren Beruf aus
8 Überzeugung und Begeisterung gewählt haben, macht dieser Job sie krank. Viele
9 pädagogische Fachkräfte sind frustriert, weil sie durch den Personalmangel ihrer
10 eigentlichen Berufung gar nicht nachgehen können, sondern damit beschäftigt sind,
11 irgendwie den Betrieb am Laufen zu halten, ohne dass die Kinder zu Schaden kommen.
12 Über 90 % der Mitarbeiter*innen sind FINTA. Es sind also vor allem Frauen (Zahlen zu
13 TIN-Personen liegen nicht vor), die unter den desaströsen Arbeitsbedingungen in
14 dieser Branche leiden. Die übermäßige, gesundheitsgefährdende Arbeitsbelastung und
15 damit verbundene Ausfälle an Kindertagesstätten führen wiederum dazu, dass das
16 verbliebene Personal noch mehr Arbeit stemmen muss und immer öfter auch dazu, dass
17 ganze Gruppen innerhalb der Einrichtungen wegen Krankheit geschlossen werden müssen.

18 Spätestens an diesem Punkt sind auch die Eltern betroffen, die - meistens ohne
19 jeglichen Planungsvorlauf - einspringen müssen. Unter der desaströsen Personallage
20 leidet die Zuverlässigkeit der Kitas und damit auch die Planungssicherheit der
21 Eltern. Das führt nicht nur zu Stress oder abstrakten beruflichen Nachteilen, sondern
22 oft zu ganz konkreten finanziellen Einbußen. Da ein Großteil der unbezahlten Care-
23 Arbeit immer noch von FINTA geleistet wird und der Anteil von FINTA unter
24 Alleinerziehenden höher ist, leiden auch verstärkt FINTA unter den unkalkulierbaren
25 Kita-Ausfällen. Die Kita-Krise ist deshalb auch aus feministischer Perspektive ein
26 enormes Problem, weil sie letztlich zur Stärkung traditioneller Geschlechterrollen
27 beiträgt. Oft wissen sich Träger der Einrichtungen nicht mehr anders zu helfen, als
28 den Zugang zur Ganztagsbetreuung einzuschränken, die dann z.B. nur genutzt werden
29 kann, wenn beide Eltern in Vollzeit berufstätig sind.

30 Am unmittelbarsten betroffen sind aber die Kinder, die die Kindertagesstätten
31 besuchen. Der Besuch dieser Einrichtungen ist dabei mehr als nur eine reine
32 "Verwahrung" der Kinder, während die Eltern arbeiten, sondern zentraler Bestandteil
33 der frühkindlichen Bildung. Viele emotionale (z.B. Empathie, Selbstbewusstsein,
34 Bedürfnisse äußern), soziale (Kommunikation und Zusammenarbeit), kognitive
35 (Kreativität und Problemlösung), sprachliche, motorische und interkulturelle
36 Kompetenzen werden bereits im Kita-Alter erworben und legen damit den Grundstein für
37 spätere Lernerfolge. Für viele dieser Kompetenzen sind Peer-Interaktionen, also die
38 Sprachförderung in der und durch die Gruppe, notwendig, sodass sie nicht gleichermaßen
39 allein in der Familie erworben werden können. Wenn die Kita diesem Bildungsanspruch
40 nicht nachkommen kann, haben die Kinder einen erheblichen Nachteil für ihren weiteren
41 Bildungsweg. Dabei trifft auch das nicht alle Kinder gleichermaßen. Vom Mangel an
42 Kita-Plätzen sind überdurchschnittlich häufig armutsgefährdete, migrantisierte,
43 nicht-akademische und alleinerziehende Familien betroffen. Die Kita-Krise ist somit

44 auch eine Gerechtigkeitsfrage und eine zuverlässige und qualitativ angemessene
45 Versorgung mit Kita-Plätzen ist Bestandteil eines gerechten Bildungszugangs. Wenn
46 Kitas als Bildungsort begriffen werden, müssen andere qualitative Maßstäbe angelegt
47 werden, als wenn es nur um reine Betreuung der Kinder geht. Der Personalnotstand in
48 vielen Kitas steht diesem Qualitätsanspruch im Weg: Durch Stress und hohe
49 Arbeitsbelastung kommt die individuelle Förderung der Kinder zu kurz. Wenn Gruppen
50 zusammengelegt oder Betreuungsschlüssel angepasst werden, hat die Fachkraft weniger
51 Zeit für das einzelne Kind. Auch die Absenkung der Qualifikationsanforderungen an die
52 Fachkräfte wird zum Teil als Maßnahme gegen den Personalmangel gefordert. In
53 Niedersachsen wurde bereits beschlossen, dass Sozialassistent*innen unter bestimmten
54 Bedingungen die Gruppenleitung übernehmen können, was zuvor auf Erzieher*innen
55 beschränkt war. In anderen Bundesländern wird ähnliches diskutiert. Maßnahmen wie
56 diese führen zu der verbreiteten Wahrnehmung, dass Zuverlässigkeit und Qualität von
57 Kindertagesstätten im Konflikt miteinander stehen. Über akute Notsituationen hinaus
58 gedacht bedingen sich Zuverlässigkeit und Qualität jedoch gegenseitig.

59 Mit Blick auf die hier umrissenen Gruppen - Mitarbeiter*innen in Kitas, Eltern und
60 Kinder - ist die Kita-Krise ein vielschichtiges Problem, das Arbeitnehmer*innenrechte
61 und den Kampf für faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellungsfragen und
62 Bildungsgerechtigkeit miteinander verbindet. Bundesweit für gute Bedingungen in der
63 Kita zu kämpfen ist deshalb auch ein wichtiges Anliegen für uns Jusos. Ein
64 entscheidender Punkt ist dabei die Schaffung bundesweiter Standards - unter anderem
65 bei Personalführung und in der Sprachförderung. Dafür setzen wir Jusos uns ein.

66 **Mit bundesweiten Personal-Standards gegen die Kita-Krise**

67 Um der Kita-Krise zu begegnen, müssen die beiden zentralen Größen, Zuverlässigkeit
68 und Qualität, zusammengebracht werden. Bislang werden sie zu oft in einem
69 Konkurrenzverhältnis gesehen, zum Beispiel wenn vermeintliche Zuverlässigkeit durch
70 größere Gruppen oder Aufweichung von Qualifizierungsanforderungen erzielt werden
71 soll. Tatsächlich sind beide aus jungsozialistischer Perspektive nicht nur zwingend
72 notwendig, sie beeinflussen sich auch gegenseitig: Personalmangel und größere Gruppen
73 führen zu höherer Belastung, damit zu höheren Krankheitsständen und schließlich zu
74 den beschriebenen Gruppenschließungen. Zugleich führen die schlechten
75 Arbeitsbedingungen dazu, dass eine Vollzeitätigkeit in einer Kita für viele
76 Mitarbeiter*innen kaum leistbar ist und Lohnerhöhungen somit oft in
77 Arbeitszeitreduzierungen umgesetzt werden, was die Personalnot weiter verstärkt. Fast
78 die Hälfte der Mitarbeiter*innen in Kitas arbeitet in Teilzeit. Ein weiterer Effekt
79 der Arbeitsbedingungen ist, dass die Verweildauer im Beruf der Erzieher*in extrem
80 gering ist. Zwar hat seit den 2010er-Jahren eine (wenngleich nicht ausreichende)
81 Steigerung der Ausbildungskapazitäten stattgefunden, aber nach fünf Jahren hat die
82 Hälfte der Beschäftigten den Beruf wieder verlassen. Eine höhere Attraktivität des
83 Berufs ist daher notwendig, um bereits ausgebildete Fachkräfte auch zu halten oder
84 zurückzugewinnen.

85 Die Überlastung der Mitarbeiter*innen ist aber keine Überraschung. Sie ist viel zu
86 oft fester Bestandteil der Personalberechnung. Bei der Personalplanung wird in vielen
87 Kitas mit weniger als den tariflich oder vertraglich vereinbarten Urlaubstagen
88 gerechnet und auch die Krankheitstage werden niedriger geschätzt als die bekannten
89 Statistiken ausweisen. Damit wird auf dem Papier zwar eine Personaldeckung erreicht,

90 die in der Realität aber scheitern muss. Auch wenn das eine "Verzweiflungstat"
91 angesichts des Fachkräftemangels sein mag, trägt es doch zur Überlastung des
92 Personals und damit letztlich auch zum Fachkräftemangel selbst bei. Auch mittelbare
93 pädagogische Arbeit wie Elterngespräch, Vor- und Nachbereitung oder Dokumentation
94 werden nicht realistisch in die Berechnung des benötigten Personals einbezogen.

95 **Genau an dieser Stelle muss ein bundesweites Qualitätsentwicklungsgesetz ansetzen!**

96 Wir fordern deshalb **bundesweite Mindeststandards beim Kita-Personal**, die zu einer
97 realistischen Personalplanung führen sollen. Das bedeutet, dass Ausfallzeiten ebenso
98 wie der Zeitbedarf für mittelbare pädagogische Arbeit gemäß aktueller Datenlage
99 einbezogen werden müssen. Wenn Kita-Beschäftigte durchschnittlich 30 Tage im Jahr
100 krank sind, dann sollte auch mit 30 Tagen gerechnet werden und nicht mit den 20
101 Tagen, die in anderen Berufen der Durchschnitt sind. Damit ist ein erster Schritt
102 gemacht, um die Belastung der Beschäftigten zu reduzieren und gleichzeitig auch eine
103 zuverlässigere Planung für Kinder und Eltern zu gewährleisten. Damit eine
104 bedarfsgerechte Personalplanung erfolgreich umgesetzt werden kann, sollten weiterhin
105 wesentliche Aspekte wie die Qualifikation des Personals, das Recht auf Fort- und
106 Weiterbildung sowie das Recht auf Supervision berücksichtigt werden. Dabei ist
107 sicherzustellen, dass Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie insbesondere die
108 Supervision die pädagogischen Einsatzzeiten des Teams nicht in einer Weise
109 beeinträchtigen, dass die qualitative Betreuung der Kinder darunter leidet.

110 **Sprache ist der Schlüssel zur Welt**

111 **Standards müssen auch bei der Stärkung des frühkindlichen Kompetenzerwerbs gesetzt**

112 **werden.** Dabei muss vor allem ein Schwerpunkt auf alltagsintegrierte Sprachbildung
113 gesetzt werden. Schon jetzt gehört die Sprachbildung zum Auftrag von Kitas, der in
114 entsprechenden Landesgesetzen geregelt ist. Zurecht: Sprache stellt einen besonders
115 wichtigen Bestandteil in der gesamtkindlichen Entwicklung dar und ist damit eine der
116 zentralen Schlüsselkompetenzen. Sprache wird in einem ganzheitlichen Sinn begriffen
117 und ist gleichermaßen ein verbal- und vorsprachliches sowie nonverbales
118 kommunikatives Ausdrucksmittel im Erst- oder Zweitspracherwerb von Kindern. Besonders
119 die Jahre, in denen Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, sind *der*
120 entscheidende Zeitraum für die kindliche Sprachentwicklung, die Grundlage für einen
121 gelingenden Schriftspracherwerb und damit eine zentrale Voraussetzung für den
122 Bildungserfolg und die Teilhabe an unserer Gesellschaft.

123 Repräsentative Elternbefragungen wie NEPS oder AID:A haben erhoben, dass bei etwa
124 jedem 5. Kind in der Altersgruppe der 5-jährigen in Deutschland ein
125 Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Unterschiede nach Familiensprache,
126 Migrationshintergrund, Geschlecht und Schulabschluss der Eltern sind deutlich
127 erkennbar. Auch bei über 20% derjenigen Kinder, die zu Hause überwiegend Deutsch
128 sprechen, wurde ebenfalls eine verzögerte Sprachentwicklung festgestellt. Dies ist
129 gesamtgesellschaftlich eine Herausforderung, da es einen Großteil der Kinder
130 unabhängig von bspw. Mehrsprachigkeit betrifft. Trotzdem erfordert die Sprachbildung
131 und -förderung mehrsprachig aufwachsender Kinder spezifische Handlungskompetenzen von
132 Seiten der Fachkräfte, weshalb diese Kinder bis heute oft durchs Raster fallen,
133 anstatt die Potentiale der Kinder zu nutzen.

134 Aufgrund des weiterhin bestehenden akuten Personalmangels in frühkindlichen
135 Bildungseinrichtungen und den daraus resultierenden fehlenden zeitlichen Ressourcen

136 können viele pädagogischen Fachkräfte dem gesetzlichen Auftrag und dem Bedarf der
137 Kinder an Sprachbildung/ -förderung nicht gerecht werden. Um bestehende
138 Qualifizierungslücken des regulären Kita-Personals im Bereich Sprachbildung und -
139 förderung zu schließen, sollten verpflichtende Fort- und Weiterbildungen eingeführt
140 werden. Auf diese Weise kann eine umfassende und qualitativ hochwertige
141 sprachpädagogische Betreuung der Kinder nachhaltig sichergestellt werden.

142 Das von 2016 bis 2023 bestehende Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der
143 Schlüssel zur Welt ist“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und
144 Jugend hat alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der
145 Kindertagesbetreuung gefördert. Bundesweit war etwa jede 10. Kita eine sogenannte
146 Sprach-Kita, in der eine zusätzliche Fachkraft (meist pädagogische Fachkräfte oder
147 Sprachtherapeut*innen) mit halber Stelle durch das Bundesministerium gefördert wurde.
148 Das Bundesprogramm war zwar ein guter Schritt in die richtige Richtung, konnte
149 langfristig aber nicht die bestehenden Probleme lösen: zum einen, weil der Anteil der
150 geförderten Einrichtungen zu gering war, um ein flächendeckendes Angebot für alle
151 Kinder zu gewährleisten, zum anderen, weil die Förderung projektbasiert war und damit
152 mit befristeten Stellen einherging und diese somit für qualifizierte Fachkräfte
153 unattraktiver wurden. Seit dem Auslaufen des Programms im Juni 2023 sind die
154 Bundesländer in der Verantwortung, die Projektstellen in ein Regelangebot zu
155 überführen. In dem zurückliegenden Jahr hat sich jedoch vielerorts ein Rückschritt
156 bei der alltagsintegrierten Sprachbildung gezeigt, keinesfalls jedoch ein
157 substanzieller Fortschritt. Statt eines bloßen Erhalts der bestehenden Sprach-Kitas
158 bräuchte es nämlich eine flächendeckende Ausweitung des Angebots.

159 **Wir fordern deshalb als bundesweite Mindeststandards:**

- 160 • dass pro Kindertageseinrichtung zusätzlich zu den pädagogischen Fachkräften
161 mindestens eine qualifizierte Sprachförderkraft eingestellt werden muss.
- 162 • dass diese Sprachförderkräfte unbefristet und projektunabhängig eingestellt
163 werden.
- 164 • dass projektunabhängige Fördermittel für die Sprachförderung in der
165 frühkindlichen Bildung geschaffen werden, um flächendeckend Stellen zu
166 finanzieren
- 167 • dass der Grundbedarf an Erzieher*innen-Stellen durch einen angemessenen und
168 realistischen Stellenplan gedeckt wird. (Unter Berücksichtigung realistischer
169 Krankheitstage, Teilzeit, etc.), so dass sich weitere Fachkräfte auch auf ihre
170 tatsächliche Aufgabe und nicht auf die Unterstützung bei Krankheitsausfällen
171 konzentrieren können
- 172 • dass jede Einrichtung zunächst mindestens 20 Wochenstunden für die
173 Sprachbildung, unabhängig von der Kinderzahl erhält. Dies stellt sicher, dass
174 selbst kleinere Einrichtungen ausreichend Zeit für die Sprachförderung einplanen
175 können. Mit der Steigerung der Gruppengrößen bzw. Gruppenanzahl muss auch die
176 Stundenzahl der Sprachförderkräfte entsprechend stufenweise steigen, sodass der
177 Größe der KiTa Rechnung getragen wird. Ein entsprechender Betreuungsschlüssel
178 muss von einer Kommission bestehend aus Vertreter*innen aus Politik, Praxis und
179 Wissenschaft erarbeitet werden. Kleinere Kommunen haben die Möglichkeit, sich
180 zusammenzuschließen, sodass eine Sprachförderkraft für bis zu zwei Einrichtungen

181 entsprechend des genannten Betreuungsschlüssels zuständig sein kann.

182 **Die Aufgaben der Sprachförderkräfte sollen dabei vor allem sein:**

- 183 • Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte bei der Beobachtung und Dokumentation
184 der sprachlichen Kompetenzen
- 185 • Feststellung besonderer Sprachförderbedarfe und ggf. Unterstützung bei der Suche
186 von gezielten Förder- oder Therapiemaßnahmen
- 187 • Angebote zur alltagsintegrierten Sprachbildung (mit-)entwickeln sowie gezielte
188 und individuelle Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit besonderem
189 Sprachförderbedarf durchführen
- 190 • Beratung und Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte
- 191 • Zusammenarbeit mit Familien, Schulen sowie Ärzt*innen und Sprachtherapeut*innen

192 **Qualifikation und Arbeitsweise:**

193 Neben der pädagogischen Kompetenz der Sprachförderkräfte muss bei der Einstellung vor
194 allem auch auf die Qualifikation im Bereich Sprachförderung/-bildung geachtet werden.
195 Es gibt mittlerweile ein sehr breites Spektrum an Ausbildungen und Studiengängen in
196 diesem Fachbereich, die teilweise nicht allen Bundesländern angeboten werden. Deshalb
197 ist eine bundesweite Harmonisierung beim Zugang zu den Sprachförderstellen notwendig,
198 um den durchaus qualifizierten Fachkräften die Arbeit zu ermöglichen. Stattdessen
199 führt die aktuelle Situation zur zusätzlichen Verknappung, obwohl schon ein akuter
200 Fachkräftemangel besteht.

201 Deshalb muss eine bundesweite Angleichung der fachlichen Anforderungen an
202 Sprachförderkräfte über die KMK erfolgen. Unter anderem aus dem Bedarf der
203 Sprachförderung ergibt sich die Notwendigkeit multiprofessioneller Teams in
204 Kindertageseinrichtungen. Die Sprachförderkräfte sind dabei ein Schritt in diese
205 Richtung. Ziel muss es sein, umfassende multiprofessionelle Teams zu bilden, um den
206 wachsenden Anforderungen in Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden.

207 **Sinnvoll, machbar und realisierbar - Vollakademisierung der Logopädie jetzt**

208 Ein Großteil der qualifizierten Sprachförderkräfte sind Logopäd*innen und
209 Sprachtherapeut*innen. Nach aktuell geltendem Berufsgesetz ist die Zulassung zu den
210 sogenannten additiven Studiengängen im Bereich der Logopädie nur mit dem Abschluss
211 einer logopädischen Berufsfachschule möglich. Konkret bedeutet dies, dass zusätzlich
212 zu den drei Jahren Ausbildung noch je nach Studiengang und Modell (Teilzeit-
213 /Vollzeit) weitere 1,5 bis 3,5 Jahre Studium hinzukommen.

214 Eine seit 2009 bestehende Modellklausel (§ 11) im aus den 80er-Jahren stammenden
215 „Gesetz über den Beruf des Logopäden“ (LogopG) erlaubt erstmals Modellstudiengänge
216 mit einer direkten hochschulischen Ausbildung als staatlich anerkannte*r Logopäd*in.
217 In 7 bis 8 Semestern erhalten die Absolvent*innen die Berechtigung, die
218 Berufsbezeichnung Logopäd*in zu tragen. In den Jahren 2014-2020 erfolgten
219 Evaluationen dieser Modellstudiengänge, die eindeutig belegten, dass aufgrund der
220 gestiegenen Anforderungen die bestmögliche Patient*innenversorgung nur durch eine
221 hochschulische Qualifikation der Therapeut*innen gewährleistet werden kann.

222 Auch eine vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und der Bund-Länder-
223 Arbeitsgemeinschaft (BL-AG) „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ empfohlene Prüfung
224 der Vollakademisierung der Logopädie ergab, dass die Akademisierung der Logopädie als

225 machbar und notwendig angesehen wird (2. Evaluationsbericht des BMG vom 22.10.2021).
226 Die Modellklausel läuft allerdings nach bereits zweifacher Verlängerung am 31.12.2024
227 aus. Trotz der Stimmen aus den Berufsverbänden und auch von bspw. Gesundheitsminister
228 Karl Lauterbach, die die Akademisierung befürworten, ist eine konkrete dauerhafte
229 Lösung aktuell noch nicht in Sicht. Die endgültige Entscheidung wird seit Jahren
230 vertagt.

231 **Deshalb fordern wir:**

- 232 • dass sich die SPD-Bundestagsfraktion und das Bundesministerium für Gesundheit
233 für die bereits angekündigte Vollakademisierung der Logopädie aktiv einsetzen
234 und somit für eine akademische Erstqualifikation als grundständige Ausbildung;
- 235 • spätestens mit Ablauf der Modellklausel Ende 2024 (§ 11 LogopG) zum einen die
236 Modellstudiengänge in reguläre Studiengänge zu überführen und zum anderen
237 bundesweit die Logopädieausbildung in eine hochschulische Ausbildung
238 umzuwandeln;
- 239 • dass geprüft werden soll, ob und wie die Akademisierung der Logopädie mit der
240 Schaffung von Direktzugängen zu Therapieleistungen einhergehen kann, sodass
241 zukünftig nicht immer eine ärztliche Verordnung nötig sein müsste.

242 Ziel muss es auch in der Logopädie sein, dem Fachkräftebedarf langfristig
243 entgegenzuwirken und junge Menschen für die Therapieberufe zu gewinnen. Zu wenige
244 entscheiden sich für das Berufsfeld Logopädie/Sprachtherapie, aber vor allem, wer es
245 doch tut, verlässt die praktisch-therapeutische Arbeit nach wenigen Jahren. Das
246 Ergebnis: Es wird immer schwieriger, die Versorgung und Unterstützung für die
247 Menschen, die sie brauchen, abzusichern. Das betrifft auch die alltagsintegrierte
248 Sprachbildung sowie zusätzliche therapeutische Angebote in Kitas. Die hochschulische
249 Ausbildung eröffnet neue und weitere berufliche Perspektiven und wertet damit die
250 therapeutischen Berufe auf. Außerdem besteht die langfristige Perspektive, dass
251 dadurch die von der Krankenkasse gezahlten Sätze deutlich angehoben werden könnten.
252 Von der Lehre über die therapeutische Arbeit mit Patient*innen bis hin zur Karriere
253 in der Forschung erweitert die Vollakademisierung die Möglichkeiten beruflicher
254 Entwicklung. Die bisherigen Praxisanteile der Ausbildung würden dabei aber nicht
255 verloren gehen. Die hochschulische Ausbildung in den Therapieberufen umfasst sowohl
256 fachpraktische als auch wissenschaftlich-fachliche Anteile.

257 Im europäischen Vergleich ist Deutschland das einzige Land, in dem nebeneinander
258 berufsfachschulisch und hochschulisch ausgebildet wird. Bereits 2013 waren in 30 von
259 31 Ländern der Bachelor- bzw. Masterabschluss die Voraussetzung zur Berufsausübung in
260 der Logopädie. Deutschland bildet bis heute die einzige Ausnahme.

261 Wenn man genau hinschaut, hat auch in Deutschland der Übergang von einer
262 berufsfachschulischen in die hochschulische Ausbildung schon längst begonnen: 90% der
263 Bewerber*innen für eine Ausbildung verfügen über eine Hochschulzugangsberechtigung.
264 80% der Lehrenden an den Berufsfachschulen sind hochschulisch qualifiziert. 80% der
265 Berufsfachschulen kooperieren bereits mit einer Hochschule. 57 Studiengänge gibt es
266 allein im Bereich Logopädie/Sprachtherapie. Was aber fehlt, ist eine Perspektive.
267 Eine Perspektive für die Modellstudiengänge und die Berufsfachschulen, eine
268 Perspektive für die Bewerber*innen und Therapeut*innen, aber vor allem eine
269 Perspektive für das Berufsfeld Logopädie/Sprachtherapie. **Deshalb brauchen wir eine**

270 einheitlich gestaltete, ausschließlich hochschulische Qualifikation in der Logopädie
271 – Vollakademisierung jetzt!

Antrag P09: Mentale Gesundheit ist kein Luxus - Psychotherapie im Late Stage Kapitalismus auf den neuesten Stand bringen

1 In unserer kapitalistischen Gesellschaft wird der Wert eines Menschen oft an seiner
2 Leistung gemessen. Schon von Kindesbeinen an wird uns eingetrichtert, dass wir
3 ständig mehr erreichen, bessere Noten erzielen und uns unermüdlich beweisen müssen.
4 Dieser allgegenwärtige Leistungsdruck führt zu enormem Stress und psychischen
5 Belastungen, die sich durch die Schulzeit, das Studium oder die Ausbildung bis ins
6 Berufsleben ziehen. Der Kapitalismus verlangt, dass wir immer mehr und länger
7 arbeiten, während der finanzielle Gewinn in die Taschen der wenigen fließt, nicht der
8 arbeitenden Massen. Alles auf unserer To-Do-Liste, ob Überstunden oder ein
9 Kindergeburtstag, wird zur Last. Die ständige Erreichbarkeit durch E-Mails und
10 Smartphones verstärkt diesen Druck, der nicht nur aus der Arbeit, sondern aus der
11 gesamten kapitalistischen Struktur erwächst.

12 Egal wie effizient man heute ist, morgen wird noch mehr verlangt. Burnout und
13 Depression sind häufig die Folge dieses unerbittlichen Stresses. Ein Teufelskreis
14 entsteht, denn psychische Erkrankungen der Eltern erhöhen das Risiko für ihre Kinder,
15 ebenfalls zu erkranken. Anstatt zu erkennen, dass das System selbst Menschen an die
16 Grenzen ihrer Belastbarkeit treibt, bleibt die Zahl der Psychotherapeut*innen, die
17 mit den Krankenkassen abrechnen können, begrenzt. Die halbherzige Reform des
18 Psychotherapiegesetzes von 2017 hat versagt: Zwar gibt es schnellere Erstgespräche,
19 doch auf einen Therapieplatz warten Betroffene oft Monate oder gar ein Jahr. Diese
20 Wartezeiten führen zur Resignation und dazu, dass viele trotz akuter Not die Suche
21 aufgeben.

22 Deshalb fordern wir entschlossen:

- 23 • Die Suche nach einem Therapieplatz stellt vor allem für finanziell und sozial
24 benachteiligte Menschen eine enorme Herausforderung dar. Neben der Einrichtung
25 von mehr Kassensitzen sollte die staatliche Gesundheitsversorgung darauf
26 hinarbeiten, psychosoziale Zentren zu fördern, die Menschen in prekären
27 Situationen, darunter Geflüchtete und wohnungslose Menschen, kostenfreien Zugang
28 zu Beratung und Therapie bieten. In sehr schwierigen Lebenssituationen suchen
29 Menschen oft Monate nach einem Therapieplatz und erhalten nicht die notwendige
30 Unterstützung. Diese zusätzliche Hürde belastet Menschen, die ohnehin unter
31 hoher psychischer Belastung leiden. Hausärztinnen und Krankenkassen sollen nicht
32 nur Listen mit Kontaktdaten von Psychotherapeutinnen mit freien Kapazitäten
33 bereithalten, sondern auch in mehreren Sprachen und kultursensibel informieren.
34 Alle Informationen zur Therapieplatzsuche und zu psychosozialen Angeboten sollen
35 mehrsprachig und leicht verständlich bereitgestellt werden.“
- 36 • Ausbau der Studienplätze und Übergangsquoten:
37 Die Anzahl der klinischen Master-Studienplätze muss mindestens 70 % der
38 Bachelor-Studienplätzen entsprechen, um eine ausreichende Anschlussmöglichkeit
39 sicherzustellen.
- 40 • Verbesserung der praktischen Ausbildung:
41 Psychiatrische Kliniken sollen dazu verpflichtet werden, psychologische Pflicht-
42 Praktikant*innen aufzunehmen, um die praktische Ausbildung im Studium zu
43 gewährleisten. Die Anzahl der anzubietenden Praktikumsplätze soll dabei in

44 Abhängigkeit von der Anzahl der angestellten Psychotherapeut*innen in der
45 jeweiligen Klinik festgelegt werden.

- 46 • Garantie für Ausbildungsplätze und Ausbildungsfinanzierung:
47 Absolvent*innen eines klinischen Psychologie-Masters muss ein Ausbildungsplatz
48 zur psychologischen Psychotherapeut*in garantiert werden, damit ein
49 reibungsloser Übergang in die Weiterbildung möglich ist. Die Anzahl der
50 Ausbildungsplätze soll der Anzahl der klinischen Master-Studienplätze
51 entsprechen. Gleichzeitig fordern wir die unverzügliche Sicherstellung der
52 Ausbildungsfinanzierung, um Chancengleichheit zu gewährleisten.

53 Therapieplatzsuche erleichtern:

- 54 • Die Therapieplatzsuche ist für Betroffene eine riesige Herausforderung. In sehr
55 schwierigen Lebenssituationen suchen Menschen oft Monate nach einem
56 Therapieplatz und erhalten nicht die notwendige Unterstützung. Diese zusätzliche
57 Hürde belastet Menschen, die ohnehin unter hoher psychischer Belastung leiden.
58 Hausärzte und Krankenkassen sollen aktiv über die Möglichkeit informieren,
59 Listen mit Kontaktdaten von Psychotherapeut*innen mit freien Kapazitäten
60 bereitzustellen.

61 Anerkennung neuer Therapieformen:

- 62 • Es gibt wissenschaftlich fundierte Therapieformen, die nicht von den
63 gesetzlichen Krankenkassen anerkannt werden, wie die gleichzeitige Anwendung von
64 Tiefen- und Verhaltenstherapie oder EMDR außerhalb der strengen Richtlinien. Die
65 Kostenübernahme bei psychotherapeutischen Verfahren muss flexibler werden, um
66 neue Verfahren schneller und unbürokratischer zu übernehmen.

67 Interkulturelle Psychotherapie:

- 68 • Die interkulturelle Psychotherapie sollte in die Ausbildung von
69 Psychotherapeut*innen integriert werden. Die Bedarfsplanung für Kassenplätze
70 muss neu aufgestellt werden, damit sie der Realität entspricht und eine
71 tatsächliche Therapieplatzgarantie bietet, die sich nicht nur auf die erste
72 Sprechstunde begrenzt.

73 Bedarfsplanung und Therapieplatzgarantie:

- 74 • Es muss eine umfassende Therapieplatzgarantie geben, die nicht nur die Garantie
75 für eine erste Sprechstunde umfasst. Denn auf die Sprechstunde folgen oftmals
76 lange Wartezeiten, selbst wenn der/die erste Therapeut*in eine gute Beziehung zu
77 dem*der Behandelnden aufbauen kann.

78 Psychische Gesundheit junger Menschen:

- 79 • Die psychische Gesundheit junger Menschen ist entscheidend für ihre Zukunft und
80 die Gesellschaft. Bereits vor der COVID-19-Pandemie waren die Wartezeiten auf
81 ein ambulantes psychotherapeutisches Erstgespräch und den Beginn einer Therapie
82 lang. Die Pandemie hat die Situation drastisch verschärft. Es ist wichtig,
83 Präventionsmaßnahmen auszubauen und frühzeitigen Zugang zu ambulanten
84 psychotherapeutischen Unterstützungsangeboten zu gewährleisten. Grundsätzlich,
85 aber besonders im Bereich der Kinder- und Jugendtherapie sollte es zudem eine
86 verbesserte Finanzierung von Angehörigengesprächen geben.

87 Bedarfsgerechte Kassenplätze:

88 • Wir setzen uns dafür ein, dass eine neu eingesetzte interdisziplinäre Kommission
89 die Bedarfe an psychotherapeutischen Kassenplätzen regelmäßig im Abstand von
90 fünf Jahren evaluiert, um eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte
91 Versorgung sicherzustellen. In der Bedarfsplanung der Kassenplätze muss jedoch
92 auch besonders auf eine stabile Abdeckung der ländlichen Räume geachtet werden.

93 Kostenreduktion für Kassensitze:

94 • Die Kosten für die Übernahme eines psychotherapeutischen Kassenplatzes müssen
95 drastisch gesenkt werden, um den Einstieg in die ambulante Versorgung zu
96 erleichtern. Hierfür fordern wir zudem, das Rückzugrecht der
97 Kassensitzhalter*innen einzuschränken, um eine gerechtere Verteilung der
98 Kassenplätze zu ermöglichen.

99 Zugang zu psychotherapeutischen Behandlungen für alle gewährleisten:

100 • Der Zugang zu guter medizinischer Versorgung ist eine der zentralen sozialen
101 Fragen unserer Zeit. Immer mehr Menschen in Deutschland leiden unter psychischen
102 Erkrankungen. Wir müssen die gesellschaftliche Stigmatisierung überwinden und
103 den Zugang zu therapeutischen Behandlungen für alle gewährleisten. Jeder muss
104 Zugang zu psychotherapeutischen Behandlungen haben. Dafür setzen wir uns ein,
105 die Verhältniszahlen zu senken und das Kostenerstattungsverfahren zu
106 erleichtern, um die Schaffung von Kassensitzen voranzutreiben. Wir fordern die
107 finanzielle Unterstützung und den Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote
108 speziell für Frauen, die auf ihren Alltag zugeschnittene und kurzfristig
109 verfügbare psychologische Hilfe benötigen. Diese Angebote sollen gerade Frauen
110 ohne finanzielle Absicherung oder Krankenversicherung zugänglich sein, z.B.
111 durch kostenlose Beratungsstunden und anonymisierte Erstberatungen.
112 Psychotherapeutinnen sollen mehr gesetzlich Versicherten zur Verfügung stehen und verstärkt für
113 Schülerinnen, Auszubildende und Studierende als Anlaufstellen dienen. Kurzzeittherapien in
114 Privatpraxen sollen von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden. Insbesondere im
115 ländlichen Raum ist ein Ausbau der stationären Behandlung notwendig, um die Versorgung zu
116 verbessern. Mit einem bundesweiten
117 Register für Therapieplätze wollen wir mehr Transparenz schaffen. Außerdem ist
118 es uns ein Anliegen, in sämtlichen Bereichen auch aus der intersektionalen
119 Perspektive auf die Gegebenheiten zu schauen. Besonders für die Forschung sehen
120 wir die Notwendigkeit eines stärkeren Fokus. Wir fordern eine bundesweite
121 Aufklärungskampagne durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, um
122 das Bewusstsein für psychische Gesundheit zu fördern. Unterstützt werden soll
123 dies durch eine diskriminierungssensible Ausbildung und Praxis, die
124 Antirassismus, Feminismus, Antibleismus und Antiklassismus mit einbezieht. Auch
weiterhin steht für uns die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin ganz oben auf
der Tagesordnung sowie die umfassende Reform des Gesundheitssystems. Langfristig
kann nur eine ganzheitliche Reform Ungerechtigkeiten bekämpfen und die
Gesundheitsversorgung in Deutschland fairer gestalten

Antrag U06: Fischerei im Gleichgewicht: Nachhaltiger Kurs für Nord- und Ostsee

1 Der Nord- und Ostsee geht es schlecht. Ebenso geht es der Fischerei in der Nord-
2 und Ostsee, die zusätzlich zur immer notwendigeren Transformation zu
3 klimaneutralem und umweltschonendem Fischfang mit geringen Fangquoten und
4 schlechten Fischbeständen zu kämpfen haben.

5 **Aktuelle Lage der Fischerei in der Nord- und Ostsee**

6 Bei den Arten der Fischerei in Nord- und Ostsee muss differenziert werden
7 zwischen der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei, die größtenteils an der
8 Ostseeküste und teilweise in der Nordsee stattfindet und der großen
9 Hochseefischerei, die primär in der Nordsee stattfindet.

10 Vor allem bei der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ist der Trend in den
11 letzten Jahren zunehmend negativ. So sank die Zahl der Beschäftigten dort von
12 noch 1.845 Beschäftigten im Jahr 2021 auf 1.682 im Jahr 2023[1]. Hier geht auch
13 die Zahl der Schiffe kontinuierlich zurück. Für Neubauten ist das Risiko der
14 Investition bei sinkenden Quoten oft zu hoch. Somit ist auch das Alter der
15 Schiffe hier oft sehr hoch und die Antriebsarten somit selten auf einem modernen
16 nachhaltigen Stand.

17 Insgesamt haben es die Fischer*innen hier aktuell sehr schwer. Geringe
18 Fangquoten für den Dorsch und Hering in der Ostsee und den Nordseekabeljau in
19 der Nordsee und der im Zuge des Angriffskrieges von Russland gegen die Ukraine
20 gestiegenen Treibstoffkosten belasten diesen Teil der Fischerei sehr. Vor allem
21 kleineren Familienbetrieben im Haupterwerb droht hier die Aufgabe oder der
22 Wechsel in das Nebengewerbe.

23 Vor allem den Küstenfischer*innen kommt auch eine wichtige kulturelle Bedeutung
24 vor Ort zu. Ein Wegfall dieser Betriebe würde zur Schließung von Hafenanlagen
25 führen und hätte damit direkte und indirekte Auswirkungen auf andere Bereiche,
26 wie z.B. den Tourismus.

27 Bei der großen Hochseefischerei sieht das etwas anders auch. Hier sank die Zahl
28 der Beschäftigten von 2021 auf 2022 zwar, konnte aber von 2022 auf 2023 wieder
29 leicht ansteigen. Auch die Zahl der Schiffe ist hier stabil bzw. stieg in den
30 letzten Jahren sogar etwas an. Im Gegensatz zu den Schiffen der kleinen Hochsee-
31 und der Küstenfischerei sind die hier benutzten Trawler deutlich moderner.
32 Probleme liegen hier aktuell viel bei den Folgen des Brexits. Da im Zuge der
33 Brexit-Verhandlungen Quoten gesenkt werden mussten. Allgemein gilt die große
34 Hochseefischerei aber als profitabel und ist aufgrund von größeren Fangmengen
35 und einen hohen Anteil an größeren Betrieben anstatt an mittleren und kleinen
36 Familienbetrieben, deutlich krisenresilienter.

37 **Der aktuelle Zustand der Ökosysteme Nord- und Ostsee**

38 Seit Beginn der Industrialisierung haben sich die Zustände der Meere weltweit
39 drastisch verändert, ohne dass viel für eine nachhaltige Entwicklung getan
40 wurde. So hat sich auch der Zustand der Nord- und Ostsee in dieser Zeit stark
41 verändert. Eine vor allem bis zur Jahrtausendwende starke Überfischung, ein
42 Anstieg des Meeresspiegels, der die Küsten stark verändert und eine allgemeine

43 Erwärmung und Versauerung zeigen starke Auswirkungen, auf die beiden Ökosysteme.
44 Gesunde Meere sind für einen gesunden Planeten jedoch notwendig. Auch für die
45 Fischerei sind gesunde Meere notwendig. Deshalb ist eine nachhaltige
46 Bewirtschaftung zwar eine Herausforderung für Politik und die Fischerei, aber
47 auch alternativlos, bis auf einen kompletten Stopp der Bewirtschaftung.

48 Der Zustand der Nord- und Ostsee wird aber nicht nur durch die Fischerei und der
49 allgemeinen Klimaerwärmung beeinflusst. Belastung mit zu vielen Nährstoffen
50 durch Überdüngung im Zuge einer intensiven Landwirtschaft sorgen für große
51 sauerstoffarme Totzonen in beiden Gewässern. Zwar ist die Meeresverschmutzung
52 durch Anrainerstaaten in den letzten Jahren etwas zurückgegangen. Trotzdem
53 befindet sich in den Gewässern noch zu viel Müll von Altlasten, die diesen
54 komplexen Ökosystemen zusetzen. Deshalb ist für eine nachhaltige Bewirtschaftung
55 der Nord- und Ostsee auch eine nachhaltige Bewirtschaftung von weiteren
56 Akteur*innen, wie den Landwirt*innen, notwendig.

57 Kelpwälder bieten wichtigen Lebensraum und Schutz für kommerzielle Fischarten und vor
58 allem Jungfische und binden sehr effektiv Kohlendioxid aus der Atmosphäre sowie
59 übermäßige Nährstoffe aus dem Meereswasser. Sie kommen in Nord- und Ostsee nur noch
60 begrenzt vor und sind auf felsige Küstenabschnitte beschränkt, wobei ausgedehnte
61 Kelpwälder aufgrund des brackigen Wassers in der Ostsee natürlich seltener vorkommen.
62 Die Bestände unterliegen erheblichen Veränderungen durch den Klimawandel sowie durch
63 die große Hochseefischerei, da diese zu Zunahme von natürlichen Fressfeinde des Tangs
64 führen. Der Verlust von Tangwäldern schadet auch der Küstenfischerei, da es ohne
65 diesen Lebensraum weniger Fische gibt."

66 Ein großer Teil der Verschmutzung in Nord- und Ostsee machen sogenannte Geisternetze
67 aus. Fischnetze, die sich am Meeresboden verhakt haben und nicht mehr gelöst werden
68 konnten oder alte und/oder kaputte Netze die unsachgemäß in den Gewässern entsorgt
69 wurden. Diese Geisternetze fischen teilweise jedoch unendlich weiter, da sich Fische
70 trotzdem darin verlieren. Auch für weitere Tierarten wie Robben oder
71 Meeresschildkröten können Geisternetze zum Verhängnis werden. Nach langer Zeit
72 zerreiben die Netze zu Mikroplastik, was zusätzlich die Meere belastet. Hierbei
73 können Fischer*innen bei der Beseitigung des Problems helfen. In Kooperation mit
74 Tauchteams können einige Fischer*innen diese Geisternetze beseitigen. Hierfür braucht
75 es Unterstützung und Erprobungen von richtigen Techniken, um entfernbare Geisternetze
76 effizient zu erkennen und schlussendlich auch zu entfernen.

77 Insbesondere die Ostsee als Binnenmeer hat wenig Durchmischung der Wassermassen,
78 wodurch sich die in diese eingebrachten Schadstoffe- und Düngemittel kaum
79 durchmischen. Auch in der Nordsee als marines Ökosystem ist keine klare Abgrenzung an
80 nationalen Grenzen möglich. Fischis halten halt nicht an Zollgrenzen.

81 Dementsprechend ist eine mögliche Renaturierung und ein Erhalt des Fischbestandes
82 sowie eine umweltschonende Bewirtschaftung der Ost-Nordsee nur möglich, wenn sich
83 alle an die Ost-/Nordsee angrenzenden Staaten an einer nachhaltigen
84 Fischereiwirtschaft beteiligen.

85 Ein großer Teil der Verschmutzung in Nord- und Ostsee machen sogenannte Geisternetze
86 aus. Fischnetze, die sich am Meeresboden verhakt haben und nicht mehr gelöst werden
87 konnten oder alte und/oder kaputte Netze die unsachgemäß in den Gewässern entsorgt
88 wurden. Diese Geisternetze fischen teilweise jedoch unendlich weiter, da sich Fische

89 trotzdem darin verlieren. Auch für weitere Tierarten wie Robben oder
90 Meeresschildkröten können Geisternetze zum Verhängnis werden. Zudem zersetzen sich
91 die Netze in Mikro- und Nanoplastik, was zusätzlich die Meere belastet. Hierbei können
92 Fischer*innen bei der Beseitigung des Problems helfen. In Kooperation mit Tauchteams
93 können einige Fischer*innen diese Geisternetze beseitigen. Hierfür braucht es
94 Unterstützung und Erprobungen von richtigen Techniken, um entfernbare Geisternetze
95 effizient zu erkennen und schlussendlich auch zu entfernen.

96 **Eine nachhaltige Transformation der Fischerei in Nord- und Ostsee ist notwendig!**

97 Aufgrund der schlechten Zustände von Nord- und Ostsee ist eine nachhaltige
98 Bewirtschaftung alternativlos, sofern ein kompletter Stopp der Bewirtschaftung
99 keine Option ist. Da die Fischereibranche nicht allein für diese Zustände
100 verantwortlich ist und vor allem die Küstenfischerei in den Küstenregionen einen
101 enormen kulturellen und strukturellen Einfluss auf die Lebensweise vor Ort hat,
102 ist ein komplettes Stilllegen der Küstenfischerei für uns keine Option und muss
103 daher von staatlicher Seite unterstützt werden. Auch die krisenfestere und
104 aktuell profitablere Hochseefischerei muss bei der Transformation mitgedacht
105 werden und vor allem die kleine Hochseefischerei wie auch die Küstenfischerei
106 von staatlicher Seite unterstützt werden. Bei der großen Hochseefischerei sehen
107 wir eher einen Bedarf an strengen Kontrollen und Regulierungen, um die
108 Klimaziele umzusetzen, Umweltschäden zu vermeiden und wieder intakte Ökosysteme für
109 eine nachhaltige
110 Bewirtschaftung zu schaffen. Der Weg hin zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung,
111 durch eine klimaschonende Transformation der Branche, ist dabei zwar eine große
112 Herausforderung, kann aber auch eine Chance sein, den oft geforderten und
113 dringend benötigten sozial-verträglichen Klimaschutz umzusetzen.

114 Klar ist aber, dass eine solche Transformation gemeinsam mit den Fischer*innen
115 geschehen muss. Die sich schnell verschärfenden Probleme in der Nord- und Ostsee
116 zwingen uns aber, dass diese Transformation zügig stattfinden muss. Dies ist aus
117 einer Klimaperspektive notwendig, aber auch aus wirtschaftlicher Sicht für die
118 Fischer*innen, deren wirtschaftliche Grundlage direkt mit dem Zustand des
119 jeweils befischten Gewässers und der Nachhaltigkeit der Befischung
120 zusammenhängt. Deshalb ist auch klar, dass eine zögerliche Transformation nicht
121 möglich ist und daher das Stilllegen von Betrieben, welche diese Transformation
122 nicht umsetzen wollen, unvermeidbar ist. So ehrlich müssen wir sein.

123 **Was es jetzt braucht für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Nord- und Ostsee.**

- 124 • Insgesamt müssen die Projekte und Förderungen weg von Notmaßnahmen hin zu
125 Maßnahmen, die Zukunftsperspektiven schaffen. Hierfür braucht es:
- 126 • Investitionen in die Fischerei zur Unterstützung für die Umstellung auf
127 klimaschonendere Antriebsarten
- 128 • Ausweitung der Förderung für Forschung an beifangarmen Fischnetzen
- 129 • Finanzielle Unterstützung beim Kauf von beifangarmen und nachhaltigen
130 Netzen sowie zur umweltgerechten Beseitigung und Entsorgung von Geisternetzen
- 131 • Finanzielle und strategische Unterstützung soll ausschließlich der kleinen
132 Hochsee- und Küstenfischerei anstatt großen krisenfesten Betrieben aus der
133 Massenfischerei zu Gute kommen

- 134 • Erstellung von nachhaltigen Bewirtschaftungsplänen möglichst mit
135 langfristig planbaren Fangquoten und Schonzeiten unterstützt durch ein
136 breites Monitoring der Bestände unter Einbeziehung der klimatischen
137 Veränderungen
- 138 • Management- und Bewirtschaftungspläne sollen eng mit den Anrainerstaaten
139 abgestimmt werden
- 140 • Meeresschutzgebiete mit Verbotszonen vor allem in Laichgebieten sollen
141 ausgeweitet werden, sodass eine kontrollierte Erholung der Bestände
142 gewährleistet werden kann
- 143 • Anpassung der Fischerei an neue Fischarten, die im Zuge des Klimawandels
144 in der Nord- und Ostsee fangbar werden
- 145 • Entwicklung von alternativen und nachhaltigen Formen der marinen
146 Ressourcennutzung, vor allem der Kultivierung und Bewirtschaftung von Algen für
147 verschiedene Anwendungen in Lebensmitteln, Gesundheitsprodukten und Bioplastik.
148 Hierzu sollen Ausbildungsprogramme und Umschulungsangebote für Fischer*innen
149 geschaffen werden, um Fachkräfte für die Algenwirtschaft zu qualifizieren
- 150 • Mittelfristig soll die traditionelle Küstenfischerei zum immateriellen
151 Kulturerbe erklärt werden.
- 152 • Es sollen Perspektiven geschaffen werden, um eine derartige starke Einschränkung
153 der Hochsee- und Küstenfischerei in allen an der Ost-/Nordseestaaten zu
154 ermöglichen.

155 Wenn sich Betriebe dazu entscheiden, aus dem Haupterwerb in den Nebenerwerb zu
156 gehen, sollen diese finanziell dabei unterstützt werden. Ziel soll es sein, dass
157 diesen Menschen eine Perspektive in nahen Branchen wie der Tourismusbranche oder
158 der Fischveredelung aufgezeigt wird und auch bei dieser Transformation
159 unterstützt werden. Dies kann vor allem in der Küstenfischerei durch die aktuell
160 und auch in naher Zukunft noch geringen Fangquoten dazu beitragen, dass die
161 Fischer*innen nicht zwangsläufig ihren Job ganz aufgeben müssen. Dadurch kann
162 auch der kulturelle Erhalt der handwerklichen Fischerei sichergestellt werden,
163 trotz weniger intensiver Bewirtschaftung der Meere. Bei einem Anstieg der
164 Fischerei als Nebenerwerb braucht es hier aber auch wie beim Haupterwerb strenge
165 Regelungen zu Fischquoten und Naturschutz. Damit auch dabei eine nachhaltige
166 Bewirtschaftung möglich ist, bei der am Ende auch die Fischer*innen im
167 Nebenerwerb mehr haben.

168 Um gerade in den Küstenregionen einer weiteren Überfischung entgegenzuwirken,
169 werden für die nächsten Jahre geringe Fangquoten bleiben müssen, sodass aber in
170 Zukunft die Fischbestände wieder auf ältere Niveaus zurückkommen und Fangquoten
171 perspektivisch auch wieder steigen können. Wir ziehen härtere Schonzeiten, damit
172 sich die Fischbestände schneller wieder erholen können vor, anstatt ein
173 langwieriges Fischen mit geringen Fangquoten, die wenig Perspektive für
174 Besserung liefern.

175 Um die Flotte von vor allem sehr alten Kuttern zu verkleinern, sollen die
176 Stilllegungsprämien für kleine Betriebe ausgeweitet werden, um auch denen zu
177 helfen, die keine Perspektive sehen oder doch gänzlich andere Wege einschlagen
178 wollen.

179 Die Fischer*innen sollen zudem mehr, und vor allem in den möglichen Schonzeiten,
180 in Projekte einbezogen werden, die der Säuberung der Nord- und Ostsee dienen. Es
181 sollen Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Fischer*innen in den
182 Schonzeiten Förderung erhalten, um bei Säuberungen wie von beispielsweise
183 Geisternetzen mitzuhelfen. Weiterbildungen der Fischer*innen wie die „Sea
184 Ranger“-Ausbildung sollen dafür unterstützt und ausgeweitet werden. Dabei soll
185 der Bund finanziell unterstützen, um das Programm deutlich auszuweiten und das
186 anschließende Akquirieren, Finanzieren und Abrechnen von Aufträgen in Forschung
187 und Umweltschutz ebenfalls unterstützen. Dafür kommen Genossenschaften oder
188 Vereine als potenzielle Organisator*innen infrage. Damit soll eine
189 Neuausrichtung der Berufsfischerei mit einer größeren Zukunftsperspektive
190 gewährleistet werden.

191 Damit die nachhaltige Bewirtschaftung der Nord- und Ostsee unterstützt wird,
192 braucht es auch bessere und transparente Nachhaltigkeitssiegel. Hierbei sollen
193 auf EU-Ebene einheitliche Siegel eingeführt werden, welche Transparenz für die
194 Verbraucher*innen schafft und Anreize setzt die Gewässer nachhaltig zu
195 bewirtschaften. Dies ist aber nur eine mittelfristige Maßnahme. Langfristig sollte
196 alle Ware fair und nachhaltig produziert werden und Siegel damit überflüssig machen.

Antrag U07: Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert!

1

2 Die globale Klimakrise, der rasante Biodiversitätsverlust und die enorme
3 Verschmutzung unserer Umwelt sind die größten Gefahren für das menschliche Überleben
4 auf unserem Planeten. Sie aufzuhalten ist die größte Herausforderung des 21.

5 Jahrhunderts. Wir fordern, dass diese Herausforderung endlich entsprechend angegangen
6 wird. Dafür braucht es, in unserer Art uns fortzubewegen, zu wirtschaften und zu
7 konsumieren eine Kehrtwende. Mit dieser werden weitreichende Konsequenzen für unser
8 aller Leben und Arbeiten einhergehen. Wo Individuen dadurch Problemen ausgesetzt
9 sind, muss der Staat unterstützend eingreifen und diese Probleme mindern. Die soziale
10 Komponente muss bei jeder politischen Entscheidung konsequent mitgedacht werden.

11 Wir fordern eine sozial-ökologische Transformation, der politisch höchste Priorität
12 eingeräumt wird. Dazu gehört auch, dass diejenigen zur Finanzierung der
13 Transformation herangezogen werden, die vom vorherrschenden System der Ausbeutung von
14 Natur und Mensch über die Maßen profitiert und immense Vermögen angehäuft haben. Das
15 für Deutschland vorgesehene Emissions-Budget im Pariser Klimaabkommen darf nicht
16 überschritten werden. Klimaschutz stellt für uns ein übergeordnetes Ziel unserer
17 politischen Arbeit auf allen Ebenen dar. Sozialdemokratische Gesetzgebung darf nie
18 hinter effektivem Klimaschutz zurückbleiben.

19 Von politisch fehlgeleiteten Ambitionen, wie der Schuldenbremse muss Abstand genommen
20 werden. Sie ist ein selbstgezogener Fallstrick, der, uns daran hindert, real
21 existierende, existenzielle Herausforderungen zu lösen.

22 Intergenerationelle Gerechtigkeit heißt nicht sparen in der Gegenwart, um kommenden
23 Generationen keine Schulden zu hinterlassen, sondern Investitionen in der Gegenwart
24 für die Zukunft tätigen, um für kommenden Generationen funktionierende Infrastruktur,
25 gute Bildung und soziale Absicherung zu ermöglichen!

26 Neben den künftigen Generationen, hat auch unsere Generation, unabhängig davon, wo
27 auf der Erde wir leben, das Recht, in den nächsten Jahrzehnten sozial abgesichert,
28 nicht durch immer stärkere Naturkatastrophen bedroht und frei von Versorgungsnot zu
29 leben.

30 Um dies sicherzustellen, haben wir uns der Verwirklichung der Sustainable
31 Development Goals (SDG) verschrieben. Wir sind davon überzeugt: Sozialpolitik ist
32 Klimaschutz und Klimaschutz ist Sozialpolitik. Alle SDG setzen immanent einen
33 effektiven Klimaschutz voraus und können deshalb nicht davon losgelöst betrachtet
34 oder verwirklicht werden. ²

Vor allem darf der Klimaschutz aber auch nicht nur
35 national, innerhalb der Grenzen des eigenen Landes betrachtet werden. Die
36 Klimakatastrophe ist eine globale Katastrophe und muss als eine solche bekämpft
37 werden. Insbesondere die Menschen im globalen Süden leiden unter den Folgen dieser
38 Katastrophe. Wir als Menschen, die im globalen Norden leben und die
39 Hauptverantwortlichen dieser Krise sind, müssen Verantwortung übernehmen. Wir müssen
40 anerkennen, dass insbesondere der globale Süden von den Folgen der Klimakrise
41 betroffen ist und sein wird. Unser Handeln im Rahmen des Klimaschutzes sollte daher
42 auch die Interessen des globalen Südens berücksichtigen. Das heißt, dass
43 Entwicklungshilfen nicht gekürzt, sondern ausgeweitet werden sollten und

44 wissenschaftlicher Austausch gefördert wird.

45 Auch sollte beachtet werden, dass der Klimawandel schon seit den 1970er Jahren
46 bekannt ist und erste Berichte sogar in den 1950er Jahren veröffentlicht wurden. In
47 einigen Ländern wie z.B. Kleineren Inselstaaten sind die Veränderungen schon seit
48 Jahrzehnten bemerkbar. Doch erst als der Klimawandel auch in den westlichen Ländern
49 wie Deutschland für die Menschen spürbar wurde, kam es zu einer öffentlich wirksamen
50 Bewegung für mehr Klimaschutz. Dies zeigt, dass leider immer noch postkolonialen
51 Strukturen wirken. Erst als die globale Herausforderung Klimawandel auch für Menschen
52 im globalen Norden durch z.B. mehr Extremwetterereignisse wie Dürreperioden spürbarer
53 wurde, wurden weitreichendere Maßnahmen angegangen. Diese Perspektive verdeutlicht
54 umso mehr, warum westlichen Staaten wie Deutschland in der Pflicht sind, nachhaltiges
55 Engagement für den Klimawandel schnellstmöglich umzusetzen.

56

57 Wir fordern folgende konkrete Maßnahmen:

58

59 **Energiewende und Dekarbonisierung der Wirtschaft**

60 1. Der Strommengenpfad in §4a EEG zur Erzeugung erneuerbarer Energien wird durch
61 folgende Maßnahmen sichergestellt:

- 62 • Der Ausbau von Windenergie-Anlagen an Land und auf See sowie der Photovoltaik-
63 Anlagen wird massiv vorangetrieben, um die gesetzten Erzeugungsziele für die
64 jeweiligen Erzeugungsarten einzuhalten
- 65 • Das Zwischenziel des Energie-an-Land Gesetz 1,4% der Landfläche für die
66 Windkraft zu nutzen soll auf 2025 gesetzt werden, sodass das 2% Ziel vorgezogen
67 2030 erreicht wird.
- 68 • Die Spielräume der Bundesländer zu Blockadehaltung bei der Windkraft sollen
69 geschlossen werden, indem die Öffnungsklausel für die Länder zur Festlegung von
70 Mindestabstandsflächen aus dem BauGB gestrichen wird und über eine einheitliche
71 Bundesregelung bestehende Regelungen der Länder aufgehoben werden
- 72 • Die Forschung an und Entwicklung von Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen wird
73 intensiviert. Dabei wird der Fokus auf der Ertragmaximierung zukünftiger Anlagen
74 und der Entwicklung neuer, möglichst umweltschonender Anlagen, gelegt.
- 75 • Die Forschung an Stromspeichertechnologien wird intensiviert. Dabei werden nicht
76 nur in Kooperation mit internationalen Partner*innen, die auf geographisch dafür
77 prädestiniert sind (Schweden, Österreich, Norwegen etc.) konkrete Pläne für den
78 Bau von Pumpspeicherkraftwerken gefasst. Andere Arten der Stromspeicherung, die
79 auch in Deutschland möglich sind, werden erforscht und Pilotprojekte
80 vorangetrieben.
- 81 • Planungs- und Genehmigungsverfahren werden durch die Einführung von
82 Genehmigungsfristen und die Beschränkung von Rechtsschutzmöglichkeiten innerhalb
83 des verfassungs- und europarechtlich Zulässigen beschleunigt. Wir Jusos haben
84 dazu bereits 2022 den Ausbauturbo der erneuerbaren Energien samt Abbau
85 bürokratischer Hemmnisse beschlossen.

86 2. Die Energiewende wird partizipativ gestaltet, indem:

- 87 • bei günstigen baulichen Voraussetzungen einen Anspruch für Mieter*innen-
88 gemeinschaften auf Errichtung von Mieterstrom Dachphotovoltaikanlagen geschaffen
89 wird. Dabei müssen die Regularien im EnWG verschärft werden, dass Mieterstrom
90 preislich mindestens 30% unterhalb des örtlichen Grundversorgungstarifs liegen
91 muss. Bei Neubauten sollen ebenso wie auf geeigneten Dachflächen,
92 Dachsolaranlagen verpflichtend werden.
- 93 • Für bestehende private Gebäude bis 2030 und für bestehende öffentliche Gebäude
94 bis 2050 Dachsolaranlagen verpflichtend werden. Bei der Solardachpflicht gilt
95 die Beweislastumkehr: Eigentümer*innen müssen im Zweifel nachweisen, warum sie
96 keine Anlagen installieren können.
- 97 • Zusätzlich zu Windkraft und Solarenergie mit Bioenergie, Wasserkraft und anderen
98 Technologien die Energiegewinnung eine Differenzierung und dezentrale
99 Energieversorgung vorangetrieben wird.
- 100 • Künftig Rechtsstreitigkeiten über Genehmigungsverfahren nicht mehr dazu führen,
101 dass Verfahren über viele Jahre hinweg blockiert oder komplett neu gestartet
102 werden müssen. Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland sollen also
103 deutlich beschleunigt werden.
- 104 • die Gründung von Energiegenossenschaften durch finanzielle Förderung und
105 Absicherung intensiviert wird
- 106 3. Der Netzausbau wird der Umstrukturierung der Energiegewinnung und des
107 Verbrauchs entsprechend ausgebaut:
- 108 • Insbesondere alle in Planung befindlichen HGÜ (bspw., die “Nord-Süd-Trasse”)
109 werden bis 2030 fertiggestellt.
- 110 • Weiterhin wird das Netz zügig so umgebaut, dass leistungsstarke Trassen
111 Verbrauchszentren (Industriestandorten, urbanen Ballungsräumen) und
112 Erzeugungsorte verbinden.
- 113 • Die Verteilnetze werden so verstärkt und ausgebaut, dass sie nicht durch eine
114 kontinuierlich steigende Einspeisung von Strom aus Photovoltaikdachanlagen
115 überfordert werden.
- 116 4. Eine erschwingliche Energieversorgung für Industrie und Private wird gesichert,
117 indem
- 118 • Das deutsche Merit-Order-Prinzip zur Strompreisfestsetzung führt in
119 Krisensituationen wie beispielsweise in der Gas- und Ölpreiskrise zu
120 Übergewinnen der Energieunternehmen. Die effizienteste Lösung stellt für uns die
121 Verstaatlichung der verbliebenen privaten Erzeuger dar, wie beispielsweise bei
122 Uniper bereits geschehen.
- 123 • Ein Brückenstrompreis für energieintensive Industrie- und Handwerksbetriebe
124 eingeführt wird. Dieser dient dazu, die Wirkung des kurzfristig zu erwartendem
125 Anstieg des Strompreises, abzufedern.
- 126 5. Die Vermeidung ungewollter internationaler Abhängigkeiten im Bereich der
127 Energieversorgung stellen wir sicher, in dem
- 128 • durch gezielte Förderpolitik die Produktion der nötigen Bauteile und Entwicklung
129 der Technologien nach Möglichkeit in Deutschland bzw. in die Europäische Union
130 stattfindet.

- 131 • Die Netze auch über nationale Grenzen hinweg ausgebaut werden, sodass ein
132 europäisches Stromnetz entsteht, welches durch Produktions- und
133 Speicherkapazitäten unterschiedlicher Art überall auf dem europäischen Kontinent
134 europaweit die Stromversorgung gesichert ist.

135 **Finanzierung**

136 6. Um die angestrebten Maßnahmen zu finanzieren, werden folgende Maßnahmen
137 ergriffen

- 138 • Der Finanzierung der Energiewende wird im Haushalt herausragende Bedeutung
139 beigemessen.
- 140 • Die Schuldenbremse wird abgeschafft, um den Weg für die erforderlichen
141 Investitionen freizumachen.
- 142 • Klimaschädliche Subventionen werden geprüft und wenn möglich abgeschafft und
143 stattdessen sollen die Gelder in einen zweckgebundenen Transformationsfonds
144 überführt werden.

145 **Soziale und partizipative Gestaltung**

146 7. Zur Abfederung der sozialen Härten der Transformation werden wird darüber
147 hinaus:

- 148 • Einführung eines sozialgerechten Klimageldes inklusive sozialer Staffelung.
- 149 • Kostenlose Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Umqualifizierungsmaßnahmen für
150 Menschen schaffen, die vorher in Sektoren gearbeitet haben, die durch die
151 Dekarbonisierung der Wirtschaft wegfallen.
- 152 • Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, die von der
153 Transformation betroffen sind
- 154 • Wege schaffen, die es Mitarbeitenden ermöglichen, Transformationsentscheidungen
155 in ihren Unternehmen zu beeinflussen. In diesem Sinne braucht es insbesondere
156 die Förderung von Betriebsräten.

157

158 **Hohes Ambitionsniveau aufrecht erhalten**

- 159 • Das im 2019 beschlossenen KSG vorgesehene Modell der Ressortverantwortlichkeiten
160 wird beibehalten.

Antrag U08: SackgASSE Atommüll - Altlasten der schmutzigen Atomenergie-Ära fair und generationengerecht verteilen

1 Atomkraft mag auf den ersten Blick als vermeintlich "saubere" Energiequelle
2 erscheinen, da im laufenden Betrieb keine CO₂-Emissionen entstehen. Doch dieser
3 Vorteil wird durch immense Risiken und Gefahren erkaufte. Die Sicherheitsrisiken, die
4 von Atomkraftwerken ausgehen, haben sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt –
5 sei es durch Naturkatastrophen, technische Störfälle oder menschliches Versagen.
6 Darüber hinaus bleibt die Frage der Entsorgung des radioaktiven Atommülls ungelöst,
7 wobei die Gesamtkosten für die Bevölkerung – in Form von Steuern, gesundheitlichen
8 Folgen oder Einbußen bei der Lebensqualität – oft in der Debatte keinen Platz finden.
9 Des Weiteren kritisieren wir, dass die 2017 gefundene Regelung den Energieversorgern
10 ermöglichte, sich von ihrer Verantwortung für die Endlagerung des Atommülls
11 freizukaufen - trotz jahrzehntelanger hoher Gewinne, die sie durch den Betrieb der
12 Atomkraftwerke erzielt haben. Sie sollen, falls nötig, bei zukünftiger Überschreitung
13 des Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (KENFO) mit einem größeren
14 Anteil als bisher beteiligt werden.

15 Der Atomausstieg in Deutschland ist ein Meilenstein in der Energiepolitik und ein
16 wichtiger Schritt hin zu einer bundesweiten, sicheren und nachhaltigen
17 Energieversorgung. Im Jahr 2011 wurde nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima
18 beschlossen, die Nutzung von Atomkraft bis 2022 schrittweise zu beenden. Die
19 offensichtlichen Risiken der Atomkraft und deren langfristige Folgen für Mensch und
20 Umwelt führten zu dieser richtungsweisenden Entscheidung. Dennoch wurde unter der
21 aktuellen Ampel-Regierung eine kurzzeitige Verlängerung der Laufzeiten der letzten
22 Atomkraftwerke beschlossen, um auf die Energiekrise im Zuge des russischen
23 Angriffskriegs gegen die Ukraine zu reagieren. Auch wenn diese Entscheidung auf eine
24 Notsituation zurückzuführen ist, bleibt die Nutzung der Atomkraft in vielerlei
25 Hinsicht problematisch. In Deutschland stehen wir weiterhin vor der Herausforderung,
26 ein sicheres Endlager für die nächsten Jahrtausende zu finden – sofern es so etwas
27 überhaupt jemals geben wird. Die Strahlkraft des Atommülls überdauert viele
28 Generationen, und bis heute gibt es weltweit kein Endlager, das den
29 wissenschaftlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen vollständig genügt.

30 Ein wichtiger Baustein ist deshalb die Forschung zum Umgang mit radioaktivem Müll.
31 Auch bisher noch in den Kinderschuhen steckende Technologien wie Transmutation, bei
32 denen es noch Jahrzehnte dauern könnte bis diese im großindustriellen Standard
33 angewendet werden könnten, müssen weiter verfolgt werden. Die Entwicklungszeit neuer
34 Technologien unterschreitet in der Regel die Lagerungsdauer von (hoch)radioaktivem
35 Material. Zu prüfen ist auch, inwiefern die Betriebsdauer von
36 Uranaufbereitungsanlagen verlängert werden kann, um radioaktives Material stärker zu
37 konzentrieren und damit große Mengen an Abfall deutlich ungefährlicher werden

38 Die derzeit risikoreichsten Lager befinden sich in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.
39 In den beiden ehemaligen Salzbergwerken Morsleben und Asse II lagert schwach- und
40 mittelradioaktiver Atommüll. Das bislang einzige nach Atomrecht genehmigte Endlager,
41 das stillgelegte Eisenerzbergwerk Schacht Konrad, liegt nur etwa 20 Kilometer
42 Luftlinie von Asse II entfernt und wirft Bedenken hinsichtlich der Langzeitsicherheit
43 und der möglichen Auswirkungen auf das Grundwasser auf. Die Einlagerung soll trotz

44 aller Vorbehalte voraussichtlich in den 2030er Jahren beginnen. Allein schon aufgrund
45 der aktuellen Situation in der Endlagerfrage darf Atomkraft daher in Deutschland
46 keine Rolle mehr spielen – weder als Brückentechnologie noch als vermeintliche
47 Krisenlösung.

48

49 **Zwischen(lager,) Anwohner:inneninteressen und Rückholung**

50 In der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik gab es mehrere Versuche zur
51 Endlagerung radioaktiven Abfalls. Das ehemals geplante Endlager in Gorleben ist zu
52 einem Synonym für den zivilgesellschaftlichen Protest gegen Atomkraft in Deutschland
53 geworden. Dank dieses Engagements ist der Standort Gorleben nicht über die
54 Erkundungsphase hinausgekommen. Angesichts des Kalten Krieges und der Teilung
55 Deutschlands ist es kein Zufall, dass sich die schließlich genutzten Standorte, wie
56 bereits erwähnt, in der Nähe der ehemaligen innerdeutschen Grenze befinden. Denn
57 sowohl im Osten als auch im Westen war es Absicht, dem Nachbarn den eigenen Atom Müll
58 gewissermaßen "an den Zaun zu kippen". Dabei ist vor allem die Asse II das
59 „Problemkind“.

60 Die Rückholung des radioaktiven Mülls aus der Asse ist ein bundesweites, wenn nicht
61 sogar internationales Problem, kein regionales. Die Lasten aus der zivilen Nutzung
62 der Kernenergie müssen gemeinsam und auf faire Weise bewältigt werden. Das Volumen
63 der in Asse II kontaminierten Materialien kann zurzeit nur geschätzt werden; die
64 Entsorgungskommission geht von 100.000 Kubikmetern zurückzuholenden Atom Mülls aus.
65 Ist dieser zurückgeholt, muss er zunächst konditioniert werden. „Konditionierung“
66 bezeichnet hier das Verfahren, bei dem Atom Müll in einen chemisch stabileren Zustand
67 überführt und verpackt wird. Dadurch vergrößert sich das Volumen des Abfalls. Laut
68 Entsorgungskommission ist von einem Gesamtvolumen von 200.000 Kubikmetern auszugehen,
69 das zwischengelagert werden muss. Dies entspricht etwa 100 50-Meter-Schwimmbecken
70 oder 2.000.000 Umzugskartons.

71 Entsprechend den Vorplanungen ist für das Zwischenlager eine Fläche von 30.000
72 Quadratmetern nötig, also etwa sechs Fußballfelder. Als Standort ist derzeit eine
73 flächennahe Zone in der Gemeinde Remlingen vorgesehen. Der Bau des Zwischenlagers
74 wird von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) stark priorisiert und soll im
75 Jahr 2028 fertiggestellt werden. Die Rückholung soll jedoch frühestens 2033 beginnen
76 und bis 2050 abgeschlossen sein. **Das muss schneller gehen!** Das alte Bergwerk ist
77 zunehmend instabil, es gibt seit Jahren einen erheblichen Wasserzufluss von ca. 12
78 m³/Tag und seit kurzem haben sich die Fließwege durch das Bergwerk stark verändert.
79 Keinesfalls darf der Eindruck entstehen, dass die Bergung verschleppt wird, weil eine
80 jederzeit mögliche Flutung des Bergwerks eine Bergung unmöglich machen würde.

81 Die aktuellen deutschen Zwischenlager setzen sich aus den zwölf
82 Standortzwischenlagern bei den stillgelegten Atomkraftwerken, dem Behälterlager in
83 Jülich und drei zentralen Zwischenlagern in Gorleben, Ahaus und Lubmin zusammen. Für
84 diese deutschen Zwischenlager sind die Genehmigungen auf 40 Jahre befristet. Diese
85 enden somit zwischen 2034 und 2047.

86 Nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle wird in Deutschland derweil immer
87 noch gesucht. Die Endlagerkommission geht daher von einer oberirdischen Lagerung von
88 bis zu 120 Jahren aus. Es braucht also schnellstens eine Lösung für die

89 Zwischenlager! Die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) hat ihre Planung und
90 Forschung weiterhin auf den unrealistischen Zeitraum einer sogenannten "Endlagerung"
91 in den 2050er Jahren ausgerichtet. Das muss korrigiert und an einen realistischen
92 Zeitplan angepasst werden! Das Bundesumweltministerium als übergeordnete Behörde muss
93 das Problem der Langzeit-Zwischenlagerung ohne adäquates Sicherheitskonzept
94 schnellstmöglich beheben.

95 Bei der Rückholung des Atommülls aus der Asse ist – im Gegensatz zum Bau des
96 Zwischenlagers – nach bisherigen Erfahrungen eher mit Verzögerungen zu rechnen.
97 Sobald das Zwischenlager fertiggestellt ist, wird die gesamte Kapazität für die
98 Einlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Abfall bereitstehen.

99 Hierin liegt die große Gefahr, dass auch Abfälle, die nicht aus dem Bergwerk Asse II
100 stammen, im Zwischenlager Asse eingelagert werden könnten. Sollte dies geschehen,
101 wäre dies für die Bevölkerung in der Umgebung der Asse nicht akzeptabel. Die Lasten
102 aus der Nutzung der Kernenergie und radioaktiver Stoffe in Deutschland müssen fair
103 und angemessen verteilt werden. Der Landkreis Wolfenbüttel hat durch die Einlagerung
104 in Asse II bereits erheblich belastet und wird diese Lasten auf unbestimmte Zeit
105 weiter tragen müssen. Es muss daher sichergestellt werden, dass zukünftig kein
106 „neuer“ Atommüll hier eingelagert wird – auch nicht im Zwischenlager Asse.

107

108 **Endlager - Der letzte Halt für strahlende Geschichten?**

109 Die Komplexität der Endlagerung von Atommüll zeigt sich insbesondere am Schacht
110 Konrad in Salzgitter. Ursprünglich als Endlager für schwach- und mittelradioaktive
111 Abfälle vorgesehen, wird hier deutlich, dass die Suche nach Standorten für Abfälle
112 aller Radioaktivitätsstufen deutlich schneller vorangehen muss, als es derzeit der
113 Fall ist. Die Planungen für Schacht Konrad begannen bereits in den 1970er Jahren.
114 Dies verdeutlicht, wie langwierig und herausfordernd die Endlagersuche sein kann: Bis
115 zu 100 Jahre liegen zwischen Planungsbeginn und der geplanten Versiegelung des
116 Endlagers bis 2070. Diese Zeitspanne ist inakzeptabel. Hinzu kommt die immense
117 finanzielle Belastung von über 5 Milliarden Euro für die Umgestaltung der Schächte,
118 um überhaupt mit der Einlagerung beginnen zu können. Auch dies zeigt, dass das
119 Problem bundesweit gemeinsam angegangen und bewältigt werden muss.

120 Besonders problematisch ist, dass hier Fehler aus der Asse, Morsleben und Gorleben
121 wiederholt werden: Auch Schacht Konrad ist ein altes Gewinnungsbergwerk, dessen
122 Grubengebäude ursprünglich für den Abbau und nicht für eine sichere Endlagerung
123 errichtet wurden. Auch hier wurde nicht gefragt, wo und wie der Atommüll am
124 sichersten gelagert werden kann. Stattdessen wurde ein bestehendes Bergwerk als
125 „günstige“ Stilllegungsvariantenausgewählt und nachträglich versucht, nachzuweisen,
126 dass es „sicher genug“ sei.

127 In Bezug auf hochradioaktive Abfälle, deren sichere Lagerung für mindestens eine
128 Million Jahre gewährleistet sein muss, reicht die gegenwärtige Planung nicht aus. Der
129 ursprünglich bis 2031 angestrebte Zeitraum für eine Standortentscheidung wurde
130 bereits auf die 2040er bis 2060er Jahre verschoben, und schlimmstenfalls könnte sich
131 dieser Zeitraum weiter verlängern. Es ist klar: **Das dauert viel zu lange!**

132 Die Suche nach einem geeigneten Endlager muss sich an wissenschaftlichen Kriterien
133 orientieren und auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik basieren.

134 Politische Einflussnahme muss auf ein Minimum reduziert werden. Um das Vertrauen der
135 Bevölkerung zu stärken, sind Transparenz und Bürgerbeteiligung unerlässlich. Nur so
136 kann die Akzeptanz für die Endlagerung sichergestellt werden. Die Bundesregierung
137 muss klare rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, um die sichere und
138 nachhaltige Endlagerung zu gewährleisten. Dazu gehören präzise Kriterien für die
139 Standortsuche sowie Langzeitsicherheitsvorkehrungen über viele Generationen hinweg.
140 Die Endlagersuche ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

141 Es ist an der Zeit, dass wir uns als Jusos klar positionieren und fordern, dass die
142 Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle zügiger, transparenter und
143 beteiligungsfreundlicher gestaltet wird. Nur so können wir das Vertrauen der
144 Bevölkerung gewinnen und eine sichere Zukunft für kommende Generationen
145 gewährleisten.

146

147 **Deshalb fordern wir:**

- 148 • Eine schnellstmögliche und beschleunigte Rückholung der radioaktiven Abfälle aus
149 Asse II und Morsleben.
- 150 • Die zu bauenden Zwischenlager in Asse und Morsleben werden in ihrer
151 Dimensionierung an den rückzuholenden Mengen aus diesen Bergwerken ausgelegt. Es
152 findet möglichst keine Erweiterung dieser Zwischenlager zur Endlagerung von
153 auswärtigem Atommüll statt.
- 154 • Die Einrichtung eines noch breiteren Unterstützungsfonds für die umliegenden
155 Gemeinden der Zwischen- und Endlager.
- 156 • Die Beschleunigung der Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle.
- 157 • Weiterhin einen transparenten und bundesweiten Endlager-Auswahlprozess nach dem
158 aktuellen Stand des Standortauswahlgesetzes. Die politische Einflussnahme
159 beschränkt sich auf ein Minimum und erkennt die wissenschaftlichen Erkenntnisse
160 an.
- 161 • Die Reduzierung politischer Einflüsse, um eine objektive Entscheidungsfindung
162 sicherzustellen.
- 163 • Kontinuierlicher Austausch zur Wahrung der Interessen der Anwohner*innen sowie
164 Dialog mit den Entscheidungsträger*innen vor Ort
- 165 • Die Wahrung der Interessen der Anwohner der Zwischen- und Endlager.
- 166 • Regelmäßige Anhörungen der betroffenen Kommunen durch das
167 Bundesumweltministerium und die BGE.
- 168 • Ein Konzept zur Verhinderung der Belastung von Grundwasser, Böden und Umwelt.
- 169 • Die Bundesregierung ist dafür verantwortlich, für die Sicherheit der
170 Anwohner:innen einzustehen und Folge- und Risikokosten zu tragen.
- 171 • Keine Abwälzung der Finanzierung von Endlagersuche, Rückholung sowie des
172 Zwischenlager- und Endlagerbaus auf Länder und Kommunen.
- 173 • Für die notwendigen Zwischenlager: keine Lagerung in unmittelbarer Nähe zu
174 Siedlungen, sichere oberflächennahe Lagerung, die bspw. auch gegen Angriffe
175 geschützt ist.
- 176 • Einen größeren Anteil der ehemalige Kernkraftwerksbetreiber an der

177 Nachfinanzierung, sollte der bisherige Fonds zur Finanzierung der
178 kerntechnischen Entsorgung (KENFO) in seinem Umfang zukünftig nicht ausreichen.
179 • Eine Intensivierung der Forschungsförderung bezüglich des Umgangs mit Atomarem
180 Müll. Dies gilt auch bei perspektivisch erst langfristig einsetzbaren
181 Technologien.

Antrag U11: Für eine Landwirtschaft mit Zukunft – ökologisch, gerecht und klimaneutral!

1 Die Landwirtschaft spielt eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft - sie sichert
2 nicht nur die Nahrungsmittelversorgung und ist ein wichtiger Wirtschaftszweig, der
3 Arbeitsplätze schafft und zur ländlichen Entwicklung beiträgt, sondern kann durch
4 ihren Umgang mit natürlichen Ressourcen, wie Wasser, Boden und Biodiversität
5 maßgeblich zur Erhaltung von Ökosystemen und zur Bekämpfung des Klimawandels
6 beitragen. Daher setzen wir Jusos uns für eine nachhaltige Landwirtschaft, die den
7 Schutz der Biodiversität und die Förderung einer gesunden Ernährung ernst nimmt, ein.
8 Insbesondere dafür, dass die Landwirtschaft ökologischer wird und den
9 Biodiversitätsverlust stoppt.

10 Angesichts aktueller Herausforderungen, wie der Klimakrise oder der Inflation, ist es
11 unerlässlich, die Landwirtschaft nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten. Eine
12 gerechte Agrarpolitik muss sowohl die Bedürfnisse der Produzent*innen als auch der
13 Konsument*innen im Blick haben und dabei die ökologischen Grenzen unseres Planeten
14 respektieren. Insbesondere ist es wichtig, dabei die Unterschiede zwischen kleinen
15 Familienbetrieben und landwirtschaftlichen Großbetrieben Großer Landwirtschaft im
16 Blick zu behalten, da sich vor allem ein Rückgang kleinerer Betriebe verzeichnen
17 lässt, während große Betriebe eine steigende Verantwortung tragen beziehungsweise
18 tragen müssen.

19 Die Reduzierung von Stickstoffemissionen ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg
20 zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die nicht nur ökonomisch tragfähig, sondern
21 auch sozial gerecht ist.

22 Denn in Deutschland weisen ca. 17 Prozent der Messstellen des repräsentativen EUA-
23 Grundwassermessnetzes (Messnetz für die Berichterstattung an die Europäische
24 Umweltagentur) Nitratgehalte über dem Schwellenwert von 50 mg je Liter auf. An
25 Messstellen, in deren Einzugsgebiet viele landwirtschaftliche Nutzungen vorkommen
26 überschreiten ca. 27 Prozent der Messstellen, die auch für den alle vier Jahre
27 erscheinenden Nitratbericht der Bundesministerien für Umwelt und Landwirtschaft
28 zugrunde gelegt werden, diesen Schwellenwert. Darüber hinaus ist dieses
29 Messstellennetz aktuell noch zu viel schlecht ausgebaut, weshalb die Bundesländer
30 bereits dazu verpflichtet wurden, es auszubauen. Für valide Daten über die Belastung
31 der Umwelt muss dieser Netzausbau umgehend vorangehen.

32 Stickstoff (N) ist ein unentbehrlicher Nährstoff für alle Lebewesen. Der Einsatz
33 mineralischer und organischer Stickstoffdünger zur Steigerung von Erträgen ist daher
34 gängige Praxis in der Landwirtschaft. Entscheidend ist der sorgsame und
35 bedarfsgerechte Einsatz. Stickstoffüberschüsse können Wasser- und Land-Ökosysteme
36 belasten sowie Klima, Luftqualität und die Biodiversität beeinträchtigen.
37 Grundsätzlich ist das Problem allerdings nicht per se Stickstoff an sich, sondern die
38 daraus entstehenden Nitrate, Nitrite, Stickoxide, etc., die entsprechend ins
39 Grundwasser und den Boden geraten. Auch das durch das Düngemittel entstehende
40 Lachgas, sowie Ammoniak, das durch Tierkot entsteht, belasten die Luft.

41 Die Folge ist, dass aktuell mehrere Landkreise im gesamten deutschen Bundesgebiet die
42 gesetzliche Stickstoffobergrenze von 170 kg N/Hektar überschreiten. Dieser

43 Maximalwert von 170 kg N/Hektar ist europäisches Recht und wird über die Bundesländer
44 implementiert. Diese weisen dann nitrat- und phosphatbelastete Flächen als sogenannte
45 "rote Gebiete" aus. Das schlägt sich darin nieder, dass Deutschland im Gesamten seit
46 längerem die Nitrat-Grenzwerte in der EU verfehlt. Damit landwirtschaftliche Betriebe
47 (gerade die kleineren Familienhöfe) überhaupt noch konkurrenzfähig sind, müssen sie
48 auch im großen Stil Getreide, Gemüse und Müllereierzeugnisse produzieren und
49 exportieren, womit eine Übernutzung der Natur einhergeht. Mit dem Export dieser
50 Lebensmittel hat die Bundesrepublik auch eine starke Verantwortung gegenüber der
51 natürlichen Ressourcen in der Europäischen Union und darüber hinaus. Dieser
52 Verantwortung kommt sie in einem nicht ausreichenden Maß nach, denn deutsche
53 landwirtschaftliche Betriebe belasten durch die intensive Nutzung die Natur, Umwelt,
54 Mensch und Tier über Grenzen hinweg. Nur durch eine umfassende Transformation können
55 wir sicherstellen, dass alle Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigen und gesunden
56 Lebensmitteln haben, während wir gleichzeitig die Klimaschädigungen minimieren und
57 die Rechte der Arbeitnehmer*innen in der Landwirtschaft schützen. Maßnahmen wie eine
58 Verringerung der Tierbestände, einen effizienteren Einsatz von Düngemitteln und den
59 Ausbau nachhaltiger Anbaumethoden halten wir für elementar wichtig. Diese würden
60 nicht nur zur Minderung des Klimawandels beitragen, sondern auch die Boden- und
61 Luftqualität langfristig verbessern und nachhaltigere Lebensmittelsysteme fördern. Um
62 unsere Umwelt zu schützen, müssen wir also dringend tätig werden! Wir machen uns
63 hierbei Sorgen über die Qualität der Natur in Deutschland. Es ist klar: Wir haben ein
64 ernsthaftes Stickstoffausstoß-Problem und dieses müssen wir möglichst schnell lösen.
65 Phosphoremissionen sind ebenfalls wesentlicher Teil der Überdüngungsproblematik. Da
66 hier aber andere Dynamiken vorliegen, sollte dieses Problem zu einem späten Zeitpunkt
67 noch intensiver behandelt werden.

68

69 **Daher fordern wir:**

70 **1. Halbierung der Viehhaltung**

71 Um den Stickstoffausstoß zu reduzieren, müssen wir die Tierbestände der Kuh-,
72 Schweine-, und Hühnerhaltung dringend vermindern. Uns ist klar, dass man nicht von
73 heute auf morgen die massive intensive Viehhaltung in Deutschland halbieren kann.
74 Allerdings sollte diese Halbierung das mittelfristige Ziel sein. Dabei dürfen wir
75 nicht zum Import Land werden, da sich somit die Bodenbelastung nur verschiebt, um die
76 Stickstoffemissionen und Nitratwerte zu senken. Die Stickstoff-Gesamtbilanz setzt
77 sich zusammen aus den Komponenten Flächenbilanz (Bilanzierung der Pflanzen- bzw.
78 Bodenproduktion), Stallbilanz (Bilanzierung der tierischen Erzeugung) und der
79 Biogasbilanz (Bilanzierung der Erzeugung von Biogas in landwirtschaftlichen
80 Biogasanlagen). Die Reduzierung des erlaubten Stickstoffüberschusses durch Dünger und
81 Viehhaltung von 50 kg/Hektar auf 30 kg/Hektar steht in unserer Beschlusslage und
82 würde einen maßgeblichen positiven Effekt auf die Stickstoff-Gesamtbilanz haben.
83 Allerdings ist festzustellen, dass diese Ziele nicht ansatzweise erreicht werden. In
84 der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist ein Zielwert von 70
85 kg/Hektar festgelegt. Damit wurde von 1992 bis 2018, also in 25 Jahren, etwas mehr
86 als die Hälfte der bis 2030 angestrebten Reduktion erreicht. Insgesamt sinken die
87 Stickstoffüberschüsse also nach wie vor nicht ausreichend schnell, um bis 2030 den
88 anvisierten Stickstoffüberschuss von 70 kg/Hektar zu erreichen. Durch das mangelnde

89 *sense of urgency* (Gefühl der Dringlichkeit) schiebt die Bundesregierung die Reduktion
90 vor sich her und muss die Zielwerte anpassen. Daher setzen wir uns für eine weitere
91 Reduzierung des zugelassenen Grenzwerts für Stickstoffemissionen in Form einer
92 Reduzierung des Viehbestandes ein, damit die Rechnung für mangelnden politischen
93 Willen nicht später bezahlt werden muss.

94 Ziel unserer Forderung darf nicht sein, dass tierische Produkte zum Luxusgut und für
95 Konsument*innen unerschwinglich werden. Der kapitalistische Markt muss reguliert
96 werden, um sicherzustellen, dass soziale Gerechtigkeit auch in einem nachhaltigen
97 Ernährungssystem gegeben ist. Es ist unabdingbar, dass wir einen Zugang zu gesunden
98 und nachhaltig produzierten Lebensmitteln für alle schaffen. Eine unregulierte
99 Marktdynamik führt dazu, dass ökologische Produkte teurer werden, wodurch
100 einkommensschwache Haushalte keinen Zugang zu diesen Lebensmitteln haben und somit
101 ein zwei- oder mehr Klassen-Ernährungssystem entsteht. Ein gerechtes und nachhaltiges
102 Ernährungssystem erfordert daher nicht nur eine Reduzierung der Viehhaltung, sondern
103 damit einhergehend auch eine klare Regulierung des Marktes, um eine faire Verteilung
104 der Kosten und eine gesellschaftliche Teilhabe aller Konsument*innen zu
105 gewährleisten. Gleichzeitig müssen die Risiken durch dadurch steigenden Import von
106 tierischen Produkten bedacht werden, um eine Problemverschiebung zu vermeiden.

107 **2. Mehr finanzielle Unterstützung für Landwirt*innen, die von konventioneller** 108 **Landwirtschaft auf ökologische Landwirtschaft umsteigen wollen**

109 Der Anteil der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland wächst. 2023
110 erwirtschafteten 14,6 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe ökologisch. Der
111 Marktwert der deutschen ökologischen Produkte liegt bei 16 Milliarden Euro und damit
112 innerhalb der EU auf Platz sieben. Das liegt maßgeblich an der positiven Grundhaltung
113 seitens der Bundesregierung, die bis 2030 einen Anteil von 30 Prozent ökologischer
114 Nutzfläche anvisiert und dem Engagement einiger Landwirt*innen. Jedoch ist dieses
115 30%-Ziel mit der aktuellen Entwicklung nicht zu erreichen - der rasante Anstieg des
116 Anteils ökologischer bewirtschafteter Fläche in den Jahren 2015 bis 2021 flacht
117 zwischen 2021 und 2023 deutlich ab. 2023 sind nur 11,4 Prozent biologisch
118 bewirtschaftet. Es ist für Landwirt*innen nicht ausreichend, mit optimistischen
119 Versprechungen über Marktentwicklungen und Beteuerungen zu steigender Nachfrage nach
120 biologisch angebauten Lebensmitteln ermutigt zu werden. Eine solche Herangehensweise
121 führt zu Unsicherheit und Stillstand in der Transformation der Betriebe und nicht
122 dazu, dass 30 Prozent der Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet werden. Daher muss
123 dringend mehr investiert werden in die Transformation hin zur ökologischen
124 Landwirtschaft. Konkret sollen Landwirt*innen mehr finanzielle Anreize kriegen, um
125 klimaneutraler zu agieren, aber darüber hinaus sollen auch (Forschung zu)
126 innovative(n) Technologien, wie Biogasanlagen und andere innovative
127 Verbringungsformen gefördert werden. Regenerative Landwirtschaft zu betreiben, muss
128 attraktiver werden. Hier sind vor allem alternative Anbaumethoden, wie
129 Agroforstsysteme, der Humusaufbau und der Anbau von Eiweißpflanzen nennenswert.
130 Letztere binden Stickstoff im Boden, sodass weniger Stickstoff zusätzlich in den
131 Boden eingebracht werden muss. Auch ist es überlegenswert, beispielsweise
132 Subventionen für das Erreichen von Teilzielen einer ökologischen Landwirtschaft
133 einzuführen. Denn durch die – zwar richtigerweise – strengen und umfangreichen
134 Regelungen der EU sind viele Landwirt*innen von der Umstellung abgeschreckt.

135 Weiterhin muss auch an der ökologischen Landwirtschaft stetig weitergearbeitet
136 werden, wie etwa daran, dass die ökologische Landwirtschaft derzeit noch mehr Boden
137 benötigt als die konventionelle Landwirtschaft.

138 **3. Ökologisches Ernährungssystem ganzheitlich denken**

139 Um das Ernährungssystem umzugestalten, reicht es nicht, die Landwirtschaft isoliert
140 zu betrachten, sondern es braucht von Produktion bis zum Konsum eine systemische
141 Perspektive. Die europäische *Farm to Fork* Strategie ist ein solcher holistischer
142 Ansatz, den wir weiterentwickeln und umsetzen müssen, um alle Stufen der
143 Wertschöpfungskette von der Produktion über den Vertrieb und den Verbrauch nachhaltig
144 zu gestalten. Dazu zählt innovative und regionale Geschäftsmodelle von
145 Landwirt*innen, wie beispielsweise die regionale Direktvermarktung, zu stärken, die
146 Agroindustrie und Lebensmittelsysteme in Kreisläufen zu gestalten und nachhaltige und
147 gesunde Ernährungsweisen fördern. Schlussendlich geht es darum, dass die
148 Bundesregierung gemeinsam mit den Landwirt*innen Lösungen für eine klimaneutrale
149 Landwirtschaft findet, die ganzheitlich sind, regionale Kreisläufe fördern und den
150 geografischen Schwerpunkt der Verschmutzung nicht nur verschieben. So kann das Ziel
151 nicht sein, verringerte Stickoxidemissionen ins Ausland zu verlagern. Ein solches
152 *Outsourcing* entspricht einer Verdrängung der eigenen Verantwortung und ist sehr
153 unsolidarisch und kann nicht die Antwort auf globale Herausforderungen wie die
154 Klimakrise sein.

155 **4. Große Verschmutzter müssen bezahlen!**

156 Landwirtschaftliche Betriebe, die übermäßige Stickstoffemissionen und Nitrateinträge
157 verursachen, müssen die Verantwortung für die Belastung des Grundwassers und der
158 Umwelt übernehmen. So soll Verursachergerechtigkeit innerhalb des Sektors hergestellt
159 werden. Die Anwendung des Verursacherprinzips auf regionales Düngverhalten und dessen
160 Auswirkungen nimmt Landwirt*innen in die Pflicht, die die Umwelt verschmutzen, und
161 bedeutet gleichzeitig die Entlastung für Betriebe, die das Klima und die Umwelt
162 schützen. Die aktuelle Gesetzgebung sieht nur eine sehr schwammige Anwendung dieses
163 Prinzips mit pauschalen Auflagen für sog. "rote Gebiete" vor, also solche mit
164 besonders starker Nitratbelastung des Grundwassers. Es gilt aber, dieses Prinzip auf
165 alle Gebiete auszuweiten, denn wer verschmutzt und davon profitiert, muss einen
166 fairen Beitrag leisten.

167 Für eine echte Verursachergerechtigkeit in der Landwirtschaft fordern wir eine
168 detaillierte, einzelbetriebliche Betrachtung der Nährstoffbilanz als Bestandteil
169 eines novellierten Düngegesetzes. Diese Maßnahme ist entscheidend, um gezielte
170 Auflagen für Betriebe zu formulieren, die tatsächlich als Verursacher von Gewässer-
171 und Bodenverschmutzung identifiziert werden können. Das derzeitige flächendeckende
172 Bodenmonitoring, dessen Messstellen ungenügend sind, reicht nicht aus, um eine
173 fundierte Bewertung auf Betriebsebene vorzunehmen. Grundwasser kennt keine
174 Flurstücksgrenzen, und somit kann kein direkter Rückschluss auf die
175 Nährstoffbelastung einzelner Betriebe gezogen werden. Zudem sind Belastungen
176 teilweise auf Praktiken aus den 60er und 70er Jahren zurückzuführen, was selbst bei
177 ökologischen Wirtschaften neuer Pächter*innen weiter zu überschrittenen Grenzwerten
178 führt. Eine bilanzierte Betrachtungsweise soll so möglichst alle Betriebe, die sauber
179 und ökologisch wirtschaften, von übermäßigen Auflagen befreien und Umweltsünder unter
180 den landwirtschaftlichen Betrieben zur Verantwortung ziehen. Schließlich soll in

181 dieser einzelbetrieblichen Betrachtung auch die Differenzierung nach Betriebsarten
182 berücksichtigt werden. Beispielsweise benötigt der Gemüseanbau während der gesamten
183 Wachstumsphase hohe Mengen an Stickstoffverbindungen, um eine optimale Qualität und
184 eine ansprechende Optik zu gewährleisten.

Antrag W06: Den richtigen Verteilungskampf führen!

1 In Deutschland besitzen zwei Familien mehr Vermögen als die Hälfte der Bevölkerung.
2 Das ist ein Skandal, der nach wie vor viel zu wenig Beachtung findet.

3 Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher. Diese Aussage gehört zum
4 Standardvokabular der politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Als Jusos
5 und als SPD kämpfen wir für mehr Gerechtigkeit. Das bedeutet aber nicht nur,
6 Chancengerechtigkeit und die Förderung derjenigen, die bisher weniger hatten. Es
7 bedeutet auch, die Frage nach der Verteilung von Ressourcen zu stellen und es
8 bedeutet auch diejenigen, die zu viel haben, zur Verantwortung in der Gesellschaft zu
9 ziehen.

10 Als Jusos und SPD wollen wir den Verteilungskampf zwischen den 95% und den 5% führen
11 und uns nicht innerhalb der 95% spalten lassen. Wir spielen Armutsbekämpfung und
12 Politik für die Vielen nicht gegeneinander aus. Konkret fordern wir von der SPD
13 sowohl entschiedenere Politik für die Bekämpfung von Armut als auch mehr konkrete
14 Konzepte für eine ökonomische Verbesserung von Facharbeiter*innen, Angestellten und
15 Normalverdienern. Wir stellen die Verteilungsfrage gegenüber den 5% auf und bitten
16 die Superreichen zur Kasse!

17 Dies führt zu einer Angst vor Statusverlust - vor allem in der ökonomischen
18 Mittelschicht -, weil ein sozialer und ökonomischer Aufstieg in unserer Gesellschaft
19 statistisch nur den allerwenigsten möglich ist. Das Resultat sind Entfremdung vom
20 politischen System und wachsender Zuspruch für rechtsextreme politische Kräfte, die
21 nach unten treten und versprechen, alles zurückzudrehen, zurück zu einem Früher, in
22 dem vermeintlich alles besser war.

23 Diese Analyse müssen wir auf- und ernstnehmen. Wir dürfen als Sozialdemokrat*innen
24 und als Jungsozialist*innen nicht zwischen Armutsbekämpfung und Unterstützung der
25 mittleren ökonomischen Schichten unterscheiden. Unser Verteilungskampf nimmt die
26 reichsten 5% und die restlichen 95% in den Blick, statt innerhalb der unteren 95%
27 harte Auseinandersetzungen zu führen.

28 Mit diesem Antrag wollen wir uns konkret mit der Verteilung von Vermögen und mit
29 konkreten politischen Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung einsetzen. Wir
30 beziehen damit Position an der Seite der 95%.

31 Deutschland ist ein Ungleichland

32 Deutschland ist eines der Länder mit der größten Ungleichheit in Bezug auf Vermögen
33 innerhalb des Euroraums. Vermögen ist in Deutschland noch ungleicher verteilt als
34 Einkommen.

35 Laut den verfügbaren Daten verfügen die zehn Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten
36 Vermögen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, zu dem unter anderem
37 Wohneigentum und sonstiger Immobilienbesitz, Geld- und Sachvermögen, private
38 Versicherungen oder Besitz von Einzelunternehmen oder Unternehmensbeteiligungen
39 zählen.

40 Während Personen im reichsten Fünftel im Jahr 2017 ein individuelles Vermögen von
41 mindestens 722.000 Euro hatten, lag der Median der Vermögensverteilung bei 60.400
42 Euro. Die Hälfte der Bevölkerung hat also ein individuelles Vermögen von weniger als

43 60.400 Euro. Etwa ein Fünftel hat kein persönliches Vermögen oder Schulden, die das
44 Bruttovermögen übersteigen.
45 Wir wissen zu wenig über Vermögensungleichheit
46 Aussagen über individuelle Vermögen beruhen auf Befragungsdaten, in denen
47 Millionär*innen und Milliardär*innen in der Regel unterrepräsentiert sind, sodass
48 Vermögenswerte am oberen Ende der Verteilung sehr wahrscheinlich unterschätzt werden.
49 Um Vermögensungleichheit wirksam bekämpfen zu können, ist es zunächst wichtig, dass
50 Vermögen strukturiert erfasst werden. Dabei sollte der Fokus vor allem auf
51 Millionär*innen und Milliardär*innen liegen: Die Erfassung des Vermögens ist auch für
52 den Staat sehr aufwändig und lohnt sich deshalb vor allem bei den Superreichen.

53 **Ungleichheit hat System**

54 Die Vermögensungleichheiten (genau wie im sozioökonomischen Status insgesamt:
55 Erwerbssituation und Einkommen) sind weder ein Zufall noch hängen sie mit
56 individueller Leistungsfähigkeit oder -bereitschaft zusammen. Die kapitalistische
57 Produktionsweise und die Akkumulation von Kapital bei einigen Wenigen setzt voraus,
58 dass ein anderer Teil der Gesellschaft für geringen Lohn arbeitet oder sogar
59 unbezahlte (Care-)Arbeit leistet. Vermögensaufbau ist mit einem normalen
60 Arbeitseinkommen heute kaum mehr möglich. Das führt nicht nur zu Ungerechtigkeiten
61 innerhalb der Gesellschaft, sondern schadet auch vielen kleineren Wirtschaftszweigen,
62 deren Geschäftsmodelle auf den Konsum von breiten Bevölkerungsschichten ausgelegt
63 sind. Sparen oder Investieren ist für sehr viele Menschen mit dem Geld, was ihnen zur
64 Verfügung steht, schlicht nicht möglich.
65 Es ist statistisch erwiesen, dass Vermögen entgegen vieler Darstellungen in
66 Deutschland nicht erarbeitet, sondern vor allem vererbt wird. Mehr als die Hälfte des
67 Vermögens in Deutschland ist vererbtes Vermögen. Um dies zu veranschaulichen:
68 Bei einem Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Deutschland von knapp 11 Billionen
69 Euro werden zwischen 2015 und 2024 drei von zehn Vermögenswerten den*die Besitzer*in
70 wechseln. In diesem Zeitraum werden 3,1 Billionen Euro vererbt, 2,1 Billionen davon
71 an die nächste Generation (siehe Antrag W2, Buko 2023).

72 **Nicht alle sind gleich ungleich**

73 Vermögensungleichheit in Deutschland hängt sehr stark mit strukturellen Faktoren
74 zusammen. Ganz konkret bedeutet das, dass Frauen, genderqueere Personen,
75 migrantisierte Menschen und BIPOC, Menschen mit Behinderungen, Menschen ohne oder mit
76 niedrigem formalen Bildungsabschluss oder Menschen in wirtschaftlich schwächeren
77 Regionen stark eingeschränkt sind in der Möglichkeit, durch das Ansparen oder
78 Investieren von überschüssigen, verfügbaren Finanzmitteln ein eigenes Vermögen
79 aufzubauen.
80 Dies begründet sich nicht nur durch strukturell geringere Einkommen, sondern eben
81 auch bzw. vor allem durch weniger Chancen auf ein Erbe. So werden beispielsweise
82 männliche Erben weiblichen bei Betriebsanteilen bevorzugt.

83 **Ungleichheit in Bezug auf das Geschlecht**

84 Männer haben in Deutschland durchschnittlich 30 Prozent mehr Vermögen als andere
85 Geschlechter. Dabei verfügen auch innerhalb von Partnerschaften verfügen die
86 Partner*innen nicht per se über das gleiche Vermögen: Der Unterschied im persönlichen
87 Vermögen zwischen Männern und Frauen innerhalb von Partnerschaften, beträgt im
88 Durchschnitt 33.000 €.

89 Grund hierfür ist vor allem, dass Männer seltener die meist unbezahlte Care-Arbeit in
90 der Partnerschaft oder der Familie leisten. Daraus resultiert vor allem bei Frauen
91 strukturell häufig unterbrochene, reduzierte oder ganz eingestellte Erwerbsarbeit.
92 Darüber hinaus werden Männer im Durchschnitt besser bezahlt (Gender Pay Gap). Beides
93 gibt Männern deutlich bessere und Frauen schlechtere Chancen, durch das Ansparen von
94 „übrigem“ eigenen Einkommen Vermögen aufzubauen.

95 Die Folgen dieser Geschlechterdiskriminierung gegenüber Frauen sind gravierend. Frau
96 zu sein bedeutet noch immer strukturell Armut, ökonomische Abhängigkeiten von
97 Partnern und Ehemännern führen bei Trennung oder Scheidung zu Prekarisierung. Auch im
98 Bereich der Wohnungslosigkeit zeigt sich dieses Phänomen: Wohnungslosigkeit wird
99 zunehmend ein weibliches Phänomen. Darüber hinaus sind ökonomische
100 Ungleichverteilungen in heterosexuellen Partnerschaften in denen häusliche Gewalt
101 oder sogenannte Partnerschaftsgewalt vorherrscht eine Hürde für betroffene Frauen
102 sich aus dieser Gefahrensituation zu befreien.

103 Wir bekräftigen an dieser Stelle unsere Forderungen in Bezug auf politische
104 Instrumente, die zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen, wie z.B. die Abschaffung
105 des Ehegattensplittings, mehr solidarische Aufteilung von Sorgearbeit, Verkürzung der
106 Wochenarbeitszeit und das Schließen des Gender-Pay-Gaps.

107 **Regionale Ungleichheit: Ost-West**

108 In Westdeutschland ist das Nettovermögen pro Person im Durchschnitt mehr als doppelt
109 so hoch als in Ostdeutschland, und der Abstand nimmt mit höherem Lebensalter zu.
110 Durch Wertverluste von Geld- und Immobilienvermögen und die Privatisierung von
111 Kollektivvermögen im Zuge der Wende fehlten in den neuen Bundesländern von Beginn an
112 Möglichkeiten, Vermögen aufzubauen und zu halten. Verstärkt wird diese
113 Vermögensungleichheit durch die bis heute anhaltende höhere Arbeitslosigkeit und ein
114 niedrigeres Lohnniveau in den ostdeutschen Bundesländern, die den Aufbau persönlicher
115 Vermögen durch Ansparen verhindern. So ist auch die Eigentumsquote von Wohnraum in
116 Ostdeutschland wesentlich geringer als im Westen.

117 **Vermögensungleichheit bezüglich Race**

118 Flucht, Migrantisierung und Rassifizierung von Menschen haben einen großen Einfluss
119 darauf, wie Vermögen erworben werden kann. Dabei gibt es unterschiedliche Gruppen,
120 die vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen. Insbesondere Asylbewerber*innen
121 und migrantisierte Menschen sind verstärkt von diskriminierenden Barrieren auf dem
122 Arbeitsmarkt, fehlenden Teilhabeaspekten und strukturellen Ausschluss von
123 Bildungseinrichtungen betroffen. Aber auch hier gilt, dass vor allem das Erbe bei der
124 Vermögensungleichheit eine entscheidende Rolle spielt. Da vererbtes Vermögen die
125 Bildung und Schaffung von neuen Vermögen erst ermöglichen und Ungerechtigkeiten über
126 Generationen fortsetzen kann. Menschen mit Migrationsgeschichte verlieren dieses
127 Vermögen oft durch Flucht oder der Anrechnung auf den Bezug von Leistungen, wie dem

128 AsylbLG, weshalb ihre sozioökonomische Armut oft generationsübergreifend zementiert
129 wird.

130 Der Aufenthaltsstatus oder die deutsche Staatsangehörigkeit machen zwar einen
131 Unterschied bei offiziellen Zugängen zu Bildung und Arbeitsmarkt, ermöglichen aber
132 dennoch keinen nachhaltigen Vermögensaufbau. Auch, weil migrantisierte Menschen und
133 BIPOCs unter Diskriminierung leiden, etwa werden sie in unserem Bildungssystem und
134 auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert und ihnen bleiben informelle Zugänge verwehrt.
135 All diese Gründe, in ihren Wechselwirkungen, festigen Vermögenslosigkeit und Armut
136 bei BIPOC und migrantisierten Menschen besonders.

137 **Menschen mit Behinderung**

138 Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen sind beim Aufbau von eigenem Vermögen
139 systematisch benachteiligt. Weil Pflege-, Renten-, Kranken- und Sozialversicherungen
140 nicht ausreichend oder zu langsam einspringen, muss vorhandenes Vermögen für den
141 täglichen Lebensunterhalt oder besondere Bedarfe zum Beispiel für Wohnraum,
142 Ausstattung und medizinische Versorgung aufgebraucht werden. Damit Menschen mit
143 Behinderung und ihre Angehörigen finanziell selbstbestimmt ihr Leben gestalten
144 können, fordern wir weiterhin gerechte Bildungsmöglichkeiten ohne Ausgrenzung, einen
145 inklusiven Arbeitsmarkt anstelle der Werkstätten und eine soziale Infrastruktur, in
146 der eine Behinderung und das Leisten von (bezahlter wie unbezahlter) Care-Arbeit kein
147 Armutsrisiko mehr sind.

148 **Vermögensungleichheit hat Folgen**

149 Vermögensungleichheit ist nicht nur eine statistische Realität, sondern hat sehr
150 direkte Auswirkungen auf die Lebensrealitäten der Menschen. Dabei ist vor allem
151 nochmal zu betonen, dass die Möglichkeiten mit Arbeit Vermögen aufzubauen sehr
152 reduziert sind und sich somit die Vermögensungleichheit strukturell fortsetzt.

153 **Auswirkungen von Ungleichheit auf Bildungschancen**

154 Kinder aus Familien ohne oder mit geringem Vermögen haben von Anfang an schlechtere
155 Startbedingungen. Sie wachsen häufig in einem Umfeld auf, das durch finanziellen
156 Druck und eingeschränkten Zugang zu Bildungseinrichtungen geprägt ist. Der Mangel an
157 Ressourcen wie Bücher, digitalen Medien und Nachhilfe wirkt sich negativ auf die
158 frühkindliche Entwicklung aus.

159 Studien zeigen, dass Kinder aus ökonomisch benachteiligten Familien signifikant
160 seltener an frühkindlicher Bildung teilnehmen als ihre Altersgenossen aus
161 wohlhabenden Familien. Diese frühe Bildung ist jedoch entscheidend für die
162 Entwicklung kognitiver und sozialer Fähigkeiten.

163 Der „Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ (2017) zeigt, dass Kinder aus
164 einkommensschwachen Familien bereits im Grundschulalter schlechtere Leistungen
165 erbringen und seltener auf weiterführende Schulen mit besseren Bildungschancen
166 überwechseln.

167 Etwa die PISA-Studien belegen, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine
168 hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozioökonomischen Status aufweist.
169 Schüler*innen aus wohlhabenden Familien erreichen im Durchschnitt bessere Leistungen

170 und haben höhere Chancen, das Gymnasium zu besuchen und das Abitur zu erlangen.
171 In vielen Fällen können sich einkommensschwache Familien keine zusätzliche
172 Bildungsunterstützung wie Nachhilfe oder Musikunterricht leisten, was die Entwicklung
173 der Kinder weiter einschränkt.
174 Auch beim Übergang zur Hochschule und im Berufsleben setzt sich die
175 Bildungsungleichheit als Ergebnis von Vermögensungleichheit fort. Finanzielle
176 Barrieren, wie Studiengebühren und die Notwendigkeit, neben dem Studium zu arbeiten,
177 führen dazu, dass junge Menschen aus einkommensschwachen Familien seltener ein
178 Hochschulstudium aufnehmen bzw. abschließen: Laut einer Studie des Deutschen
179 Studentenwerks brechen Studierende aus einkommensschwachen Familien ihr Studium
180 häufiger ab, oft aus finanziellen Gründen. Studierende aus einkommensschwachen
181 Familien sind häufiger gezwungen, Berufe neben ihrem Vollzeitstudium auszuführen.
182 Dies führt zu verstärktem mentalen und körperlichen Stress. Oft sind es Menschen aus
183 einkommensschwachen Familien, die auf Bildungs- und Studienkredite angewiesen sind.

184 **Auswirkungen von Ungleichheit auf die Demokratie**

185 Ökonomische Ungleichheit verzerrt die politische Teilhabe. Menschen mit höherem
186 Einkommen und mehr Vermögen haben oft bessere Möglichkeiten, politisch aktiv zu sein
187 und ihre Interessen zu vertreten. Dies kann durch verschiedene Faktoren geschehen:
188 Zugang zu Ressourcen: Wohlhabende Bürger*innen haben oft mehr Zeit und Geld, um sich
189 politisch zu engagieren, sei es durch Spenden an Parteien oder Kandidierende,
190 Lobbyarbeit oder direkten Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen.
191 Bildung und Information: Menschen mit höherem sozioökonomischen Status haben in der
192 Regel besseren Zugang zu Bildung und Informationen, was sie in die Lage versetzt,
193 sich effektiver in politische Prozesse einzubringen.
194 Netzwerke und Einfluss: Wohlhabende Individuen und Unternehmen können Netzwerke
195 nutzen, um politischen Einfluss auszuüben. Dies führt dazu, dass bestimmte Interessen
196 überproportional vertreten sind, während die Anliegen einkommensschwacher
197 Bevölkerungsschichten oft unterrepräsentiert bleiben.
198 Kapitalstarke Einflussnahme: Großunternehmen und sehr wohlhabende Einzelpersonen
199 haben die Möglichkeit, politischen Einfluss durch Medienbeteiligungen oder direkte
200 Finanzierung von „Think Tanks“ und politischen Organisationen auszuüben, was die
201 öffentliche Meinung und politische Agenda beeinflussen kann.
202 Hieraus entwickeln sich soziale Spannungen: Wachsende Ungleichheit ist nicht nur
203 aufgrund der genannten strukturellen Aspekte problematisch. Die enorme Ungleichheit
204 wird auch in der Gesellschaft wahrgenommen und kann soziale Spannungen verstärken,
205 was zu Polarisierung und Unruhen führt. Dies bedroht die Stabilität und den sozialen
206 Zusammenhalt einer Gesellschaft.

207 **Unser Vermögensbegriff**

208 Als politische Linke haben wir ein oft ungeklärtes Verhältnis zu Vermögen. Wir
209 kämpfen vor allem für die Überwindung der kapitalistischen Ungleichheit und richten
210 uns damit zunächst gegen enorme Vermögenskonzentration. Der Sozialstaat als
211 Interessenausgleich fokussiert sich dabei meist auf Armutsbekämpfung und adressiert

212 die ökonomische Mitte zu wenig.

213 Wir wollen dies zum Anlass nehmen und uns zu einem positiven Vermögensbegriff
214 bekennen. Persönliches Eigentum ermöglicht Selbstbestimmung und steht für viele
215 Menschen auch für Gestaltungsfreiheit. Wir erkennen das Bedürfnis zum Vermögensaufbau
216 vieler Privatpersonen an und wollen uns dem nicht entgegenstellen, indem wir Vermögen
217 grundsätzlich ablehnen, nur weil es aktuell ungerecht verteilt ist. Wir wollen den
218 Vermögensaufbau sogar im Rahmen der Möglichkeiten staatlich unterstützen. Dabei
219 halten wir an einem emanzipatorischen Menschenbild fest. Menschen soll es ermöglicht
220 werden, ihre Gestaltungsspielräume vollständig zu kennen und selbst wahrzunehmen.
221 Dabei muss aber immer klar sein:

222 Die Grundversorgung und die existenzielle Absicherung der Menschen darf niemals vom
223 individuellen Vermögen abhängig sein, sondern muss durch öffentliche Infrastruktur
224 und die Solidargemeinschaft gewährleistet sein. Dies beinhaltet neben Leistungen der
225 öffentlichen Daseinsvorsorge auch eine Grundsicherung, die individuelle
226 Selbstbestimmung erhält. Wir stehen zu einem weitreichenden Daseinsvorsorgebegriff
227 und schließen darin auch explizit Aspekte wie Bildung oder kulturelle Angebote ein.
228 Die soziokulturelle Existenz darf niemals vom individuellen Vermögen abhängig sein.

229 Unterschiedliche Arten von Vermögen sind gesellschaftlich unterschiedlich
230 erstrebenswert. Selbstgenutztes Wohneigentum bietet gesellschaftlichen Mehrwert,
231 große Vermögen, die hingegen ausschließlich für Investments mit oft negativen
232 gesellschaftlichen Folgen benutzt werden, bieten aus kollektiver Sicht wenig
233 Mehrwert.

234 Staatliche und solidarische Unterstützung für den Vermögensaufbau muss daran geknüpft
235 sein, dass der Vermögensaufbau auch für alle Menschen – und damit vor allem auch für
236 niedrige Einkommen – möglich sein muss. Vermögen darf nicht mehr so stark wie bisher
237 vererbt werden, sondern muss auch durch Arbeitseinkommen wieder möglich werden.

238 Staatliche und solidarische Unterstützung für den Vermögensaufbau muss darüber hinaus
239 daran geknüpft werden, dass die Mittel, die in diesen Vermögensaufbau fließen, nicht
240 innerhalb der unteren 95% neu verteilt werden, sondern von den Superreichen an die
241 übrigen 95% verteilt werden.

242 Teil unseres positiven Vermögensbegriffs ist gleichzeitig immer auch die Bekämpfung
243 von Vermögensungleichheit. Auch Ideen wie "Eigentum auf Zeit", das eine langfristige
244 Akkumulation bei einigen wenigen vermeidet, sind unterstützenswerte Gedanken.

245 **Die Vermögensungleichheit brechen**

246 **Für ein vermögensgerechtes Steuersystem**

247 Auf unserem Bundeskongress 2023 haben wir im Antrag W2 ein neues Steuersystem
248 beschrieben, welches auf unseren jungsozialistischen Prinzipien fußt. Zur
249 Vollständigkeit des hier vorliegenden Antrags zitieren wir im Folgenden die
250 wichtigsten Punkte hinsichtlich individueller Vermögensbesteuerung:

251 Steuern sind im kapitalistischen System das wesentliche Instrument, um der
252 ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen entgegenzuwirken.

253 Die konsequente Besteuerung von Vermögenswerten ist zentral für eine konsequente

254 Umverteilungspolitik. Wir wollen ausschließlich natürliche Personen,
255 Einheitsgesellschaften sowie Stiftungen besteuern. Dabei besteuern wir das globale
256 Vermögen von Menschen in Deutschland sowie alles Vermögen in Deutschland. Nicht
257 besteuert werden soll Gebrauchsvermögen.

258 **Für eine gerechte Erbschaftssteuer**

259 Unser Instrument, um die Vermögensgegensätze, die sich in den letzten Jahrzehnten
260 kaum regulierter kapitalistischer Akkumulation gebildet haben, aufzulösen, ist die
261 Erbschaft- und Schenkungsteuer (im Weiteren nur Erbschaftsteuer) als Bundessteuer.
262 Eine konsequente Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen ermöglicht einen
263 direkten staatlichen Zugriff zum Zwecke der Umverteilung bei verhältnismäßig wenig
264 Verwaltungsaufwand. Zu diesem Zwecke wollen wir die bestehende Erbschaftsteuer
265 vereinfachen und gleichzeitig progressiv ausgestalten.

266 In der jungsozialistischen Erbschaftsteuer soll es nur noch einen einzigen
267 persönlichen und universellen Grundfreibetrag in Höhe von 999.999 Euro geben. Im
268 Gegensatz zum bisherigen Steuersystem gilt dieser Freibetrag jedoch nicht mehr im
269 konkreten Verhältnis Erblasser und Erbe bzw. Schenker und Beschenker innerhalb von
270 10 Jahren, sondern universell für jede Person lebenslang. Dies bedeutet, dass ein
271 Mensch in seinem Leben maximal 999.999 Euro steuerfrei erben oder als Schenkung
272 erhalten kann. Die Besteuerung des außerhalb des Grundfreibetrages liegenden
273 steuerpflichtigen Betrages soll mit einem Steuersatz von 10% ab der ersten Million
274 einsteigen. Zur Herstellung der Progression der Erbschaftsteuer bei gleichzeitig
275 niedrigem Verwaltungsaufwand soll diese als Stufensteuer ausgestaltet werden. Der
276 Einstiegssteuersatz von 10% gilt hierbei für die erste Million, die außerhalb des
277 Grundfreibetrags liegt. Und somit die zweite Million des eigenen Erbes darstellt. Die
278 dritte Million der Erbschaft soll auf der nächsten Stufe mit 20% und die vierte
279 Million auf der dritten Stufe mit 30% besteuert werden. Die weiteren Stufen folgen
280 diesem Prinzip, bis die neunte außerhalb des Freibetrags liegende Million mit 90%
281 besteuert wird. Ab diesem Punkt verbleibt der Steuersatz auf dieser Höhe.

282 Die Erbschaftsteuer soll alle übertragenen Vermögenswerte abzüglich zusammenhängender
283 Verbindlichkeiten erfassen. Für die auf betriebliches Vermögen oder auf
284 Unternehmensanteile anfallende Erbschaftsteuer sollen dem Steuerpflichtigen
285 verschiedene Möglichkeiten eingeräumt werden, seine Steuerschuld zu begleichen. Diese
286 reichen von großzügigen Stundungsregeln, die eine Abführung der zu verzinsenden
287 Steuerschuld innerhalb von bis zu 20 Jahren ermöglichen, über die Möglichkeit die
288 Steuerschuld direkt in stimmberechtigten Unternehmensanteilen zu bezahlen bis zur
289 Option im Gegenzug zu Demokratisierungsmaßnahmen im Unternehmen einen teilweisen
290 Erlass auf die Steuerschuld zu erhalten.

291 Eine Umgehung der Erbschaftsteuer durch Verschiebung von Vermögen in Stiftungen
292 gleich welcher Rechtsnatur, wollen wir gesetzlich ausschließen.

293 **Für eine gerechte Vermögenssteuer**

294 Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Bundessteuer. Diese verstehen
295 wir als Akkumulationsbremse. Sie soll also verhindern, dass einzelne Menschen immense
296 Vermögen anhäufen und damit enorme Macht bei sich konzentrieren. Eine Anhäufung von
297 Vermögen und ihre Akkumulation bestimmt durch ihre Limitierung von ökonomischen und

298 kulturellem Kapital (wie Bildung) maßgeblich die Schichtung einer Gesellschaft, indem
299 sie in dieser eine Hierarchie schafft und erhält. Dies und der hohe
300 Verwaltungsaufwand einer ständigen Veranlagung von Vermögen veranlassen uns dazu, die
301 Vermögensteuer so auszugestalten, dass sie nur etwa 0,1% der Bevölkerung treffen
302 wird.

303 Wir wollen ausschließlich natürliche Personen, Einheitsgesellschaften sowie
304 Stiftungen besteuern. Dabei besteuern wir das globale Vermögen von Menschen in
305 Deutschland sowie alles Vermögen in Deutschland. Nicht besteuert werden soll
306 Gebrauchsvermögen. Wir fordern einen pauschalen Freibetrag von 2 Millionen Euro pro
307 Person, zusätzlich einen Freibetrag von 3 Millionen Euro für eine selbst bewohnte
308 Immobilie und einen Freibetrag von 5 Millionen Euro für ein selbst geführtes
309 Unternehmen, welches sich zu mindestens 25% im eigenen Besitz befindet.
310 Unternehmensanteile, welche nicht diesen Anforderungen entsprechen, fallen in den
311 pauschalen Freibetrag. Für Stiftungen gilt ein pauschaler Freibetrag von 10 Millionen
312 Euro.

313 Vermögen über den Freibeträgen soll mit einem Satz von 1% pro Jahr besteuert werden.
314 Dieser Satz soll bis zu einem Wert von 3% ab einem zu versteuernden Vermögen von 50
315 Millionen Euro ansteigen. Wie die Erbschaftsteuer kann die Vermögensteuer durch
316 stimmberechtigte Unternehmensanteile beglichen, in Jahren mit schlechtem Ertrag
317 gestundet oder durch Demokratisierung des selbstgeführten Unternehmens gesenkt
318 werden.

319 **Unterscheidung im Umgang mit Betriebs- und Barvermögen**

320 Wir sehen im Bereich "Steuern" eine klare Unterscheidung zwischen Betriebs- und
321 Barvermögen. So beinhalten Betriebsvermögen jedwede Form von Anteilen an eigenen oder
322 fremden Unternehmen (Gesellschaftsanteile, Aktien, etc.), während Barvermögen
323 Geldwerte sowie alle anderen Formen von Vermögenswerten, z.B. Immobilien, umfasst.
324 Aufgrund ihrer verschiedenen Wirkung wurden im oben zitierten Antrag W2
325 unterschiedliche Formen der Besteuerung entwickelt. So wird die Steuerschuld auf
326 Barvermögen direkt abgeführt bzw. kann eine Stundung genutzt werden, die eine
327 Abführung der zu verzinsenden Steuerschuld innerhalb von bis zu 20 Jahren ermöglicht.
328 Für Betriebsvermögen gibt es neben der direkten, geldlichen Abführung in entsprechend
329 oben ausgeführter Relation die Möglichkeiten, die Steuerschuld in stimmberechtigten
330 Unternehmensanteilen zu bezahlen oder im Gegenzug zu Demokratisierungsmaßnahmen im
331 Unternehmen einen teilweisen Erlass auf die Steuerschuld zu erhalten.

332 Wir favorisieren die zusätzlichen Möglichkeiten zur Begleichung der Steuerschuld auf
333 Betriebsvermögen, um die Arbeiter*innenschaft bzw. den Staat in der privaten
334 Wirtschaft zu stärken und so die Wirtschaft zu demokratisieren. Die zusätzlichen
335 Möglichkeiten sollten daher nicht nur eine Option sein, sondern zu einem gewissen
336 Anteil verpflichtend werden. Wir schlagen vor, dass mindestens 25 % der Steuerschuld
337 auf Betriebsvermögen entweder durch die Übertragung von stimmberechtigten
338 Unternehmensanteilen zu bezahlen ist oder Demokratisierungsmaßnahmen im Unternehmen
339 durchzuführen sind, im Gegenzug zu einem teilweisen Erlass auf die Steuerschuld.

340 Demokratisierungsmaßnahmen beinhalten unter anderem die Einführung von Betriebs- oder
341 Personalräten. Auch die Einführung eines Tarifvertrags sollte in diesem Rahmen
342 beachtet werden.

343 Stimmberechtigte Unternehmensanteile sollten in den meisten Fällen an die Belegschaft
344 und in wenigen Ausnahmefällen an den Staat übertragen werden. Hierbei unterscheiden
345 wir, ob dem Unternehmen wesentliche Produktionsmittel gehören oder nicht. Fällt das
346 jeweilige Unternehmen unter “wesentliches Produktionsmittel”, sollen die Anteile dem
347 Staat übertragen werden, um seiner Versorgungspflicht nachzukommen. Andernfalls
348 sollen die Anteile der Belegschaft übertragen werden, um dem Zwiespalt zwischen
349 Kapital und Arbeit entgegenzuwirken und den Arbeiter*innen damit mehr Kontrolle über
350 ihr Beschäftigungsverhältnis zu geben. Im “Schweriner Manifest” haben wir konkret
351 aufgeführt, was insbesondere zu den wesentlichen Produktionsmittel gehört:

- 352 • Grund und Boden
- 353 • große Fabriken und ähnliche Produktionsstätten samt der dort eingesetzten
354 Maschinen, Roboter und automatisierter Systeme
- 355 • sämtliche der Daseinsvorsorge dienenden Strukturen und Systeme, insbesondere
356 Elektrizitäts-, Internet-, Wasser- und Gasnetze
- 357 • digitale Plattformen mit Standort in der Bundesrepublik, die zur Vermittlung von
358 Waren und anderen Produkten sowie zur Verarbeitung von persönlichen Daten dienen
- 359 • Banken samt ihrer (digitalen) Zahlungsstrukturen
- 360 • Kapitalvermögen, die eine festgesetzte Grenze übersteigen.

361 Die Anteile an die öffentliche Hand sollen ebenfalls entsprechend der Ausführungen im
362 Schweriner Manifest verteilt werden (z.B. Großbanken in die Bundesebene, Sparkassen
363 in die Kommune). Zur Steuerung der Anteile auf Bundes- oder Landesebene schlagen wir
364 vor, Stiftungen je oben genanntem Produktionsmittel zu gründen, in welchen vom
365 Bundes-/Landtag bestimmte Vertreter*innen die Anteile treuhänderisch verwalten und im
366 Rahmen dessen betriebliche Entscheidungen im Sinne der Allgemeinheit treffen. Diese
367 Vertreter*innen müssen die notwendige Qualifikation besitzen und sind dem Bundes-
368 /Landtag über die entsprechenden Ausschüsse Rechenschaft schuldig.

369 **Milliardäre zu Millionären machen – Für eine Vermögensobergrenze**

370 Die Vermögensakkumulation bei einigen wenigen Personen ist schädlich für den
371 gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist weder vermittelbar noch zu rechtfertigen.
372 Diese extremen Formen der Vermögenskonzentration wollen wir daher über die oben
373 beschriebene Besteuerung hinaus durch eine Vermögensobergrenze brechen. Um dies
374 umzusetzen, schlagen wir eine Kommission der Bundesregierung vor, die diese
375 Vermögensobergrenze basierend auf ökonomischen und sozialen Kriterien definiert. Das
376 Vermögen, das oberhalb dieser Grenze liegt, ist direkt an den Bund abzuführen. Dabei
377 gilt die oben bereits genannte Unterscheidung in Betriebs- und Barvermögen.

378 **Vermögensaufbau fördern**

379 Ausgangspunkt: Das Grunderbe als unsere “realpolitische Utopie”

380 Vermögensumverteilung besteht nur auf der einen Seite in der Abschöpfung hoher
381 Vermögen - auf der anderen Seite steht die Verteilung. Das Grunderbe, wie es auf dem
382 Bundeskongress 2023 im Antrag W1 beschlossen wurde, verteilt bei den Reichsten der
383 Reichen abgeschöpftes Vermögen an junge Menschen um. Davon profitieren insbesondere
384 junge Menschen, denen in der Familie kein oder wenig Vermögen zur Verfügung steht,

385 zum Beispiel als Kinder von Alleinerziehenden, von Eltern mit niedrigen Einkommen,
386 mit Migrationsgeschichte oder aufgrund regionaler Ungleichheiten. Mit dem Grunderbe
387 erhalten sie eine Grundlage für den Aufbau von Eigentum, das Freiräume und
388 Gestaltungsmöglichkeiten bietet - die nach unserem jungsozialistischen Menschen- und
389 Gesellschaftsbild allen zustehen, aber die bisher nur wenige haben.
390 Weil Umverteilung aber kein punktueller, sondern ein dauerhafter Prozess ist, wollen
391 wir das Grunderbe durch weitere Maßnahmen zur Förderung von Vermögen/Eigentum bei
392 kleinen und mittleren Einkommen über den Lebensverlauf ergänzen.

393 **Förderung von Wohneigentum**

394 Im internationalen Vergleich leben in Deutschland sehr viele Menschen zur Miete. Die
395 Wohneigentumsquote ist mit 42% in Deutschland im europäischen Vergleich die
396 geringste. Insbesondere in Ballungsgebieten werden dabei die Kosten für die Miete
397 zunehmend zur Herausforderung. Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist für viele
398 Menschen die soziale Frage unserer Zeit.
399 Mieten und Vermieten trägt zur Vermögensungerechtigkeit bei, wenn Immobilieneigentum
400 sehr stark konzentriert ist. Während viele Haushalte mehr als die Hälfte ihres
401 Einkommens für die Miete ausgeben, verdienen andere Menschen und Konzerne Millionen
402 daran. Wir vertreten deshalb die Überzeugung, dass niemand am Recht auf Wohnen der
403 anderen profitieren sollte.
404 Nicht wenige Menschen zahlen im Laufe ihres Lebens mehrfach den potenziellen
405 Kaufpreis ihrer Wohnung, ohne die Immobilie jemals zu besitzen. Besonders im Alter
406 ist die Miete eine enorme finanzielle Belastung für die einen, für die anderen aber
407 eine lebenslange Einkommensquelle, andersherum bietet Wohneigentum auch gerade im
408 Alter eine besondere Form der Absicherung.
409 Wir wollen daher das Eigentum an Wohnraum denen geben, die ihn bewohnen. Während wir
410 uns realpolitisch für gedeckelte und dadurch bezahlbare Mieten einsetzen, muss unsere
411 Utopie sein, dass niemand mehr Wohnraum besitzt, als er*sie selbst bewohnt!
412 Während wir in unserer langfristigen Vorstellung auch die Vermietung von einzelnen
413 Wohnungen durch Privatpersonen ablehnen, müssen wir zunächst die Immobilienkonzerne
414 in den Blick nehmen, die hunderte und tausende Wohnungen besitzen. Nicht zuletzt der
415 Volksentscheid in Berlin hat gezeigt, dass es eine Vergesellschaftung der großen
416 Immobilienkonzerne braucht. Für den privaten Sektor wollen wir daher den Mietkauf
417 einführen, bei dem Menschen durch ihre monatlichen Mieten das Eigentum für die
418 private Nutzung erwerben können. Dies tritt ein, wenn die regulären Mieten abzüglich
419 Instandhaltungskosten addiert den Durchschnittspreis vom Wohnraum abdecken. Die Frage
420 danach, was mit diesem Wohnraum passiert, wenn er nicht mehr selbst genutzt wird, ist
421 für uns eine offene politische Debatte.
422 Mit dem Mietkaufmodell wollen wir insbesondere in stark angespannten Ballungsräumen
423 den Druck vom spekulativen Wohnungsmarkt nehmen, und sehen daher auch eine
424 Verpflichtung vom Mietkaufmodell gegenüber großen Wohnungskonzernen positiv. Damit
425 garantieren wir eine tatsächliche Verteilung von Wohnraum von oben nach unten.
426 Für öffentlichen und nicht-sozialgeförderten Wohnraum hingegen erkennen wir an, dass
427 dieser weiterhin im staatlichen Eigentum bleiben soll. Daher befürworten wir hier,
428 dass statt dem Eigentum nur ein lebenslanges Wohnrecht vergeben wird. Eine Ausnahme

429 gilt jedoch bei sozialgeförderten Wohnraum. Dieser muss weiterhin Menschen zustehen,
430 die diesen geförderten Wohnraum aus finanziellen Gründen auch tatsächlich in Anspruch
431 nehmen müssen. Hier muss das jeweilige Mietkaufmodell auf lebenslanges Wohnrecht oder
432 Eigentumserwerb zugunsten dieser Notwendigkeit eingeschränkt werden.

433 Zudem müssen wir das Verkaufen von Flächen oder Wohnungen durch staatliche Organe
434 beenden und stattdessen staatlichen und insbesondere kommunalen und
435 genossenschaftlichen Wohnungsbau ausbauen.

436 Wir wollen uns aber auch der Umverteilung von Wohnraum im privatwirtschaftlichen
437 Immobilienmarkt widmen und die Eigentumsquote erhöhen. Aktuell können nur Menschen
438 mit erheblichen finanziellen Mitteln privates Wohneigentum erwerben, Förder- und
439 Finanzierungsprogramme sollen deshalb besonders Menschen mit niedrigeren Einkommen
440 und ohne großes Startkapital ermöglichen, Wohneigentum zur Eigennutzung als
441 Hauptwohnsitz zu erwerben.

442 Unterstützungsmodelle müssen dahingehend entwickelt, ausgebaut und ergänzt werden.
443 Davon profitieren gerade junge Menschen. Dabei müssen auch regionale Disparitäten
444 durch eine regionale Anpassung der Fördermittel beachtet werden.

445 Dabei soll es eine Vermögensprüfung und -obergrenze beim Bezug der Fördergelder geben
446 und ein vertragliches Vermietungsverbot verankert werden, bei deren Verstoß die
447 Fördergelder zurückgezahlt und Strafzahlungen fällig werden müssen. Insgesamt sollen
448 bei den Unterstützungsmodellen die Größe der Wohnfläche pro Person auf ein
449 wohnphysiologisch sinnvolles Maß gedeckelt werden. Dabei müssen die unterschiedlichen
450 Lebensrealitäten und Perspektiven von Menschen beachtet werden, wenn es zu - nicht
451 geplanten - Verschiebungen, Veränderungen oder Problemen im Alltag kommt.
452 Insbesondere bei Fragen der Familienplanung, Ein- oder Auszug von (pflegebedürftigen)
453 Familienmitgliedern und Ähnlichen braucht es größtmögliche Flexibilität. Bei Bezug
454 einer Fördersumme soll ein Vorkaufsrecht durch die öffentliche Hand vertraglich
455 verankert werden.

456 Ausnahmen von der Deckelung sollen explizit Genoss*innenschaften sein. Auch wenn sie
457 kein direktes Vermögen der Personen sind, die in den Wohnungen wohnen, sichert die
458 Gesellschaftsform dennoch zu, dass neuer Wohnraum mit fairen Mieten entsteht und
459 bestehender Wohnraum ohne privatisierte Profite erhalten wird. Die Förderung von
460 Genoss*innenschaften wollen wir deshalb aufrechterhalten.

461 Unterstützung für Privatpersonen für den Bau oder Kauf von Immobilien mit dem Ziel,
462 diese zu vermieten, soll künftig nicht mehr gewährt werden. So sollen steuerliche
463 Vorteile bei der Finanzierung von Wohneigentum bei Vermietung entfallen. Ebenso
464 wollen wir die Zweitwohnsitzsteuer erhöhen, um auch gemieteten Wohnraum gerecht zu
465 verteilen.

466 Die Fördergelder für Wohneigentum sollen sich an der Höhe der Einsparungen durch die
467 wegfallenden steuerlichen Vorteile für den Erwerb von Mietobjekten, den Einnahmen
468 durch die Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Immobilien und die Einnahmen durch die
469 Abschöpfungen von Immobilienvermögen orientieren.

470 **Vermögensaufbau für kleine Einkommen fördern**

471 Wir wollen auch den Vermögensaufbau für niedrige Einkommen fördern. Der erste Gedanke
472 hier mag sein, niedrige Einkommen geringer zu besteuern, sodass der Nettolohn größer
473 ist. Tatsächlich besteht hier jedoch kaum ein Hebel, da die Besteuerung bereits
474 relativ niedrig ist - aktuell werden mittlere Einkommen im Verhältnis am höchsten
475 besteuert; daher benötigt es in diesem Einkommensbereich andere Mittel. Als ein
476 solches Mittel sehen wir die Reduzierung von Sozialabgaben für niedrige Einkommen,
477 damit mehr vom Gehalt übrig bleibt. Darüber hinaus bedarf es konkreter Instrumente
478 zum aktiven Vermögensaufbau.

479 Wir wollen das zusammenbringen und wollen, dass Arbeitnehmer*innen ihre*n
480 Arbeitgeber*in anweisen können, bis zu maximal 10% ihres Bruttolohns direkt in
481 separate Geldanlageprodukte zu überweisen (Sparbuch (über Sparplan), Aktiendepot
482 (über Wertpapiersparen) oder ähnliches). Der festgelegte Geldbetrag wird dabei vom zu
483 versteuernden Einkommen abgezogen und reduziert so gleichzeitig die Steuerlast. Um
484 dafür zu sorgen, dass vor allem kleine Einkommen von diesem Modell profitieren, sind
485 die Beträge umgekehrt proportional zum Einkommen zu begrenzen. Dies könnte man
486 beispielsweise über eine Anpassung der "Vermögenswirksame Leistungen" umsetzen, die
487 derzeit diese Option über einen festen Geldbetrag (maximal 40 €, unabhängig von der
488 Gehaltshöhe) ermöglichen. Um zu vermeiden, dass dies nur zur Umgehung der
489 Einkommensteuer genutzt wird, ist eine Auszahlung der Beträge aus dem
490 Geldanlageprodukt frühestens 5 Jahre nach Einzahlung möglich.

491 Auch Mitarbeiter*innenprogramme können in dieser Form umgestaltet werden. Wenn
492 Unternehmen ihren Mitarbeitenden anbieten, Unternehmensanteile (z.B. Aktien) zu einem
493 Vorzugspreis zu kaufen, könnte durch finanzielle Anreize des Staates (z.B. Anrechnung
494 auf die Unternehmenssteuer) angeregt werden, den Vorzugspreis entsprechend des
495 Einkommens zu staffeln (z.B. auf Basis von Tarifgruppen). So könnte Mitarbeitenden
496 mit niedrigen Einkommen überhaupt ermöglicht werden, sich an solchen Programmen zu
497 beteiligen.

498 Dasselbe gilt für Projektanleihen (projektbezogene Finanzierungsinstrumente auf Zeit
499 mit festem Zinssatz, z.B. für den Bau eines Windparks). Üblicherweise kann man erst
500 ab höheren Beträgen (bspw. 1.000€, 2.500€) in solche Produkte investieren. Wir sehen
501 auch hier das Potenzial, solche Instrumente in gestaffelten Volumina zunächst den
502 eigenen Mitarbeitenden anzubieten, sodass sich aus dieser Masse die benötigten
503 höheren Summen ergeben, während gleichzeitig auch jenen mit niedrigeren Einkommen ein
504 Angebot gemacht werden kann.

505 Schlussendlich gilt es, Menschen finanziell so auszustatten, dass ihnen Geld für den
506 oben beschriebenen begrenzten Vermögensaufbau über den Notgroschen hinaus verbleibt.
507 Dies beinhaltet beispielsweise einen höheren Mindestlohn sowie leichteren und
508 verständlicheren Zugang zu staatlichen Zuwendungen und Förderungen.

509 **Kurzfassung mit Forderungen:**

- 510 • ein Vermögensregister für Superreiche
- 511 • zwingende anteilige Begleichung von Steuern auf Betriebsvermögen durch
- 512 Übertragung von stimmberechtigten Unternehmensanteilen oder
- 513 Demokratisierungsmaßnahmen
- 514 • eine Vermögensobergrenze für Superreiche

- 515 • Das Grunderbe als realpolitische Utopie der konkreten Umverteilung
- 516 • Die Umverteilung des Eigentums an Wohnraum an diejenigen, die ihn bewohnen,
517 durch:
- 518 • Die Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne, durch die Einführung vom
519 verpflichtenden Mietkauf im privaten Sektor. Insbesondere in Ballungsräumen.
- 520 • Ein Mietkaufmodell bei öffentlichem und nicht-geförderten Wohnraum, mit dem Ziel
521 eines lebenslangen Wohnrechts, bei privater Selbstnutzung.
- 522 • Ausnahmeregelungen bei geförderten Wohnraum, damit dieser weiterhin durchgängig
523 bedürftigen Menschen zur Verfügung steht.
- 524 • Förder- und Finanzierungsprogramme für selbstgenutztes Wohneigentum für Menschen
525 mit niedrigen Einkommen und ohne großes Startkapital
- 526 • Den Aufbau von Vermögen bei kleinen Einkommen fördern, durch:
- 527 • die Reduzierung von Sozialabgaben für niedrige Einkommen,
- 528 • die Option, bis zu 10% des Bruttolohns direkt in separate Geldanlageprodukte
529 überweisen zu lassen, mit Begrenzung des Betrags umgekehrt proportional zum
530 Einkommen und Auszahlung frühestens nach 5 Jahren, staatliche Anreize für
531 Unternehmen, nach Einkommen gestaffelte Vorzugspreise für den Kauf von
532 Unternehmensanteilen und für Projektanleihen für die eigenen Mitarbeitenden
533 anzubieten
- 534 • Als zentrales Element das weitere Hinwirken auf Löhne, die über die reine
535 Existenzsicherung hinausgehen, in allen Branchen und im ganzen Land.

Antrag X04: Vernetzungen und Bildungsarbeit auf Veranstaltungen der Bundesjusos verpflichtend machen

1 *Dies ist eine Komplettersetzung vom Antragsteller, Änderungsanträge werden an diese*
2 *gestellt.*

3 **Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:**

4 Vernetzungsangebote für marginalisierte Gruppen wie FINTA* (Frauen, Inter-,
5 Nichtbinäre, Trans- und Agender-Menschen), BiPoC* (Black, Indigenous, People of
6 Color) und queere Menschen stellen innerhalb jungsozialistischer Verbände einen
7 unverzichtbaren Bestandteil einer progressiven und emanzipatorischen politischen
8 Praxis dar. Diese Angebote schaffen essenzielle Räume, in denen Menschen mit
9 ähnlichen Diskriminierungserfahrungen ihre Perspektiven artikulieren, voneinander
10 lernen und kollektive politische Strategien entwickeln können. Derartige Räume sind
11 entscheidend, um das Empowerment marginalisierter Gruppen zu fördern und die
12 Diversität sowie die kritische Reflexion innerhalb der Bewegung zu stärken.

13 Die Relevanz solcher Vernetzungsangebote wird oftmals verkannt oder als exklusiv
14 wahrgenommen, jedoch zeigt eine tiefere Analyse, dass sie einen wichtigen Beitrag zur
15 Förderung solidarischer Strukturen leisten. Diese Vernetzungen öffnen Räume für
16 kollektives Lernen und eine geteilte Auseinandersetzung mit
17 Unterdrückungsmechanismen. Gerade in einer politischen Bewegung, die sich dem Ziel
18 der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlt, sind solche Angebote ein
19 unverzichtbares Mittel, um eine tiefgreifende Transformation hin zu einer
20 inklusiveren und gerechteren Gesellschaft voranzutreiben.

21 Ein häufig vorgebrachtes Argument gegen spezifische Vernetzungsangebote lautet, dass
22 diese den allgemeinen Bildungsauftrag eines Verbandes einschränken könnten. Diese
23 Ansicht ignoriert jedoch die zentrale Rolle, die solche Vernetzungen für die
24 Vertiefung von Bildungsprozessen spielen. Insbesondere hetero cis Männer*, die in der
25 Gesellschaft häufig privilegiert sind, profitieren von der Möglichkeit, an Seminaren
26 wie Critical Whiteness oder Allyship teilzunehmen. Diese Angebote eröffnen die
27 Chance, eigene Privilegien zu hinterfragen, strukturelle Machtverhältnisse zu
28 erkennen und eine kritische Reflexion über die eigene Rolle in diskriminierenden
29 Systemen zu entwickeln. Die politische Bildungsarbeit wird dadurch nicht nur
30 erweitert, sondern grundlegend vertieft. Dies ist notwendig, um die Sensibilität
31 gegenüber strukturellen Ungleichheiten zu fördern und eine solidarische, auf
32 Veränderung abzielende Praxis zu unterstützen.

33

34 **Daher fordern wir:**

35 Der Bundesvorstand wird beauftragt, unter Beteiligung der Landesverbände und der
36 Bezirke ein umfassendes Konzept zu Bildungs- und Vernetzungsangeboten für

37 marginalisierte Gruppen im Verband, welches bisherige Erfahrungen auf
38 Bundesveranstaltungen mit einbezieht, zu entwickeln.

39 **Grundlage dieses Konzeptes sollen folgende Kernpunkte sein:**

- 40 • Dass Vernetzungsangebote für FINTA*-Personen, BiPoC und queere Personen
41 geschaffen werden müssen. Menschen, die sich diesen Communitys zugehörig fühlen,
42 können dieses Angebot neben den Bildungsangeboten freiwillig wahrnehmen.
- 43 • Auf Bundesveranstaltungen sollen neben Vernetzungsmöglichkeiten auch
44 Bildungsangebote zu Kritischem Weißsein, Kritischer Männlichkeit und Allyship
45 angeboten werden. Diese Seminare sollen sich mit antirassistischen,
46 feministischen und queerpolitischen Perspektiven auseinandersetzen. Es liegt im
47 Ermessen des Bundesvorstands, ob die Seminare thematisch an die jeweilige
48 Veranstaltung angepasst werden oder nicht.
- 49 • Gleichzeitig muss das Ziel sein, weitere Räume zu öffnen, um sich mit weiteren
50 Diskriminierungsformen, die in diesem Antrag bisher nicht abgebildet werden, zu
51 beschäftigen.

52 Vernetzungsveranstaltungen sollen im Geist dieses Antrages als freiwilliges Angebot
53 der betreffenden Community verstanden werden. Die Bildungsangebote sind hingegen für
54 alle Veranstaltungsteilnehmenden verpflichtend, wenn sie nicht das andere freiwillige
55 Angebot wahrnehmen.

56 Bis zum Beschluss eines umfassenden Konzeptes zu Bildungsangeboten und
57 Vernetzungsangeboten für marginalisierte Gruppen im Juso-Verband sollen diese
58 Kernpunkte als Grundlage für die zukünftigen Bundesveranstaltungen genutzt werden.
59 Den Umfang, die konkrete Ausgestaltung und Durchführung bestimmt der Bundesvorstand.

60 Dieser Antrag sieht bewusst kein vollständiges Konzept zur konkreten Durchführung
61 vor, damit eine Debatte über die Durchführung und die dazugehörigen Rahmenbedingungen
62 vom ganzen Verband geführt werden kann und auch mit den realen Erfordernissen der
63 Veranstaltungsplanung in Einklang gebracht werden kann. Dass diese Vernetzungsräume
64 gebraucht werden und diese auch auf den Großveranstaltungen der Jusos benötigt
65 werden, soll mit diesem Antrag allerdings bereits jetzt Beschlusslage der Jusos
66 werden.

67 **Begründung:**

68 Aktiver Antirassismus und eine queerfeministische Haltung lassen sich durch gezielte
69 Ermöglichungsstrategien, wie marginalisierten Gruppen, die Vernetzung zu ermöglichen
70 leben. Diese Ermöglichungsstrategien sollen so aussehen, dass auf
71 Bundesveranstaltungen FINTA*, queere Menschen und BiPoC die Gelegenheit erhalten sich
72 zu vernetzen und Menschen, die der Mehrheitsgesellschaft angehören, eine
73 Bildungsveranstaltung im Kontext des Veranstaltungsthemas besuchen. So kann der
74 Verband aktiv antirassistisch und queerfeministisch agieren. Denn: Vernetzung
75 bedeutet nicht nur Vernetzung, es schafft ein Netzwerk, welches für marginalisierte
76 Gruppen als Ort für Empowerment und zum Austausch bei Diskriminierungserfahrungen
77 unterstützend wirken kann. Die Gefahr eines sogenannten "Zwangsoutings" im Bezug auf
78 die Queervernetzung lässt sich damit ausräumen, dass der Besuch der Bildungsangebote,
79 die zu den Vernetzungen stattfinden, selbstredend optional ist und eine Teilnahme an

80 einer Vernetzung niemals verpflichtend sein darf und auch nicht im Sinne dieses
81 Antrags ist.